

# **Staat, Nation und Nationalismus in Europa**

## **Fallstudie: das Baskenland**

**Angela Marta Lucía Quiroga Riviere**

**Dissertation**

**Eingereicht beim Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft im  
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin  
im Jahre 2008**

Erstgutachter: Prof. Dr. Hajo Funke  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Elmar Altvater  
Disputation: 21.10.2008

## Inhaltverzeichnis

Danksagung .....	4
Einführung .....	5
1. Abriß der neueren Geschichte vom XV. bis Ende des XVIII. Jahrhunderts.....	12
1.1. Spanische Staatsbildung: allgemeine Erwägungen.....	12
1.2. Vom XV. bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts.....	16
2. Nationsbildung und Staat in Spanien im XIX. Jahrhundert.....	25
2.1. Das XIX. Jahrhundert: Der Nationsbildungsprozeß und der Werdegang des Liberalismus .....	27
2.1.1. Einführung.....	27
2.1.2. Drei Phasen.....	31
2.1.2.1. Von der nationalen Revolution bis zur Mitte der 40er Jahre. ....	31
2.1.2.2. Von der Mitte der 1840er-Jahre bis 1875 .....	35
2.1.2.3. Restauration und Nationalismen (1875-1900) .....	40
3. Baskenland und das XIX. Jahrhundert.....	42
3.1. Historischer Hintergrund .....	42
3.1.1. Die Karlistenkriege.....	44
3.1.1.1. Der erste Karlistenkrieg (1833-1840) .....	46
3.1.1.2. Zweiter Karlistenkrieg (1872 -1876) .....	49
3.2. Karlistenkriege und ihre Wirkung auf das Entstehen des baskischen Nationalismus.....	51
3.3. Industrialisierung, Klassenkonflikt und Nationalismus .....	54
4. Das XX. Jahrhundert: Die autoritäre Antwort des spanischen Nationalismus auf den peripheren Nationalismus (1900 – 1973).....	60
4.1. Die Last des Alten .....	60
4.2. Primo de Rivera .....	64
4.3. Das Aufkommen des Nationalismus.....	66
4.3.1. Der spanische Nationalismus .....	67
4.3.2. Baskischer Nationalismus bis zum Ende Primo de Riveras.....	69
4.3.3. Eine Zäsur: Der „Estado Integral“ als der Lösungsversuch der II. Republik.....	79
4.3.4. Das Ringen um die Verfassung der II. Republik .....	80
4.3.5. Parteien und peripherer Nationalismus: ein demokratisierender Pfad .....	83
4.3.6. Wechselwirkung von Demokratisierung, Republik und Baskischer Nationalismus.....	85
4.3.6.1. Hinwendung der PNV zur Unterstützung der Republik.....	87
4.3.6.2. Vom Wahlsieg der Volksfront zum Putsch Francos .....	91
4.3.6.3. Schlußfolgerung.....	94
4.4. Das Francoregime: der vorläufige Sieg des zentralistischen spanischen Nationalismus .....	95
4.4.1. Francos Regime, Widerstand und die Entstehung eines neuen baskischen Nationalismus .....	99
5. Demokratisierungsprozeß seit der Transición von 1975 und nationale Frage .....	106
5.1. Die Transición: Vom Tod Francos über Navarro zu Suarez und der neuen Verfassung .....	106
5.2. Staat und Verfassung von 1978 in Spanien: Eine Neudefinierung der Beziehung Zentrum Peripherie .....	109
5.3. Spanien seit der Verfassung von 1978.....	114
5.3.1. Die PSOE-Regierung und die baskische Frage.....	114
5.3.2. Die PP und die antiterroristische Einheit (1996-2004) .....	117
5.3.3. Der erneute Wahlsieg der PSOE und die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung .....	119
5.3.4. Politische Fragmentierung .....	121
5.4. Die Entwicklung im Baskenland seit 1975 .....	122
5.4.1. Die Organisationen des baskischen Nationalismus.....	124
5.4.2. Das Guernikastatut.....	125
5.4.3. Von dem Abkommen von Ajuria Enea 1988 zum Abkommen von Lizarra-Garazi von 1998 .....	127
5.4.3.1. Eine neue politische Konstellation.....	128
5.4.4. Die Politikveränderung der PNV und die neue Strategie des baskischen Nationalismus .....	130
5.4.5. Der Ibarretxe-Plan.....	133
6. Imagined Communities - Vorgestellte Gemeinschaften .....	138
6.1. Nationale Identität und Nationalismus in Spanien.....	138
6.1.1. Aufkommen der nationalen spanischen Mythen.....	139
6.1.2. Die Mythen des liberalen Nationalismus .....	142
6.1.3. Die Mythen des nationalkatholischen konservativen Projekts.....	143
6.1.4. Resumé .....	145
6.1.5. Das XX. Jahrhundert.....	146
6.1.5.1. Die Regenerationisten.....	147
6.1.5.2. Der „Españolismo“ .....	149

6.1.5.3.	Der Frankismus .....	150
6.1.5.4.	Aktuelle Diskurse des spanischen Nationalismus .....	152
6.2.	Die Erfindung der Nation: Baskenland .....	153
6.2.1.	Die „imagined community“ des baskischen Nationalismus.....	155
6.2.1.1.	Traditioneller Nationalismus: Sabino Arana y Goiri .....	155
6.2.1.2.	Bürgerlicher Nationalismus: Ramón de la Sota y Llano.....	161
6.2.1.3.	Der radikale Nationalismus: Die ETA (ihre Anfänge).....	162
6.2.1.4.	Die gegenwärtigen Diskurse des Nationalismus im Baskenland .....	166
6.2.1.5.	Auswertung der Interviews .....	167
7.	Abschließende Überlegungen .....	171
8.	Fazit .....	181
9.	Bibliographie .....	190
10.	Anhang .....	196

## **Danksagung**

Ich will mich besonders bei meinem Doktorvater Prof. Dr. Hajo Funke vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin bedanken. Die Gespräche, die wir in Berlin führten, wichtige Vorschläge und Anmerkungen, aber auch seine Bereitschaft sich mit den partiellen Texte der Recherche gründlich auseinanderzusetzen, haben mir sehr geholfen und meine Arbeit bereichert. Sein ernsthaftes Verhalten gegenüber meiner Arbeit und seine Zuversicht, daß diese Arbeit zu einem guten Ende kommen würde, haben mir zusätzliche Kraft gegeben.

Bei meinem Lebensgefährten Thomas Cramer möchte ich mich gleichfalls besonders bedanken, nicht nur wegen der vielen Stunden, die er mir für diese Arbeit gewidmet hat. Seine stilistischen und grammatikalischen Änderungsvorschläge haben viel zur Genauigkeit und Präzision meiner Arbeit beigetragen; aber auch die meiner Meinung nach sehr sorgfältigen Deutschübersetzungen der spanischen und französischen Literaturstellen sowie der Interviews haben dazu beigetragen, meine Arbeit für den deutschen Leser zugänglicher zu gestalten; hinzu kamen in vielen Diskussionen inhaltliche Anregungen zu verschiedenen Themen.

Dank gilt auch der Freien Universität Berlin und ihren Angehörigen insgesamt, die mir ermöglicht haben, am Otto-Suhr-Institut erst mein Diplom als Politologin zu erlangen und jetzt zu promovieren; dank insbesondere an Prof. Dr. Elmar Altvater.

Ein dreimonatiges FNK-Stipendium ermöglichte mir in San Sebastian/Baskenland 2001 Interviews durchführen, die wertvolles Material für meine Doktorarbeit lieferten. Ein besonderes Dankeschön geht an das Verwaltungspersonal der FU, vor allem an die Sekretärin von Prof. Dr. Hajo Funke, Frau Doris Grothe-Haaser sowie Frau Daphne Stelter vom Prüfungsbüro, die immer bereit waren, auf meine Fragen unmittelbar und äußerst nett zu antworten.

Diese Untersuchung hätte ohne Sekundärliteratur nicht entstehen können. Die Staatsbibliothek und die Bibliothek des Iberoamerikanischen Instituts in Berlin, und zuletzt immer mehr die Bibliothek Luis Angel Arango und die Universidad Nacional in Bogotá waren hierbei eine große Hilfe.

An dieser Stelle sei auch allen Menschen gedankt, die mir den Zugang zu vielfältigen aktuellen Informationen – wie Statistiken, Zeitschriften, Zeitungsartikeln, Kommentaren – die nicht in Bibliotheken zu finden sind u.a. über das Internet ermöglicht haben.

Daß ich die Arbeit ohne die Liebe meiner Familie nicht hätte machen können, ist eine Selbstverständlichkeit.

## Einführung

Mit dem Mauerfall fingen (zumindest zeitlich) eine Reihe von nationalistischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa an, sich zu artikulieren, während gleichzeitig im Westen des Alten Kontinents ein Aufleben der Ansprüche traditioneller wie neuer 'Minoritäten' feststellbar wurde. Die explosive Lage auf dem Balkan und die gegensätzlichen Meinungen und Reaktionen der Öffentlichkeit - vor allem mit dem Einsetzen offener NATO-Interventionen seit Dayton, aber auch die weiteren Entwicklungen im Baskenland, Tschetschenien oder Nordirland unterstrichen seitdem die Aktualität des Problemkreises. Bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelfall ist es auch kein Zufall, daß Rußland mit seiner Tschetschenienproblematik oder Spanien mit dem hier tiefer behandelten Konflikt um das Baskenland gemeinsam mit Griechenland oder Bulgarien in 2008 zu den schärfsten Kritikern einer Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos gehören.

Die vorliegende politikwissenschaftliche Arbeit setzt sich mit den Problemfeldern Nationalismus, Staat und Nation in Europa auseinander, doch steht keine allgemeine theoretische Auseinandersetzung im Mittelpunkt, statt dessen erfolgt die Untersuchung anhand einer Fallstudie zum Baskenland in Spanien.

Die Wahl des Studienobjekts fiel aus unterschiedlichen Gründen auf das Baskenland<sup>1</sup>. Zum einen ist die ungebrochene Aktualität des Problems für Spanien unübersehbar, einem unterdessen fest in die EU integrierten westeuropäischen Land; zum zweiten gehört die Problematik des Baskenlands dem Themenkreis der sogenannten ‚alten Nationalismen‘ im Gegensatz zu den ‚neuen Nationalismen‘ an, die erst in den letzten beiden Dekaden auf die Tagesordnung rückten, was im baskischen Fall das Studium einer – anscheinend - längeren historischen Perspektive erlaubt. Nicht zuletzt sind der Verfasserin bei der Lektüre der umfangreichen spanischsprachigen Originalliteratur oder Interviews keine sprachlichen Barrieren gesetzt.

Die Hauptthese vorliegender Untersuchung ist, daß die Entstehung und Dynamik des baskischen Nationalismus im Zusammenhang mit der Entwicklung des spanischen Staats und dem spanischen Nations-Bildungsprozeß im XIX. und XX. Jahrhundert gesehen werden muß.

Zu diesem Ansatz gehört die Untersuchung der Entstehung des baskischen Nationalismus am Ende des XIX. Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen dem Prozeß des 'state-making' in Spanien als liberaler moderner

---

<sup>1</sup> Allgemein wird unter baskischen Gebieten das eigentliche Baskenland, Navarra und Iparralde (Frankreich) verstanden. Doch weder Navarra noch Iparralde sind Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, da sie sehr unterschiedliche und eigenartige Entwicklungen vollzogen.

Staat und der Schwäche des spanischen ‚nation-building‘ im XIX. Jahrhundert angesichts des Fehlens einer führungsstarken nationalen Bourgeoisie und des Pakts zwischen den Kräften des ancien regimes und dem konservativen Liberalismus.

Davon ausgehend erfolgt der Versuch, einige der Gründe dafür auszuleuchten, daß auch heute noch, im vermeintlich supranationalem Europa des XXI. Jahrhunderts, der spanische Staat diese historische Problematik keineswegs hat auflösen können. Die hierbei zur Geltung kommende Perspektive einer historischen und politischen Genese des Nationalismus in Spanien erleichtert es, kurzfristige Analysen und damit kurzsichtige realpolitische Lösungsvorschläge zu vermeiden und stattdessen das Augenmerk auf neue Wege für ihre Lösung zu lenken.

Inwieweit haben der spanische Staat und seine Eliten –unter Hervorhebung der Rolle der Vertreter des Liberalismus- sich als unfähig erwiesen, die Aufgabe der Bildung einer starken spanischen Nation im modernen Sinn durchzuführen? Wieweit trugen ihre Schwäche während des gesamten XIX. Jahrhunderts dazu bei, angesichts einer fehlgeschlagenen Integration und Homogenisierung des Landes, u.a. durch fehlende Umsetzung der allgemeinen Schulpflicht und eines allgemeinen Wehrdienstes, die Attraktionskraft des spanischen Nationalismus so sehr zu schwächen, daß am Ende jenes Jahrhunderts der baskische Partikularismus in baskischen Nationalismus mündete?

Schon hier läßt sich festhalten, daß die Frontstellung zwischen liberalen und später republikanischen Kräften auf der einen Seite und kastillischen nationalistisch konservativen Kräfte andererseits sich aufzulösen begann und das liberale Lager in einen progressiven und konservativen Flügel aufspaltete. Der Übergang des letzteren in das konservativ kastillisch nationalistisch-zentralistische Lager trug dazu bei, daß sich das liberal-progressive Projekt insgesamt schwächte und die peripheren Nationalismen gestärkt wurden.

Welches waren dann die Werte und die sozialen Schichten, um die sich die baskischen Nationalisten gruppierten? Unzweifelhaft besaßen sie eine starke ethnozentristisch-rassistische Komponente, die durch einen erfolgreichen liberalen integrativen Nationalismus hätte aufgefangen werden können. Doch ist auch zu untersuchen, ob und inwieweit diese während des XX. Jahrhunderts unverändert blieben oder auch Änderungen durchmachten, die ihnen innerhalb der zahlreichen gesellschaftlichen Konflikte wechselnde Rollen zuordneten.

Zumindest ist augenfällig, daß der im XIX. Jahrhundert angelegte Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie sich um so heftiger im XX. Jahrhundert entwickelte; und können die Diktaturen zuerst von Primo de Rivera wie später vor allem die von Franco nicht auch

als der Versuch einer autoritären nationalistischen Antwort seitens des spanischen Zentralismus auf die wachsenden zentripetalen Kräfte der peripheren Nationalismen verstanden werden?

Weiterhin wird untersucht, inwieweit die – abgesehen vom Intermezzo der II. Republik – bis zur Transición (1975, nach dem Tod Francos) ausbleibenden demokratischen Lösungsversuche der territorialen Organisierung des Staates und der Definition der Nation den baskischen Nationalismus verstärkten und den Nährboden für die Entstehung des ‚neuen‘ baskischen Nationalismus schuf, der mit der ETA den radikalen und gewalttätigen Weg für die Unabhängigkeit des Baskenlands einschlug.

Bei der Untersuchung der Verfassung von 1978 fokussiert die Arbeit auf die neue Artikulierung von Staat, Nation und Nationalismus, was sich auch in der Verfassung übersetzte. Sie schloß eine offenere wenn auch nicht widerspruchsfreie Definition von Nation ein: Einerseits wurde die Existenz einer spanischen Staats-Nation postuliert, andererseits wird Spanien auch als ein Zusammenkommen von unterschiedlichen Nationalitäten verstanden. Ausserdem wird der neue Ansatz recherchiert, durch den „*Estado de las Autonomías*“ (Staat der Autonomien) einen demokratischen Weg einzuschlagen, der für eine neue Beziehung Zentrum – Peripherie sorgte. Wie gestaltet sich seitdem aber das Wechselverhältnis von Dezentralisierung und Demokratisierungsprozeß zueinander? Wieweit hat die Formel des ‚*Estado de las Autonomías*‘ der Verfassung von 1978 die verschiedenen politischen Akteure zufrieden gestellt? Vor dem Hintergrund einer neuen politischen Konstellation werden die alten und neuen Konfliktlinien entlang der Nationalismusproblematik im gegenwärtigen politischen Leben Spaniens herausgearbeitet.

Zudem interessiert uns besonders herauszufinden, wie jeweils die spanischen und baskischen Identitäten zum Aufbau der Nation von den unterschiedlichen nationalistischen Sektoren während des XIX. und XX. Jahrhundert konstruiert wurden, auf welche nationalen identitätsstiftenden Symbole bzw. Historiographien sie hierzu zurückgriffen und inwieweit die Definitionen von Nation, die unterschiedlichen Selbstdefinitionen sowohl der Spanier wie der Basken sich geändert haben.

Methodologisch teilt diese Arbeit den theoretischen Ansatz der Modernisten<sup>2</sup>, den Nationalismus und die Nation als ein modernes Phänomen zu begreifen und die Modernisierung bzw. Industrialisierung als eine Bedingung für die Entstehung des Nationalismus. Der Aussage von Gellner (1983: 55) „*it is nationalism that engenders nations, not the other*

---

<sup>2</sup> Über die Frage der Nation, genauer: *When is the Nation?* ist eine offene Diskussion entbrannt. Einige der wichtigsten Werke diesbezüglich sind: Benedict Anderson, *Imagined Communities: Reflections on the Origins and Spread of Nationalism* 1983; John Armstrong, *Nations before Nationalism* 1982; John Breuilly, *Nationalism and the State* (1982); Ernest Gellner, *Nations and Nationalism* 1983; Anthony Giddens *The Nation-state and Violence* (1985); Anthony D. Smith, *The Ethnic Origins of Nations* (1986); Eric Hobsbawm *Nations and Nationalism since 1780* 1990. Für die aktuelle Debatte über Wann war die Nation siehe: Ihijo, A. and Gordana, U. (eds.) (2005), *When is the Nation? Towards an*

*way round*“ ist zuzustimmen. Diese Perspektive impliziert, die Nationalismen und die Vergangenheit des spanischen Staates nicht einfach als einen ständigen und stetigen Konflikt zwischen Nationen und Staat zu betrachten, in dem alle Aufstände und Revolten in beiden Gebieten (Baskenland und Katalonien) nichts anderes als Vorankündigungen und Vorahnungen von dem waren, was danach als die peripheren Nationalismen verstanden wird. Insofern lässt sich von Protonationalismus als Ansammlung von Elementen in der Vergangenheit, die den modernen Nationalismus vorbereiteten, nur in einer Rückblickperspektive sprechen.

In dieser Arbeit werden der Religion und Kirche in Bezug auf den Prozeß des *State-making* nur geringes Gewicht beigemessen. Zum einen wäre eine Untersuchung der Rolle des Christentums oder des Katholizismus Thema mehrerer Doktorarbeiten; zweitens erscheint uns die These von Blas Guerrero und Laborda Martín (1986) über die Nicht-Eigenartigkeit der Rolle der Religion im Prozeß des Aufbaus des Staates in Spanien gegenüber anderen westlichen Ländern glaubhaft. Einige Verfasser vertraten die Meinung, die christliche Religiosität würde nicht nur „das Hispanische“, sondern auch die Haltung gegenüber Reichtum, Wissenschaft oder Technik in Spanien weitgehend prägen und erklären. Jedoch und obwohl die Beziehung der Religion mit dem Prozeß des *state-making* für ganz Europa recht komplex ist, ist sie im spanischen Fall keineswegs einzigartig. Tatsächlich *“zogen sowohl protestantische wie katholische Monarchien aus deren Verschmelzung mit dem Staat und der Sakralisierung ihrer Könige Nutzen.“* „Wenn die Religion dem entstehenden spanischen Staat ein so bedeutsames Instrument wie die Inquisition beisteuerte und danach zur Sakralisierung des Staatsoberhauptes parallel wie in anderen europäischen Ländern beitragen sollte, verhinderte sie keineswegs das diffuse pränationale Gefühl, unvermeidlicher Begleiter während des Aufbaus des modernen Staats“ (Blas Guerrero & Laborda Martín, 1986: 471). Auch von Linz (1973) wird die These bestätigt, die Religion oder religiöse Probleme hätten kaum den *state making - nation building* - Prozeß in Spanien bis zum XIX. Jahrhundert beeinflusst. Religion erscheint folglich in dieser Arbeit im Zusammenhang mit der Formierung eines spanischen Nationalismus und als anfangs schwergewichtiges Gründungselement des baskischen Nationalismus von Arana. Die katholische Religion spielte nicht nur für den konservativen spanischen Nationalismus sondern auch für den konservativen baskischen Nationalismus eine wichtige Rolle; darüber hinaus war die Kirche als hierarchische Struktur Säule des sogenannten Machtblocks –neben den besitzenden Klassen und der Armee, und zwar als eine agierende Kraft. Tatsächlich erscheint bei der historischen Narrative dieser Arbeit immer wieder Religion und Kirche als Teil der Machtstruktur, als Stützpunkt zur Verteidigung des es-

tablissements und status quo, als reelle und ideologische Macht, doch auch mit ihren Widersprüchen wie sie im Baskenland und Katalonien während des Bürgerkrieges und danach bei den Veränderungen der spanischen katholischen Kirche während der Franco-Diktatur – als Teil einer weltweiten Veränderung - zu sehen ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde nur in groben Zügen zur Darstellung des gesamten Rahmens beschrieben. Nur im Falle des Baskenlands wurden konkreter Wirtschaft und Nationalismus am Ende des XIX. Jahrhunderts beleuchtet, vor allem im Zusammenhang mit der widersprüchlichen Lage in diesem Gebiet und zum besseren Verständnis der unterschiedlichen Rollen der verschiedenen Klassen. Außen vor blieben die Bedeutung des Verlusts der Kolonien und deren ökonomische Konsequenzen für die kapitalistische Modernisierung Spaniens Anfang des XIX. Jahrhunderts.

Die Arbeit versucht, den Ansatz zu betonen, die strukturellen Probleme für das Entstehen und Andauern des Nationalismus herauszufinden und damit die Nationalismusdiskussion nicht in erster Linie als Problem von Terrorismus oder extremem Radikalismus zu betrachten; deswegen wird die Frage der ETA und des Terrorismus dieser Organisation nicht als Spezifikum behandelt.

Die Untersuchung ist in 8 Kapitel gegliedert. Am Anfang wird eine historische Darlegung der Entwicklung vom XV. Jahrhundert bis Ende des XVIII. Jahrhunderts mit einer Fokussierung auf die Frage der Staatsbildung im Kontext des Aufstiegs und Niedergangs des spanischen Imperiums unternommen, um im folgenden Kapitel auf das XIX. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Konstituierung der Staats-Nationen und Nationalstaaten in Europa, dem modernen zentralen Schauplatz der Nationsbildung, tiefer einzugehen. Dabei stützen wir uns vor allem auf Autoren<sup>3</sup>, die ausgewiesene Kenner der spanischen Problematik und/oder der mit state-making und nation-building verbundenen Prozesse sind; hier wird einerseits die Artikulierung von Staat, Nationalismus und Nation im Spanien des XIX. Jahrhunderts, mit Hervorhebung der Rolle des Liberalismus, historisch recherchiert. Parallel wird versucht, die historische Eigenartigkeit und Partikularität im baskischen Gebiet (vor allem die genauere Bedeutung der Karlistenkriege und der Fueros) darzulegen, die am Ende des XIX. und Anfang des XX. Jahrhundert dem baskischen Nationalismus den Weg ebneten.

---

<sup>3</sup> Besonders zu nennen sind hier: Juan Linz 1973, *Early State-Building and late peripheral nationalism against the State: the case of Spain* in: Building states and nations; Karl Marx 1848 *Revolutionary Spain*, Perry Anderson 1985 „*El Estado absolutista*“, Charles Tilly 1975 *Reflections on the History of European State-Making*, Andrés de Blas Guerrero 1986 „*La construcción del Estado en España*“. In den letzten Jahren sind einige Werke über die Entstehung der „imagined communities“ erschienen, darunter das Buch von Inman Fox 1997 über Spanien, *La invención de España*; Juan Pablo Fusi 2000, *España, la evolución de la identidad nacional*; William Genieys 1997 *Les élites espagnoles face à l'Eta*; Borja de Riquer i Permanyer 2003 *La construction des nouvelles identités dans l'Espagne du XIXe siècle. Analyses by region*, Stanley Payne 1975, *Basque Nationalism*, William Douglas (Hrsg) 1985, *Basque Politics: a case study in ethnic nationalism*, u.a.. Nach unserem Eindruck hat Juan Linz schon in den 1970er Jahren mit dem oben genannten Artikel wichtige Thesen und Anregungen zu der Thematik geliefert, die – nicht ohne Kontroversen – Pionierarbeit und ein Meilenstein für die aktuelle Diskussion in Spanien geworden zu sein scheinen.

Einen wichtigen Block für das Verständnis des Nationalismus in Spanien bildet die wechselvolle Geschichte Spaniens vom Anfang des XX. Jahrhunderts bis zum Ende der Diktatur Francos; die Antworten des sich entwickelnden autoritären spanischen Nationalismus auf die Entwicklungen des entstehenden peripheren Nationalismus und umgekehrt werden herausgearbeitet; dabei wird auf die Bedeutung des kurzen Intermezzos des ersten ernsthaften demokratischen Lösungsversuchs während der II. Republik auf die ‚nationale Frage‘ und sein Scheitern infolge des Putsches Francos eingegangen; welche Rolle die Diktatur bei der Polarisierung -nicht nur- innerhalb der peripheren Nationalismus gespielt hat und die unterschiedlichen Antworten und Entwicklungen innerhalb des baskischen Nationalismus werden herausgearbeitet.

Mit dem Tod Francos setzt die entscheidende Periode von der *Transition* bis zur Gegenwart und die Auseinandersetzungen um die weitergehenden Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse ein, eine neue und wichtige Phase. Von der neuen Interaktion zwischen (Zentral-) Staat, Nation und peripherem Nationalismus in Spanien ausgehend, die sich in der Verfassung 1978 formal zum ersten Mal manifestiert, beleuchtet die Arbeit die konkrete Politik der unterschiedlichen Madrider Zentralregierungen gegenüber dem baskischen Nationalismus und die Dynamik, die mit der Reaktion und Politik des baskischen Nationalismus entstanden ist.

Über die konkrete historische Recherche hinaus schien uns des Weiteren wichtig herauszufinden, welches die identitätsstiftenden nationalen Elemente waren, auf die die unterschiedlichen nationalistischen Sektoren während des XIX. und XX. Jahrhunderts für den Aufbau der Nation zurückgriffen. Dadurch wurden auch nicht nur die unterschiedlichen Definitionen der Nation deutlich, sondern auch ihre Veränderungen im Laufe der Zeit. Dies steht am Ende der historischen Untersuchung, da dort die Diskurse der Nation und die jeweiligen Vertreter des Nationalismus bereits historisch identifiziert und platziert werden konnten.

Am Ende steht eine punktuelle Darlegung von Fakten, Problemen und Fragen, die die Problematik des Nationalismus in der gegenwärtigen spanischen Gesellschaft, aber auch allgemein aufwirft. Die wesentlichen Ergebnisse werden schließlich im Fazit dargelegt.

Für die Untersuchung wurde Literatur in vier Sprachen benutzt (spanisch, deutsch, französisch und englisch); die auf deutsch übersetzten französischen und spanischen Zitate bilden Teil des Haupttextes, und das Original wurde als Fußnote eingefügt. Wenn die übersetzten Zitate direkt in die Fußnoten eingeführt wurden, steht nur die deutsche Version und die entsprechende Quellenangabe.

Der vorliegenden Version dieser Arbeit wird eine verbesserte und überarbeitete Druckversion folgen.

## 1. Abriß der neueren Geschichte vom XV. bis Ende des XVIII. Jahrhunderts

In diesem Kapitel wird die historische Entwicklung vom XV. Jahrhundert bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts dargelegt, unter Fokussierung auf die spanische Staatsbildung während des Niedergangs des zunächst erfolgreichen Imperiums.

### 1.1. Spanische Staatsbildung: allgemeine Erwägungen

Bei der Untersuchung der historischen Konfliktlinien Baskenland – Spanien wurde die Notwendigkeit deutlich, uns mit dem „*state-making*“ und „*nation-building*“ in Spanien auseinanderzusetzen. Tatsächlich setzt dies eine weit zurückreichende historische Sichtweise voraus, letztendlich die Auffassung Tillys (1975) über die Wichtigkeit der historischen Erfahrung für die Analysen politischer Entwicklungen bestätigend:

*„The analyses of political development has had about the same relationship to historical experience as a dog on a long leash to the tree at the other end of the leash. The dog can roam in almost any direction. He can even get the illusion of rushing off on his own. But let him rush too far, too fast and his collar will jerk him back. (...) Political analysis as a whole has never strayed far from the tree”* (Tilly 1975: 3)

Die Differenzierung von *nation-building* und *state-making*<sup>4</sup> als zwei nicht notwendigerweise überlappende Prozesse und ihre Untersuchung läßt uns zu der ersten allgemein anerkannten These kommen: Spanien hat seine territoriale Einheit früh erreicht und initiierte den Prozeß der Staatsbildung schneller als andere Länder Europas. Dennoch müssen diese Prozesse etwas differenziert werden. Spanien hat während der XVI. Jahrhunderts faktisch einen riesigen Sprung im Vergleich mit anderen Prozessen der Staatsbildung in Europa vollzogen, der das Land auf das höchste Niveau von Zentralisierung, Differenzierung, Autonomie und Koordinierung gebracht hätte, wenn sich der Prozeß nicht in den folgenden XVII. und XVIII. Jahrhunderten verlangsamt und sogar umgekehrt hätte (Tilly 1975). Aus diesem Prozeß betrat Spanien deshalb *„the age of industry and empire with one of the least stately governmental structures of the continent“* (Tilly, : 35)<sup>5</sup>.

Warum dies? Nach Tillys Studien dominierte eine starke Verbindung bzw. Koalition zwischen der Zentralmacht und der besitzenden Elite auf dem Land den Staatsbildungsprozeß (Tilly 1975: 21). Infolge der vorwiegend agrarischen Gesellschaft mit einer überwie-

---

<sup>4</sup> „Staats- und Nationsbildung sind historische Prozesse, in beiden Fällen geht es um ursprünglich westeuropäische und neuzeitliche Entwicklungen, die sich vom Westen aus mit unterschiedlichem und gelegentlich nur begrenztem Erfolg auf die ganze Welt ausgebreitet haben. Es sind Prozesse, die sich auch in Europa nicht immer erfolgreich und unangefochten vollzogen haben.“ „Soweit sie sich überschneiden, sind sie weitgehend untrennbar ineinander verzahnt, doch dort, wo sie sich nicht überschneiden, handelt es sich um jeweils eigene Prozesse.“ (Linz, 1994: 43); Linz verweist diesbezüglich auf das Werk von Reinhard Bendix, *König oder Volk*. Bd.1, (1982).

<sup>5</sup> Aus der Sichtweise des Absolutismus « Kein anderer der großen absolutistischen Staaten Westeuropas sollte einen solch adligen und zugleich gegenüber der bürgerlichen Entwicklung feindlichen Charakter haben ». (Anderson, 1985: 56).

gend ländlichen Bevölkerung erlangten die Großgrundbesitzer, die Landlords, eine strategisch entscheidende Rolle, denn die Aktivitäten der ländlichen Bevölkerung waren die Hauptquelle aller wesentlichen Ressourcen. So war das Land zu kontrollieren strategisch von höchster Bedeutung und folglich wurden die Landlords für die Zentralmacht bedeutende Alliierte – obwohl zugleich auch Konkurrenten – um ihre fundamentalen Aufgaben wie Steuereinnahmen oder die Aushebung von Rekruten für Armee und andere Zwangsdienste erfüllen zu können. Eine starke Koalition setzt eine mächtige Zentralmacht voraus; folglich dort wo sie fehlte, „*where no strong coalition formed and where the landlords completely outweighed the crown –Spain and Poland are two likely examples- the work of state-making tended to halt, or crumble*“ (Tilly 1975: 44; Hervorhebung von M.Q.). Blas Guerro (1986) bestätigt diese Feststellung und führt an, daß aus unterschiedlichen Sichtweisen (er nennt u.a. Menéndez Pidal, Jover, Vicens) alle Autoren zu einer gemeinsamen Schlußfolgerung kommen: die Verkümmern bzw. das Anhalten des Staatsbildungsprozesses mit der verstärkten imperialen Politik seit dem Machtantritt Kaiser Karl V. (in Spanien zugleich als König Karl I. bekannt) 1517<sup>6</sup>.

Die Kraft der Krone, der Staat der katholischen Könige, habe auf der Stärke der Städte und ihren demokratischen Quellen basiert. Tatsächlich hatte sich die kastilische Monarchie zunächst dank der Städte und ihres Widerstands gegen die Ausdehnung des Eigentums sowohl der kirchlichen Kräfte wie der Feudalherren (Los Grandes) verstärkt.

Die Weiterentwicklung eines modernen Staates Spanien wurde aber durch die Niederlage der Comuneros<sup>7</sup> 1520-1521 im ersten Quartal des XVI. Jahrhunderts geschwächt, und eine neue Richtung –die imperiale- setzte sich durch; so wurde das *state-making* durch die Rückkehr zur Eroberungs- und Kolonisierungspolitik zunächst verkrümmt und schließlich verlassen<sup>8</sup>. Erst durch die Zentralisierungsmaßnahmen des Staatsmanns Duque Conde de Olivares unter der Regierung Philipp IV. (Felipe IV) im XVII. Jahrhundert wurde versucht, diese Situation rückgängig zu machen; zwar scheiterte das Projekt,

---

<sup>6</sup> «Die von Carlos I markierte Linie wird im Wesentlichen von Felipe II (Philipp II) fortgesetzt ; ... das Spaniertum von Felipe II beruhte ursprünglich auf seiner unbeirrten Option für Spanien als Zentrum seiner Monarchie; eine armselige Affektbekundung, wo Kastilien und die hispanischen Dominios die unersetzbare wirtschaftliche und humane Stütze seiner weltweiten Monarchie waren.» (Blas Guerrero/ Laborda Martín, 1986: 472). “Zur Finanzierung der politischen und militärischen Unternehmungen des Kaisers und später seines Sohnes Philipp wurde Spanien (...) ab den 40er Jahren verstärkt herangezogen. In Anbetracht der hartnäckigen Abwehrhaltung der aragonesischen Cortes fiel die finanzielle Hauptlast auf Kastilien, und hier wiederum (...) nahezu ausschließlich auf die abgabenpflichtigen Bürger – nicht auf Adel oder Geistlichkeit” (Bernecker, 2001: 23)

<sup>7</sup> Nach Tilly (1975, 2004) wird der Prozeß der Staatsbildung von Widerstandsbewegungen (Versammlungen, Cortes, repräsentative Institutionen, gemeine Leute und alle die irgendwas zu verlieren hatten) gegen den neuen Staat - mit seinen haushaltspolitischen Ansprüchen und allgemeinen Belastungen wie dem Wehrdienst - begleitet. Der Aufstand der Comuneros wird jedoch von Blas Guerrero & Laborda Martín (1986) nicht unter diesen Widerstand eingeordnet; das Gegenteil sei der Fall: der Widerstand komme von einem „modernen vornationalen Staat angesichts des imperialen Kurses, den Carlos I den Spaniern aufzwingen will und am Ende aufzwingt“ („...Estado moderno prenatal ante los rumbos imperiales que Carlos I quiere imponer e impondrá al fin sobre los españoles“; Blas Guerrero & Laborda Martín, 1986: 471).

<sup>8</sup> „So überstieg schließlich die Ausdehnung des Imperiums der Habsburger deren Integrationsfähigkeit und trug dazu bei, den administrativen Zentralisierungsprozeß innerhalb Spaniens zu paralysieren.“ (Anderson, 85: 65).

aber ließ doch schon eine Dynamik in Richtung Zentralisierung durchscheinen, die sich etwas später, während des Spanischen Erbfolgekriegs (Machtverlust der Habsburger Dynastie zugunsten der Bourbonen) und des erneuten – wenngleich nur schwachen – Machtgewinns der Cortes von Spanien durchsetzen sollte.

So wurde Spanien während des XVI. Jahrhunderts eine erste Macht im europäischen Raum, aber mit einem Staat, der sich nur um den König vereinte (Anderson 1985)<sup>9</sup>. Ab dem XVI. Jahrhundert haben die spanischen Monarchen das Land schrittweise den Feudalherren – und nicht wenige Male zuungunsten der Städte – überlassen (Braudel, 1975)<sup>10</sup>. Die endgültige Niederlage dieser städtischen Kräfte durch den Sieg der Landlords über die Comuneros<sup>11</sup> wurde von Sánchez Albornoz (1956) als der „fatale Kurzschluß der Modernität“ bezeichnet. Diese Niederlage der demokratischen Kräfte öffnete den Raum für einen uneingeschränkten Absolutismus; das Fehlen einer starken Gegenkraft ließ in Spanien einen Absolutismus wie sonst nirgends in Europa heranwachsen.

Die militärische Niederwerfung des bürgerlichen Widerstands, der „*resistencia corporativa*“ (Anderson, 1985), durch den Absolutismus traf die Städte und nicht den Adel. Im Gegensatz dazu brachen die anderen europäischen Absolutismen für ihre Entfaltung die aristokratischen Aufstände – und nicht die bürgerlichen (Anderson, 1985: 63).

Andererseits verlangte nach Tillys Meinung der Aufbau eines starken zentralen Königtums überall entweder die Vernichtung, Subordinierung oder Kooptation der Institutionen, in denen die Freiheiten der Bevölkerung einen Ausdruck fanden, wie die Parlamente oder die Cortes. Lokale demokratische Körperschaften hätten in dem Maß ihre Kraft verloren, in dem der Staat sich verstärkte.

*“Local assemblies everywhere lost power to expanding states, within a range from the retention of considerable autonomy by Swiss communes to the French absorption of existing communal assemblies into the state structure to the virtual destruction of such institutions in much of the Germanies.”(Tilly, 1975: 22)*

---

<sup>9</sup> Anderson meint in seinem Buch ‚*Der absolutistische Staat*‘ (Anderson, 1985: 57), daß man die Erklärung davon in der dreifachen Beziehung zwischen amerikanischem Empire, europäischem Imperium und dem iberischen Vaterland suchen sollte.

<sup>10</sup> „Man muß außerdem anerkennen, daß die Krone [im XVI. Jahrhundert] keine ernsthafte Anstrengung unternahm, um den Adel an seiner Machtbasis anzugreifen. Sie versetzte ihm gelegentliche Schläge, aber hielt niemals eine kohärente und durchgreifende Politik durch, die als einzige Früchte hätte zeitigen können. Spanien ist ein einzigartig tief demokratisches Land. Alle Städte hier sind den Feudalherren feindlich gesinnt.“ „Es ist offensichtlich, daß die Monarchie unter Felipe II sich in höchstem Maß als unantastbar darstellt. Doch die Kräfte des kastilischen Adels wuchsen langsam aber beständig. Die Herren bleiben auf ihrem Land bis zum Ende des Jahrhunderts.“ (Braudel, 1975: 30, 31).

<sup>11</sup> „...seine Triebkraft waren die Handwerkermassen der Städte und ihre Hauptführung die städtische Bourgeoisie des Nordens und Südens Kastiliens, deren Handels- und Manufakturkerne in der vorangegangenen Periode einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erfahren hatten. Die Bewegung fand kaum oder kein Echo auf dem Land, weder unter den Bauern noch der Landaristokratie (...) Das „föderale“ und „protonationale“ Programm der von den kastilischen Kommunen während ihres Aufstands geschaffenen revolutionären Junta definierte diesen in voller Klarheit wesentlich als eine Erhebung des Dritten Standes.“ (Anderson, 1985: 63).

Jedenfalls kam es in Spanien nach der Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte nicht zu einer institutionellen Machtkonzentration um den König. Vielmehr lähmten sich die vom Adel beherrschten Cortes und die Krone gegenseitig, oder wie Tilly (1975: 22) schreibt „lumbered to a standstill“.

Linz merkt an, daß die moderne Staatsbildung teilweise das Ergebnis des Primats der Außenpolitik sei, was sich für den spanischen Fall mit seinen zahlreichen Herausforderungen bei der Außenpolitik in einer Verzögerung des Staatsbildungsprozesses ausdrückte.

*”The different processes of state-building in the larger European monarchies that had such important consequences when the more or less absolute monarchies had to incorporate new social strata and create or expand representative institutions in response to democratic ideologies in the nineteenth century (...) were largely determined by the difference between large and small politics, empires and second-rate powers. In the Spanish case the delay in building the Spanish state in the period of maximum glory, the prestige of its kings and influx of wealth from America, made the task more difficult in a period of decadence” (Linz, 1973: 47).*

Zugleich vertritt er die Ansicht, daß einerseits die Staatsbildung in Spanien während des XVIII. Jahrhunderts einen Sprung machte und der Staat sich durch die Vereinigung des Landes nach der Unterwerfung der Krone von Aragon 1716 und der Aufhebung der katalanischen Verfassung und damit der legalen und historischen ideologischen Basis für ihren Widerstand, verstärkte; andererseits verzögerte sich im Falle des Baskenlands der Zentralisierungsprozeß:

*„The self-confidence of the eighteenth century Bourbon state after subjecting the lands of the Crown of Aragon to the centralizing tendencies following the French model, delayed even more the process of state-penetration in the Basque periphery. Delayed state-building made nation-building in the nineteenth century –under unfavorable circumstances- even more difficult in that region“ (Linz, 1973: 49).*

Trotz alledem ist die Landkarte der politischen Einheit des heutigen Spaniens durch die Jahrhunderte fast unverändert geblieben; in Spanien, wie auch in Frankreich und dem Vereinigten Königreich, wo starke periphere Nationalismen zu verzeichnen gewesen seien, war und blieb der Staat doch immer eine *“machtvolle gesellschaftliche Realität”* (Linz, 1994: 47). Keines der politischen Probleme stellte die Existenz des spanischen Staates in Frage; selbst die wirtschaftlichen Gleichgewichtsstörungen und die gegensätzlichen Interessen der Regionen vom Anfang bis in die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts sind nicht in einer Infragestellung des Staates gemündet; dies sollte erst seit der Restauration

(1875) statt finden. Nicht übersehen werden darf, daß bei all ihren Eigenartigkeiten die spanische Entwicklung im Fluß der widersprüchlichen und vielfältigen Ereignisse und Entwicklungen anderer Länder Europas stand, und daß im Prozeß der europäischen Staatsbildung nur einige Staaten überlebten - der spanische unter ihnen, während viele andere zugrunde gingen<sup>12</sup>.

### **1.2. Vom XV. bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts**

Bekanntlich hat Spanien im Vergleich zu anderen Staaten seine **territoriale** Hauptgestaltung und Einheit sehr früh erreicht<sup>13</sup>. 1492 wurden mit der Heirat Ferdinands von Aragon und Isabels von Kastilien deren beide Königreiche vereint; hinzu kam die Eroberung Granadas im gleichen Jahr. Mit der Eingliederung von Navarra 1512 war bereits das gesamte Territorium des heutigen Spaniens erfaßt. Diese sehr früh zustande gekommene territoriale Einheit bedeutete jedoch noch keineswegs eine Einheit des Staates<sup>14</sup>; zwar standen die verschiedenen Territorien "unter einem König", aber es wurden keine tiefgreifenden institutionellen Veränderungen vorgenommen, die einen Prozeß in Richtung auf einen vereinten Staat initiiert hätten<sup>15</sup>. Diese Vereinigung war eine dynastische, keine nationale Vereinigung<sup>16</sup> und entsprach den imperialen Ansprüchen der Könige; Aragon wie Kastilien bewahrten ihre eigenen Institutionen, Zölle und Währungen (Fusi, 2000: 50-51)<sup>17</sup>; jedoch wurden die in Aragon existierenden feudalistischen Institutionen mehr respektiert als die in Kastilien, wo die Monarchie tatsächlich zentralisierte Institutionen schaffen wollte und konnte.

---

<sup>12</sup> Tilly (1975, 2004) verweist auf die Existenz von ungefähr fünfhundert mehr oder weniger unabhängigen politischen Einheiten um das Jahr 1500; das Europa von 1900 hatte um die fünfundzwanzig politische Einheiten. Spanien war immer dabei.

<sup>13</sup> Blas Guerrero und Laborde Martín (1986: 465) schreiben, daß die Monarchie der Renaissance sich mit klarem kastilischen Akzent gestaltet hätte und dies, wie Vicens Vivens sagt, «unter kastilischem Zeichen und nicht durch mystisches Erleben, sondern aufgrund des simplen Empirismus ihres Bevölkerungswachstums, der Aktionsfreiheit, die ihre königliche Hoheit einfordert und der Ressourcen, die trotz der Kontraktion die Schafhirten der Mesta zur Verfügung stellten.»

<sup>14</sup> Die Katholischen Könige trugen den Titel: "Rey y reina de Castilla, de Leon, de Aragón, de Sicilia, de Toledo, de Valencia, de Galicia, de Mallorca, de Sevilla, de Cerdeña, de Córdoba, de Córcega, de Murcia, de Jaén, de los Algarves, de Algecira, e de Gibraltar e de Guipúzcoa, conde e condesa de Barcelona, e señores de Vizcaya e de Molina" plus weitere Titel (Fusi, 2000: 52). Die Struktur Spaniens ist mit der Struktur in der Habsburger Monarchie vergleichbar, die als KuK-Monarchie bis 1918 existierte (Linz, 1973: 97).

<sup>15</sup> "...but as union it was no more than dynastic. In 1580, Philip II became king of Portugal by inheritance, but that union would be broken in 1640" (Linz, 1973: 38). "The nature of this union [Castile and Aragon], as much as the unequal strength of the two partners, played its part in determining the course taken by the Spanish history during the XVI century. It set the pattern for the acquisition of further territories by the Kings of Spain. Each new territory acquired through marriage or inheritance, like the great Habsburg inheritance of 1504, was added as the Crown of Aragon had been added, with the retention of its own laws and privileges; and fresh conquests remained the possession of the conqueror, and not the common property of all. America fell, not to Spain, but to Castile alone" (J.H. Elliot, zitiert von Linz, 1973: 39-40).

<sup>16</sup> Um 1500 waren weder Spanien noch England oder Frankreich vereinheitlichte Nationalstaaten noch souveräne Nationen (Fusi, 2000: Kap I).

Die „Monarchie der Katholischen Könige“<sup>18</sup> errichtete eine starke Zwangsstruktur (estructura coercitiva) und setzte eine Rationalisierung und Modernisierung des Staatswesens in Kastilien durch; doch konnte sie den traditionellen Widerstand innerhalb der verschiedenen Einflusssphären der Krone nicht brechen. Hinzu kam, daß die Krone auch keine repräsentativen Strukturen schuf, um die Eliten der Peripherien zu integrieren. Hierzu führt Genieys (1997) aus:

*„In der Tat sind die königlichen Dynastien unfähig, repräsentative Strukturen zu schaffen, die die Integration der peripheren Eliten in den Staat betreiben. Das Legitimitätsdefizit der repräsentativen politischen Strukturen wird strukturell. Angesichts dieser institutionellen Staatsrealität erhebt sich das Imperium als eine Struktur, die zwar in der Lage ist, stark unterschiedliche politische und soziale Ordnungssysteme zusammenzubringen, ohne aber jemals eine wirkliche Dynamik der Homogenisierung in Gang zu setzen.“* (Genieys, 1997: 27)<sup>19</sup>.

So existierte eine Politik für Kastilien<sup>20</sup>, die sich auf den Atlantikbereich orientierte – die Kanarischen Inseln, Westindien und Nordafrika –, und eine für Katalonien-Aragon, die auf das Mittelmeer, Italien und die Pyrenäen blickte; die Entdeckung und Eroberung Amerikas wurde zu einem nur auf Kastilien beschränktem Unternehmen, und zugleich

---

<sup>17</sup> Es existiert auch eine französische Version des Buches: *Espagne. Nations, nationalités et nationalismes*. Presses universitaires de Rennes, Rennes, 2002.

<sup>18</sup> Über die Bedeutung der Cortes und die katholischen Könige schreibt Karl Marx (1854): “The material basis of the Spanish monarchy having been laid by the union of Aragon, Castile and Granada, under Ferdinand the Catholic and Isabella I, Charles I [or Charles V, as the Germans call him] attempted to transform that still feudal monarchy into an absolute one. Simultaneously he attacked the two pillars of Spanish liberty, the *Cortes* and the *Ayuntamientos* - the former a modification of the ancient Gothic concilia, and the latter transmitted almost without interruption from the Roman times, the *Ayuntamientos* exhibiting the mixture of the hereditary and elective character proper to the Roman municipalities. As to municipal self-government, the towns of Italy, of Provence, Northern Gaul, Great Britain, and part of Germany, offer a fair similitude to the state of the Spanish towns; but neither the French States General nor the British Parliaments of the Middle Ages, are to be compared with the Spanish Cortes. There were circumstances in the formation of the Spanish kingdom peculiarly favourable to the limitation of royal power. On the one side, small parts of the Peninsula were recovered at a time, and formed into separate kingdoms, during the long struggles with the Arabs. Popular laws and customs were engendered in these struggles. The successive conquests, being principally effected by the nobles, rendered their power excessive, while they diminished the royal power. On the other hand, the inland towns and cities rose to great consequence, from the necessity people found themselves under of residing together in places of strength, as a security against the continual irruptions of the Moors; while the peninsular formation of the country, and constant intercourse with Provence and Italy, created first-rate commercial and maritime cities on the coast. As early as the fourteenth century, the cities formed the most powerful part in the Cortes, which were composed of their representatives, with those of the clergy and the nobility” (Karl Marx, 1854 aus: *Revolutionary Spain*, <http://www.marxists.org/archive/marx/works/1854/revolutionary-spain/index.htm>, eingesehen am 15.12.2007).

<sup>19</sup> “En effet, les dynasties royales sont incapables d’inventer des structures de représentation qui entraînent l’intégration, à l’État, des élites périphériques. Le déficit de légitimité des institutions politiques représentatives devient structurel. Face à cette réalité institutionnelle de l’État, l’Empire s’impose comme une structure capable de réunir ses systèmes d’ordre sociaux et politiques fortement différenciés sans jamais pouvoir introduire une véritable dynamique d’homogénéisation” (Genieys, 1997: 27).

<sup>20</sup> Kastilien bestand aus: Andalucía, Las dos Castillas, Provincias Vascas, Navarra, Cantabria, Extremadura, Canarias, Galicia, Murcia, Asturias. S. Landkarte der Zeit im Anhang 1.

mischte Isabel die Katholische sich nicht in die Angelegenheiten Aragons ein<sup>21</sup> (Fusi, 2000; Vicens Vives, 1952).

Jedoch unterschied sich die „föderative Monarchie“ der katholischen Könige prinzipiell nicht von den anderen Monarchien, d.h. vom westeuropäischen Modell. Allerdings besaß Kastilien aufgrund seiner Größe (65% der Halbinsel) und seiner Bevölkerung (mehr als 70 %) objektiv einen großen Einfluß. Die Vereinigung der katholischen Königreiche, die Vereinigung ihrer Territorien (Kastilien und Aragon) schuf eine neue Realität, die mehr war als die Summe beider Königreiche. Wie auch in anderen westeuropäischen Prozessen des *state-making* wuchs das Gewicht der Nobles innerhalb des spanischen katholischen Königtums beträchtlich an, wohingegen die Unterstützung der Städte mit ihrem demokratischen Leben ein wichtiger Stützpunkt für Anliegen und Werk der katholischen Könige wurde<sup>22</sup>.

So war Anfang des XVI Jhs., als Kaiser Karl V. (auch Karl I. genannt) die Macht ausübte, wie Sanchez Albornoz (1956) feststellte, Kastilien tatsächlich wie ein moderner Staat organisiert. Jedoch begann ab diesem Zeitpunkt Stillstand und sogar eine Rückentwicklung des Prozesses der Staatsbildung in Spanien einzusetzen. Das Ergebnis faßte Linz (1973: 47-48) mit der Überschrift zusammen: „*Spain: a case of partial early state-building in Castile and delayed state-building of Spain*“.

*"Because they [König Karl und später Philipp] placed Castile, converted central political axis of the monarchy and fiscal basis of it, and the other peninsular kingdoms on different levels, transformed into mere satellites of similar significance to the other European states inserted into the general framework of their large empire. ...It is the enormous responsibility of Charles V und Philip II to have neglected to unite Spain. Spain can claim against them a great debt."* (Sanchez Albornoz, 1956: 479-480, zitiert von Linz, 1973: 47).

In einer ähnlichen Richtung schreibt Wallerstein (1980):

---

<sup>21</sup> Die Eroberung von Oran, Algerien und Tripolis zwischen 1509 und 1511 war wiederum ein Unternehmen Aragons (Vicens Vives, 1952).

<sup>22</sup> «Es sind die Städte – schreibt Braudel – die mit ihren erstaunlichen Reserven demokratischen Lebens den Sieg der Katholischen Könige gesichert haben» (Blas Guerrero/Laborde Martin, 1986: 469).

„... wären die Katalanen in einen gemeinsamen Staat mit den Kastiliern integriert worden, was nicht der Fall war, und hätten die Ambitionen Karls V. Kastilien nicht erschöpft, indem sie es in unausweichliche Interessenskonflikte mit gewissen Zonen seines Imperiums stieß (...), hätte Spanien ohne Zweifel die Chance gehabt, ein zentraler Staat der europäischen Wirtschaftswelt zu werden. Statt dessen konnte die Ausdehnung um jeden Preis nichts anderes verursachen als die Schwächung von Karl V und seinen Nachfolgern.“ (Wallerstein, 1980 :155)<sup>23</sup>

In der Tat wurde Kastilien ausgelaut<sup>24</sup>; im Jahr 1616 mußte Kastilien 73% der Ausgaben des Imperiums übernehmen, während die Teilreiche Portugal 10%, die sowieso aufständischen und Unsummen verschlingenden Niederlande 9%, Neapel 5% und Aragon lediglich 1% beitrugen (Diez Medrano, 1999: 34).

Weitere Elemente entfalteten eine Reichweite auf die spätere Geschichte Spaniens. Seit der Niederlage des letzten Maurenkönigs Abdallahs von Granada 1492 wurden mit der Ausweisung der Juden<sup>25</sup> per Dekret und der Etablierung der Inquisition ab 1484 zur Eliminierung der *”conversos de mala fe”* die sozialen Gruppen ausgelöscht, die auf Führungsebene Träger des gerade einsetzenden Kapitalismus hätten sein können. Nach der Niederlage Granadas stand in Kastilien - Stütze und Eckpfeiler der spanischen Monarchie -, einer kaum existenten Bourgeoisie ein mächtiger kastilischer Adel gegenüber, der seine politischen und territorialen Privilegien ungeschmälert ausübte. Die Katholischen Könige hatten ihre königliche Autorität gegenüber den adligen Nobles (die sich selbst als Grandes titulierten) zur Geltung gebracht, aber deren faktische Macht blieb unangefochten.

Mit der Aufteilung der Ländereien Granadas wuchs die Macht des Adels sogar an. Die Interessen der Nobles mit ihren eine intensive Agrarbewirtschaftung ausschließenden, auf die risikoarme Viehzucht (transhumancia pastoril) zugeschnittenen Latifundien, sollten sich bald in einer strukturellen Schwächung der Agrarproduktion niederschlagen, die sich für ganz Kastilien in heftige Hungersnotperioden übersetzte. Nach Wallerstein

---

<sup>23</sup> „...si les Catalans avaient été intégrés dans un seul et même Etat avec les Castellans, c’est qui n’était pas le cas, et si les ambitions impériales de Charles Quint n’avaient pas épuisé la Castille tout en le jetant lui-même dans d’inévitables conflits d’intérêts avec certains zones de son empire (...) l’Espagne aurait sans doute eu quelques chances de devenir un Etat central de l’économie-monde européenne. Au lieu de quoi, l’extension a outrance ne fit qu’épuiser Charles Quint et ses successeurs” (Wallerstein, 1980 :155)

<sup>24</sup> Die ersten Maßnahmen, um diese Situation Kastiliens zu ändern, wurden erst am Ende der Regierung von Felipe III (1598-1621) ergriffen; jedoch hing die spanische Krone weiterhin von Kastilien ab; die Maßnahmen um Aragon und den spanischen Adel zur Zahlung eines größeren Anteils zu zwingen, hatten zusätzlich einen großen Widerstand hervorgerufen (Diez Medrano, 1999: 34).

<sup>25</sup> Zunächst wurde mit der Morisca-Bevölkerung ähnliches versucht, jedoch waren sie als große landbearbeitende Schicht nur schwierig zu ersetzen. Trotz *”Massenkonvertierungen”* (1502) beharrte sie über Jahrzehnte auf ihre muslimischen Riten (Vicens Vives, 1952).

(1980) war die Vereinigung der Wollproduzenten in Spanien, die *Mesta*<sup>26</sup>, so machtvoll, daß sie jeglichen Versuch der aufkommenden Bourgeoisie im XV und XVI Jahrhundert zum Scheitern brachte, die Monarchen zu einer protektionistischen Politik zu veranlassen. Warum auch, das spanische Imperium gedieh doch scheinbar dank der amerikanischen Besitzungen, die Hauptquelle seines Reichtums wurden.

Im XVI. Jahrhundert wurde mit dem, was in die Geschichtsschreibung als der "Krieg der Comunidades"<sup>27</sup> eingehen sollte, gleichermaßen jegliche eigenständigen bürgerlichen Bestrebungen wie auch alte Freiheiten<sup>28</sup> in Kastilien für lange Zeit ausgelöscht.

Anfang des XVII. Jahrhundert war die spanische Monarchie von einem politisch bestimmenden Gewicht der andalusischen Großgrundbesitzer, einem durch Korruption der Bürokratie gelähmten Staatsapparat sowie der verstärkten Rolle des Madrider Hofes als Achse und Zentrum des Imperiums<sup>29</sup> geprägt (Vicens Vives, 1952). Jegliche vermeintliche "Bedrohung" der Monarchie wurde unerbittlich ausradiert – mit verheerenden Folgen. Nach der Niederschlagung von Protesten wurden 1610 die andalusischen Moriscos und

---

<sup>26</sup> Dazu I. Wallerstein, *Le système du monde du XVe siècle à nos jours*. Über die *Mesta* meint Julio Klein (zitiert von Genieys, 1997: 28, Fußnote 5), daß sie einerseits eine wichtige Rolle im Entstehungsprozeß eines nationalen Marktes und damit auch der "Nationalisierung des spanischen politischen Raumes" spielte, andererseits bremste sie mittels ihres Anspruchs auf das Land für unbeschränkte Viehtriebe die Entwicklung von Agrarkleineigentum.

<sup>27</sup> Rebellion des kastilischen Kleinbürgertums –Handwerker der Städte und die städtische Bourgeoisie des Nordens und Südens Kastiliens – gegen den monarchistischen Absolutismus und die Privilegien des Adels. Dieser Aufstand wurde in der Schlacht von Villalar 1521 niedergeschlagen und ihr Anführer, Juan de Padilla, enthauptet. Für einige ist dieser Aufstand die erste moderne Revolution in Spanien und womöglich auch in Europa mit ihrem Bestreben, die königliche Macht zu begrenzen und eine auf Konsens basierende Regierungsform zu schaffen. Für andere handelt es sich um eine soziale und religiöse Revolution, die von den Konvertiten (zum Katholizismus konvertierte Juden) und den Erasmiten angeführt wurde. In der Tat wurden mit dem Machtzug der Städte durch Carlos I (Karl V) die *'municipal privileges of the towns'* stark eingeschränkt, was sich im Rückgang der Bevölkerung, des Wohlstands und damit ihres Einflusses übersetzte; damit wurde das Gewicht der Städte in den **Cortes** (Städte, Kirche und Adel) geschwächt. "In Spain [...] while the aristocracy sunk into degradation without losing their worst privilege, the towns lost their medieval power without gaining modern importance" (Marx, 1854, Revolutionary Spain, www.marxist.org). Tatsächlich ist für Karl Marx die Erhebung der Comuneros von 1519-1523 die einzige "ernsthafte Revolution" Spaniens bis zum von ihm so genannten "Revolutionszyklus des XIX. Jh."; er rückte diesen Ereigniskomplex in das Problemfeld der frühbürgerlichen Revolutionen in Europa. Nach Kossok (1985: 7-8) stimmt die tonangebende internationale Historiographie mit dem Urteil von Marx überein, die Erhebung der Comuneros als Revolution – wenn auch mit unterschiedlichen Nuancierungen - zu bewerten.

<sup>28</sup> Dazu die scharfen Worte von Karl Marx: "If after the reign of Carlos I the decline of Spain, both in a political and social aspect, exhibited all those symptoms of inglorious and protracted putrefaction so repulsive in the worst times of the Turkish Empire, under the Emperor at least the ancient liberties were buried in a magnificent tomb. This was the time when Vasco Núñez de Balboa planted the banner of Castile upon the shores of Darien, Cortés in México, and Pizarro in Peru; when Spanish influence reigned supreme in Europe, and the Southern imagination of the Iberians was bewildered with visions for El Dorado, chivalrous adventures, and universal monarch. Then Spanish liberty disappeared under the clash of arms, showers of gold, and the terrible illuminations of the auto-da-fe" (Marx, 1854, Revolutionary Spain, www.marx.org)

<sup>29</sup> In Kontinuität der Zentralisierungspolitik der Katholischen Könige hatte Philipp II (1556-1598) zahlreiche Aristokraten, Letrados, Bürokraten und Angestellte in den Dienst der Monarchie gestellt (Vicens Vives 1952). Philipp II hatte Madrid 1561 als Hauptstadt festgelegt. Das administrative Regime der Katholischen Könige - *Corona, Reinos, Cortes* (Krone, Königsreiche, Cortes-Parlament) - wurde von Carlos V durch ein anderes ersetzt: *Rey, Consejos, Secretarios* - König, Räte, Sekretäre. Philipp II verfeinerte sie in das ausgeklügeltste und bürokratisierteste Regierungssystem Europas. Über den damaligen Staatsapparat meint Fusi, er sei eine "komplexe Verwaltungs- und Regierungsmaschinerie", die zweifelsohne viel perfektionierter war als die anderer europäischer Staaten. Man merkt hier, was für den Historiker Vicens Vives negativ war – wachsende Bürokratisierung –, bewertet Fusi als positiv – Entstehung einer komplexen Verwaltungs- und Regierungsmaschinerie. Über die genauere Veränderungen siehe Fusi (2000: 98 ff.); über die Bedeutung von Carlos V und Philipp II im Staatsbildungsprozeß, siehe Tilly (1975).

Levatinos des Landes verwiesen, und im gleichen Zuge auch noch die in Kastilien und Aragon<sup>30</sup> verbliebenen. Im Fahrwasser der Gegenreformation kam das endgültige Aus für die religiöse Vielfalt und Toleranz, die jahrhundertlang die Mittelmeerregion geprägt hatten; damit war die erstrebte religiöse Einheit durchgesetzt. Dem Eifer für die Erhaltung der katholischen Orthodoxie fiel jegliche religiöse Erneuerungsbewegung zum Opfer, so die Erasmisten und Wiedergeburtler (renacentistas)<sup>31</sup>. Aber zugleich gingen mit den Moriscos auf einen Schlag die fähigsten andalusischen LandarbeiterInnen verloren, ohne daß für sie Ersatz geschaffen werden konnte; nach Wallerstein (1980) war dies eine Maßnahme der bürgerlichen Elemente, um die Macht der großgrundbesitzenden Aristokratie zu brechen, doch „statt die Feudalökonomie zu treffen, fiel dies auf die Gläubiger zurück: wohlhabende Freisassen und Bürger“ (Vilar zitiert von Wallerstein, 1980: 267). Der Verlust dieser erfahrenen agrarischen Arbeitskräfte erwies sich als ein schlechtes Geschäft und bedeutete einen Rückschlag für die Entwicklung des Landes, das sowieso unter dem ständigen Abstrom qualifizierter und fähiger Menschen in die Kolonien zu leiden hatte.

Obwohl aus Amerika mehr als genug Reichtum in das Land strömte<sup>32</sup>, wurde – bis auf wenige Ausnahmen – weder der Merkantilismus gefördert noch Kapital im Land investiert. Die Realisierung der Erträge aus der Ausbeutung der amerikanischen Minen und der Ausbau der Flotte wurde in die Hände von Bankiers aus Genua gegeben; italienische, flämische und französische Händler bemächtigten sich des kolonialen Geschäfts. Die Resultate dieses Vorgangs faßte Vicens Vives (1952) so zusammen: *„Dieses Nichtverstehen der kapitalistischen Welt ließ Kastilien gegenüber Europa entwaффnet zurück“*<sup>33</sup>.

Politik und Alltag Spaniens wurden von nun an über Jahrhunderte von den Nobles aus Kastilien bestimmt, und die Monarchie blieb tief mit der Aristokratie verbunden, auch später, als das dynastische Zepter von den Habsburgern zu den Bourbonen überging:

---

<sup>30</sup> 1568 erhob sich in Granada die muslimische, zum Katholizismus konvertierte Minderheit -die sogenannten moriscos- gegen das Verbot, ihre Sprache und Lebensform auszuüben. Während des gegen sie gerichteten Krieges wurden ungefähr 50.000 moriscos in andere Gebiete der Monarchie deportiert. 1610 wurden um die 300.000 moriscos aus dem Land ausgewiesen (Fusi, 2000: 91).

<sup>31</sup> Der Protestantismus hatte in Spanien nie Wurzeln gefaßt. Die wenigen Gruppen, die um ihn entstanden sind, wurden von der Inquisition ausgelöscht, wie sich in Valladolid und Sevilla zeigte: 1555 wurden 60 Menschen bei lebendigem Leib verbrannt. Die Bücher des Erasmus von Rotterdam kamen 1558 auf den Index verbotener Bücher (Fusi, 2000: 115).

<sup>32</sup> „Spanien jedoch schuf im 16. Jahrhundert erfolgreich in den beiden Americas ein riesiges Imperium, so umfangreich wie es die Kosten für den Seetransport zuließen. Das bedeutete ein blitzartiges Wachstum des Transatlantikhandels, dessen Volumen zwischen 1510 und 1550 um das Achtfache zunahm und sich zwischen 1550 und 1610 noch einmal verdreifachte“ (Wallerstein, 1984: 250).

<sup>33</sup> „Esta incomprensión del mundo capitalista dejó a Castilla desarmada ante Europa“ (Vicens Vives, 1952: 119).

*«Aber paradoxerweise stand die Monarchie der Bourbonen bis zu einem gewissen Grad unter Aufsicht der Aristokratie. Das soziale Gewicht der Aristokraten lastete schwer auf der Entwicklung einer starken absolutistischen Macht<sup>34</sup>.»* (Genieys, 1997: 39).

Perry Anderson (1975) weist in seinem Werk über die Zeit des absolutistischen Staates für die neue Monarchie in Spanien auf das Fehlen einer starken Bourgeoisie als Gegenkraft zur mächtigen Aristokratie hin. Die höheren militärischen und diplomatischen Posten gingen nach wie vor an die "Grandes". Die Bourgeoisie, schwach in Kastilien und stark in der Peripherie Kataloniens und Aragons, konnte nicht die Funktion eines objektiven Alliierten der Monarchie gegen die Aristokraten übernehmen. Eine solche "Allianz" hätte der Monarchie größere Autonomie und Spielraum gegenüber den Grandes (dem spanischen Adel) geben können.

Im XVIII. Jahrhundert trat eine Veränderung innerhalb des dynastischen Regimes ein, als als Reaktion auf die Aufklärung<sup>35</sup> in Europa eine andere Idee von Monarchie und Staat in Spanien Fuß faßte. Dies stand im Zusammenhang mit dem Thronfolgerkrieg, der Ende des XVII. Jahrhunderts Spanien erschütterte, der in einer politischen und militärischen Niederlage der Habsburger Dynastie münden sollte und die Geschicke des Landes in die Hände einer neuen Dynastie, den Bourbonen, legte.

In deren Folge kam es zu einer Zentralisierung des Staates und einer Reihe weiterer Veränderungen, darunter die Reformierung der zentralen Verwaltung und Vereinigung der verschiedenen Königreiche unter einem Dach. Eine Voraussetzung und Konsequenz war die Einschränkung der Privilegien von Adel und Klerus. Die regionalen Machtorgane – die Fueros und Cortes – von Aragon, Katalonien, Mallorca und Valencia wurden beseitigt, nicht aber die entsprechenden Institutionen von Navarra und Vascongadas<sup>36</sup>. Trotz des Weiterbestehens von Überresten mittelalterlicher Institutionen nahm ab diesem Moment das spanische Königtum zumindest formell die Gestalt eines einheitlichen politischen Regimes an.

Die gesamte Palette dieser von Erneuerungswillen getragenen Reformen sollte aber eine Achillesferse aufweisen: die Analysten der Zeit und selbst die Minister der Monarchie

---

<sup>34</sup> "Mais paradoxalement, la monarchie des Bourbons espagnols reste sous un certaine tutelle de l'aristocratie. Le poids social des aristocrates rend difficile le développement d'un pouvoir absolutiste fort" (Genieys, 1997: 39).

<sup>35</sup> Die Philosophie der Aufklärung betritt die Weltbühne. Selbst die aristokratischen Schichten von Kastilien korrespondierten brieflich mit Voltaire und Rousseau.

<sup>36</sup> Alle eigenständigen Institutionen Kataloniens wurden 1716 abgeschafft: die Generalitat und die Diputación General, die Cortes sowie der Consejo von Barcelona. Dies konnte die Monarchie durchsetzen, da diese Königreiche auf der "falschen" Seite gestanden hatten. Navarra und die Vascongadas konnten demgegenüber ihre Institutionen (Fueros Vascos, Vizekönig, Cortes und Fuero in Navarra) aus dem gleichen Grund bewahren: sie standen im Erbfolgekrieg auf der siegreichen Seite von Philipp II. Katalonien behielt jedoch seine zivil- und strafrechtliche Eigenständigkeit, wie auch sein Handelsrecht und eigene Währung; die katalanische Sprache blieb die Sprache Kataloniens (dazu siehe: Fusi 2000, Kap. III.).

(Adlige wie Bürgerliche) stimmten in der Beschreibung der Hauptprobleme der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft überein: die niedrige Produktivität der Landwirtschaft<sup>37</sup>, verschärft durch die Form des Landeigentums und die damit eng verbundene grassierende Armut<sup>38</sup>. Die industrielle Aktivität blieb weiterhin sehr bescheiden; als Lösung für das von den verschiedenen Ministern deutlich beschriebene Problem wurde eine Agrarreform erkannt: die Säkularisierung der Klerikalländereien, der Abbau der Privilegien der *Mesta*<sup>39</sup> und der Lehensrechte (*derechos señoriales*), die Freigabe der Agrarpreise usw. Trotz der Klarheit bei der Erfassung des Kern der Probleme wurde wenig Konkretes für deren Lösung unternommen. So blieb das Spanien des XVIII. Jahrhunderts ein Land mit einer sehr unterentwickelten Agrarwirtschaft<sup>40</sup>, mit niedrigen Erträgen und Ausbeuten, mit einer schlechten Kommerzialisierung der Produkte, deren wenige Gewinne zudem durch die fortbestehenden Lehensrechte aufgezehrt wurden (Vicens Vives, 1952: 139). Der Horizont der Reformen war groß, aber die Mittel für ihre Umsetzung äußerst bescheiden. Obendrein kam es als Reaktion auf die Ereignisse der französischen Revolution zu einer scharfen Wendung in der erklärten Reformpolitik; der Reformpfad wurde verlassen, und das Land betrat das nächste Jahrhundert von einer tiefen inneren wie äußeren Krise gelähmt.

Trotz der seitens der spanischen Monarchie unter den Bourbonen im XVIII. Jahrhundert unternommenen Reformen zur Modernisierung und Zentralisierung gelang es dort nicht das umzusetzen, was in Frankreich zunächst unter der Monarchie und später verstärkt seit der 1789 einsetzenden bürgerlichen Revolution erreicht wurde: die Einheit des Staates, der Sprache und des Zugehörigkeitsgefühls zu einer Nation herzustellen<sup>41</sup>. Motor des Veränderungswillens in Spanien war mehr die Krone als die etablierte Gesellschaft selbst. Nichtsdestotrotz darf die Bedeutung der Reformen für Spanien nicht unterbewertet werden: Zu Regieren bedeutete für die Monarchie nun, vom Staat<sup>42</sup>, von der Krone

---

<sup>37</sup> Während Fusi (2000) von der spanischen Agrarwirtschaft als zentrales Problem spricht, spricht Vicens Vives (1952) von der kastilianischen Agrarwirtschaft als Hauptproblem für die Wirtschaft Spaniens.

<sup>38</sup> Vicens Vives (1952: 140) zählt Ende des XVIII Jahrhunderts 150000 Bettler im Land; eine Agrarreform alleine in Kastilien hätte dieser Masse von Menschen ein Stück Land bieten können. Die Versuche einer Agrarreform während der Regierungszeit Carlos III. (1759-1788), einem Vertreter des aufgeklärten Absolutismus, gingen jedoch nicht über Willensbekundungen hinaus.

<sup>39</sup> Vereinigung der großen Wollproduzenten; siehe Fußnote 26.

<sup>40</sup> Die Jahre 1763-65, 1770, 1784-93 und 1800-1804 waren Jahre von Knappheit und in einigen Gebieten von Hunger (Fusi, 2000: 139).

<sup>41</sup> Fusi (2000) weist darauf hin, daß sich die Revolution in Frankreich tatsächlich erst 1871 konsolidiert habe und die Erreichung der Einheit des Marktes und der Sprache auch vieler Zeit bedurfte. Damit will er betonen, daß der Prozeß des Aufbaus des Nationalstaates in Frankreich, als idealtypisches Beispiel des modernen Staates, alles andere als geradlinig und widerspruchsfrei verlief. In dieser Hinsicht stelle Spanien – wie viele andere Länder Europas – keine Ausnahme dar und sei weniger weit vom realen Prozeß in Frankreich entfernt gewesen, als häufig angenommen werde. Nichts desto trotz kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß in Frankreich tatsächlich eine Revolution stattgefunden hatte, in deren Verlauf viele tiefgreifende Veränderungen durchgeführt worden waren, die später – wenn überhaupt – nur sehr schwierig rückgängig gemacht werden konnten und bis heute prägend für die Entwicklung und Zelebrierung des Nationalbewußtseins geblieben sind.

<sup>42</sup> Nichtsdestotrotz schreibt Tilly, daß der Prozeß der Staatsbildung „...slowed, and sometimes reversed, in the seven-

aus Reformen und Initiativen zugunsten der `Nation` anzustoßen. Die vorangegangene Dynastie der Habsburger fühlte sich dem Krieg, der Justiz, der Ordnung und dem Glauben verpflichtet. Ab jetzt hätte das Wohl der Untertanen im Mittelpunkt zu stehen (Vives, 1952).

Dieser Abriß der Nationsbildungsproblematik in Spanien vor dem XIX Jahrhundert konnte natürlich nicht das wirtschaftliche, soziale und politische Leben ganzer Jahrhunderte nachzeichnen. Aber er ist unverzichtbar für das Verständnis der Entwicklung einer Grundproblematik, die in der einen oder anderen Weise die Geschichte Spaniens bis zum heutigen Tage maßgeblich beeinflusst.

Dies wird im folgenden Abschnitt mit dem Fokus auf das XIX. Jahrhundert dargelegt, dem Zeitalter der Nationenbildung und des Nationalismus, in dem unter Einschluß der partikulären Entwicklungen der spanische Nationsbildungsprozeß zu untersuchen ist.

## 2. Nationsbildung und Staat in Spanien im XIX. Jahrhundert

Von der Differenzierung von *nation-building* und *state-making* methodologisch auszugehen erlaubt besser zu begreifen, warum noch heute, zu Beginn des XXI. Jahrhunderts, Spanien für einen großen Teil der SpanierInnen eine Staatsnation ist, jedoch von vielen Angehörigen der in ihm lebenden nationalen Minderheiten zwar als ein Staat, nicht aber als eine Nation verstanden wird. Linz (1991) parafrasierend, ist Spanien für viele Spanier ein Staat und eine Nation, für einige ein Staat aber nicht eine Nation, und für eine Minderheit nur ein Staat, der eine für einen unabhängigen Staat kämpfende Nation unterdrückt.

Im Begriff Spanien sind heute mindestens zwei Interpretationen angelegt: einerseits ein vielfältiges Land mit unterschiedlichen Nationalitäten (die Völker Spaniens); andererseits, eine „autoritäre und essentialistische“ und einheitliche Fassung des Landes, die historisch hauptsächlich von konservativen und diktatorischen Regimes (Diktatur Primo de Rivera, Diktatur Franco) formuliert wurden (Mercadé et al., 1983).

So läßt sich bereits für das XIX. Jahrhundert die These von Linz teilen. Spanien sei

*"a case of early state-building where the political, social and cultural integration of its territorial components – nation-building – was not fully accomplished". (Linz, 1973: 33)*

*"Those minorities identifying with a Catalan or particularly a Basque nation might be small. But they demonstrate failure by Spain and its elites to nation-building, whatever their success in state-building" (Linz, 1973: 36).*

Eine These von Douglas (1985: 8-10), die sich an Anthony D. Smiths Analyse<sup>43</sup> anlehnt, liefert einen anregenden Hinweis: die drei größten Kolonialmächte – Spanien, Frankreich und Großbritannien – wären zugleich mit den heftigsten nationalistischen Bewegungen des XX. Jahrhundert in West-Europa konfrontiert gewesen. Douglas entwickelt die These über die ‚*unfinished agenda*‘ des „*nation-building*“ der Kolonialmächte im Zusammenhang mit dem kolonialen Abenteuer. Die Assimilierung der ethnischen Gruppen in diesen Ländern war noch nicht vollendet, während die Aufgaben der Kolonisierung auf die vordersten Plätze der Tagesordnung traten, womit der „*nation-building-Prozeß*“<sup>44</sup> in einen Stand-by-Zustand versetzt wurde. Diese Hypothese scheint plausibel, jedoch bedarf sie –

---

<sup>43</sup> Anthony D. Smith, *„Nationalism in the Twentieth Century“*, New York, University Press. 1979.

<sup>44</sup> Anregend ist dabei Douglas Gedanke, die Nationsbildung im Zusammenhang mit der Kolonialexpansion dieser Länder zu betrachten; er vertritt die Meinung, daß sowohl die Forscher des Prozesses des europäischen „*state-makings*“ als des europäischen Kolonialismus die Beziehung beider Prozesse nicht hinreichend in Betracht ziehen würden. Für ihn war das europäische „*nation-building*“ noch nicht abgeschlossen, als die koloniale Expansion in Übersee einsetzte; vielmehr handle es sich um einen überlappenden Prozeß, in dem sich das „*nation-building*“ der europäischen Metropolen in Wechselwirkung mit den Kolonien entwickelte. Gerade das Buch *Orientalism* (1978) von Edward Said ist diesbezüglich richtungsweisend.

wie er selbst einräumt (Douglas 1985: 10) - tieferen Recherchen und vergleichenden Fallstudien in den drei Ländern mit einer „*unfinished agenda*“ Spanien, Vereinigtes Königreich und Frankreich<sup>45</sup>.

Das XIX. Jahrhundert sollte dann Staaten als Nationalstaaten – aber auch Staaten ohne Nation<sup>46</sup> sowie Nationen ohne Staaten – hervorbringen. In ihm wurde die Erosion und Fragmentierung der alten kommunitären Welt mit ihren Loyalitäts-, Kulturen- und Wertestrukturen deutlich. Seine neue politische Identität gruppierte sich um die Nation und hiermit einhergehend die Verwandlung der Bewohner in Citoyens, die entlang territorialer Identitäten organisiert waren. Inspiriert von den Ideen der Aufklärung bekamen im Zuge der französischen Revolution Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit für alle Staatsbürger einen höheren Stellenwert.

Im Falle Spaniens und für unsere Ziele

*„handelt es sich darum, sorgfältig zu studieren, wann und wie der liberale Patriotismus, der nichts anderes war als eine Form zivilen Etatismus, aufhörte Verteidiger der Idee eines Spaniens als Vaterland aller Citoyens zu sein, um sich über den Weg einer Nominalisierung in spanischen Nationalismus zu verwandeln.“* (De Riquer i Permanyer, 2003: 144)<sup>47</sup>.

Für unsere Arbeit sind jedoch gerade die Differenzen im allgemeinen Prozeß der Nationsbildung und des Staats, die „spanische“ Einzigartigkeit, von Bedeutung, die uns erlauben, Elemente für die Beantwortung zentraler Fragen zu ermitteln, wie: welches waren die Initiatoren für welche Politisierungsschübe der baskischen Partikularismen? Welche Faktoren trugen dazu bei, daß Ende des XIX. Jahrhunderts dieser Partikularismus, diese regionale Spezifität zum Nationalismus mutierte? In diesem und im nächsten Kapitel werden wir versuchen auf diese Thematik einzugehen, um auf diese Fragen eine plausible Antwort zu finden. Nach einer kurzen Einführung erfolgt eine tiefere historische Verarbeitung der Entwicklung des Nationsbildung und des spanischen Staates im XIX. in Spanien; dort wird auch die fundamentale Rolle des Liberalismus im gesamten Prozeß beleuchtet. Im zweiten Teil wird dann die Spezifität der Region Baskenland und seine Beziehung zum Zentrum im XIX. Jahrhundert geschichtlich herausgearbeitet; besondere Aufmerksamkeit wird den Karlistenkriegen (1833-1840, 1873-1876) gewidmet, die im Baskenland ihre Zuspitzung erreichten.

---

<sup>45</sup> Douglas (1985 : 10) stellt in diesem Zusammenhang die These auf, daß « the ethnic nationalisms within Spain, France and Britain might be regarded as a recrudescence of unresolved sixteenth and seventeenth century issues that would likely have been resolved at that time had there been no European colonialism“.

<sup>46</sup> Der Satz von Massimo d'Azeglio 1861, liberaler Politiker aus Piemont, nach der italienischen Einigung im Jahr 1860, sollte in die Geschichte eingehen: "Italia e fatta, bisogna da fare gli Italiani" (Italien ist geschaffen, jetzt gilt es, Italiener zu schaffen) (Bertrand et al., 2003 ).

<sup>47</sup> "il s'agit bien d'étudier quand et comment le patriotisme libéral, qui n'est pas qu'une sorte d'étatisme civique, cesse d'être le défenseur de l'idée d'Espagne comme patrie de tous le citoyens pour se convertir, par le biais d'une

## **2.1. Das XIX. Jahrhundert: Der Nationsbildungsprozeß und der Werdegang des Liberalismus**

### **2.1.1. Einführung**

Der Prozeß der Nation-Bildung im modernen Sinn setzte mit dem Widerstand gegen die napoleonische Invasion und Besatzung zu Beginn des XIX. Jhs. ein. Als der gemeinsame Feind geschlagen war, brach eine Serie harter Auseinandersetzungen an, am Anfang zwischen Absolutismus und Liberalismus, und später zwischen Traditionalismus und Liberalismus, die das ganze XIX. Jahrhundert prägen sollte. Obwohl dies auch für viele andere Länder galt, weisen einige Autoren (so De la Granja Sainz et al., 2003) darauf hin, daß in Spanien diese Auseinandersetzung besonders hart und langandauernd gewesen war<sup>48</sup>. Dies sei nicht ohne Konsequenzen geblieben: die Zeit zwischen 1814 und 1840 zeige diesen langen und vernichtenden Kampf der beiden Kräfte (Restaurationen von 1814 und 1823, und Revolutionen von 1820 und 1835-37), der mit der Liquidierung des alten politischen Regimes nach dem Bürgerkrieg von 1833-1840 (dem 1. Karlistenkrieg) zu Ende gehe. Langfristig gesehen hätte diese Auseinandersetzung die ideologische und politische Dominanz des Traditionalismus und seiner pränationalen Identität über den Liberalismus bedeutet (u.a. wurde dadurch der Katholizismus ein wesentliches Element des „Spanischen Nationalwesens“). Dies alles wirkte als Bremse gegen den spanischen Nationsbildungsprozeß.

Tatsächlich bedeuteten der Aufstand von 1808, die Verfassung von Cadiz von 1812 und das „Trienio liberal“ (1820-1823) einen deutlichen Bruch mit der politischen und sozialen Feudalordnung und eine radikale Infragestellung aller auf die Ständeversammlung (sowohl Landesstände als auch Reichsstände) gestützten Privilegien. Die Cortes de Cadiz markierte den resoluten Eintritt der spanischen Liberalen (Varela Suanzes, 1987) mit ihren Antworten auf die Probleme des Landes in die Geschichte Spaniens. Das neue Subjekt, die Nation, trat zum ersten Mal als Souverän, als höchste Autorität für die Entscheidungsfindung und das Beschließen von Gesetzen zur Konstituierung der Rechte und Pflichten der Citoyen des Landes auf. Damit verbunden war eine neue Logik für die Regelung innerer Konflikte der „Nation“, die die alten politischen und organisatorischen Me-

---

nominalisation, en nationalisme espagnol” (de Riquer i Permanyer, 2003:144).

<sup>48</sup> Nach De la Granja Sainz et al. 2003 habe das Land nicht die politische Reife für die Aneignung des Diskurses des Liberalismus erreicht und obendrein war dieser Liberalismus durch einen Außenfaktor (die napoleonische Invasion) aktiviert worden.

chanismen des *ancien regime*, mit seinem göttlichem Recht und Standesmonopol, ersetzte (Perez Garzón, 1999: 64)<sup>49</sup>.

Bis 1833 verband der politische Kampf heterogene antifeudalistische Kräfte auf – je nach Gebiet und dominierendem Feudalsystem – unterschiedlichen Grundlagen. Der Kampf gegen die Privilegien und Besitzungen des *ancien regime* hatte nicht nur den Hoffnungen der Bourgeoisie Flügel verliehen; breite Bevölkerungsschichten mit unterschiedlichsten Bestrebungen und Bedürfnissen fühlten sich in ihrem Aufbegehren gegen alte wie neue Unterordnungsformen angespornt.

Deswegen kam es parallel zu antibürgerlichen Bauernerhebungen, die in einigen Fällen als karlistische oder absolutistische Guerilla, und in anderen Fällen als frühe Form des Republikanismus interpretiert wurden, in jeden Fall vor dem Hintergrund, daß mit der nationalen Revolution die Hoffnungen und Erwartungen der Bauern bezüglich der Verteilung von Landeigentum nicht in Erfüllung gingen; der "Verkauf von Brach- und Gemeinland", von dem nach dem Programm des *Trienio liberal* von 1820 die Hälfte an die Bauern und das demobilisierte Militär als Eigentum überschrieben werden sollte, wurde tatsächlich nicht umgesetzt. Es hatte sich die konservative Lösung der Agrarfrage durchgesetzt. 1833 hatte sich sowohl die progressive Version des Liberalismus wie die gemäßigte von der Radikalität der Verfassung von Cadiz weit entfernt und diese zugleich ‚entschärft‘.

Die Jahre bis 1843 zeigten die Schwierigkeiten für die Schaffung einer zentralisierten und einheitlichen Staatsnation, insbesondere die Schwächung der zentralen Macht durch den Bürgerkrieg bei einer gleichzeitig starken und wachsenden Rolle der *Juntas*.

Während dieses ersten Zeitraums konfiguriert sich im modernen spanischen Staat die strukturelle Rolle der militärischen Macht als einziges zentralisiertes und hierarchisierendes Machtinstrument und als fundamentale Institution, die die Durchführung der Richtlinien der Zentralregierung gewährleisten konnte (de Riquer i Parmentier, 2003: 145).

Nach 1845 und dem Scheitern der progressiven Liberalen („Progressiven“) verblieb die faktische Definitionsmacht des Begriffs der Nation "in den Händen dieser ein oder zwei Prozent erwachsener Männer mit Wahlrecht" (Perez Garzón, 1999). Diese Tatsache sollte später dazu beitragen, die breiten ausgeschlossenen sozialen Sektoren in die Arme des Föderalismus zu treiben. Jedoch war ein erklärtes politisches Ziel der Föderalisten der Wiederaufbau der spanischen Nation als einer *Nation von Nationen*, d.h. die Volkssouveränität wurde ausgehend von der Anerkennung der Souveränität der Völker, die die spa-

---

<sup>49</sup> Seinen Text "La nación, sujeto y objeto del estado español" veröffentlicht er 1999 in Auseinandersetzung mit der These von der "angeblichen Schwäche oder dem Scheitern" des spanischen Liberalismus.

nische Nation bilden, interpretiert. So bedeutete seit Oktober 1868 Republikaner in Spanien zu sein, Föderalist zu sein (Piqueras Arenas, 1992: 51).

Im revolutionären *Sexenio* (von 1868-1874) wurde eine Wiederbelebung der Radikalität der Prinzipien der Verfassung von Cadiz 1812 versucht -diesmal unter Federführung der neu entstandenen Demokraten, und nicht mehr durch die Liberalen. Aber auch dieser Anlauf eines Demokratisierungsprozesses scheiterte und mit ihm auch der föderale Weg, womit das Terrain dafür vorbereitet wurde „*daß in Wechselwirkung mit anderen Faktoren diese spanische nationale Einheit zerbrechen sollte*“<sup>50</sup> (De la Granja Sainz et al., 2003: 22). Die Idee eines pluralen Spaniens wurde endgültig von der offiziell zulässigen Agenda gestrichen.

Während des letzten Drittels des XIX. Jahrhunderts standen die europäischen Eliten vor der Herausforderung, der Legitimität der Staatsnation durch einen neuen Konsens eine breitere Basis zu verschaffen, da neue Akteure die politische Arena betraten und besonders die unteren sozialen Schichten der Gesellschaft sich zunehmend organisierten und ihre Forderungen an den Staat in präziserer Form formulierten. Jedoch in Spanien fand statt einer Demokratisierung das Gegenteil statt: Handlungsräume für eine Teilnahme der unteren sozialen Schichten zu öffnen erschien angesichts der Erfahrungen des revolutionären Sexenios als ein zu riskantes Unterfangen. Die Restauration der Monarchie und das von dem Konservativen Canovas del Castillo geprägte repressive Regierungssystem bestimmten bis zur Machtergreifung Primo de Riveras das politische Leben Spaniens. Der „gemäßigte“ Liberalismus hatte sich als obrigkeitstloyale Variante durchgesetzt. Obwohl das Land von scharfen Konflikten und Bürgerkriegen während des XIX. Jhr. geplagt wurde, stimmt Jedoch die Mehrheit der Forscher darin überein, daß regionale oder sprachliche Differenzen zunächst kaum Konfliktlinien bedingten. Erst mit der Zeit und als Folge einer Reihe von im Folgenden zu behandelnden Ereignissen sollten die Gefühle historischer Besonderheiten und der Kränkungen durch die zentrale Autorität wieder wach werden (Linz, 1973).

Der Krieg gegen die napoleonische Besatzung hatte im ganzen Land einen allgemeinen Patriotismus erweckt. Zudem gab es noch bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts Versuche, trotz oder wegen einer schwachen Zentralregierung lokale Lösungen einschließlich der Bildung föderaler Strukturen zu finden, ohne daß hierbei regionale oder nationalistische Parteien entstanden. Selbst in Katalonien oder dem Baskenland waren die Auseinandersetzungen bis zur Restauration 1876 nicht von regionalen oder nationalen Problemen bestimmt; sie verliefen vielmehr entlang von Konfliktlinien wie Stadt vs. Land, Gebirgsregionen vs. Täler und Ebenen. Die Bewohner Barcelonas oder Bilbaos z. B. reagierten politisch anders als die in den umliegenden Bergdörfern und Gehöften.

---

<sup>50</sup> „...para que cuando actuasen otros factores, acabara quebrándose esa unicidad nacional española“ (De la Granja

*"The history of part of the peripheral opposition might well have started as a religious cleavage, reinforced perhaps by socioeconomic crisis situations, slowly turning into a regionalistic, autonomist sentiment, and finally towards nationalist parties" (Linz, 1973: 50).*

Trotz ihrer Unterschiedlichkeit hinterließen all diese Konflikte doch ein gemeinsames Erbe: die Infragestellung der Staatsautorität, eine Abneigung gegen die Parteien der liberalen Monarchie, die Infragestellung einer Ordnung, die mißliebigen Meinungen keinen Raum zur Integration bot.

Linz (1973) stellt die plausible These auf, daß die Ära des Nationalismus in Europa Spanien in einem Moment erfaßte, als es gerade eine besonders schwierige Zeit durchlief: Staatskrise, ideologische Konflikte, Verlust der Kolonien, wirtschaftliche Rückständigkeit und äußerst ungleiche Regionalentwicklungen; gerade als das Modell des "kulturell-linguistischen Nationalismus" (Linz, 1973) sich durchzusetzen begann, war die Verbindung zwischen Zentrum und einigen Peripherien nicht hinreichend fest. Wie auch bei anderen Minderheitenbestrebungen feststellbar, entfaltete sich eine nationale Dynamik nach einem ähnlichen Muster: als Modell zuerst von Intellektuellen formuliert, wurde es alsdann von Teilen der geschäftstreibenden Bourgeoisie übernommen, um schließlich auch die unteren Schichten in den Peripherien zu erfassen.

Doch konnten die anderen Konflikte auf dem Land und in den Städten – besonders Säkularisierung vs. Kirche, Proletariat vs. wohlhabende Klassen – nicht außer acht gelassen werden; sie durchkreuzten den Prozeß der Nationsbildung in Spanien über das gesamte Jahrhundert und sollten auch im XX. Jahrhundert ihren Niederschlag finden.

Am Ende dieses bewegten XIX. Jahrhundert stehen wir vor

*"Spanien als einem Land im Niedergang, das seine überseeischen Besitzungen zunächst 1824 und dann 1898 verloren hatte und trotz einiger bedeutender Enklaven der Moderne ein vergleichsweise rückständiges Agrarland war: ein armer Staat, mit einer nicht umfangreichen Verwaltungsmaschinerie und einer Regierung mit begrenzter Größe und Mitteln"... "Sein Nationalismus war als Instrument der nationalen Rückgratbildung politisch schwach: 1990 waren die Region, die Gemarkung, die Provinz und die Lokalität (und nicht die Nation) noch der wahre Bezugsrahmen des sozialen Lebens" (Fusi, 2003: 40)<sup>51</sup>.*

---

Sainz et al., 2003: 22)

<sup>51</sup> "España - un país en declive que había perdido su imperio ultramarino primero en 1824, y luego en 1898 - era todavía, pese a disponer ya de importantes enclaves de modernidad, un país rural, comparativamente atrasado: un estado pobre, con una maquinaria administrativa no grande y un gobierno de tamaño y atribuciones limitadas" y con un "nacionalismo políticamente débil como instrumento de vertebración nacional: en 1900, la región, la comarca, la provincia y la localidad (y no la nación) eran aún el verdadero ámbito de la vida social" (Fusi, 2003: 40).

## 2.1.2. Drei Phasen<sup>52</sup>

### 2.1.2.1. Von der nationalen Revolution bis zur Mitte der 40er Jahre.

Mit der Invasion Napoleons und der als Antwort darauf entstandenen nationalen Revolution von 1808 sollte das krisenhafte XIX. Jahrhundert eingeläutet werden. Dieses Jahr markiert einen Aufbruch der Gesellschaft, in die die durch die französische Revolution angefachten Wünsche nach Reformen stark einwirkten. All dies floß in die erste republikanische spanische Verfassung von Cadiz (1812) ein. Dieser Prozeß kam 1814 mit der Restauration des Absolutismus und der Installation der Bourbonendynastie zunächst zum Erliegen.

Vor dem Hintergrund einer zaudernden Monarchie trat die Bevölkerung gegen die napoleonische Invasion des Landes in den Aufstand<sup>53</sup>, was nicht ohne innere Konsequenzen blieb: König Carlos IV dankte ab, während gleichzeitig der gesamte bürokratische Apparat der Monarchie zerbrach und die Grandes von Spanien sich dem neuen König Bonaparte unterordneten<sup>54</sup>. Dieses Verhalten des Hohen Adels und der alten Verwaltung brachte sie um jegliche Unterstützung bei der Bevölkerung.

Einer massiven Mobilisierung der Bevölkerung stand eine in drei Richtungen gesplante nationale Elite gegenüber: einige akzeptierten die Lage kurz vor dem Aufstand und waren dem von Frankreich eingesetzten König José Bonaparte gefolgt. Die Traditionalisten erstrebten die Wiederherstellung der Monarchie in ihrer alten Form, während die Reformisten – bestehend aus der Intelligenz (Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Studenten), einem Teil des niederen Klerus, des Bildungsbürgertums und einem Teil der Bourgeoisie der peripheren Gebiete der Halbinsel – an die Möglichkeit der Schaffung einer revolutionären Charta im Rahmen des Kampfes gegen die französische Invasion glaubten, was in der 1812 proklamierten Verfassung von Cadiz ansatzweise auch zu gelingen schien.

In der Tat beinhaltete die Verfassung von 1812 nicht nur das allgemeine Wahlrecht, die allgemeine Volksbewaffnung oder die Wahlen von Gemeindevertretungen (ayuntamientos); theoretisch wurde damit eine Gesellschaft auf der Basis von Gleichheit, Marktwirtschaft und Rechtsstaat geschaffen; wichtig war auch die Schaffung einer neuen nationa-

---

<sup>52</sup> De Riquer i Permanyer (2003) unternimmt für die Auseinandersetzung zwischen alten und neuen Identitäten während des XIX. Jahrhunderts in Spanien eine Periodisierung, die hier übernommen wird. In ihr lassen sich drei Momente differenzieren: Die erste Zeitspanne reicht vom Anfang der liberalen Revolution 1808 über die Revolution von 1834 bis zur Mitte der 40er Jahre; die zweite umschließt fast die gesamte Regierungszeit von Isabel II. von 1843 bis 1875 einschließlich des sogenannten revolutionären Sexenio von 1869-75; die dritte reicht von der Restauration 1875 bis zum Ausbruch der mit dem Verlust Kubas und der Philippinen ausgelösten Krise von 1898.

<sup>53</sup> Wie schon erwähnt, rief der Krieg gegen Napoleon Anfang des XIX. Jahrhunderts – ähnlich wie in Deutschland – eine Welle spanischen Patriotismus im gesamten Land hervor.

<sup>54</sup> Napoleon Bonaparte zwang Carlos IV. zum Abdanken und versuchte das Gleiche mit Ferdinand VII. (dem Sohn von Carlos IV) zu erreichen. Die Grandes von Spanien unterwarfen sich dem neuen König, Joseph Bonaparte, mit folgenden Worten: "Sire, the grandes of Spain have at all times been celebrated for their loyalty to their Sovereign, and in them your Majesty will now find the same fidelity and adhesion". Im Juli 1808 wurde die von Napoleon vorgegebene Verfassung von 91 der angesehensten spanischen Persönlichkeiten unterzeichnet (Marx, 1854).

len Wirtschaft auf der Grundlage der Verteilung des Reichtums, des Kleineigentums sowie eines weltlichen allgemeinen Erziehungssystems (Perez Garzón, 1999: 76). Die Ständegesellschaft (*sociedad estamental*), deren Hürden zur Wirtschaftsentwicklung und die absolute Monarchie sollten aufgehoben werden.

Der unter der Losung 'Gott und Vaterland' geführte Aufstand war nichtsdestotrotz Ausdruck des Veränderungswillens für eine Neuorientierung des Staates; nicht die Krone, sondern die ‚Nation‘ kämpfte gegen Napoleon; starke antiaristokratische Tendenzen waren unübersehbar, aber auch der Ruf nach einem "spanischen König" in Form von Ferdinand dem VII. (Fernando VII), wurde laut. Neben dem Kampf für die Unabhängigkeit des Landes wurde der Wunsch nach sozialen und politischen Reformen zu einem zentralen Ziel (Vincens Vives, 1952).

Nach der Vertreibung der Franzosen und dem Machtantritt des Bourbonenkönigs Ferdinand VII. (1814-1833) entschied sich dieser mit dem Beitel "El Deseado" versehene Hoffnungsträger für die einfachste, aber auch anachronistischste Lösung: der Absolutismus wurde restauriert, nicht nur gegen die Hoffnungen der Liberalen, sondern selbst gegen die eines Teils der konservativen Kräfte, die auf eine modernisierte Monarchie gesetzt hatten.

In dieser ersten instabilen Phase kam es zu zwei wichtigen Ereignissen, die die krisenhaften Veränderungen der Zeit verdeutlichten: Ferdinand VII. wurde in der 1820er Revolution unter Führung von Oberst Rafael Riego gestürzt, und die Liberalen konnten wieder an die Macht gelangen. Der König wurde gezwungen, die Verfassung von Cadix von 1812 anzuerkennen; und während der nächsten drei Jahre versuchten sie, radikale Reformen, wie eine konstitutionelle Monarchie, die Schwächung der wirtschaftlichen Macht der Kirche und eine Zentralisierung des Landes durchzuführen.

Damit katapultierte sich Spanien in das Zentrum der liberalen Revolution und wurde Funke für ähnliche Bewegungen in Ländern wie Portugal oder Italien. Erwähnt werden muß, daß der politische Liberalismus jener Zeit eine vornehmlich andalusische Entwicklung war, ohne ein gleichwertiges Pendant im Baskenland oder Katalonien zu finden, auch wenn in den Städten beider Gebiete sehr wohl Sympathisanten der "Constitucionalistas de Cadiz" auftraten (Linz, 1973)<sup>55</sup>; schließlich wurden Anliegen wie eine marktwirtschaftliche Entwicklung, Beseitigung des *ancien regimes* und die Einführung eines gemäßigten Protektionismus vom großen Teil des spanischen Liberalismus geteilt (Blas Guerrero & Laborda Martín, 1986).

---

<sup>55</sup> Riquer i Permanyer (2003) zitiert die These, daß jedoch ab 1820 und bis 1843 ein großer Teil der revolutionären liberalen Projekte in Barcelona entstanden sei, sie jedoch nicht die Liberalen des Rests des Landes beeinflussen konnten. Unter anderem konnten sie auch deshalb nicht von ihnen übernommen werden, weil die Unterschiede zwischen der katalanischen Gesellschaft und dem Rest des Landes sehr groß waren. Riquer i Permanyer (2003), aber auch Genieys (1997) weisen auf die geringe Zahl katalanischer Vertreter in der neuen Verwaltung des liberalen spanischen Staates

Die drei bewegten Jahre seit 1820 gingen als *”trienio liberal”* in die Geschichte Spaniens ein und wurden 1823 mit der Besetzung durch von der Reaktion zu Hilfe gerufene französische Truppen, der anschließenden Wiederherstellung des *ancien regimes*, des Absolutismus und der traditionellen Regierungsformen mit Unterstützung der von den Ereignissen abgeschreckten bürgerlichen Klassen beendet (Montero, 1995). Der nächste Konflikt war jedoch vorprogrammiert.

Die nur scheinbar beruhigte Lage sollte 1833 das zweite traumatische Ereignis hervorbringen, den Ausbruch des als ersten Karlistenkrieg<sup>56</sup> bezeichneten Bürgerkrieges.

Formell ging es um die Nachfolge von Ferdinand VII. Den Karlisten, Verteidigern der katholischen spanischen Ideale und einer absolutistischen Regierung, die nach dem Tod Ferdinand VII. die Thronfolgeansprüche seines Bruders Carlos de Bourbon gegen seine Tochter Isabel unterstützten, standen am anderen Extrem die Liberalen gegenüber. Diesmal war die gesamte spanische Gesellschaft in drei Lager gespalten, die Karlisten (unter dem Slogan ’Gott, König und Fueros.’), die Gemäßigten (Unterstützer der Verfassung von 1834) und die Progressiven, die in Geheimgesellschaften organisiert aus dem Exil kamen und stark antiklerikal orientiert waren. Der Druck wuchs und die Monarchie mußte weitere liberale Elemente integrieren. Die Cortes und die an die gemäßigte Tendenz des Liberalismus angelehnte ’aufgeklärte Bürokratie’ der Monarchie wünschten durch die Ernennung von Isabel II, Tochter von Ferdinand VII. und Maria Cristina de Borbon, zur Thronnachfolgerin eine institutionelle Lösung für den Konflikt, um so den Zusammenprall der ”Extremisten” im Lande zu vermeiden.

Tatsächlich hatte sich innerhalb des Liberalismus eine ’gemäßigte’ Tendenz herauskristallisiert, die während des gesamten XIX. Jahrhunderts eine wichtige politische Rolle spielen sollte. Diese politische Verbindung zwischen den ’gemäßigten’ Liberalen und einer sozusagen ’gemäßigten’ Monarchie erschien der Bourgeoisie der Küstenstädte und der entstehenden Madrider Geschäftswelt günstig und genoß ihre Unterstützung; die ’extremen’ Liberalen hatten während des *trienio liberal* ihre Sympathien verloren. Als 1830 Isabel geboren und von Ferdinand VII. zu seiner Nachfolgerin erklärt wurde, feierte diese Bourgeoisie dieses Ereignis (Vincens Vives, 1952: 150).

Nach der Machtübernahme der ”Gemäßigten” (1834) beschlossen diese die Verabschiedung des ”Estatuto Real” (1834)<sup>57</sup>: eine Art Charta, die die Monarchie bewahrte, während sie gleichzeitig den wohlhabenden bürgerlichen Schichten den Einfluß auf die Landesre-

---

während des gesamten XIX. Jahrhunderts hin; ein Paradoxon, da Katalonien und seine Umgebung die entwickeltsten Gebiete Spaniens waren.

<sup>56</sup> Über den ersten und zweiten Karlistenkrieg ist viel geschrieben worden. Im Rahmen dieser Arbeit sind sie im Kapitel über das Baskenland und das XIX. Jahrhundert ausführlicher zu behandeln.

<sup>57</sup> Nach Ansicht von Varela Suanzes (1987) hatten die Progressiven durch das Exil und die Erfahrung des *Trienios* ihre progressiven liberalen Ideen verloren, was dazu führte, daß ein großer Teil des Estatuto Real von 1834 von ihnen mitgetragen wurde; ab dem Punkt werden die radikaleren Vertreter des Liberalismus – die nach der Verfassung von 1812 sogenannten *doceañistas* – eine kleine Minderheit. Progressive und vor allem Gemäßigte wurden von nun an immer

gierung erleichterte und die breite Masse der Bevölkerung weitgehend ausschloß<sup>58</sup>. Angesichts der Zuspitzung des Bürgerkrieges und der zunehmenden antiklerikalen Züge der extremen Liberalen wurde 1835 die Säkularisierung des Kirchenbesitzes beschlossen. Diese Reform ist nach Vicens Vives (1952) eines der wichtigsten politisch-sozialen Ereignisse der Zeit gewesen; sie hätte in der Tat eine wirkliche Agrarreform und damit eine Lösung für die armen Bauern von Kastilien, Extremadura und Andalusien mit großen Auswirkungen für das Land in Gang setzen können. Aber die Reform beschränkte sich auf einen reinen Transfer kirchlicher Besitzungen in die Verfügungsgewalt der reichsten Schichten Spaniens: Großgrundbesitzern, Aristokraten und Bourgeois. Weder der Staat noch das Volk insgesamt konnten hieraus einen Nutzen ziehen. Im Gegenteil, das Gewicht des Latifundismus nahm weiter zu und mit ihm das Gefühl der Ungerechtigkeit.

Mitten im Bürgerkrieg wurde mit dem revolutionären Schub des Aufstands der Juntas von 1835 und 1836 der entscheidende Kampf für den Aufbau des liberalen Staates geführt; die Bewegungen von 1812 wie 1835 und 1836 hatten durch sich bildende bewaffnete Formationen auch eine militärische Komponente. Es waren die *Juntas* und *milicias ciudadanas* (Bürgerwehren, Zivilgarden) sowie *Pronunciamientos* (militärische Erhebungen), die auch die stehende Armee erfaßten und als *sublevación juntera* bezeichnet wurden. Diese Aufstände waren nicht minoritär, sondern stellten ein Programm für das gesamte Land auf („*nacional y nacionalizador*“) und wurden Katalysator von seit Jahrhunderten auf Erfüllung wartende Bestrebungen der Bevölkerung<sup>59</sup>.

Eine Rückkehr des *ancien regimes* in seiner alten Form war jetzt ausgeschlossen. Von nun an findet in dem Maß, in dem sich die Kluft zwischen Erwartungen an die revolutionäre Nation und den Nutznießern vertiefte, eine Spaltung innerhalb der spanischen 'Nation' statt, die vorher, mit der Einigkeit gegen das *ancien regime*, nicht existiert hatte.

Ein Linksschwenk innerhalb des fortschrittlichen Bürgerkriegslagers brachte die Verfassung von 1837 zur Welt, eine der liberalsten Verfassungen ihrer Zeit, Ausdruck einer Minderheit progressiver Liberaler, die von Teilen der Intellektuellen, hohen Armeeoffizieren und dem im Entstehung befindlichem Industrieproletariat unterstützt wurde. Diese Verfassung enthielt progressive Elemente, aber verglichen mit der Verfassung von 1812 unter starker Beschneidung der demokratischen Inhalte und der Verteilung des Eigen-

---

konservativer.

<sup>58</sup> Die Basis für die Wahl der nationalen Vertretung zur Ausarbeitung der Verfassung von 1812 war die normale Bevölkerung: ein Abgeordneter (Deputierter) je 70.000 Einwohner. Die Cortes bestand aus einer Kammer mit den gewählten Abgeordneten, die Wahl der Abgeordneten erfolgte durch allgemeines Wahlrecht. Wahlberechtigt waren alle Spanier außer Kriminellen, niedrigen Dienern und Bankrotteuren. Nach 1830 hingegen durften nur Lese- und Schreibkundige wählen (Vicens Vives 1952).

<sup>59</sup> Über die Bedeutung der Juntas im XIX Jahrhundert siehe: „*Revolución burguesa y movimiento juntero en España*“, Antonio Prada Moliner, Editorial Milenio, 1997.

tums auf einer breiteren Basis. Sie verkörpert eine andere Lesart der Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Im Sommer 1840 erstellt die Bewegung der Juntas verschiedener Städte, die für General Espartero, Symbol des progressiven Liberalismus gegen Maria Cristina de Bourbon - Frau des verstorbenen Königs Ferdinand VII. und Symbol der Monarchie, die bis zur Volljährigkeit ihrer von Ferdinand VII. als Thronfolgerin bestimmten Tochter Isabel Regentin war – eintreten, einen konkreten Forderungskatalog auf: unter anderem Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts, Verteilung des Gemeindelandes, Überprüfung der Eigentumstitel, Direktwahl der Bürgermeister, Recht auf Arbeit. Noch im gleichen Jahr gelangten die progressiven Liberalen an die Macht, was als ein Sieg des "einfachen Volkes" betrachtet wird. Aber die inneren Widersprüche sollten ihrer Regierung ein baldiges Ende bereiten. 1843 ergriffen die "Gemäßigten" unter der neugekrönten Königin Isabel II. erneut das Regierungsruder und setzten ein zentralisiertes hierarchisches Modell durch, das andere Möglichkeiten nationaler Organisation, auch unter dem Gesichtspunkt einer geographischen Umverteilung der Staatsmacht, erstickte. Die konservativen Gemäßigten sollten Spanien erneut bis zum Ausbruch des revolutionären Sexenios 1868 regieren. Während Europa vom Strudel der Revolution von 1848 erfaßt wurde, stand an Spaniens Spitze zwanzig weitere Jahre eine konservative und autoritäre Regierung.

#### ***2.1.2.2. Von der Mitte der 1840er-Jahre bis 1875***

Diese Phase umfaßt politisch die Zeit von der Konsolidierung des Zentralstaates unter Führung der Gemäßigten und des Regierungsantritts Isabells II. 1843 als Königin bis zum Scheitern des erneuten demokratischen Aufbruchs des *Sexenios*; das *Sexenio* begann mit der Septemberrevolution von 1868 (die von vielen Historikern als verspätete 1848er Revolution betrachtet wird) und endete nach der kurzen Erfahrung der Ersten Republik 1873 und der Restaurierung der Monarchie unter Alfons XII, Sohn von Isabel II.

Die Verfassung von 1845 bedeutete gegenüber der Cadix-Verfassung (1812) politischen Schritt zurück: die progressivsten Züge mit revolutionärem oder radikalliberalem Inhalt wurden eliminiert, die Werte von Freiheit und politischer Gleichheit und allgemein die Rechte der individuellen Citoyens wurden von den Wertvorstellungen und Bedürfnissen der Eigentümer ersetzt. Der progressive und demokratische Liberalismus war marginalisiert. Die Gemäßigten als oligarchischer Zweig des Liberalismus versuchten an der Macht *«das durchzusetzen, was nichts anderes war als eine Politik des Ausschlusses der Bevölkerungsmehrheit zugunsten der aus der besitzenden Klasse bestehenden Minderheit. Auf diese Weise implizierte die Überlegenheit der Gemäßigten eine minimalistische Version*

*politischer und sozialer Inhalte der politischen Nation*” (de Riquer i Permanyer, 2003: 149)<sup>60</sup>

Oder in den Worten von Linz:

*”Except for two years [1854-56], the moderates were to rule Spain until 1868, under the sign of a desire for peace, coinciding with an expansive swing of the business cycle. The moderate period was one of consolidation of a Spanish, moderately liberal, and not too democratic state”* (Linz, 1973: 54).

In der Vorherrschaft der Gemäßigten – und dies mit der Zustimmung der Progressiven – drückte sich in der Tat eine minimalistische Version der politischen und sozialen Inhalte der Nation aus. Die 1845er Verfassung selbst erwähnt den Begriff der Nation nur ein Mal, im Artikel 11: *„Die Religion der spanischen Nation ist die Katholische, Apostolische und Römische.“* Das souveräne Subjekt ist nicht mehr die Nation, sondern die ‚Cortes des Königtums‘ und ‚Isabel II., Königin aufgrund der Gnade Gottes und der Verfassung‘ (De la Granja Sainz et al., 2003: 20).

Unter Ausschluß der Mehrheit der Bevölkerung und von oligarchischen Eliten kontrolliert, war der liberale Staat der Zeit von Isabel II keineswegs ein demokratisches Regime. Die Freiheiten der Nation: Meinungsfreiheit, Vertrags-, Handels- und Gewerbefreiheit, reduzierten sich zu Freiheiten für die besitzende Klasse, dem Hauptnutznießer des Prozesses. Deren sozialer Kern bestand neben den neuen Industriellen und Finanziers aus der alten Aristokratie; hinzu kamen die durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes und die städtische Spekulation reichgewordenen Sektoren, die nach der Privatisierung der kirchlichen Besitzungen entstandenen neuen Großgrundbesitzer sowie die oberen Ränge von Verwaltung und Armee (Álvarez Junco, 1995; Varela Suanzes, 1987).

Trotz der Unterschiede zwischen Progressiven und Moderaten – erstere betonten mehr das Industrie- und Handelseigentum sowie städtische Interessen - teilten beide liberale Strömungen diese gleiche Auffassung von Nation und Verfassungsstaat. Die Strategie des spanischen Liberalismus sollte von nun an –und dies für den Rest des XIX. Jhs. , die des Paktierens zwischen den alten und neuen gesellschaftlichen Kräften sein, keineswegs aber die der Konfrontation. Nur ein kleiner Teil des Liberalismus sollte die Cadix-Verfassung weiterhin verteidigen und schloß sich den demokratischen Kräften an (Republikaner, Sozialisten, Demokraten).

Das politische Projekt der Gemäßigten wurde von einer starken militärischen Präsenz abgesichert, wodurch der Armee von Anfang an eine zentrale politische Rolle im Spanischen Staat zugewiesen wurde. Ein unaufhaltsamer Teufelskreis tat sich auf: für die Verteidigung der inneren Sicherheit des Landes war eine autoritäre Zentralregierung unab-

---

<sup>60</sup> *”...ce que l’on cherchaist à imposer n’etait qu’une politique d’exclusion de la majorité de la population aux profit de la minorité composé de la classe de propriétaires. De telle sorte que la suprématie des modérés impliqua une version minimale du contenu politique et social de la nation politique”* (Riquer i Permanyer, 2003: 149).

dingbar, die zu einer wachsenden Militarisierung einerseits und einem ungebremsten Ausschluß der Bevölkerungsmehrheit andererseits führte, deren Proteste wiederum eine noch stärkere Rolle der Armee erheischten. So sah angesichts ständiger Gewaltausbrüche der unteren Bevölkerungsschichten in dieser krisengeschüttelten, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr nachhinkenden Gesellschaft der Staat sich nur noch in der Lage, mit einer einzigen Therapie zu antworten: nackter Repression, die die nichtintegrierten politischen Akteure lediglich weiter marginalisierte.

In dieser zweiten Phase drückten zwei wichtige politische Momente dem weiteren Verlauf der Ereignisse ihren Stempel auf. Das erste Moment sind die Jahre von 1854 bis 1856, die als *Bienio Liberal* in die spanische Geschichtsschreibung eingehen sollten. Die Gärung in der städtischen Bevölkerung schlug sich in einer massiven Mobilisierung und einer Serie von *Pronunciamientos junteros* (bewaffnete Erhebungen) nieder, deren Umfang nur mit der Bewegung von 1808 verglichen und von der spanischen Historiographie meist als verspäteter Wiederhall der europäischen revolutionären Zeiten von 1848<sup>61</sup> gedeutet wird (Vicens Vives, 1952). Dies brachte die Partei der Progressiven Liberalen erneut an die Regierungsspitze. Wie bereits 1840-1843 schafften es die Progressiven aber nicht, die unterschiedlichen Programme der Juntas inhaltlich zusammenzufassen und in eine Serie kohärenter politischer Maßnahmen umzusetzen, so daß nach einem Abebben der Bewegung die Gemäßigten die Regierungsgewalt wieder übernehmen konnten. Trotzdem brachten nach Ansicht Perez Garzóns (1999) diese beiden Regierungsjahre der Progressisten den letzten und entscheidenden gesetzgeberischen Schub für die volle Entfaltung des modernen Kapitalismus<sup>62</sup>.

Das andere wichtige Moment wurde im September 1868 von einer erneuten Serie von *pronunciamientos junteros* ausgelöst, die, nachdem sie in Andalusien begonnen hatten, die Unterstützung von Teilen der Armee<sup>63</sup> und Marine fanden und von den Professoren

---

<sup>61</sup> Marx beurteilte die Situation anders: Er sah in dieser Revolution die Voraussetzung für die allgemeine Wiederbelebung der bislang von Repression, Orientierungsverlust und Emigrantenquerelen gezeichneten revolutionären Bewegung (Kossok, 1987).

<sup>62</sup> Zwei Zitate aus den Protokollen der Cortes Constituyentes von 1855 mögen genügen, um zu erhellen, worum es damals ging: „Es handelt sich um eine fundamentale Revolution in der Wesensart der spanischen Nation; es ist der Todesstoß für ein altes abzulehnendes Regime; es ist schließlich das Rezept und die Zusammenfassung der politischen Regeneration unseres Vaterlandes.“ „Umsonst sind der Patriotismus und die Weisheit mit der die Cortes dem Vaterland eine gute politische Verfassung geben, umsonst widmet die Asamblea ihre Regsamkeit der Förderung von Handel und Industrie, um der Zivilisation einen Impuls zu geben mittels eines gut gestalteten Systems öffentlicher Schulen, der Regulierung der Verwaltungs- und Wirtschaftsaktivitäten der Regierung, letztendlich das Gemeinwohl zu fördern, wenn sie nicht die Gesamtheit der weitreichenden Reformen zu der sie verpflichtet ist, auf die breite und unbeirrbar Grundlage der vollständigen und absoluten Enteignung des Territorialeigentums stellt.“ (Diario de Sesiones de las Cortes Constituyentes – Sitzungsprotokolle der Verfassungsgebenden Versammlung, 1855, zitiert von Perez Garzón, 1999: 66-67).

<sup>63</sup> Die Rolle der Armee während dieser ganzen Periode ist eine eigene Untersuchung wert, die hier nicht geleistet werden kann. Beispiele ihres widersprüchlichen Charakters gab die Revolution von 1868; der Sturz der Gemäßigten und damit der Monarchie wurde von der „noch liberalen“ Armee mitverursacht. Kossok (1987: 15) schreibt über diesen widersprüchlichen Charakter der Armee: „Die Armee erwies sich im spanischen Revolutionszyklus im doppelten Sinne als Zünglein an der Waage: als auslösendes Moment der Revolution und als Vehikel ihres Scheiterns.“ „Gegen verbreitete Einseitigkeiten in der Interpretation der spanischen Geschichte des XIX. Jhs. muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die politische Intervention der Armee keinesfalls ein rein spanisches Phänomen darstellte. Im Gegenteil, die

und Studenten der Universität Madrid abgesegnet wurden. Die Reaktionen der Regierung reichten nicht aus, um die Wogen zu glätten, so daß die Regierung der Gemäßigten erneut fiel.

Mit der Revolution von 1868 wurde das konvulsive *Sexenio* eingeläutet, in dessen Verlauf zunächst eine konstitutionelle Monarchie das Licht der Welt erblickte (Verfassung von 1869), um von 1873 - 1874 vorübergehend in der Ersten Republik als erste konstitutionelle demokratische Erfahrung<sup>64</sup> des Landes zu münden. Sowohl die Verfassung von 1869 wie der Verfassungsentwurf von 1873 wurden aber nicht mehr vom spanischen Liberalismus ausgearbeitet, sondern hauptsächlich von den Demokraten.

Ein Jahr nach dem Fall der Gemäßigten (1868) wurde mit einer Kette weiterer *pronunciamientos* versucht, die in der Verfassung von 1812 vorgesehene Demokratisierung und Verteilung des Reichtums einzufordern. Jedoch konnten auch in der 1869 verabschiedeten Verfassung die konservativen Kräfte diese und alle anderen demokratischen Forderungen soweit kappen, daß die hieraus resultierende Enttäuschung ab nun den Föderalismus auf die Tagesordnung setzen sollte, um die in der Verfassung von 1812 versprochene Demokratie zu erreichen. Für Analysten wie Perez Garzón (1996) oder Piqueras Arenas (1992) kommen im aufstrebenden Föderalismus hauptsächlich die politischen und sozialen Forderungen einer Koalition unterprivilegierter Bevölkerungsschichten zum Ausdruck. Während der Karlismus seine soziale Massenbasis bei den vom produktiven Prozeß ausgeschlossenen Bauern fand, hatte der Föderalismus hauptsächlich unter den ArbeiterInnen und in den städtischen Mittelschichten Fuß gefaßt (Piqueras Arenas, 1992; Suarez Cortina, 2000)<sup>65</sup>. 1869 wurden von den föderalen Republikanern eine Reihe von Föderalverträgen vorangetrieben, die vor allem Aragon- Katalonien, Valencia und die Balearen betrafen, außerdem Andalusien-Extremadura-Murcia; Kastilien; das Baskenland und Navarra; sowie Galizien und Asturien. Diese Verträge mit den wechselnden Regierungen des *Sexenios* und besonders der I. Republik blieben jedoch weitgehend Makulatur (De la Granja Sainz et al., 2003: 21), können aber als Vorboten der Akzeptanz des

---

Mehrzahl der Revolutionen und revolutionären Erhebungen in der Restaurationszeit - man denke an Portugal, Italien, Griechenland, Rußland, Polen und Lateinamerika - trug eindeutig militärische Züge. Es ist in diesem Sinne nicht übertrieben, von einer *militärischen Etappe* im bürgerlichen Revolutionszyklus des XIX. Jh. zu sprechen." (Kossok, 1987:14). Nach Ansicht von Pérez Picazo (1996) gewann die Armee angesichts der Schwächen des Staates an Gewicht; einerseits beteiligte sie sich am politischen Leben durch die berühmten „*Pronunciamientos*“ –bewaffnete Erhebungen- andererseits fand innerhalb ihrer Reihen jedoch eine wachsende Identifizierung mit den „besitzenden Klassen“ statt und für die Erhaltung der bestehenden Sozialordnung. Doch haben sie nicht korporatistisch als Armee sondern als Teil von Parteien und politische Richtungen agiert.

<sup>64</sup> Die Demokraten hatten schon ab den 1850-60er Jahren die Notwendigkeit gesehen, über die Verfassung von 1812 hinauszugehen und über eine radikalere und demokratischere Verfassung zu verfügen; nicht desto trotz hatten sie die Cadix-Verfassung von 1812 gelobt, während sie die Verfassung von 1837 kritisierten (Varela Suanzes, 1987).

<sup>65</sup> Die Föderalisten entstanden infolge der Spaltung des Lagers der Republikaner nach dem Scheitern der I. Republik und der Restaurierung der Monarchie 1875 mit Alfons XII. Ihre Hauptfigur wurde Francisco Pi y Margall. Politisch suchten die Föderalisten die Interessen der radikalen Bourgeoisie, einiger Agrarsektoren, Befürworter einer Agrarreform und des nicht in der Internationalen organisierten Teils der Arbeiterbewegung zu verknüpfen. Über die unterschiedlichen Strömungen und ihre politischen Inhalte im Lager der Republikaner siehe: Suarez Cortina (2000).

Konzepts einer Regionalisierung und Föderalisierung betrachtet werden; doch bis zur Restauration von 1875 sollte keine politische Kraft die nationale Einheit Spaniens in Frage stellen.

Schon während des demokratischen *Sexenios* waren jedoch große Differenzen über den sozialen und politischen Inhalt des Begriffs der Spanischen Nation zu erkennen. Der Zusammenprall zentrifugaler und zentripetaler Konzeptionen über das, was 'Spanien' sein sollte, war nun aber unversöhnbar geworden; die neue Republik war nicht im Geringsten dafür gerüstet, in dieser krisenhaften und bewegten Zeit eine Lösung zu finden. Von den Karlisten in den nördlichen baskischen Gebieten zu den Föderalisten an der Levantini-schen Küste über die vom Anarchismus inspirierten Landarbeiter Andalusiens bis zum ebenfalls radikalisierten Industrieproletariat Kataloniens wurden unmittelbare Antworten und Lösungen verlangt. Binnen weniger Monate erschöpften sich die Lösungsmöglichkeiten, und im Land setzte ein Prozeß offener Kantonalisierung ein, in dem die Anarchisten unter Einfluß von Bakunin eine wichtige politische Rolle spielten<sup>66</sup>.

Die interklassistische Einheit von reich und arm war zerbrochen. Ein Beispiel hierfür war die Entwicklung der als "*Fuerza Ciudadana de los Voluntarios de la Libertad*" bezeichneten Milizeinheit, die bis zum Bienio Progresista (1854) eine gemischte Einheit gewesen war. Ab 1869 sind in ihr hauptsächlich Arbeitslose organisiert, die sich in den Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern als bewaffnete Kraft mit einem starken Gleichheitsanspruch konstituierte und beanspruchte, einen neuen Staat zu schaffen. Ihr radikalster antizentralistischer Ausdruck schlug sich im Aufblühen des kantonalistischen Phänomens von Juli bis September 1873 nieder. Von einigen wurde es als Vorbote des Auseinanderbrechen des Landes interpretiert, während andere in ihm keine sezessionistische Bewegung sahen, sondern den Versuch, andere Organisationsformen zu implementieren, die, vom Zentrum emanzipiert, den starken antizentralistischen Gefühlen im Land Rechnung zu tragen hatten und ein Zusammenleben aller Bürger Spaniens erlauben sollten. Zumindest programmatisch war der Föderalismus per se nicht sezessionistisch. Föderale Strukturen wurden nun aber als Voraussetzung für die demokratische Realisierung der Revolution angesehen.

---

<sup>66</sup> Die politische Rolle der Anarchisten während dieser Zeit kritisierte Engels (1873) im Rahmen der Auseinandersetzungen innerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation (Erste Internationale) zwischen dem marxistischen und bakuninistischen Flügel heftig.

*“The failure of government often led to local or particularistic solutions, but regionalistic and particularly nationalistic parties had not appeared. Let us not forget that federalism, led by Pi y Margall, a Catalan living in Madrid, inspired by Proudhon, and strongly supported in Catalonia, was a **nationwide movement with a program for the country** - so was the broad though less enthusiastic support among the Catalan upper bourgeoisie for the Restoration” (Linz, 1973: 57, Hervorhebung M.Q.).*

Angesichts solch divergierender und sich gegenseitig lähmender Kräfte und Projekte schafften es schließlich die konservativsten Kräfte mit dem Putsch von General Pavía (1874), die Republik zu liquidieren und eine konstitutionelle Monarchie zu restaurieren, an deren Spitze mit Alfonso XII. die Bourbonen erneut die besitzenden Klassen um sich gruppierten.

### **2.1.2.3. Restauration und Nationalismen (1875-1900)**

Ende des XIX. Jahrhunderts befand sich ganz Europa inmitten eines tiefen Veränderungsprozesses. Einem langanhaltendem Wirtschaftsaufschwung stand eine wachsende Massenbewegung gegenüber, die oft in organisierter Form (z.B. in Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien) ihre Rechte einforderte und Reformen verlangte. Für die Integration der neuen Akteure waren neue politische, soziale und kulturelle Formen zu artikulieren, so daß sich auch der Liberalismus zur Umsetzung weitergehender Demokratisierungsmaßnahmen veranlaßt sah.

Nach Riquer i Permanyer (2003) beschriftet der Liberalismus in Ländern wie Frankreich (III. Republik), Deutschland (II. Reich), dem vereinten Italien und auch in den nordischen Ländern den Weg der politischen Demokratisierung. Diese Entwicklung wurde von der partiellen Redefinition der nationalen Identität auf der Grundlage der Volkssouveränität, der demokratischen Beteiligung sowie der Rechte und Pflichten der Citoyens begleitet.

Spanien ging jedoch nun einen anderen Weg als die meisten anderen entwickelten europäischen Länder<sup>67</sup>. Nach dem Putsch unter General Pavía seit 1875 wieder an der Macht, sahen die konservativen Eliten als ihre erste Aufgabe die Legitimierung der borbobonischen Dynastie und damit einhergehend die Konsolidierung der Restauration mit einer starken Förderung des Kazikentums<sup>68</sup>. In ihr wurde eine konstitutionelle Monarchie mit liberalen

---

<sup>67</sup> Jedoch besteht kein Anlaß, den Liberalismus in anderen Ländern zu idealisieren. Wie Hermet (1989) in seinem Buch *„En las fronteras de la Democracia“* darlegt, war die Freiheit des Liberalismus in den *Gründerdemokratien* – Vereinigtes Königreich, den USA und Frankreich – weit davon entfernt, für alle gleich zu sein, und sowohl der Parlamentarismus wie auch die Wahlen zu den Institutionen während anderthalb Jahrhunderte ausgeklügelte Instrumente beschränkter demokratischer Teilnahme wurden. Das allgemeine Wahlrecht wurde sowohl indirekt durch vielerlei Zugangshürden (*„artificio censatario“*) wie auch direkt durch die liberalen Diktaturen in Europa ständig unterminiert.

<sup>68</sup> Der Konservative Cánovas del Castillo, Vertreter der politischen Klasse des liberalen restaurativen Regimes, war der Theoretiker der konstitutionellen Monarchie; das von ihm entworfene politische System verwandelte die Demokratie in

gemäßigten Tendenzen eingeführt, in der Konservative wie Liberale im Rahmen eines Abkommens die Macht rotierten.

So mußte die Restauration in Spanien auf der Grundlage der Demobilisierung der Massen und ihres politischen Ausschlusses durchgesetzt werden. Dieses Verhalten der spanischen Eliten – anders als in Frankreich, Deutschland oder Italien – schloß jedoch zugleich eine nationale Homogenisierung der Massen weitgehend aus.

*«Sie waren nicht bereit, die notwendigen fiskalischen Anstrengungen für die Finanzierung eines neuen Konsenses zu unternehmen, wie eine signifikante Ausdehnung der allgemeinen Schulpflicht als Mittel der Sozialisation und Nationsbildung. Diese politische Nachlässigkeit erschwerte die Schaffung eines Staates ungemein, der seine nationbildende Mission effizient umzusetzen in der Lage gewesen wäre, so daß einen tatsächlich konsistenten Volkspatriotismus entstehen zu lassen, äußerst schwierig war». (De Riquer i Permanyer, 2003: 161)<sup>69</sup>.*

In diesem Umfeld setzte sich die „gemäßigte“ Auffassung des Liberalismus wieder durch, frei von politischer Debatte, getränkt mit sozialer Passivität, auf der Grundlage eines minimalen Konsenses, der ein politisch liberales System gegen jede Art effektiver Demokratie stellte. Dies war, was Richard Herr (1974) als die „Einbunkerung der neuen Oligarchie“ bezeichnete<sup>70</sup>; diese neue Oligarchie fand ihren Ausdruck in der Spitze der politischen Machthaber der Restauration: eine Fusion von Hochadel, Finanz- und Unternehmurbourgeoisie (Genieys, 1997: 68).

Das System des von Canovas ausformulierten Restaurationsregimes (siehe Fußnote 68) trachtete nach politischer Stabilität, aber ohne Räume für den öffentlichen Meinungsstreit zuzulassen, was eine Debatte über die Beziehung Staat - Citoyen ausschloß - bis die Citoyens schließlich das Interesse an den Staatsangelegenheiten verloren hatten<sup>71</sup>.

---

eine Geißel des Kazikentums. Diese politische Praxis erlaubte, das allgemeine Wahlrecht zu kontrollieren und nur Vertreter der herrschenden politischen Klasse zum Zuge kommen zu lassen. Seine politische Ordnung basierte auf einem Abkommen zwischen den politischen Eliten des Landes und den Caciques - Personen, in deren Hände die lokale Machtausübung gelegt wurde, die wiederum ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einfluß benutzten, um die Wahlen vor Ort zu kontrollieren. Soziologisch betrachtet entsteht zwischen Zentrum und den anderen Gebieten eine Beziehung von Kliententum, in dem der Zentralstaat den Vertretern vor Ort erlaubt, das politische und soziale Leben zu regulieren. Der Staat wird somit zur Bezugsquelle von Mitteln und Ressourcen anstatt eines allgemeinen und unpersönlichen Ordnungsinstruments; dies setzt im Weiteren einen Entlegitimierungsprozeß des parlamentarischen Regimes in Gang (Genieys, 1997). Als ausgefeiltes historisches System in Süd-Europa wird das Kazikentum auf das Ende des XIX. Jahrhunderts datiert. Zum Thema siehe: Gellner and Waterbury (1977), *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, London, sowie Eisenstadt, S.N. and Roniger, L. (1984), *Patrons, clients and friends. Interpersonal relations and the structure of trust in society*, Cambridge, Edit Press Syndicate of the University of Cambridge.

<sup>69</sup> „Elles n'étaient pas disposées à faire les efforts fiscaux qu'impliquait le financement de nouveaux consensus, tel celui d'une extension significative de l'enseignement obligatoire comme moyen de socialisation et de nationalisation. Cette négligence politique rendait délicate la mise en place d'un état efficace dans sa mission nationalisatrice, de sorte qu'il était difficile de voir émerger un patriotisme populaire ayant un réelle consistance" (De Riquer i Permanyer, 2003: 161).

<sup>70</sup> Richard Herr (1974) *An historical essay on Modern Spain*, zitiert von Alvarez Junco (1995).

<sup>71</sup> Bei den Wahlen zwischen 1873 und 1909 liegt die Stimmhaltungsrates zwischen 60 und 70%. Der Wahlakt gerät in Mißkredit und die Massen nehmen gegenüber dem Parlamentarismus eine feindliche Haltung ein (Genieys, 1997: 67)

Unter diesen Umständen konnte kein Volkspatriotismus, keine *imagined community* aufkommen. Mit der Restauration verstärkt sich das, was Riquer i Permanyer (2003:161) als eine *“offizielle spanische Identität”* charakterisiert, *“die im Gegensatz zu allem stand, für was die demokratische und integrative Strömung des Liberalismus stand”*. Wie schon zuvor wurden die grundlegenden Mythen des progressiven Liberalismus aufgegeben, und übrigblieb die Legitimierung eines staatlichen Nationalismus mit essentialistischem, nostalgischem und historisierendem Charakter. Eine solche Identität war geerbt und tief mit dem Katholizismus und der Monarchie verbunden, wobei die *regionale Frage* Teil der politischen Agenda der Restauration ab 1880 wurde. In ihr verliert jeglicher pluralistische oder regionalistische Interpretationsversuch der Nation seine Daseinsberechtigung. Angesichts dieses spanischen Nationalismus, den ein alles erstickendes Regime produzierte, begannen Ende des XIX. Jhs. Sektoren der peripheren Regionen zu glauben, daß ein regionaler Rahmen mit einer eigenständigen politischen Regierung und Verwaltung eine effektivere Antwort auf ihre Bedürfnisse erlauben würde. So wird den politischen nationalistischen Bewegungen in den Peripherien der Weg geebnet.

*“It seems doubtful that these tendencies could not have been absorbed by a successful Spanish state, party system, and general renewal movement, but in the coming decades the Spanish state would be far from successful, and the economic, educational, political underdevelopment of a large part of Spain would alienate many Catalans from it” (Linz, 1973: 59).*

Die ungelösten Probleme, die sich Anfang des XX. Jhs. weiter akkumulierten, sollten später, mit der II. Republik und dem 1936 ausbrechendem Bürgerkrieg in explosiver Weise auf die Tagesordnung drängen, unter ihnen nicht zuletzt auch die unvermindert einer Lösung harrenden und gewachsenen Probleme der Peripherien.

### **3. Baskenland und das XIX. Jahrhundert**

#### **3.1. Historischer Hintergrund<sup>72</sup>**

Während der imperialen Ära der Habsburger in Spanien stimmten die Interessen der baskischen Region mit denen der Krone weitgehend überein<sup>73</sup>; in diesem Kontext war die

---

<sup>72</sup> Weil der gesamtspanische historische Hintergrund vorher dargelegt wurde, wird sich im Folgenden auf das spezifische und relevante der baskischen Geschichte beschränkt. Die Lektüre dieses Teils muß dann im engen Zusammenhang mit der Entwicklung in ganz Spanien betrachtet werden.

<sup>73</sup> "For most of Spanish history "Spain" has been a fundamentally geographical expression referring to the landmass named by the Romans the Hispanic peninsula, or "Hispania". During the Middle Ages the peninsula was ultimately divided between four Christian kingdoms, which were, in descending order of size, Castilla-León, Portugal, Aragón-Catalonia, and Navarra. Between 1479 and 1512 all save Portugal were dynastically united under the Trastámara-Habsburg dynasty, creating the "Spanish crown" but not establishing a unified "Spanish nation". The Spanish Habsburg state of the sixteenth and seventeenth centuries was a pluralistic royal confederation composed of the kingdom of Castilla and the Basque provinces or seigneuries associated with it, the kingdoms of Aragón, Navarra and Valencia, and the principalities of Catalonia and the Balearic islands. A unified state system first emerged under the new Bourbon dynasty of the early eighteenth century. The historic Spanish kingdoms and principalities had their roots, not in Roman or Visigothic origins, but in the defense reaction against the Muslims in the early Middle Ages that led to the process

klassische Struktur der *Fueros* vollständig kompatibel, wobei das Baskenland der Moderne sich gerade durch das Überleben des foralen Systems des Mittelalters charakterisierte. Seine Ökonomie war sehr eng mit der kastilischen verbunden, und die Souveränität der kastilischen Krone wurde nicht in Frage gestellt (Payne 1976). Im Zuge der Zentralisierung durch die spanischen bourbonischen Regierungen im XVIII. Jahrhundert wurden die althergebrachte unterschiedliche Gesetzgebungs- und Verwaltungsstruktur, darunter auch in Katalonien (1716), weitgehend aufgehoben; als einzige Ausnahme blieben die Befugnisse der baskischen Regierung<sup>74</sup> erhalten; während in ganz Spanien die *Fueros* verschwanden, lebte im Baskenland<sup>75</sup> das System parallel zu der absolutistischen Monarchie fort (Montero, 1995:45). Kennzeichnend für die baskischen Gebiete war auch die relative Entwicklung von Industrie und Handel sowie andererseits eine schwache Agrarwirtschaft, die nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen konnte. Die hegemonialen Gruppen waren einerseits die Handelsbourgeoise in den Städten und die *nobleza rural*, die Großgrundbesitzer (Montero, 1995), die jedoch Unterschiede in ihrer Dynamik aufwiesen.

*"By the late eighteenth century the paradox of the modern Basque region was already being formed: it was at the same time that one of the most progressive elements were disproportionately concentrated in the towns of Vizcaya and Guipúzcoa, while conservatism dominated the countryside, but occasionally the two orientations would coincide in the same personalities"* (Payne, 1976: 27).

Der erste Versuch von politischem Separatismus in der Geschichte des modernen Spaniens fand Ende des XIII. Jahrhunderts (1793-1796) im Zuge der Besetzung Guipúzcoas während des französischen Revolutionskrieges und mit der Unterstützung für ein autonomes Bundesland innerhalb Frankreichs seitens eines kleinen Teils der baskischen Freidenker statt. Doch war die tief katholische Mehrheit der Basken nicht von der französischen antiklerikalen Revolution begeistert und erhob sich gegen die liberalen ausländischen Besatzer und für die Verteidigung der traditionellen Ordnung.

Dies war zwar nur ein Ereignis von kurzer Dauer ohne große Bedeutung für die Franzosen, brachte jedoch Konsequenzen für die baskischen Gebiete mit sich: in der monarchischen Regierung wuchs das Mißtrauen gegenüber den verfassungsmäßig getrennten Strukturen der vier baskischen Territorien. Zwischen 1799 und 1806 beschloß die spanische Regierung eine Reihe von drastischen Maßnahmen -neue Steuern und Einberufungen bzw. Aushebungen - in Navarra und den baskischen Provinzen, die einen Angriff

---

known as the Reconquest" (Payne, 1975: 1).

<sup>74</sup> Ein für die baskischen Territorien wichtiger Bestandteil der *Fueros* war die Freistellung vom Wehrdienst und die Befreiung von Steuererhebungen; auch existierte gegen königliche Edikte das Vetorecht.

<sup>75</sup> Obwohl es Unterschiede innerhalb der hier untersuchten baskischen Territorien (Guizpuzcoa, Vizcaya und Alava)

auf die *Fueros* bedeuteten und sie tatsächlich nur noch formell auf dem Papier bestehen beließen. Am Vorabend des erneuten französischen Eindringens (1808) beschloß der junge König Ferdinand VII. jedoch die Wiederherstellung der *Fueros*, um die Unterstützung der Basken sicherzustellen: ein großer Teil der Grenze zu Frankreich berührte baskische Territorien; der andere Teil war schon aufgrund der schwierigen Geographie der Pyrenäen wenig angreifbar.

Anfang des XIX. Jahrhunderts war das Baskenland, verglichen mit anderen Gebieten Spaniens, eines der ärmsten des Landes; mit 2,7% der Gesamtbevölkerung Spaniens produzierte es lediglich 2% des BIP des Landes (Diez Medrano, 1999: 58). Hinter diesen Zahlen verbarg sich nicht nur die schwache landwirtschaftliche Produktion im Baskenland sondern auch die Napoleonischen Kriege und ihre Auswirkungen, der Verlust der amerikanischen Kolonien und starke Einbußen auf den Eisenmärkten angesichts konkurrenzfähigerer Eisenproduzenten im Norden Europas. Doch wurde diese geänderte Situation von der Bourgeoisie schnell verstanden und mit neuen Strategien beantwortet, die sich in einem schnellen Wachstum im Baskenland zwischen 1800 und 1860 übersetzten. Leidtragende dieser wirtschaftlichen Entwicklung war die Bauernschaft. Der Anteil an bäuerlichen Eigentümern, die das eigene Land bewirtschafteten, ist von 60% Anfang des XIII. Jhs. auf 30% und weniger in den ersten Dekaden des XIX. Jhs. gesunken, was auf Landspekulationen hindeutet, die *Latifundien* kreierte haben (Diez Medrano, 1999: 59). Die Auswirkungen der Modernisierung verursachten eine große Unzufriedenheit innerhalb der baskischen Bevölkerung. Nur ein kleiner Teil der traditionellen ländlichen Eliten und Händler profitierte von dem Aufschwung, während die Mehrheit der Handelsbourgeoisie, die Stahl- und Eisenproduzenten sowie Großgrundbesitzer von ausländischen Kapitalisten ausgespielt wurden. Dies trug dazu bei, daß insbesondere die präindustriellen Eliten und die unzufriedenen Bauern eine Allianz gegen die Modernisierung bilden sollten.

### **3.1.1. Die Karlistenkriege**

Die sogenannten Karlistenkriege (1833-1840, 1872-1876) fanden zwar auf dem gesamten spanischen Territorien statt, sollten jedoch zu einer tiefen Differenzierung besonders innerhalb der baskischen Gebiete beitragen. Die Karlistenkriege haben eine große Bedeutung, da viele der regionalistischen Entwicklungen innerhalb des Baskenlands seitdem als Ausdrucksformen eines Protonationalismus gedeutet wurden; davon kann jedoch nur in Retrospektive gesprochen werden, weil, wie die vorliegende Untersuchung zeigt, der Nationalismus im Baskenland nicht als evolutionistische, schicksalhafte Bewegung ver-

---

gab und gibt, werden wir diese zunächst nicht berücksichtigen.

standen werden darf, in der jeder Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie lediglich Vorankündigung eines späteren Nationalismus ist. In den Worten von Linz (1973) hätte eine starke spanische Nations-Staatsbildung die regionalen Unterschiede integrieren können.

*"If, theoretically, Carlism can be considered as a movement on a national scale, it will quickly be apparent that it only became popular and effective at the local level, specifically in some areas of Catalonia and especially in the Basque country"* (Garmendia, 1985: 137) .

Warum hatten sich die Karlistenkriege gerade im Baskenland so besonders hartnäckig manifestiert<sup>76</sup>?

Während sich im Baskenland eine breite Massenmobilisierung für die Verteidigung des *"ancien regime"* entwickelte, reduzierte sie sich – mit Ausnahme Kataloniens- im Rest der Halbinsel auf einen Teil der Noblesse. Der Karlismus bezog seine Unterstützer vor allem aus den *"rural hinterlands of those regions that actually spearhead the process of modernization and industrialization"* (Conversi, 1997: 46).

Anfang des XIX. Jahrhunderts<sup>77</sup> und mit dem Zusammenbrechen der traditionellen Wirtschaft standen sich im Baskenland die städtische Bourgeoisie und die ländliche Gesellschaft schroff gegenüber (Montero, 1995). Für die Bauernschaft waren der Liberalismus, die Liberalen und ihre Vertreter in den Städten die Hauptschuldigen; gerade im Baskenland mit seinen strukturellen Schwächen, der Unfähigkeit des Landes seine wachsende Bevölkerung ernähren zu können, hatten die Veränderungen des XIX. Jahrhunderts verheerende Konsequenzen. Wie Diez Medrano (1999: 77) schreibt: *„Es handelte sich mehr um die Reaktion einer Gesellschaft, die in der Lage war, die spirituellen Bedürfnisse ihrer Angehörigen zu befriedigen, nicht aber ihre wirtschaftlichen“*<sup>78</sup>. Dies schuf den Boden für den Karlismus, im Baskenland kräftiger und länger als in anderen Gebieten zu wirken. Die unzufriedenen ländlichen und städtischen Schichten wurden so für politische Programme anfällig, die die Tradition verteidigten und den Kapitalismus angriffen.

Die baskischen Bauern, aber auch einige städtische Schichten, ergriffen Partei für die

---

<sup>76</sup> Hier werden einige Elemente dargelegt, um eine Antwort zu wagen; mit der Frage hat sich jedoch die Historiographie gründlich beschäftigt und unterschiedliche Erklärungen und Betonungen vorgelegt. Für eine Zusammenfassung davon siehe: Diez Medrano, 1999: 72 ff.

<sup>77</sup> „Die Kombination aus demographischem Druck und einem begrenzten Agrarpotential trug zum Niedergang des bäuerlichen Lebens während des XVIII. und zu Beginn des XIX. Jahrhunderts bei. (...) Die verheerenden Auswirkungen dieser kapitalistischen Transformationen auf den Lebensstandard der baskischen Bauern sind bereits beschrieben worden: Verteuerung des Werts des Landes, Anstieg der Landrenten, weitere Steuern, Umwandlung der langfristigen Pachtverträge zu solchen mit kurzer Laufzeit, Rückgang der Preise, Spekulation mit dem Getreide, Privatisierung des Gemeindelandes und des Bergbaus sowie Krise der traditionellen Eisenproduktion. Diese Entwicklung mündete in einem intensiven Klassenkonflikt, der während des gesamten XIX. Jahrhunderts andauerte und dazu führte, daß die Bauern die karlistische Armee unterstützten. (Diez Medrano, 1999: 76).

<sup>78</sup> „Se trataba, más bien, de la reacción de una sociedad capaz de satisfacer las necesidades espirituales de sus miembros pero no sus necesidades económicas“ (Diez Medrano, 1999: 77)

Karlisten; obwohl die Verteidigung der *Fueros* nicht von Anfang an eine zentrale Losung war, wurde jedoch schon um 1836, drei Jahre nach Kriegsbeginn, der Kampf unter der Losung "Gott, Vaterland, *Fueros* und König" geführt.

Zwar gab es zwischen 1833-1834 kleine Aufstände lokaler Bauernbanden im gesamten spanischen Territorium; jedoch nur im Baskenland erreichte der Aufstand Gewicht. Dort nahm er allerdings die Gestalt eines bäuerlichen Guerillakrieges an, der vom Klerus und ländlichen Adelstand gefördert und unterstützt wurde. Gerade hierin lag die Kraft des Karlismus im Baskenland: durch die Schaffung und Organisierung einer regulären disziplinierten Armee von 25.000 Soldaten (Montero (1995) spricht sogar von 33.000 Infanteriesoldaten und 1000 Kavalleristen) mit einer Strategie des Guerillakrieges und ihre Erfolge erreichten die Karlisten die Vorherrschaft über ein weites Territorium und gewannen internationales Ansehen. Mit Ausnahme der Hauptstädte und einiger kleiner Städte an der Küste hatten die Karlisten fast das gesamte baskische Gebiet unter ihrer Kontrolle (Diez Medrano, 1999: 72).

Ein wichtiges Element innerhalb des Konflikts stellte die Religion dar; die Liberalen wurden nicht wenige Male "Gottesfeinden" gleichgesetzt. Der liberale Antiklerikalismus wurde um so heftiger in dem Maße abgelehnt, in dem er als Teil des generellen Angriffes gegen die Institutionen und Werte der lokalen baskischen Gesellschaft betrachtet wurde. Trotz früher Trennung von Religion und Staat innerhalb der baskischen Institutionen existierte ein starker Klerus, und die Religion wurde mit einem lokalen "way of life" gleichgesetzt<sup>79</sup>.

Von 1839 bis 1870 entstand eine zusätzliche Konfliktlinie entlang der Auseinandersetzung über die Abschaffung der foralen Rechte, diese Konflikte, die häufig in offenen militärischen Auseinandersetzungen mündeten, erreichten allerdings bei Weitem nicht die Tiefe des Ersten Karlistenkriegs, weil die Unterstützung der Bevölkerung nachließ.

### ***3.1.1.1. Der erste Karlistenkrieg (1833-1840)***

Der Krieg beginnt mit dem Tod von Ferdinand VII. und erhält seinen Namen nach Don Carlos María Isidro, dem Bruder des Königs, eine extrem klerikale, geistliche und traditionalistische Person. Formal gesehen ging es dabei um den legitimen Thronnachfolger; so formierten sich über ganz Spanien die Verteidiger von Don Carlos gegen die Verfechter des Thronanspruchs der minderjährigen Isabel, der Tochter von Ferdinand VII. Doch ging es tatsächlich um weit mehr: das Jahrhundert des Liberalismus und des Kampfs gegen das *ancien regime* war angebrochen, und was in Cadix mit der Verfassung angefangen hatte, setzte sich als Konflikt in den Karlistenkriegen fort.

---

<sup>79</sup> Ähnliches läßt sich auch in anderen Fällen beobachten; so dem tiefen Katholizismus bei den Polen oder den Iren.

Die Wurzeln des Krieges lagen tiefer; wie schon eingangs erwähnt wurde, hatte die wirtschaftliche Krisis der zweiten Hälfte des XIII. Jh. dem Lebensstandard der baskischen Bauern und allgemein der einfachen Bevölkerung hart zugesetzt, eine Lage, die sich Anfang des XIX. Jh. infolge von Kriegen, Verschuldung der Gemeinden, Verkauf des Gemeindeeigentums, Zwangsrekrutierungen, zusätzliche und höhere Steuern usw. noch weiter verschlimmerte. Die französische Besatzung<sup>80</sup> Anfang des Jahrhunderts traf besonders die baskischen Grenzgebiete und brachte eine allgemeine Verarmung der gesamten Bevölkerung mit sich. Eine Besonderheit im Baskenland war die Tatsache, daß von der französischen Besatzung der niedere Klerus besonders betroffen war: ihn traf nicht nur die allgemeine wirtschaftliche Krise sondern er wurde zum ersten Mal Zielscheibe des Antiklerikalismus<sup>81</sup> eines auf dem Liberalismus basierenden Regimes (Rubio Pobes, 1996). Das liberale Trienio (1820 bis 1823) sollte die Lage der unteren Schichten weiter verschlechtern, zumal die Liberalen nicht die Aufteilung der Ländereien zugunsten der Bauernschaft durchführten, was in einem wachsenden Antiliberalismus mündete; so wurden die Bauern schließlich die wichtigsten Verbündeten der Kirche und der traditionellen Eliten im Kampf gegen den Liberalismus .

Ab den dreißiger Jahren des XIX. Jhs. standen im Baskenland wesentliche soziale Schichten klar gegen die liberalen Veränderungen: die Bauernschaft, Handwerker, städtischen Unterschichten, pensionierte Militärs, der niedere Klerus, lokale Notablen und einige wenige konservative Agrargroßgrundbesitzer. Sie alle standen antagonistisch den Liberalen gegenüber, deren Gefolgschaft sich aus den *aundikis*<sup>82</sup> (dem hohen Landadel) und der städtischen Bourgeoisie zusammensetzte, sowie einigen wenigen Ausnahmen unter den Bauern, Handwerkern sowie dem Klerus (Diez Medrano, 1999).

Der Karlistenaufstand brach in der Bizkaya im Oktober 1833 aus; auf seinem Höhepunkt wurde der Karlistenkrieg nur in baskischen Gebieten ausgefochten, wo der Konflikt durch zusätzliche Widersprüche weitere Nahrung fand.

---

<sup>80</sup> Aufgrund der Verschlechterung der Lebensgrundlagen infolge der Besatzung schlossen sich zahlreichen Personen Banditenbanden oder dem Widerstand an; unter ihnen waren viele Bauern, die von den Priestern ermutigt, zu der Guerilla gingen, um gegen der Besatzer und für die Verteidigung ihres Lebensniveaus zu kämpfen. „So begann eine Tradition eines Volkes in Waffen, das periodisch in das politische Geschehen des XIX. Jahrhunderts einbrechen sollte.“ (Rubio Pobes, 1996: 9). „In den baskischen Provinzen entstammt die Guerilla ausschließlich den unteren Volksschichten. Sie bestand aus Arbeitern, Handwerkern, Tagelöhnern, Bettlern... und dem einen oder anderen kriegerischen Priester, der in zahlreichen Fällen die Gruppe anführte. Der landbesitzende Adel stand nur am Rand dieser so populären Ausdrucksform des antifranzösischen Widerstands.“, (Rubio Pobes, 1996: 9, Fußnote 9).

<sup>81</sup> Ab August 1809 begann der Prozeß der Enteignung der Kirchengüter, die Zahlung gleicher Steuern wie der Rest der Bevölkerung usw. (Rubio Pobes, 1996: 10).

<sup>82</sup> Die „*aundikis*“ waren die Großgrundbesitzer, wichtigste Vertreter der traditionellen Gemeinschaft im Baskenland; die „*jauntxos*“ standen unter ihnen und waren mittlere Landeigentümer, oft Landadel, viele waren Zweitgeborene ohne Erbrecht der oberen Familien; ihre Lebensweise war von den „*aundikis*“ bestimmt. Ende der XIX. Jahre bildeten die „*jauntxos*“ Teile der städtischen Bourgeoisie mit ländlichen und städtischen Besitzungen, die sich kaum aktiv an der Entwicklung der Industrie beteiligten (Rubio Pobes, 1997; Diez Medrano, 1999). Für eine genauere Beschreibung der traditionellen Sozialpyramide im Baskenland siehe Rubio Pobes (1997: Kapitel I und II).

Die politischen Anschauungen in den baskischen Territorien waren tief gespalten, und dies nicht nur entlang zweier Positionen. Alle Provinzdeputationen (die gewählten Körperschaften um die Interessen einer Provinz zu vertreten und zu verwalten) waren entweder von Karlisten oder Anhängern der mit den Liberalen verbündeten Isabel kontrolliert, wobei die großen Städte in ihrer Hauptorientierung liberal blieben, hingegen auf dem Land im allgemeinen die Sympathien Don Carlos galten (Payne, 1975; Linz, 1973, Blas Guerrero/Laborde Martin, 1986; Diez Medrano, 1999).

Um 1834 wurden mit den neuen königlichen Statuten und ihren gleichförmigen Strukturen für alle 51 Provinzen (in die Spanien 1833 aufgeteilt wurde) die *Fueros* fast vollständig aufgelöst; neue liberale städtische Verwaltungen wurden festgelegt und neue ländliche Verwaltungen eingerichtet. Die baskischen Territorien *"under government control were ruled by martial law, involving arbitrary arrest, confiscations, and the execution of prisoners"* (Payne, 1975: 44), was wiederum zum dramatischen Wachstum des Karlismus in Navarra und in anderen baskischen Territorien führte.

1836 büßten die Karlisten trotz ihrer bis zu 33.000 Infanteriesoldaten und 1000 Kavalleristen im Baskenland peu a peu ihre Macht ein (Montero, 1995: 91). Die liberale Verfassung von 1837 forcierte die Zentralisierung<sup>83</sup> und die zivile Integration der baskischen Gebiete weiter. Aufgrund der Ermüdung innerhalb der karlistischen Reihen, deren Kräfte 1839 in Vizcaya kapitulierten, konnte die gestärkte spanische Zentralregierung im Kompromiß von Vergara ein Friedensabkommen unter dem Motto "Paz y fueros" durchsetzen, mit dem die Regierung die *Fueros* an die Krone zu binden versuchte und die Demobilisierung der Karlisten in den baskischen Gebieten erreichte: die Streitkräfte des Karlismus wurden der spanischen Armee einverleibt und die Beibehaltung der *Fueros* dem Madrider Parlament *empfohlen*. Die moderate Madrider Regierung hatte aus Furcht vor einer allgemeinen demokratischen Radikalisierung des Landes Interesse am Friedensschluß.

Kurz danach bestätigte Madrid die *Fueros* in Navarra und in den baskischen Provinzen - unter der Voraussetzung, daß sie nicht die konstitutionelle Einheit Spaniens in Frage stellen würden. Trotzdem bedeutete dies in Navarra ihre fast vollständige faktische Abschaffung: Verschwinden der Cortes und Zollhoheit, Abschaffung der Steuer- und Militärdienstbefreiung und Einführung allgemeiner juridischer- und Wahlprozeduren wie überall.

Nichtsdestotrotz wurde das forale Recht und die Stärkung der Autonomie der Deputation als eine Anpassung der *Fueros* an die neue Realität betrachtet (Mina, Nr. 271). Nach

---

<sup>83</sup> Die 1837 aufgehobenen foralen Institutionen waren die Juntas Generales und die Diputación Foral; die Juntas Generales bildeten das oberste Organ der Repräsentierung und Beteiligung der Bevölkerung in den Historischen Gebieten (Territorios Históricos), der Biskaya, Guipuzcoa und Alava, in denen sie gesetzgebende Kompetenzen besaß. Die Diputación foral bildete die Exekutive, Regierung und Verwaltung in den einzelnen Historischen Gebieten (siehe Fußnote

Montero (1995: 94) ist die Zeit zwischen 1837 und 1869 im Baskenland trotz dreier verschiedener Landesverfassungen von relativer Stabilität geprägt. Er charakterisiert auch diese Regierungsphase als eine Art von "*foraler Anpassung an den Liberalismus*".

### **3.1.1.2. Zweiter Karlistenkrieg (1872 -1876)**

1872 bricht der zweite Karlistenkrieg aus. Der ‚nationale‘ Hintergrund: die Septemberrevolution von 1868, die das Ende der Hegemonie der moderaten Liberalen und der isabelinischen Regierung ankündigte, und in der eine Koalition von Intellektuellen und Militärs mit Unterstützung des städtischen Proletariats eine neue demokratische Regierung durchzusetzen suchte, die 1873 mit der Proklamation der I. Republik ihren Höhepunkt erreichte. Der Gegensatz zwischen kapitalistischer und traditioneller Gesellschaft, die Konfliktlinien Liberalismus vs. Tradition, Stadt vs. Land brachen wieder durch, diesmal nur noch widersprüchlicher. Den Karlisten standen diesmal einige städtische Schichten bei (Angehörige der Mittelbourgeoisie, Handwerker und unterbeschäftigte Proletarier - Montero, 1995: 102), aber die Unterstützung kam hauptsächlich von der ländlichen Bevölkerung: den Bauern und Handwerkern, Vertretern des unteren Landadels und Klerus; doch obwohl das Land mehrheitlich karlistisch war, stand es diesmal nicht so entschieden wie im ersten Karlistenkrieg an ihrer Seite. Die Mehrheit der hohen Aristokratie, die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse – jeweils mit ihren eigenen politischen und gesellschaftlichen Interessen – standen ihnen ablehnend gegenüber (Diez Medrano, 1999: 79).

*Dem Karlismus der siebziger Jahre lag der Protest gegen die neuen Reichen zugrunde, das Unbehagen von Bauern, Handwerkern und unteren Landadligen gegenüber den Händlern, Eigentümern und neuen Industriellen.*<sup>84</sup> (Montero, 1995: 102-103).

Nach Garmendia (1985: 137) verwandelten sich während dieser Periode die Karlisten im Baskenland von Vertretern der Dezentralisierung zu etwas, was er als ‚Protonationalisten‘ bezeichnet. Der Kampf gegen den liberalen Prozeß und den Liberalismus im Allgemeinen setzte sich fort, und die Formel der Dezentralisierung wurde für die Karlisten der Zeit wie für andere Gruppen das Allheilmittel für alle Probleme in Spanien, wohingegen der französische Zentralismus als eine Irrlehre für die spanischen Traditionen galt.

Im zweiten Karlistenkrieg war die Verteidigung der Religion und der traditionellen Fuegos in den Vordergrund gerückt. Die Verbindung zwischen Baske zu sein, der Religion und den Fuegos erschien politisch klarer, was im Folgenden deutlich beschrieben wird:

---

268).

<sup>84</sup> „En el carlismo de los años setenta subyacía la protesta contra los nuevos ricos, el malestar de campesinos, artesanos y pequeños notables rurales contra los comerciantes, los propietarios y los nuevos industriales“ (Montero, 1995: 102-103).

"Ah! As long as there is one Basque in the world, speaking out, you will discover a temple and an altar in the most intimate corner of his heart; an altar upon which burns incense and a temple in which he pays homage to his fueros, because in the Basque Provinces the fueros are a kind of second religion, his transcendental one, just as the august religion of Calvary is the first tenet of his fueros". Diario de las Cortes (zitiert bei Garmendia, 1985: 139; Zitat 9)

Jedoch blieb, worauf viele Verfasser hinweisen, die Fueros zu verteidigen nicht auf die Karlisten<sup>85</sup> beschränkt. Selbst unter den baskischen Liberalen existierte eine breite Strömung von dem, was Payne als "*liberal foralism*" bezeichnet; dieser Liberalismus verteidigte die isabelinische Monarchie gegen den Karlismus, aber mit der Hoffnung, in ihr eigene Interessen und regionale Privilegien bewahren zu können. Mina (Nr. 271: 10) meint sogar, daß der Kampf des Karlismus kein foraler Krieg war und der Liberalismus auch nicht prinzipiell gegen die foralen Rechte eintrat. Diez Medrano (1999: 74) meint ebenfalls, daß die Verteidigung der Fueros nicht die Grundlage des Karlismus war und daß tatsächlich die Liberalen nicht die Fueros abschaffen, sondern zugunsten ihrer Interessen ändern wollten<sup>86</sup>.

Auf jeden Fall hatten die Fueros aufgehört, in ihrer traditionellen Form zu funktionieren. Demgegenüber hat die Zentralmacht durch das Dekret vom 28. Februar 1878 eine "neue Foralität" geschaffen: jede baskische Provinz mußte durch eigene Konsumsteuern zum Staatsbudget beitragen, jedoch „wird nicht das allgemeine Steuerregime angewandt“. Die baskischen Provinzen gingen aus dieser *liberalen Autonomie* im Bereich der Verwaltung und des Haushalts gestärkt hervor<sup>87</sup> und setzten eine beträchtliche wirtschaftliche und Verwaltungsautonomie um, die sich für die Großbourgeoisie, die die Diputación de Vizcaya kontrollierte, äußerst vorteilhaft auswirkte; dies fand im ersten "**Concierto Económico**"<sup>88</sup> vom Februar 1878 seinen Niederschlag. Das Baskenland konnte so seine Stabilität im Rahmen des Verfassungssystems bei einer gleichzeitig befriedigenden Lösung für die Bedürfnisse der Liberalen Revolution erreichen.

---

<sup>85</sup> Mina (Nr. 271), die die Karlisten nicht als Verteidiger der foralen Rechte ansieht, schreibt, daß innerhalb der karlistischen Reihen die foralen Rechte von den lokalen Notables zur Verstärkung ihres Anhangs benutzt wurden; die lokalen Notables waren nach ihrer Interpretation der rechte Flügel der Liberalen, die als Hauptprofiteure großes Interesse hatten, solche Rechte zu bewahren.

<sup>86</sup> Über die Bedeutung der Fueros für die Karlistenkriege existieren noch bis heute unterschiedliche Betonungen und Diskussionen. Einige Verfasser wie Mina streiten jegliche direkte Kausalverbindung zwischen Karlistenkrieg und Verteidigung der Fueros ab. Andere wie Julio Aróstegui betonen mehr die Instrumentalisierung der Fueros seitens der Karlisten, um die baskischen Massen für sich zu gewinnen, was auch bei Mina zu lesen ist; Verfasser wie Garmendia wiederum heben die Wichtigkeit des Foralismus für die Karlisten und den Pränationalismus des Foralismus hervor (De la Granja Sainz, 1995: 27).

<sup>87</sup> Für das Jahr 1913 zahlte Biskaya z.B. 84% weniger Steuern als im Rest von Spanien üblich.

<sup>88</sup> Der Erste Concierto Económico erlebte mehrere Reformen 1887, 1893, 1894, 1900, 1906, 1925; nach dem Sieg Francos wurde er abgeschafft – allerdings nicht in Alava und Guipuzcoa. Er wurde von der spanischen Verfassung von 1978 dann wieder eingeführt.

Die hierdurch entstandene neue Oligarchie sollte bald darauf einer der wichtigsten sozialen Stützpunkte der restaurierten Monarchie werden, und ihr Fuerismus war "*versöhnlich, zufrieden und siegreich, Erbe des moderaten Pragmatismus*" (Mina, Nr. 271: 17). Diesem stand der sogenannte "unversöhnliche" Flügel mit einer gänzlich anderen Auffassung des Fuerismus gegenüber; er verlangte die Fueros in ihrer Totalität; ihm gehörten die ehemaligen "Notables" an, die wegen der Ausschaltung der Juntas durch die institutionelle Macht und durch die neu entstandene Geschäftsbourgeoisie von ihren sozialen Machtpositionen vertrieben worden waren; hinzu kamen alle diejenigen, die an das im Zuge der Industrialisierung von sozialen Veränderungen bedrohte 'idyllische' Baskenland glaubten. Gerade die politisch entmachteten Sektoren beriefen sich auf die Werte der Kultur, auf die Sprache und auf die Erhaltung der Traditionen auf dem Land und denunzierten den „Geschäfts-Fuerismus“, den Fuerismus der *Conciertos Económicos*.

Nach Juaristi (2000: 46) war der Fuerismus nichts anderes als die „*Spätform einer baskischen Identität aus Zeiten des Ancien Régime, der es nur mit Mühe gelang, bis Ende der 1880er Jahre zu überdauern*“, und als politische Bewegung „*der baskische und navarroische Ausdruck des spanischen Gemäßigte*“<sup>89</sup> (Jon Juaristi zitiert von De la Granja Sainz et al., 2003: 35)

Aber bis zu diesem Zeitpunkt (1878) hatte sich noch keine Forderung im Baskenland zur Abtrennung vom Zentrum, von "Spanien", artikuliert. Erst später, mit der Nationalismuswelle am Ende des XIX und Anfang des XX. Jahrhunderts, sollte die Trennung des Baskenlands von Spanien als eine zentrale Forderung in Erscheinung treten.

### **3.2. Karlistenkriege und ihre Wirkung auf das Entstehen des baskischen Nationalismus**

Nicht wenige Interpretationen sehen den Karlistenkrieg vor allem im Baskenland als einen Krieg von Traditionalisten gegen Liberale an. Dazu ein Beispiel:

*"Zusammenfassend muß man aufgrund verschiedener Motive die baskische Besonderheit in der Trägheit einer contrareformistischen Kultur suchen, die die Assimilierung des Besten der liberalen Kultur verhinderte. Indem sie die Gewissens- und Gedankenfreiheit und die religiöse Toleranz zurückwies, wies sie die Grundpfeiler der modernen Freiheit zurück. (...) Deshalb verteidigten sie ihre Religion, ihren König, ihre Fueros, ihre Nation oder Sprache, aber nicht die Individualrechte."*<sup>90</sup> (Mina, Nr. 271: 9-10).

---

<sup>89</sup> `la expresion vascongada y navarra del moderantismo (Jon Juaristi zitiert von De la Granja Sainz et al., 2003: 35).

<sup>90</sup> „En resumen, por distintos motivos la explicación última de la especificidad vasca hay que buscarla en la inercia de una cultura contrareformista, que impidió la asimilación de lo mejor de la cultura liberal. Al rechazar la libertad de conciencia, de pensamiento y la tolerancia religiosa rechazaba los cimientos de la libertad moderna. (...) Por eso defendieron su Religión, su Rey, y sus Fueros, su Nación o su Lengua, pero no los derechos individuales » (Mina, Nr.

Aber sobald man den Raum der Vertreter einer liberalen Sichtweise verläßt, sind ganz andere Stimmen zu hören. Eine kritische Zeitmeinung schreibt 1854 in der New York Daily Tribune dazu:

*"Carlism is not a simple, retrograde dynastic movement as mendacious and well-paid liberal historians have tried to say. It is a free and popular movement for the defense of traditions more liberal and regionalist than the official all-devouring liberalism. (...) Carlist traditionalism possessed an authentically popular and national basis in the peasants, small proprietors and clergy."* (Karl Marx zitiert von Payne, 1976 : 57, Fußnote 11).

Eine andere gegenwärtige Stimme geht in die gleiche Richtung :

*„ Das Volk begann sich bewußt zu werden, daß es eine Lebensweise besaß, die es wert war, gegenüber der miserablen Alternative verteidigt zu werden, die ihm der spanische Liberalismus anbot. Und zu den strikt materiellen Motivationen gehörte die feste Überzeugung, daß das liberale Regime mit einem säkulärem Lebenssystem Schluß machen würde, das gewisse Vorteile bot, wie die Befreiung von Abgaben oder der Zugang zu erschwinglichen Konsumgütern.<sup>91</sup> (Rubio Pobes, 1996: 23).*

In der schon vorher zitierten liberalen Argumentationslinie von Mina (Nr.271: 10) erklärt die *'Unbeweglichkeit einer konterreformistischen Kultur'* die Hartnäckigkeit der *'konterrevolutionären'* Karlistenbewegung in Spanien und insbesondere im Baskenland. Bei dieser Interpretation kann die tiefe Religiosität der Bevölkerung keine Fahne des Kampfes gegen Angriffe auf die eigenen Institutionen, Lebensgrundlagen und Werte sein, sondern nur die Voraussetzung für die Verteidigung von Tradition und Unbeweglichkeit. Wir sind der Meinung, daß die unterschiedlichen Bewegungen nicht nur ideologisch zu bewerten sind; ideologisch gesehen würde dies im untersuchten Kontext zu der Formel „religiöse Basken gleich Antiliberale, gleich Reaktionäre“ führen. Obwohl die Ideologien wichtig und prägend für die Charakterisierung einer Bewegung sind, ist es trotzdem unerläßlich zu recherchieren, welche Dynamik sie antreibt und wohin sie führt. Die Wirklichkeit ist über das ideologische Element hinaus reicher an Erscheinungsformen; in dieser Hinsicht sind die Bewertungen des Karlismus wie von Marx in 1854 oder die von Rubio Pobes (1996) bei weitem zutreffender und hilfreicher für das Begreifen einer widersprüchlichen und vielfältigen Realität<sup>92</sup>.

---

271 S: 9-10).

<sup>91</sup> ...“El pueblo comenzaba a ser consciente de que poseía un modo de vida que defender frente a la miserable alternativa que le ofrecía el liberalismo español. Y es que detrás de las motivaciones estrictamente materiales, anidaba la firme convicción de que el régimen liberal acababa con un secular sistema de vida que ofrecía ciertas ventajas, tales como la exención de quintas o el acceso a precios relativamente asequibles a los productos de consumo » (Rubio Pobes, 1996: 23).

<sup>92</sup> Dazu siehe auch: Tilly (2004), *Contention and Democracy in Europe, 1650 –2000*, Cambridge.

Doch stimmen alle Autoren darin überein, daß die baskische Volkskultur besonders religiös war und daß der Priester als die Autorität, aber auch als der Bewahrer der Gemeinde und ihrer Gewohnheiten betrachtet wurde<sup>93</sup>.

Tatsächlich war der Karlismus eine Tradition, auf die der spätere baskische Nationalismus zurückgriff; für die Karlisten war die Verteidigung ihrer Gebräuche als Basken ein sehr konkretes Anliegen. Es war dieser Pragmatismus, die konkreten Interessen der Mehrheit der Basken und nicht nur die illusorischen Abstraktionen einer Handvoll Intellektueller, den die Karlisten auf ihre Fahnen schrieben: die Beschwerden gegen die Einführung des staatlichen Tabakmonopols, das viele Familien von Alava in den Bankrott getrieben hatte; aus Spanien vorgesetzte Richter sowie eine Reihe von ökonomischen Faktoren, die viele Basken zwangen, ihr Land zu verlassen. Die Karlisten propagierten überdies die Notwendigkeit einer enger an die Menschen anknüpfenden Verwaltung. Besonders schwer wog der Angriff der Zentralregierung auf die für die allgemeine baskische Bevölkerung sehr wichtige althergebrachte Wehrpflicht- und Steuerbefreiung<sup>94</sup>.

Garmendia (1985) definiert die Bedeutung der *Fueros* für die baskischen Karlisten als Garanten für das Überleben einer traditionellen Lebensart, nämlich „*ländlich, einfach, friedlich, ruhig*“. Die *Fueros* waren so für die Karlisten die authentische Kontinuität der Ahnengebräuche.

Der zweite Karlistenkrieg verstärkte in der Tat das, was als ein baskisches ‚ethnisches‘ Bewußtsein benannt werden kann. Die Fokussierung des Krieges innerhalb baskischen Gebietes und die immense Unterstützung des Karlismus führte ab einem gewissen Punkt dazu, daß der Krieg als ein Krieg des Baskenlands gegen den Rest Spaniens wahrgenommen wurde; die liberale Armee wurde mehr und mehr als eine Besatzungsarmee angesehen „...*was unter den Basken das Gefühl einer Invasion weckte*“<sup>95</sup> (Diez Medrano, 1999: 84). Die traditionelle Kohäsion der Basken manifestierte sich ab diesem Moment in einer Reihe spezifischer Charakteristika. Die "baskische Rasse" gewann an Wichtigkeit, als der Krieg seinen Höhepunkt erreichte: Ihr unbändiger Charakter, ihre Reinheit - im Unterschied zum Feind, der nur als eine Mischung von Rassen und Nationen dargestellt wurde (Garmendia 1985: 146). Neben der Lobpreisung der Rasse wurde die Sprache eine

---

<sup>93</sup> Nicht zu vergessen ist, daß der baskische Klerus einerseits „Hardliner“ des spanischen Katholizismus bis in die 60er Jahre des XX. Jahrhunderts geblieben ist, andererseits bot er wichtige Unterstützung für die Verteidigung der Republik während des Bürgerkriegs. Nicht umsonst hat das Francoregime die Hinrichtung zahlreicher baskischer Pfarrer und Nonnen angeordnet.

<sup>94</sup> Der Karlist Suárez Bravo schrieb 1876 in 'Los fueros Vascongados ante el derecho y la razón de estado': "By all indications it is the goal of the government to impose upon the Basque country the two taxes, one in money and the other in blood, leaving it with its foral assemblies and special administrative system. Why would the Basque provinces want the box if they take away the jewel?" (Zitiert von Garmendia, 1985: 140).

<sup>95</sup> „...esto generó una sensación de invasión entre los vascos“ (Diez Medrano, 1999: 84).

unverwechselbare Charakteristik der Basken. In diesem Sinne sieht Garmendia bei den baskischen Karlisten eine Art von Nationalismus<sup>96</sup> vertreten.

Und gerade hierin besteht eine der Ambivalenzen des Karlismus: obwohl die Karlisten wichtige Grundlagenelemente für die späteren Nationalisten wie Sabino Arana (Vater des baskischen Nationalismus, der in Kapitel 3 und 6 behandelt wird) lieferten, waren sie jedoch nicht für die "Unabhängigkeit" oder "Trennung" von Spanien<sup>97</sup>; als resolute Verteidiger der Einheit Spaniens haben sie die Karte der Trennung mehr als einen Erpressungsmechanismus gespielt.

Doch der Pragmatismus und das ideologische Arsenal der Karlisten blieben nicht das einzige Ferment für die baskischen Nationalisten oder mindestens für die Entwicklung eines Partikularismus in den baskischen Gebieten: die konkrete Erfahrung mit der Dezentralisierung während des letzten Karlistenkriegs - drei Jahre autonomer Regierung der drei vereinten baskischen Provinzen gegen den Rest Spaniens und ein karlistischer baskischer Staat (De la Granja Sainz, 1995: 27) sollten sich ebenso wie die harte und bittere Erfahrung beider insgesamt 11 Jahre andauernder Kriege tief in das kollektive Gedächtnis und die "Geschichte des Landes" eingraben<sup>98</sup>.

### **3.3. Industrialisierung, Klassenkonflikt und Nationalismus**

Ein starker Industrialisierungsprozeß<sup>99</sup> erfaßte das Baskenland im letzten Viertel des XIX. Jahrhunderts; Motor war die Eisen- und Stahlproduktion, begünstigt wiederum durch die Profite des Bergbaus und den Ausbau des Hafens von Bilbao<sup>100</sup>. Dieser Prozeß hatte die Entstehung einer Werftindustrie, die Erzeugung von noch mehr Hüttenstahl, den Kauf von Kohlebergwerken (in Asturien und Leon), den Ausbau der Eisenbahn – unerlässlich für den Transport von Steinkohle-, die Gründung der Handelsbank und die erste Handelsmarine in Gang gesetzt. Infolgedessen zeitigte die Region innerhalb Spaniens

---

<sup>96</sup> Garmendia gibt eine in Renan inspirierte Definition von Burdeau ("Nation" in Encyclopaedia Universalis, vol XI, p.565) wieder: "Nationhood is to continue being what one has been; it is to continue living according to the same law that inspired previous generations; it is a vision of a destiny mediated through an image of the past." (Zitiert von Garmendia, 1985:140).

<sup>97</sup> "Many of the Carlist weighed the danger that all of this could pose for the unity of Spain, and don Carlos himself wanted to clarify matters:(...) `I wish that you receive the certainty of my unyielding love for this [Basque] Country that has voluntarily given me its sons and resources to salvage not only its own interests, but also the interests of all Spain`" (Zitiert von Garmendia, 1985: 148).

<sup>98</sup> "When the mists of political passions no longer cloud intellects, they will perceive clearly that the royalists or Carlists of former times were, involuntarily and unconsciously, precursors of present day nationalists... the Carlist wars, for their territorial contiguity, common combat, and the community of sentiment, tore down many of the moral barriers interposed between Alavese, Guipuzcoans, Navarrese and Vizcayans. The collective political neologism, the four provinces - lau probintziak' that we have heard on so many occasions, prepared the way for the Euzkadi of Sabino". A. de Ortueta in: Navarra y la unidad vasca, 1931 (Zitiert von Garmendia, 1985: 149) .

<sup>99</sup> Dieser Industrialisierungsprozeß fand vor allem in Biskaya mit seiner Hauptstadt Bilbao statt. Alava hing eher von der Agrarwirtschaft ab; Guipuzcoa hatte auch einen Prozeß der Industrialisierung erfahren, aber nicht im gleichen Maß wie die Biskaya (Montero, 1995; Rubio Pobes, 1996).

<sup>100</sup> 1886 konnten Schiffe von 1.000 BRT (Bruttoregistertonne: Eine BRT entspricht 2,8316 m<sup>3</sup>.) in den Hafen einlaufen (Linz, 1973).

eine bemerkenswerte Entwicklung (Fusi, 1975; Montero, 1995). So wurden im Prozeß der Industrialisierung dann beide ‚peripheren‘ Gebiete, mehr noch Katalonien als das Baskenland, entwickelte Regionen mit einer kräftigen Industrie- und Finanzbourgeoisie, mit einer breiten Mittelschicht und mit einer wachsenden Arbeiterklasse – einschließlich eines zahlenmäßig großen Landproletariat.

Im Unterschied zu der katalanischen Bourgeoisie<sup>101</sup> hatte die baskische Bourgeoisie hohe Staatsposten inne und spielte eine wichtige Rolle innerhalb der spanischen Bürokratie in der alten und neuen Welt. Zugleich nahm sie dank ihrer Banken, ihrer Stahlwerke und ihrer tiefen Verbindung mit der Corte Real eine führende Rolle in der spanischen Wirtschaft ein; außerdem wurden besonders nach der Restauration den baskischen Industriellen- und Finanzpersönlichkeiten durch die Krone Adelstitel gewährt. Hohe Posten im Baskenland beschränkten sich nicht unbedingt auf "Einheimische", und umgekehrt hatten viele Basken in anderen Gebieten Spaniens höhere Positionen inne - ganz anders als in Katalonien; dementsprechend neigte die baskische Oberschicht dem spanischen Konservativismus zu.

Mit der um die 1880er Jahre einsetzenden Umorientierung der Produktion von Hüttenstahl hin zu einer breiteren binnenmarktorientierten Güterpalette wuchs ihre Überzeugung von der Notwendigkeit einer staatlichen protektionistischen Politik<sup>102</sup>, was, laut Montero (1995: 122) „*die ideologische Brücke war, mit der die baskische liberale Bourgeoisie die Distanz zwischen ihrem Fuerismus des XIX. Jahrhunderts und den zentralistischen Postulaten des 20. durchschritt*“<sup>103</sup>. Die baskische Bourgeoisie sah die Vorteile des Staatsinterventionismus und des Protektionismus. Sie war im wahrsten Sinne des Wortes eine nationale -spanische- Bourgeoisie (Linz, 1973) und sie „*reihete sich in die dynastischen Parteien der Restauration ein, deren Fuerismus sich auf die Verteidigung der wirtschaftlichen Absprachen (Conciertos Económicos) reduzierte.*“ Nun wird deutlich, warum der Nationalismus keine Flagge der baskischen Bourgeoisie wurde; die baskische Industrie- und Finanzoligarchie stand dem Nationalismus von Sabino Arana geradezu feindlich gegenüber.

---

<sup>101</sup> In Katalonien tendierte die Großbourgeoisie eher dazu, sich als lokale Bourgeoisie zu verstehen und sprach Katalanisch.

<sup>102</sup> Die Politik des staatlichen Protektionismus war ein wichtiger Stützpunkt, um der baskischen Industrie beim Überleben zu helfen; zunächst einmal, weil der Staat eine wichtige Rolle für die Nachfrage und zum Ausgleich von Schwankungen des Binnenmarkts spielte – z.B. die staatliche Konzession für den Bau von drei Kreuzern von 7.000 BRT (Eine BRT entspricht 2,8316 m<sup>3</sup>.) für die spanische Armee. Andererseits waren die Stahlhütten von Anbeginn an von wirtschaftlichen wie technischen Problemen geplagt; die technische Unterentwicklung erlaubte der Stahlindustrie am Ende des XIX. Jahrhunderts nicht, ohne Protektionismus konkurrenzfähig zu sein (Fusi, 1973: 29-30).

<sup>103</sup> ...”fue así el puente ideológico con el que la burguesía liberal vasca vadeó la distancia entre su fuerismo del siglo XIX y los postulados centrales del 20” (Montero, 1995: 122).

Zeitgleich mit der gestärkten Großbourgeoisie betrat eine Arbeiterklasse die Bühne, die durch die Produktion in Bergwerken und Fabriken rapide anwuchs; der heftige Industrialisierungsprozeß schuf einen wachsenden Bedarf an Arbeitskraft, der nur durch den Zustrom von Immigranten zu decken war. So entstand im Baskenland eine neue und wie in den Stahlhütten der Biskaya unter extrem schlechten Bedingungen arbeitende Arbeiterklasse, die zunächst keinen fruchtbaren Boden für den baskischen Nationalismus abgab, und statt dessen dem Sozialismus zuneigte. Sehr bald bildeten sich die ‚Agrupaciones Socialistas‘, die in Verbindung mit der 1879 gegründeten PSOE standen, sowie die ‚Sociedades de Resistencia‘ als Gewerkschaftsorganisation innerhalb der UGT (Unión General de los Trabajadores). Mit Madrid und Asturien war Biskaya<sup>104</sup> eine der zentralen Stützen der sozialistischen Bewegung in Spanien. Der erste Generalstreik in Biskaya 1890 wurde zum Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung und eröffnete eine Zeit tiefer Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Diese Epoche sollte erst 1912-1914 vorübergehend zu Ende gehen.

Während dieser Zeit kam es ständig zu Spannungen zwischen Sozialisten und Nationalisten; nach Ansicht der baskischen Nationalisten würden sich die Probleme der baskischen Arbeiter erst mit der Unabhängigkeit Euskadis lösen lassen; sie betrachteten die sozialistische Bewegung als eine Falle des Zentrums zur Schwächung der baskischen Community und die Arbeitsimmigranten als Teil einer nationalen und klassenmäßigen Konspiration. Nicht zuletzt aufgrund ihrer sozialen Basis –hauptsächlich Immigranten – wurden die sozialistischen Gewerkschaften auch als ein Instrument für die Integration in die lokale Gesellschaft verstanden. In diesem Kontext muß die Gründung der baskischen Gewerkschaft „La Solidaridad de los Trabajadores Vascos“ 1911 verstanden werden.

Als der baskische Nationalismus auf der politischen Landkarte des Baskenlands erschien, konnte er infolgedessen weder für die Großbourgeoisie noch für die neue Arbeiterklasse eine Perspektive anbieten; oder wie Mercadé, Hernández & Oltra (1983) schreiben, sahen die beiden Hauptklassen des Kapitalismus während des ersten Drittels des Jahrhunderts im baskischen Nationalismus keine Alternative für sich. Wie im folgenden Kapitel entwickelt wird, besaß der erste baskische Nationalismus starke populistische Züge, wendete sich an die antikapitalistischen Gefühle der vom Großkapital bedrohten Kleinbourgeoisie und gründete 1911 eine eigene Gewerkschaft.

Partikulär für das Baskenland war die Entstehung der Nationalismuseideologie aus einer städtischen Kleinbourgeoisie, *„die in einer ländlichen Umgebung verwurzelt ist, in der die*

---

<sup>104</sup> Facundo Perezagua und Pablo Iglesias, beides Gründer der Partido Socialista Obrero Español (PSOE), gingen 1886 nach Biskaya, um die sozialistischen Ideen zu verbreiten (Montero, 1995).

*traditionellen soziologischen Verhaltensweisen überwiegen*<sup>105</sup> (Blas Guerrero & Laborda Martín, 1986: 487), was nicht ausschloß, daß sie als Ideologie von den kleinbürgerlichen Schichten zu anderen Schichten übergegangen ist.

Für das Baskenland ist eine verbreitete Interpretation die, die Anfänge des Nationalismus als eine Reaktion der traditionellen Gesellschaft<sup>106</sup> - den Verlierern des Prozesses angesichts einer schnellen Industrialisierung bzw. Modernisierung des Landes zu betrachten; die Identifizierung von traditioneller Gesellschaft (mit ihren Werten und Lebensart) und baskischem Volk wird für die Werte des ersten baskischen Nationalismus als entscheidend postuliert.

Diez Medrano (1999: 69ff.) führt einen wichtigen Unterschied zwischen beiden peripheren Nationalismen (dem baskischen und katalanischen) im Entwicklungsprozeß des Kapitalismus im XIX. Jhd. und der mit ihm entstandenen Zentrum-Peripherie-Beziehung an. Nach ihm gehe es nicht darum zu fragen, ob beide Regionen industrialisiert waren, sondern um welche Art von Industrialisierung innerhalb der Regionen es sich gehandelt habe und welche Art von Beziehungen sich zum Rest des Landes entwickelten. Vereinfacht gesagt setzte der Prozeß in Katalonien die Einbeziehung von großen Teilen der Bauernschaft voraus, während im Baskenland der Modernisierungsprozeß eher eine Ausschließung großer Teile von ihr bedeutete und geradezu gegen sie durchgeführt wurde. Dies würde in vielerlei Hinsichten die im Vergleich zu Katalonien noch polarisierteren sozialen und gesellschaftlichen Spannungen innerhalb des Baskenlandes erklären.

### *Nationalismus und periphere Eliten*

Für die Analyse der Entstehung des Nationalismus der Regionen am Ende des XIX. Jahrhunderts hat sich im Laufe der Arbeit die Bewertung der Rolle sowohl der katalanischen wie der baskischen Bourgeoisie als wichtig herausgestellt.

Daß im XIX. Jahrhundert in Spanien eine bürgerliche Revolution stattgefunden hatte, wird von keinem der von uns konsultierten Autoren ernsthaft in Frage gestellt.

Es ist allerdings eine Tatsache, daß das XIX. Jahrhundert in Spanien eine Verrenkung der Entwicklung zeigt: einen starken Industrialisierungsprozeß in den Peripherien und ein in der traditionellen Agrarwirtschaftstruktur verankertes Binnenland (Diez Medrano, 1999). Darauf gestützt wird in einem Teil der Historiographie die Hypothese der Entstehung des baskischen wie des katalanischen Nationalismus als Ergebnis des Agierens von

---

<sup>105</sup> „...que se arraiga en el ámbito rural donde sobreviven los comportamientos sociológicos tradicionales“

<sup>106</sup> Diesbezüglich ist auch die Theorie von Miroslav Hrochs nur begrenzt auf den baskischen Fall anwendbar; Hroch geht davon aus, daß „The small nations, on the other hand, were in a situation made much more complex by the fact that although they too had risen up against feudal ideology and the old society in their national movement, they came into

Fraktionen der industriellen peripheren Bourgeoisie gegenüber einem widersprüchlichen und begrenzten liberalen Staat und einer schwachen spanischen Nation vertreten.

Doch auch in Spanien fand eine bürgerliche Umwälzung statt, die sich keineswegs auf die peripheren Bourgeoisien beschränkte; die wirtschaftliche Integration des Staats kam - wenn auch voller Widersprüche - langsam voran, was das Entstehen einer spanischen Bourgeoisie implizierte. Deshalb dürfte das Bild eines modernen Baskenlands und Kataloniens mit Industriellen und einer aktiven Bourgeoisien vs. einem Spanien der Großgrundbesitzer, korrupten Bürokraten und königlichen Adligen, die unfähig waren, eine industrielle und demokratische Gesellschaft zu etablieren, ein Mythos sein. Die katalanische Bourgeoisie verteidigte im Prozeß der Modernisierung nicht progressivere Maßnahmen als die im Staat dominierende spanische Bourgeoisie (Diez Medrano, 1999).

Hinzuzufügen ist<sup>107</sup>, daß fast während des gesamten XIX. Jahrhunderts in den peripheren Gebieten keine nationalistische Versuchung existierte. Der französische Historiker Vilar (1979) faßt dies so zusammen:

*“Von 1820 bis 1885 verdiente die Etappe schlicht die Bezeichnung ‚regionalistisch-protektionistisch: es war die Zeit in der die Leiter der katalanischen Industrie, nachdem sie den kümmerlichen spanischen Markt erobert hatten ohne ihn wirklich schützen zu können, anstrebten, sich an die Spitze **nicht eines katalanischen Staats, sondern der ‚spanischen Nation‘** zu stellen“*<sup>108</sup> (Hervorhebung von M.Q.)

Aus einem anderen Blickwinkel sollte Linz (1973) diese These auch bestätigen und damit die Argumentation der Wichtigkeit sowohl der katalanischen wie der baskischen Bourgeoisie für die Entwicklung eines eigenen –nationalistischen- politischen Projekts im Kampf gegen einen ‚feudalistischen Staat‘ in Frage stellen. In seinem Text (1973) machte Linz immer wieder die Rolle der katalanischen Bourgeoisie in der zweiten Teil des XIX. Jahrhunderts sichtbar: trotz ihrer progressiven Haltung für größere Freiheiten spielte sie in den heikelsten Momenten eine wichtige Rolle, um für die Rückkehr von Ordnung und vom König zu sorgen; angesichts der Drohung der niederen Klassen bevorzugte die machtvolle Industriebourgeoisie, mit den gemäßigten und konservativen Kräften zu pak-

---

conflict with the new ruling nation“ Hroch (1985: 10, hervorgehoben von M.Q.).

<sup>107</sup> Nach Linz (1993) hatte der spanische politische Liberalismus mindestens in seinen ersten Dekaden eine maßgebliche andalusische Entwicklung, während er in Katalonien und dem Baskenland eine Bewegung vor allem von städtischen Sympathisanten war.

<sup>108</sup> „de 1820 a 1885 la etapa habría merecido simplemente el nombre de ‚regionalista-proteccionista‘: era el tiempo en que los dirigentes de la industria catalana, tras haber conquistado el mediocre mercado nacional español que difícilmente lograban proteger, aspiraban, sin conseguirlo, a ponerse a la cabeza **no de un Estado catalán, sino de la ‚nación española.‘**” *Cataluña en la España moderna*, Pierre Vilar (1979) zitiert von Blas Guerrero & Laborde Martín (1986: 476). Linz (1973: 53) schreibt dazu : « Here we find a pattern to be repeated until the 1934 events : Barcelona resisting the central government, often on the basis of its particular interests and issues, but claiming to act in the name of Spain and its broader national interests against Madrid government”. Die katalanische Bourgeoisie wollte eher die staatliche Macht übernehmen; später kämpfte sie für eine Dezentralisierung und war eher nationalistisch regionalistisch als nationalistisch separatistisch im engen Sinne des Wortes. Diez Medrano (1999: 111ff.)

tieren, aus Angst, ansonsten eine Pandorabüchse zu öffnen. Linz (1973: 58) kommt für Spanien insgesamt zu folgender Schlußfolgerung:

*"Class interests linked the peripheral bourgeoisies to the owning and conservative strata of the rest of Spain and to the state-maintaining middle classes; when threatened by the lower classes, the workers, or the lumpenproletariat, that coincidence would become effective"* (Linz, 1973: 58).

Aus marxistischer Sicht wurde die katalanische Bourgeoisie - und dies gilt extensiv auch für die baskische - definiert als *„an intimately reactionary class that in the Spanish context played a revolutionary role, a corporatist, traditionalist, conservative class that proposed itself to modernize, liberalize the country, an essentially urban and industrial class, profoundly tied to a countryside that was extremely conservative and immobilize“* (Jordi Solé-Tura, *Catalanisme I Revolució Buergesa*, 1967: 24, zitiert von Linz, 1973: 57-58)

Insbesondere im Baskenland hatte die Großbourgeoisie seit langer Zeit eine starke Bindung zum Zentrum kultiviert; der baskische Kapitalismus war in einer partikulären Art und Weise auf Spanien orientiert: er und der spanische Staat hatten eine Allianz geschlossen, der im Baskenland die traditionelle Gesellschaft gegenüber stand; die Industrie im Baskenland war vor allem Schwerindustrie, die von den öffentlichen staatlichen Verträgen und Vereinbarungen abhängig war. Dazu kam, daß die baskischen Finanzgruppen stark und wichtig waren, und eine besondere Beziehung zum Staat hatten, da die zentrale Regierung viele Kredite der Finanzgruppen aufnahm.

*„Folglich war die baskische Wirtschaftselite zu schwach um sich die Strukturen der staatlichen Macht zu unterwerfen, aber hinreichend stark um die aristokratische Elite, die Spanien regierte, herauszufordern“.* (Diez Medrano, 1999: 135)<sup>109</sup>

Die baskische Elite –zu der Zeit tatsächlich schon „kastilisiert“<sup>110</sup>- hatte kaum gemeinsame Interessen mit dem Nationalismus der traditionellen baskischen Gesellschaft und blieb ihm gegenüber distanziert.

Erst nach der Diktatur Primo de Riveras (1923-1930) und durch einen ineffizienten Staat erzürnt, ging ein wachsender Teil der lokalen Bourgeoisie –normalerweise ideologisch der wirtschaftlichen Elite folgend- politisch in das Lager der PNV (Nationalistische Baskische Partei) über.

---

<sup>109</sup> „Por tanto, la élite económica vasca era demasiado débil para imponerse a la estructura de poder estatal, pero lo suficientemente fuerte como para desafiar a la élite aristocrática que gobernaba España” (Diez Medrano, 1999: 135).

<sup>110</sup> „Over the past five centuries, Basques have occupied a position of importance within both the Old World and New World colonial Spanish bureaucracy that is out of proportion to their numbers within the nation’s population” (Douglas, 1985: 7).

#### **4. Das XX. Jahrhundert: Die autoritäre Antwort des spanischen Nationalismus auf den peripheren Nationalismus (1900 – 1973).**

Über die Dynamik des Landes nicht nur für das XIX, sondern auch für einen großen Teil des XX. Jahrhundert schreibt Linz:

*A recurrent pattern in modern Spanish history had appeared: short periods of high revolutionary enthusiasm carried by the hopes of broad segments of the citizenry, activation of radical masses pushed by poverty withdrawal of the moderate reformist element, defeat of the forces of change by the intervention of the army, establishment of a conservative government, and a relatively prolonged period of peace and prosperity – without, however, arriving at a solution of basic underlying problems or creating fully legitimate institutions. (Linz, 1973: 57).*

Wie haben sich nun im XX. Jh. Staat, Nation und der baskische Nationalismus in den wichtigsten Momenten artikuliert? In diesem Kapitel werden wir die Jahre bis zum Ende der Franco-Diktatur untersuchen; es wird auf die Entwicklung des spanischen Nationalismus und des baskischen Nationalismus und auf ihre Interaktion fokussiert. Mit Ausnahme des kurzen aber wichtigen Interregnums der II. Republik, bis zu diesem Moment der demokratischste Versuch zur Lösung der nationalen Frage, wurde die Geschichte Spaniens bis 1975 von autoritären Regimes gekennzeichnet; wie die Wechselbeziehung zwischen spanischem Zentralismus und baskischem Nationalismus war, wird in diesem Kapitel herausgearbeitet.

##### **4.1. Die Last des Alten**

Der Anbruch des Jahres 1900 markiert in Spanien politisch weder einen Neubeginn noch Wendepunkt; die Rückkehr der Monarchie nach der Niederwerfung der 1. Republik unter Alfons XII.<sup>111</sup> und das Regime der 1875 einsetzenden Restauration sollten das Leben der Spanier bis 1923 bestimmen. Selbst aus dem Ersten Weltkrieg, Scheideweg für viele Länder Europas, konnte Spanien sich heraushalten<sup>112</sup>.

Zwei Verfassungen, die von 1845 und von 1876, hatten bis zu diesem Zeitpunkt den modernen spanischen Staat konfiguriert; wie oben dargestellt wurde, waren beide von einem oligarchischen bzw. antidemokratischen Charakter geprägt. So waren, als das neue Jahrhundert anbrach, die allgemeinen politischen Bedingungen bereits festgelegt.

Es läßt sich pointiert sagen daß die Probleme des XX. Jahrhunderts die ungelösten Probleme des XIX. Jahrhunderts des Liberalismus gewesen sind. Tatsächlich hatte sich seit

---

<sup>111</sup> Nach dem Tod Alfons XII. 1885 übernahm seine Frau Maria Christina bis zur Volljährigkeit Alfons XIII. die Regentschaft, der dann von 1902 bis zu seinem durch die Bevölkerung erzwungenen Rücktritt 1931 regierte.

<sup>112</sup> Obwohl der Anfang des Ersten Weltkrieg mit der Vertiefung der Krisis der Restauration übereinstimmt, kommt es in

der Restauration (1875) ein „*fiktives parlamentarisches Regime gemeinsam mit der bourbonischen Monarchie als Ausdruck eines oligarchischen Liberalismus*“ (Perez Picazo, 1996: 135) eher verschlimmert und verdichtet. Die Konfliktlinien sollten sich während der zugespitzten Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts in einer heftigen Art und Weise ausdrücken -die Diktatur Primo de Riveras und die Konvulsionen der Zweiten Republik ab 1936, um dann bis auf weiteres in der Franco-Diktatur zu münden.

Welches waren die (für unsere Arbeit relevanten) wichtigsten ungelösten Probleme? Zum einen verunmöglichte die Schwäche des alfonsinischen Liberalismus die Konsensfindung durch Integrierung von breiten Sektoren der Gesellschaft (Mees, 2002), die Existenz einer ‚reduzierten‘ Nation unter der Hegemonie von Schichten ohne jegliches Interesse daran, die unteren und Teile der Mittelschichten in einem gemeinschaftlichen Projekt von Nation zu integrieren. Der Staat wurde von diesen hegemonialen Schichten als ihr eigenes Instrument betrachtet, in Form des oligarchischen Caziquentums gerade das Wesensmerkmal, das das „Regime der Regeneration“ und des ‚dynastischen Liberalismus‘ charakterisierte (Mees, 2002). Forscher wie Junco (1997) oder Fox (1997) weisen das geringfügige Interesse seitens der spanischen Zentralregierungen am Aufbau eines nationalisierenden Ideals im XIX. Jahrhundert nach und begründen diese Beobachtung mit der Abwesenheit einer „Ethnisierung“ oder „Nationalisierung“ des Volkes für die Schaffung einer spanischen Identität in ihrer nationalen Rhetorik.

In der Tat war der Staat nicht fähig, die Uniformierung oder Homogenisierung der Gesellschaft z.B. mittels der Sprache- und dies trotz der diskriminierenden Behandlung von Sprachen wie dem Baskischen oder Katalonischen seitens des spanischen Staates - bzw. mittels des Schulwesens zu schaffen, Aufgaben die die III. Republik in Frankreich schon Ende des XIX. bis Anfang des XX. Jahrhunderts durchgeführt hatte; ähnliches passierte mit der Wehrpflicht: sie war eine Pflicht nur für die unteren Schichten. Die *Citoyenität* war äußerst beschränkt:

*„Die spanischen Regierenden verschlossen sich so die Möglichkeit, die Ausübung der aktiven Staatsbürgerschaft sozial zirkulieren zu lassen und so die zahlreichen Angehörigen der ländlichen Sphäre verstehen zu lassen, daß neben der lokalen eine umfassendere und höherwertige nationale Instanz bestand.“<sup>113</sup> (Pérez Picazo, 1996: 5).*

---

Spanien zu keinem historischen Bruch (Mees, 2002).

<sup>113</sup> „Los gobernantes españoles se cerraban así a la posibilidad de hacer circular socialmente el ejercicio de la ciudadanía activa y de hacer comprender a los numerosos habitantes del mundo rural la existencia de una instancia nacional englobante de la local y superior a ella“ (Pérez Picazo 1996: 5).

Der Veränderungswille kam gerade von diesen ausgeschlossenen alten wie neuen sozialen Kräften – hauptsächlich der Arbeiterbewegung, der städtischen Mittelschichten und der peripheren nationalistischen Bewegungen, die angesichts der Elitisierung der Politik einen Platz in der politischen Arena aber auch allgemein in der Gesellschaft suchten. Die Instabilität und Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft gewannen an Heftigkeit und wurden Anfang des XX. Jahrhunderts gewalttätiger<sup>114</sup>, bis das Ganze zunächst in der Diktatur des Generalkapitäns Primo de Rivera 1923 zusammenfloß.

Die Krise des Restaurationsregimes wurde ab Ende des XIX. Jahrhunderts deutlicher; die Unzufriedenheit kam nicht nur von dem was man als Opposition im allgemeinen bezeichnen kann, sondern auch von einigen Sektoren der herrschenden Klassen; diese sahen die Erschöpfung des Restaurationsregimes seit dem Verlust der letzten Kolonien (1898 Kuba, Puerto Rico und Philippinen) und seine Auswirkungen auf die Verengung der Märkte, aber auch seine Unfähigkeit, einerseits eine schlüssige Industriepolitik zu gestalten und andererseits eine harte und erfolgreiche Repression der Arbeiterbewegung durchzuführen.

Gerade seitens dieser Sektoren wurde der Ruf nach einem starken Mann laut und eine offene Diktatur als Lösung für die Ausweglosigkeit des ‚Restaurationsregimes‘ angesehen, die mit dem Scheitern der Regierungen sowohl der sogenannten „neuen“ Konservativen als auch der „neuen“<sup>115</sup> Liberalen deutlich wurde und von einer Krise in die nächste taumelte. So waren die Veränderungsversuche von ‚oben‘ -*la revolución desde arriba*- im großen und ganzen mißglückt; der Widerstand der Bourgeoisie gegen eine Reform des Haushalts<sup>116</sup>, des Systems der Lohnverhandlungen, der Arbeitsbedingungen wie auch die ablehnende Reaktion der katholischen konservativen Kräfte auf die Einmischung des Staates in die privaten – katholischen - Schulen und ähnliches machten jegliche Reform zunichte (Pérez Picazo, 1996). Andererseits wurden Maßnahmen, um Widerstandsformen zu zerschlagen, wie das „Terrorismusgesetz“ (1908), von dem Linksblock neutralisiert. 1914 wurde die Hoffnung einer Veränderung von „oben“ sowohl von Konservativen wie Liberalen aufgegeben.

Verschiedene weitere Krisen brachen aus, die von der instabilen Lage zeugten. Jedoch stellte das Jahr 1917 eine Krisisvertiefung dar, als ein Bündel an Protestformen – der Arbeiter (Generalstreik von 1917), der Regionen, der Armee, der marginalisierten politi-

---

<sup>114</sup> Die Ereignissen der „Semana Trágica de Barcelona“ (26.-31. Juli 1909) sind eine Art Synthese der gesamten Widersprüche, die sich gerade hier überlappten und kondensierten. „...die Weigerung der Rekrutierung für den Marokkokrieg zu folgen, führte zur Ausrufung eines Generalstreiks, der schnell in 5 Tage der Niederbrennung von Kirchen und antikerlicher Gewalt umschlug, in deren Verlauf ein Drittel des Kircheneigentums zerstört wurde“ (Perez Picazo, 1996: 49)

<sup>115</sup> Der Begriff „neue“ besitzt für beide Parteien -konservative wie liberale- eher eine ironische Konnotation; beide waren die bis dato machthabenden Parteien, und wollten mit dem Adjektiv „neue“ ihre Bereitschaft für Veränderungen ausdrücken.

schen Kräfte - zusammentraf. Diese allgemeine Krise *«brach 1917 mit dem wachsenden Unbehagen in der Armee und der Bildung ihrer Verteidigungsjuntas aus, den Protesten gegen die Schließung der Cortes, die anschließende Versammlung der Parlamentarier im Juli in Barcelona und dem Generalstreik im August. Die nationale Frage gesellt sich zur politischen und sozialen als eine der großen Bruchlinien.»* (De la Granja Sainz et al., 2003 : 56)<sup>117</sup>.

Angesichts der Krise versuchten die katalanischen Nationalisten, die Avantgarde der nationalistischen Bewegung, vor allem mittels ihrer stärksten Organisation *Lliga Regionalista* in die gesamtspanische Politik zu intervenieren. Angesichts einer möglichen Radikalisierung der Arbeiterklasse und einer denkbaren Revolution lotet die Lliga die Möglichkeiten einer friedlichen Modernisierung des Regimes aus, bei der ein wichtiger Punkt eine Dezentralisierung sein sollte. Francesc Cambó, wichtigster Führer der Lliga, scheiterte hierbei. Die Forderung Cambós am 20. November 1918 nach der Autonomie Kataloniens scheiterte ihrerseits in den Cortes. Als sich die Lage in Katalonien zuspitzt, demobilisiert die Lliga und signalisiert damit, daß die katalanische Bourgeoisie die Sicherheit des Status quos vorzieht (De la Granja Sainz et al., 2003:58).

In diesen krisenhaften Jahren erlebte Spanien zwischen 1918 – Kabinettsneubildung unter Antonio Maura – und 1923 zehn Regierungswechsel, ohne daß eine der Regierungen das Jahr überdauerte; hierdurch erfuhr die parlamentarische Politik einen solchen Niedergang, daß die Denunzierung des Parlaments allgemein wurde<sup>118</sup>. Beim Zusammenbruch des liberalen spanischen Systems spielte jedoch die moderne Rechte, anders als in anderen Ländern keine bedeutende Rolle, da sie in Spanien erst zwischen den Jahren 1932-33 entstehen sollte<sup>119</sup>.

Dafür sollte die Armee eine wichtige Rolle übernehmen, allerdings war sie seit der militärischen ‚Katastrophe‘ 1898, der Niederlage gegen die USA – verglichen mit Spanien ein Land ohne militärische Erfahrung - unter heftige Kritik<sup>120</sup> geraten; als wichtiger Teil des von Pérez Picazo (1996) so bezeichneten „Machtblocks“ – neben den hegemonialen besitzenden Klassen und der Kirche - drückte die Armee ihre wachsende Unzufriedenheit mit

---

<sup>116</sup> „Die spanischen Bourgeoisien wollten die Modernisierung, aber ohne für sie zu zahlen“ (Pérez Picazo 1996).

<sup>117</sup> «...se abre en 1917 con el creciente malestar en el ejército y la formación de sus Juntas de Defensa, las protestas por el cierre de las Cortes, la consiguiente Asamblea de Parlamentarios de julio en Barcelona y la huelga general de agosto. La cuestión nacional se suma a la política y la social como una de las grandes líneas de fractura» (De la Granja Sainz et al., 2003 : 56).

<sup>118</sup> Payne (1978) weist auf die argumentative Armut der Parlamentarismuskritik in Spanien –im Unterschied zu Italien– hin; der Antiparlamentarismus zwischen den Jahren 1914 und 1923 zeichnete sich durch seine fehlenden theoretischen Grundlagen und ernsthaften Perspektiven aus.

<sup>119</sup> Als Keim der neuen Rechte kann die Gruppe Juventud Maurista (1914-1923) bezeichnet werden, die jedoch sehr klein, unwichtig und ohne ein klares Profil war (Payne, 1978).

<sup>120</sup> Die wichtigsten strukturellen Probleme der Armee, nämlich das aufgeblähte Offizierskorps und die fehlende Professionalität, wurden jedoch meistens von den Kritikern weniger stark bewertet; zu diesen Lücken kam die Ignorierung der

dem Regime und mit der zivilen Gesellschaft in einer öffentlichen und unabhängigen Art<sup>121</sup> aus; die Streitmacht unterstützte von nun ab nicht mehr wie vorher eine der politischen Parteien, sondern stand für sich selbst und ihre Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes und der nationalen Einheit. Diese Tendenzen wurden durch die wachsende Präsenz der Armee im politischen Leben des Landes bis in die 20er Jahre verstärkt. Dem Restaurationsregime gingen die letzten Kraftreserven aus und die Niederlagen im Marokkokrieg<sup>122</sup> machten die Lage unhaltbar. Mit der Unterstützung des Königs, der damit auch versuchte, die Monarchie zu retten, übernahm General Miguel Primo de Rivera am 13. September 1923 ohne großen Widerstand die Macht – nur in Bilbao kam es zu einem erfolglosen Generalstreik. Keine politische relevante Kraft gab sich die Mühe, das konstitutionelle Regime zu verteidigen: zu tief war das Restaurationssystem innerlich verfault (Mees, 2002).

#### **4.2. Primo de Rivera**

Ideologisch-politisch war Miguel Primo de Rivera eine widersprüchliche Figur, die wie Payne (1978) feststellte, weder ein prä-Faschist noch ein richtiger Autoritärer war, sondern ein konfuser Liberaler. Ohne die Marokkokrise und ihre Bedeutung als militärische Demütigung für das ganze Land hätte der Militärputsch sogar nicht stattfinden können. Seine Diktatur stellte dem liberalen Parlamentarismus keine Alternative gegenüber, und war eher „*im klassischen Sinn einer zeitweiligen Suspendierung des normalen institutionellen Funktionierens zur Lösung konkreter Probleme gedacht*“<sup>123</sup> (Payne, 1978: 191). Nach der Lösung der konkreten Probleme mußte sich die Diktatur auf die Suche nach einer Struktur und politischen Theorie begeben; nachdem Rivera mit der Unión Patriótica 1924 schon seine eigene Partei gegründet hatte, versuchte er 1927 ein Parlament - *La Asamblea Constituyente Corporativa* - für die Institutionalisierung seiner Herrschaft ins Leben zu rufen, jedoch scheiterte er womit das Regime sehr geschwächt wurde.

Die Jahre unter Führung des Diktators waren jedoch von Veränderungen sowohl auf politischer wie auf sozialer Ebene geprägt, was die Position der traditionellen Machteliten –

---

neuen Kriegstechniken, die während des Ersten Weltkriegs entwickelt wurden (Perez Picazo 1996: 56).

<sup>121</sup> Ein Beispiel war die Erhebung eines Teiles der Armee 1905 gegen die Zeitungen, die Kritik an ihr geäußert hatten; die gesamte Streitmacht unterstützte die Erhebung und die Regierung gab nach; die liberale Regierungspartei mußte noch mehr akzeptieren: das Ley de Jurisdicciones, das mit Zustimmung des Königs die Armee bevollmächtigte, Delikte gegen das Vaterland und die Militärinstitutionen zu ahnden (Carr, 1976).

<sup>122</sup> Die Konferenz von Algeciras 1904 legte die Einflußzonen von Frankreich und Spanien für die Kolonisierung von Nordafrika fest. Der ständige Widerstand der Nordafrikaner gegen die Kolonisatoren sollte fortan ein Destabilisierungselement im politischen Leben Spaniens bilden, zum einen wegen der Kosten und der negativen Input-Output-Bilanz, aber auch wegen der Kosten an Menschenleben –die tatsächlich fast ausschließlich von den unteren Schichten getragen wurden. Mit dem militärischen Debakel 1921, als Spaniens Armee 10.000 Menschenleben verlor, wuchs die Kritik an den Militärs und gleichzeitig die Entfremdung zwischen der Streitmacht und der politischen Klasse (Pérez Picazo, 1996: 65-67).

<sup>123</sup> „...concebida en el sentido clásico de una suspensión temporal del funcionamiento institucional normal con el fin de

bürgerliche Politiker, Großgrundbesitzer, Armee und Kirche- grundsätzlich ändern sollte, die angesichts einer neuen Lage nicht mehr einheitlich reagieren konnten. Die ‚dynastischen‘ Parteien erhielten nicht mehr die Gunst (*official favour*) des Königs Alfons XIII., der die Diktatur unterstützte; ihre Presse wurde verboten und ihre Zentren geschlossen; die Krise der bis dahin traditionellen politischen Elite (aus konservativen und liberalen Regierungsparteien) erreichte mit der Diktatur einen Höhepunkt, und die alten Männer wurden von neuen ersetzt – „*mostly agrarian bourgeois and officials of Catholic corporations untarnished by old political connections and alliances with the so-called traditional oligarchy*“ (Ben-Ami, 1990: 73). Dieser Elitentausch bedeutete aber keinen Bruch mit den traditionellen wirtschaftlichen und sozialen Eliten.

Der Modernisierungsschub der Diktatur sollte während der zwanziger Jahre noch tiefere und wichtigere Veränderungen in der spanischen Gesellschaft verursachen, u.a. ein Wachstum der städtischen Bevölkerung, was wiederum ein Wachstum der Mittelschichten –Hauptträger der Republik- bewirkte. Die Diktatur von Primo de Rivera „*schuf die Entwicklungslinien der ersten modernen spanischen Nationalpolitik*“<sup>124</sup> (Payne, 1978: 192).

Bezüglich der Einschätzung der Politik Primo de Riveras zur nationalen Frage ist es kein Zufall, daß zwei Tage nach dem Treffen von baskischen, katalanischen und galizischen Nationalisten und der Bildung einer *Triple Alianza* zur Verteidigung der „nationalen Freiheit der drei Völker“ der Putsch von Primo de Rivera stattfand (13. September 1923); in der Tat wurde die ‚radikale Fraseologie‘ (Mees, 2002: 43) der PNV als ernsthafter Verstoß gegen den *status quo* verstanden, der in keiner Weise zu tolerieren war.

An die Macht gelangt, baute er ab 1923 alle Provinz- und Gemeindeinstitutionen mit Ausnahme der baskischen Diputaciones ab. Jedoch sollten mit der Zeit die Diputaciones jegliche Unabhängigkeit verlieren, und wurden unter Kontrolle der Einheitspartei Unión Patriótica<sup>125</sup> - von Primo der Rivera 1924 gegründet - gestellt. Zwar sprach Primo de Rivera in der Öffentlichkeit über einen „gesunden Regionalismus“ (*sano regionalismo*); jedoch sowohl der Diktator wie das Militärdirektorium traten bald nach der Machtübernahme für einen zentralisierten und autoritären spanischen Nationalismus ein: schon am 18. September 1923 beschloß die Militärregierung einen Erlaß gegen Separatismus, der harte Strafen im Falle von Angriffen auf die Sicherheit und Einheit des Vaterlandes vorsah (De la Granja Sainz et al., 2003: 97). Veröffentlichungen der demokratischen Kräften aber auch Veröffentlichungen in anderen Sprachen als der spanischen wurden weitgehend untersagt. Er verbat auch jeglichen politischen und symbolischen Ausdruck

---

resolver problemas concretos.“(Payne, 1978: 191)

<sup>124</sup> „...generó los lineamientos de desarrollo de la primera política nacional española moderna“ (Payne, 1978: 192).

<sup>125</sup> Die Mitgliedschaft der baskischen Bevölkerung in der Einheitspartei von Primo de Rivera lag –mit Ausnahme der Biskaya- unter dem Durchschnitt Spaniens (Mees, 2002: 46).

der nationalistischen Bewegungen und führte umfassende repressive Maßnahmen gegen Katalonien aber auch gegen Galizien durch. Bei alledem ‚duldeten‘ Primo de Rivera zunächst die ‚Gemäßigten‘ und verfolgte die ‚Radikalen‘ sowohl innerhalb der Arbeiterbewegung wie des Nationalismus, weshalb, wie später dargelegt wird, auch der gemäßigte Flügel des baskischen Nationalismus toleriert wurde. Allgemein zogen sich jedoch die nationalistischen Strömungen der Peripherien zunächst, um zu Überleben, auf die kulturelle Ebene zurück.

Nach Mees (2002) trugen im Baskenland während der Diktatur von Primo de Rivera vor allem die monarchistischen Kräfte der Liga Monárquica, traditioneller Feind des baskischen Nationalismus, durch ihre Stärke in der Diputacion von Vizcaya dazu bei, jeglichen Versuch der drei baskischen Diputaciones in Richtung auf einen Autonomievorschlag zu bremsen.

Mit dem Scheitern des Regimes Primo de Riveras 1930 hatten sich auch die Kräfte der Befürworter einer modernen spanischen Rechten erschöpft; erst nach dem zweiten Jahr der Regierungsübernahme von Liberalen und Linken organisierte sich angesichts eines wachsenden Antiklerikalismus und der neuen sozialistischen Massenbewegung eine moderne spanische Rechte und drängte verstärkt auf die politische Bühne.

#### ***4.3. Das Aufkommen des Nationalismus***

Gerade die Jahre zwischen 1900-1937 sind Jahre des Wachstums des Nationalismus: spanischer Nationalismus, baskischer Nationalismus, katalanischer Nationalismus, und untergeordnet auch galizischer Nationalismus, von denen die ersten beiden im folgenden genauer untersucht werden.

Auch ohne auf die Frage der Identität in dieser Arbeit genauer einzugehen, sei doch folgende These der Reziprozität von De Riquer i Permanyer widergegeben, der methodologisch korrekt zur Frage der Identitäten in Spanien ausführt:

”Wenn es darum geht zu analysieren, wie sich die Identitäten der liberalen Epoche im spanischen Fall konstruieren, müssen wir in Termini der Reziprozität denken, der gegenseitigen Beeinflussung und Bedingtheiten. Deshalb ist es notwendig, eine Gesamtsicht zu haben, der Simultanität, der alten und neuen Identitäten. Es handelt sich nicht darum, getrennt zu analysieren, in der Art von ”Primitivisten”. Die Politisierung der alten Partikularismen und die Nationalisierung des liberalen spanischen Erbes sind nicht nur kontemporäre Prozesse, sondern dialektische, denn sie wirken einer auf den anderen, bedingen sich gegenseitig und wirken reziprok. Die verschiedenen Partikularismen, die entweder zum Sezessionismus oder zum spanischen Unitarismus beitragen, sind demnach die beiden Gesichter ein und des selben historischen Phänomens. Sie stellen sich als verschiedene Antworten auf die gleiche Problematik dar, auf die Frage der neuen Identität, die darin mündet, sich zu differenzieren und zu radikalieren, indem sie die Form alternativer Nationalismen annimmt” (De Riquer i Permanyer, 2003: 142-143)<sup>126</sup>.

#### 4.3.1. Der spanische Nationalismus

Trotz der Existenz einer ‚nationalen politischen Sprache‘ und einer ‚nationalen politischen Kultur‘, gab es zu Beginn dieser Zeitspanne keinen spanischen politischen Nationalismus im modernen<sup>127</sup> doppelten Sinn, d.h. als eine **emotionale Exaltation der Nation** mit ihren Traditionen und Glorien, und als eine **politische Massenbewegung** mit dem Ziel - auf der Grundlage der nationalen Einheit und der nationalen Größe - eine politische Ordnung zu errichten (Fusi 1990)<sup>128</sup>.

<sup>126</sup> ” À l’heure d’analyser comment se construisent les identités à l’époque libérale dans le cas espagnol, nous devons les penser en termes de réciprocité, d’influences mutuelles et de conditionnements. C’est la raison pour laquelle il est nécessaire d’avoir une vision d’ensemble, simultanée, des vieilles identités et des nouvelles. Il ne s’agit pas de les analyser séparément, à la manière des ”primitivistes”. La politisation des vieux particularismes et la nationalisation du patriotisme libéral espagnol sont des processus non seulement contemporains mais dialectiques, puisqu’ils agissent l’un sur l’autre, se conditionnent mutuellement et suscitent des réciprocités. Les divers particularismes, qu’ils contribuent ou non à la sécession ou à l’unitarisme espagnol, sont ainsi les deux faces d’un même phénomène historique. Ils proposent des réponses différentes à une même problématique, à la question de la nouvelle identité qui finit par se différencier et radicaliser en adoptant la forme de nationalismes alternatifs”. (Riquer i Permanyer, 2003: 142-143).

<sup>127</sup> Der moderne Nationalismus setzt nach Fusi voraus: erstens, ein entwickelter regionaler and nationaler Markt; zweitens, einen gewissen Urbanisierungsgrad; drittens, ein vereinheitlichtes Erziehungssystem und letztendlich eine Verallgemeinerung der Massenkommunikationsmittel (Fusi 1990: 35).

<sup>128</sup> Linz vertritt die These, Spanien sei ein Beispiel des Scheiterns der Nationalismen: „...ein begrenzter Erfolg eines starken spanischen Nationalismus im XIX Jahrhundert und Scheitern und Beschränkungen der peripheren Nationalismen gegen den Staat und sogar innerhalb des Staates“<sup>128</sup> (Linz, 1991: 135). Doch sind das Scheitern bzw. die Begrenzungen der peripheren Nationalismen zu relativieren; obwohl diese tatsächlich keine Sezession erreicht haben - und auch nicht unbedingt erreichen wollten -, haben sie während des gesamten XX. Jahrhunderts eine wichtige Rolle im spanischen politischen Leben gespielt. Darüber hinaus ist vor allem die Existenz des baskischen Nationalismus zu Anfang des XXI. Jahrhunderts, weiter eine wichtige Rätselfigur für das Verständnis des inneren politischen Lebens Spaniens.

Es sollte nicht aus den Augen verloren werden, daß „*the unity of Spain remained highly artificial until well into the nineteenth century. It was late in this century that social and technological changes began to turn Spain into a cohesive national system*“ (Fusi 1990: 34). So stand der spanische Staat am Anfang des XX. Jahrhunderts zwischen einem „legalen Zentralismus“ und einem „realen Regionalismus“, und er begann das XX. Jahrhundert geprägt vom politischen Erbe des XIX., so daß Fusi zusammenfaßt: *“In short, there was no state (or Spanish) nationalisms in Spain in the nineteenth century; the Spanish state remained poor, weak, and inefficient throughout that century”*<sup>129</sup> (Fusi 1990: 36). Die moderne europäische Rechte des XX. Jahrhunderts hatte einen ihrer beiden Stützpunkte in der Existenz eines kräftigen Nationalismus<sup>130</sup>. Die Schwäche des Nationalismus im Fall Spaniens ging so weit, daß Spanien die Ausnahme binnen des modernen Europa bildete, da im Rest des Kontinentes die politische Leidenschaft der Nationalismus und nicht der Sozialismus oder der Klassenkampf wurde.

Der Falangismus<sup>131</sup> in Spanien als Ausdruck der modernen extremen Rechte hatte Differenzen mit dem modernen Rechtsextremismus anderer Länder (Faschismus in Italien oder Nationalsozialismus in Deutschland); der ‚neue Mensch‘ war hauptsächlich der spanische traditionelle Katholik; ihn interessierte nicht ein Totalitarismus, sondern ein paternalistischer Autoritarismus (Payne, 1978)<sup>132</sup>. In Spanien existierte doch eine Rechte, die aber traditionell katholisch war, zwar erbitterte Verteidigerin des Vaterlandes, aber ohne einen modernisierenden und dynamischen Charakter. Teilweise war es dieser Undurchlässigkeit des spanischen Traditionalismus gegenüber den europäischen Neuerungen geschuldet, daß das Land **enthumanisierenden** ästhetischen Bekundungen – so dem Manifest des Futurismus von Marinetti<sup>133</sup> in Italien - wie politischen Formen - den Thesen von D’Annunzio in Italien, dem Irrationalismus und Vitalismus oder dem Natio-

---

<sup>129</sup> Belegt wird dies durch das ausgedehnte Geflecht privater Beziehungen, das sich in Kazikentum und Clientelismus ausdrückte.

<sup>130</sup> Der andere Stützpunkt ist die Opposition gegen die Entstehung einer starken modernen Linken; einer der Gründe warum sich die moderne Rechte in Spanien so spät entwickelte, hat mit einer kaum existierenden organisierten Linken zu tun; der Anarchosyndikalismus wirkte nicht hinreichend bedrohlich. Erst 1931, als eine kraftvolle spanische Linke die Bühne betrat, konnte eine moderne Rechte als Gegenpendant erscheinen (Payne, 1978).

<sup>131</sup> Spanische politische Partei gegründet am 29. Oktober 1933 von José Antonio Primo de Rivera – Sohn von General Miguel Primo de Rivera-, Julio Ruiz de Alda und Alfonso García Valdecasas.

<sup>132</sup> Als Erklärung für die Nichtexistenz eines starken Nationalismus in Spanien als Grund für die Sonderrolle des Landes im Kontinent zählt Payne (1978: 186) eine Reihe von Gründen auf: das Alter des spanischen Staates, den Katholizismus als politisch identitätsstiftend; Erschöpfung durch die Verteidigung des Imperiums; Marginalisierung gegenüber den Konflikten der Großmächte; keine äußere Bedrohung seit 1898; der starke Kulturpessimismus hinsichtlich der Modernisierung; eine Mittelschicht ohne Dynamik und Unternehmer- oder Expansionsgeist; keine vollständige Säkularisierung der Kultur bis 1960 usw.

<sup>133</sup> Einige Auszüge aus Marinettis Manifest: „Wir erklären, daß sich die Herrlichkeit der Welt um eine neue Schönheit bereichert hat: die Schönheit der Geschwindigkeit. Ein Rennwagen...ein aufheulendes Auto, das auf Kartätschen zu laufen scheint, ist schöner als die Nike von Samothrake...\_Schönheit gibt es nur noch im Kampf. Ein Werk ohne aggressiven Charakter kann kein Meisterwerk sein... Wir wollen den Krieg verherrlichen – diese einzige Hygiene der Welt-, den Militarismus, den Patriotismus, die Vernichtungstat der Anarchisten, die schönen Ideen, für die man stirbt, und die Verachtung des Weibes... Schon zu lange ist Italien ein Markt von Trödlern. Wir wollen es von den unzähligen Museen befreien, die es wie zahllose Friedhöfe über und über bedecken“ (Großes Stil-Lexikon Europa, 1982: 461).

nalsozialismus in Deutschland– lange Zeit ebenfalls verschlossen blieb. „In Spanien entstand kein kulturelles Äquivalent des italienischen Neoidealismus und des vitalistischen Irrationalismus“ (Payne, 1978: 187)<sup>134</sup>.

Der spanische Nationalismus<sup>135</sup> im engen Sinn des Wortes fängt nach einer langen Vorbereitungsphase während des gesamten XIX. Jahrhunderts<sup>136</sup> erst ab der Jahrhundertwende an, Gestalt anzunehmen. Er querte unterschiedliche Eliten, Klassen, Bewegungen, Ideologien und entwickelte sich nicht um eine politische Partei; nach Fusi (1990) entstand eine spanische Nationalität als Realität erst um die 20er Jahre und Spanien als eine vereinte Gemeinschaft erst gegen 1930. Die peripheren Nationalismen<sup>137</sup> hätten sich ebenfalls erst um die Jahrhundertwende, und nicht vorher, auszudrücken begonnen. Beispiel dafür ist der baskische Nationalismus, der später als der katalanische (der schon 1901 bei den allgemeinen Wahlen einen Sieg erreichte), gegen 1930 wichtigste politische Kraft wurde.

*„I denied earlier that anything like state or Spanish nationalism existed in nineteenth-century Spain. But the twentieth century was different. Spanish nationalism did appear after 1900. This was political nationalism in the full sense of the word: it was integral, unitarian nationalism. As such, it reflected a fervent devotion to an idealized, abstract concept of the Spanish fatherland, and gave rise to the formulation of a number of nationalist theories and doctrines.“* (Fusi, 1990: 38)

#### **4.3.2. Baskischer Nationalismus bis zum Ende Primo de Riveras.**

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts rief die Existenz des katalanischen Nationalismus eine Welle von Regionalismen hervor - in Kastilien, Aragon, Asturien, Andalusien, Mallorca, Valencia -, die, wenn auch nicht sehr stark so doch unzweifelhaft all die Demokratiedefizite, den Zentralismus und das Kaziquentum des Restaurationsregimes in Frage stellten. Es waren die Zeichen einer allgemeinen tieferen Systemkrise in Spanien, die offenkundige Unfähigkeit des liberalen Staates und der Eliten, eine starke Nationalisierung des

---

<sup>134</sup> „En España no se dió un equivalente cultural del neoidealismo y del irracionalismo vitalista italianos“ (Payne, 1978: 187).

<sup>135</sup> Ein starker Unterschied zwischen dem Nationalismus in Italien und Spanien ist im Falle Spaniens das Auseinanderklaffen der modernisierenden Regionen und der politisch hegemonialen Regionen. In Italien war Mailand nicht nur ein wichtiges Industriezentrum, sondern hat auch eine wichtige Rolle auf der Ebene der politischen Führung des Landes gespielt; Mailand wurde das Zentrum des Nationalismus in Italien (1910) und die Wiege des Faschismus 1919. So et was war in Spanien nicht zu finden (Payne 1978).

<sup>136</sup> Dies implizierte neben dem Wachstum der städtischen Bevölkerung die Bildung der Bank von Spanien (1856), eines Systems von Steuern (1845) und Währung (1868) auf nationaler Basis, den Bau von Straßen und Fernbahn (9000 km Straßen und 6000 km Eisenbahn zwischen 1840 und 1860), eines Telegraphennetzes (1855), Einführung des Strafgesetzbuches (1848) und einer nationalen Polizei (1849) sowie eines allgemeinen Erziehungssystem (Abitur seit 1845- und Hochschulwesen seit 1857) (Fusi 1990: 35-36);

<sup>137</sup> Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der politische Regionalismus später vor allem als Reaktion auf den uniformierenden Zentralismus der Diktatur Francos auch in anderen Gebiete, wie Andalusien, Galizien oder Valenciamehr Auf-

Landes und der Territorien zu erreichen und insgesamt die Schwäche der spanischen Staats-Nation, die hier zum Ausdruck kamen.

Mees (2002) zeichnet ein sehr aussagekräftiges Bild des Baskenlands, demzufolge ein wichtiger Teil des Baskenlands Europa voraus gewesen sei, und was Europa insgesamt zwischen 1914-1918 durchlebte hätte das Baskenland schon während der 80er Jahre des XIX. Jh. erfahren und sollte Grundlage für die Entwicklung im Baskenland während des XX. Jahrhunderts werden. Während dieser Jahre fand die industrielle Revolution zuerst in Vizcaya und später in Guipuzcoa statt, die zu tiefen Veränderungen in den alten sozioökonomischen Strukturen führte.

Dies wurde von einer politischen Revolution begleitet, die durch das allgemeine, allerdings auf Männer beschränkte, Wahlrecht, und das Ley de Asociacion<sup>138</sup> – beide Gesetze während der liberalen Regierung Ende der 80er Jahre verabschiedet - die traditionelle und elitäre politische Struktur des Landes ändern sollte. Der Staat der *Restauracion* hatte damit versucht, den ‚Konsens‘ innerhalb der Gesellschaft grundsätzlich zu verbreitern, doch Korruption und Klientelismus<sup>139</sup> sollten sowohl die Bürgerbeteiligung wie auch die Bedeutung der Wahlen schwächen; damit wurde die politische Revolution ziemlich beschränkt. Doch trugen während der Restauracion und bis zur Diktatur von Primo de Rivera sowohl der Sozialismus wie der Nationalismus – letzterer im baskischen Fall trotz seiner antiliberalen und traditionalistischen Ideologie - zu einer Sozialisierung des Politischen innerhalb weiter Bevölkerungskreise bei, dadurch zu einer politischen Modernisierung und zum Aufbau einer demokratischen politischen Kultur in einer Gesellschaft, die bisher keine Räume für den öffentlichen Meinungsstreit hatte (Mees, 2002)<sup>140</sup>.

All diese Entwicklungen fanden in einem sozial wie politisch sehr widersprüchlichen Gebiet statt. Breite Sektoren der Bevölkerung unterstützten die Sozialisten; Vizcaya war neben Madrid die Wiege des spanischen Sozialismus, was dazu beitrug, daß weder der Anarchismus noch später der Kommunismus dort richtig Fuß fassen konnten. Andererseits besaß die Tradition mit allen ihren politischen Ausdrucksformen (Karlismus, Integralismus<sup>141</sup> u.a.) auch im Baskenland ein Bollwerk (vor allem Navarra); diese Kräfte

---

trieb bekam (Granja, 1981:96, Fußnote 41)

<sup>138</sup> In der Tat war Spanien mit der Legalisierung der politischen Parteien (Ley de Asociación) und des universellen – wenngleich auf Männer beschränkten - Wahlrechts durch die liberale Regierung von 1885-1890 formell eines der demokratischsten Länder Europas - vor Preußen, Italien, Belgien, Holland, Vereinigtes Königreichs u.a. (Mees, 2002: 35).

<sup>139</sup> Doch erwiesen sich große Städte wie Bilbao als nur schwer vom Kazikentum kontrollierbar, was wiederum die Stärke der Sozialisten in dieser Stadt erklärt.

<sup>140</sup> Nach Mees (2002: 36) trugen sowohl der Sozialismus wie der Nationalismus zu einer Strukturierung der sozialen und politischen Verhältnisse im Baskenland in Richtung des Begriffssystems von Max Weber der *rationalen Herrschaft* im Gegensatz zu dem der *charismatischen* und *traditionellen Herrschaft* bei.

<sup>141</sup> Der Integralismus (Integrismo) ging aus dem Teil des Karlismus hervor, für den der Katholizismus über der dynastischen Frage stand. Nach der Spaltung gründeten diese katholischen Integralisten 1888 die Partido Integrista unter dem

charakterisierten sich durch einen unerbittlichen Katholizismus, Klerikalismus und Antiliberalismus; obendrein unterstützten sie eine andere Dynastie als die herrschende. Diese traditionalistischen Kräfte umspannte alles „*von pronationalistischen (baskischen) Ingredienzien bis hin zu Vorläufern eines virulenten präfaschistischen spanischen Nationalismus unter Führung von Victor Pradera*“<sup>142</sup> (Mees, 2002: 30). Auch die monarchistischen Liberalen, die der beschränkten und elitären Politik der Restauration und der Monarchie folgten, waren keineswegs einflußlos. Darüber hinaus lebte im Baskenland die Modernisierung in einigen hauptsächlich städtischen Küstengebieten miteinander neben zutiefst traditionellen Agrarstrukturen – so im Norden von Alava oder dem Inneren von Guipuzcoa. Und nach wie vor herrschte die soziale wie politische Unterordnung gegenüber dem Prestige und der Macht von wichtigen Persönlichkeiten; selbst in den Gebieten, die aufgrund der Urbanisierung offen für neue Ideologien waren, konnten große dynastische Industriemagnaten ihren politischen Einfluß behalten und ausdehnen.

Mit der Nationalismuswelle am Ende des XIX. und Anfang des XX. Jahrhunderts und programmatisch von Sabino Arana, Schöpfer des baskischen Nationalismus<sup>143</sup>, formuliert, sollte die Trennung des Baskenlands von Spanien als eine zentrale Forderung zum ersten Mal in Erscheinung treten. Die Identifizierung oder Gleichsetzung durch die baskischen Nationalisten von Fueros mit nationaler Souveränität, von baskischen Provinzen und dem (zu gründenden) baskischen Staat und damit die Entstehung eines Gegensatzes – der doch vorher nicht vorhanden war - zwischen spanischer Verfassung und baskischen Fueros, unterscheidet den Prozeß im Baskenland von dem in Katalonien. Der einzige zur Verfügung stehende politische Weg wäre ein Abkommen gewesen, das zwischen der Souveränität des baskischen Staates und der Souveränität des spanischen Staates vermittelt hätte; deshalb betrachtet Fusi (2000) den baskischen Nationalismus als wesentlichen Bruch mit dem ‚Protonationalismus‘ der bisherigen baskischen politischen Tradition<sup>144</sup>.

---

Motto „Gott und Vaterland“, die ihre Hochburg in Guipuzcoa besaß (De la Granja et al., 2003: 81).

<sup>142</sup> „...desde ingredientes filo-nacionalistas (vascos) hasta precursores de un virulento nacionalismo españolista prefascista liderado por Victor Pradera“ (Mees, 2002: 30).

<sup>143</sup> Im allgemeinen steht Sabino Arana dem Fuerismus und den Fueristen feindlich gegenüber und bezeichnet sie ablehnend als spanische Regionalisten. Er kritisierte die liberale Herkunft der Fueristen und die Tatsache, daß viele in liberalen Parteien organisiert waren; nicht wenige Fueristen standen dem Karlismus feindlich gegenüber, der politischen Heimat von Arana, und während die Gefolgschaft Aranas aus Handwerkern und Angestellten bestand, waren viele der Fueristen Rechtsanwälte, Ärzte und wohlhabende Grundbesitzer. Nichtsdestotrotz traten die Fueristen 1898 – die Gruppe um Sota y Llano - in die 1897 gegründete nationalistische Organisation Aranas – die PNV- ein, womit die junge Partei sowohl politisch als auch finanziell einen zum Überleben wichtigen Impuls erhielt. Der Fuerismus baute zum Teil die den frühen Nationalismus charakterisierende anti-industrielle Haltung ab.

<sup>144</sup> Der Katalanismus bestand –mit wenigen Ausnahmen- auf eine Autonomie innerhalb des spanischen Staates; der baskische Nationalismus hingegen bedeutete ein Trennungselement und nicht ein Integrationselement innerhalb des baskischen Bewußtseins. Der baskische Nationalismus wies bis 1936 keine `spanische Dimension` wie im katalanischen Fall auf. Bis zur II. Republik (1931-1936) beschränkte sich die Bewegung auf Biskaya und ab 1936 dehnte sie sich auf Guipuzcoa aus; demgegenüber war ein großer Teil der baskischen Intellektualität ursprünglich nicht national-

Der baskische Nationalismus entstand in der Bizkaya, die sich mitten im Prozeß der industriellen Revolution befand, und gerade nicht in den traditionalistischen baskischen Dörfern; er war „der Aufschrei eines sich auflehrenden Traditionalisten“ – *„el grito de un tradicionalista que se rebela“* (Corcuera zitiert von De la Granja Sainz et al., 2003: 85); die traditionalistische, integristische und von einer essentialistischen Auffassung von Nation geprägte nationalistische baskische Ideologie entstand in den von der Modernisierungswelle erschütterten großen Küstenstädten.

*„Die Idealisierung des Ländlichen, Beispiel einer angeblich konfliktfreien und brüderlichen Gesellschaft, mit der Demokratie gleichberechtigter Eigentümer, sind zentrale Elemente einer in den Städten ausgearbeiteten Ideologie, die den Interessen von Sektoren entspricht, die und durch die neue liberale Organisation der politischen Macht oder dem sozialen Einfluß verlustig gegangen sind und sich auf die breiten als Ergebnis der Industrialisierung marginalisierten und proletarisierten Schichten der urbanen Kleinbourgeoisie stützt“* (Corcuera Atienza, 2001: 400)<sup>145</sup>.

Arana stand sowohl der machthabenden konservativ- liberalen Oligarchie wie den atheistischen sozialistischen Arbeiterorganisationen feindlich gegenüber und verstand sich zugleich als Antikapitalist. Die ersten Aranisten gehörten - mit einigen Ausnahmen aus der Arbeiterklasse und der wohlhabenden Bourgeoisie - mehrheitlich der unteren (Handwerker, Lohnabhängige, Beamte, Kleinhändler und Verkäufer) und der ausgebildeten Kleinbourgeoisie (Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure u.a.) an, so in Bilbao Sektoren der Mittelschicht, die nicht an der industrialisierten Dynamik teilhatten; diese stellten sich auch gegen die damit verbundene ‚starke fremde Migration‘ (De la Granja Sainz et al., 2003).

Als Geburtsmoment des baskischen Nationalismus wird das Erscheinen des Buches von Sabino Arana 1892 *‚Biskaya por su independencia‘ – Die Biskaya für ihre Unabhängigkeit* angegeben. Das Buch ist eine *„historisch-legendäre Erzählung in Fortsetzung der romantischen fueristischen Literatur, (...) Mit besagtem Werk schuf Arana die baskisch-nationalistische Historiografie im Dienst seiner politischen Ideologie“* (De la Granja Sainz et al., 2003: 82)<sup>146</sup>.

---

stisch sondern „vascoespañolista“ eingestellt (Fusi, 2000: 229 ff.).

<sup>145</sup> La idealización de lo rural, ejemplo de sociedad pretendidamente no conflictiva y fraternal, democracia de propietarios iguales, son elementos centrales de una ideología elaborada en las ciudades, que responde a los intereses de sectores tradicionales desplazados del poder político o de la influencia social por la nueva organización liberal y que se asienta en las amplias capas de pequeña burguesía urbana marginada y proletarizada de resultados de la industrialización” (Corcuera Atienza, 2001: 400)

<sup>146</sup> „...relato histórico-legendario continuador de la literatura fuerista romántica, (...) Con dicha obra Arana creó la historiografía nacionalista vasca, puesta al servicio de su doctrina política“ (De la Granja Sainz et al., 2003: 82).

1895 wurde die von Arana am 31. Juli 1895 gegründete Organisation *Euzkeldún Batzoki-ja* staatlich verfolgt und illegalisiert; Arana selbst wurde für einige Monate festgenommen; im August 1897 löste er die Organisation auf und kurz danach gründete er die *Bizkai-Batzara*, eine politische Untergrund-Organisation, deren Bildung bis heute als die offizielle Gründung der PNV betrachtet wird.

Die politische Doktrin Sabino Aranas charakterisierte sich Anfangs durch ihren Antiliberalismus, Antikapitalismus, Spanienfeindlichkeit und tiefen Katholizismus. Der Kern des Arana-Nationalismus war als eine Reaktion auf den angeblich zersetzenden Einfluß des Liberalismus auf die baskische Gesellschaft zu verstehen. Nicht umsonst agitierte der frühe Arana gegen das städtische Bilbao als Quelle der Zersetzung<sup>147</sup>.

Zugleich stand sein Nationalismus gegen die Werte der Restauration; gerade das Kazingentum (siehe Fußnote 68), struktureller Bestandteil der Restauration und Stützpfeiler der Monarchie, wurde Zielscheibe der harten Kritiken von Aranas Nationalismus und daher anziehend für die Schichten, die von diesem geschlossenen und oligarchischen System ausgeschlossen und politisch in die Marginalität geschickt wurden. Der frühe Nationalismus verlangte außerdem offen die Unabhängigkeit- was nicht wenige Male die Repression des Staatsapparats mit Verhaftungen der Führer, Schließung von Publikationsorganen und Versammlungszentren nach sich gezogen hat. Zusammenfassend vertritt Mees (2002) die Meinung, daß der baskische Nationalismus gegen die Restauration und als Reaktion auf die ‚gesamtspanischen Staatsprojekte‘ entstanden sei.

In seiner Frühphase wurde der baskische Nationalismus nur von kleinen städtischen Gruppen vertreten; dies verstärkte sich noch, als im April 1898 der Krieg zwischen Spanien und den USA ausbrach, der mit dem Verlust der letzten amerikanischen Kolonien Spaniens endete. Alle wichtigen politischen Kräfte im Baskenland, von der extremen Rechten bis zu den Republikanern unterstützten den Krieg auf spanischer Seite mit Ausnahme von zwei kleinen Parteien, die sich dagegen stellten: Die PNV und die sozialdemokratische PSOE stimmten aus recht unterschiedlichen Gründen in einer von ihnen so verstandenen antiimperialistischen und antikolonialistischen Haltung überein.

Angesichts einer solch ungünstigen Konjunktur für die baskische nationalistische Propaganda und aus Furcht vor der direkten Staatsrepression schließt Sabino Arana seinen Verlag: „...*im Moment geht dadurch nichts verloren, aber im Gegenzug wird verhindert, daß*

---

<sup>147</sup> „Hier in diesem Bilbao unserer Sünden liegt der Herd von dem alle Übel ausgehen, die unsere Bizkaya töten“ – „Aquí, en este Bilbao de nuestros pecados, está el foco de donde irradian todas las pestes que matan a Bizkaya » (Zitiert von De la Granja Sainz et al., 2003: 85).

*sie jemanden von uns an dem Tag schnappen, an dem sie uns überraschen wollen“*<sup>148</sup> (Sabino Arana zitiert von Corcuera Atienza, 2001: 492).

Um so wichtiger für den jungen baskischen Nationalismus wurde angesichts dieser Stimmung die Unterstützung der PNV zu den Wahlen vom September 1898 durch die Gruppe Euskalerrriaco<sup>149</sup> von Sota y Llano, – auch wenn sie noch nicht formel beitrug. Laut Corcuera (1979)<sup>150</sup>, vertrat Sota y Llano einen Teil der städtischen Industriebourgeoisie *„die auf halbem Weg zwischen den Finanz- und Industrieeliten und den jauntxos“*<sup>151</sup> stand, ohne ein klares politisches Programm und ohne eine klare Ideologie zu besitzen<sup>152</sup>. Die Wahlunterstützung bedeutete die Einheit *„zwischen dem radikalen und sich auf das Volk berufendem nationalistischem Projekt unter Führung von Arana einerseits, und dem aus dem Fuerismus stammenden gemäßigten, liberalen und mehr elitistischen Nationalismus des Reeders Ramon de la Sota andererseits“*<sup>153</sup> (De Pablo Contreras et al., 1998: 8)- Die Gruppe um Sota y Llano stellte außerdem die Zeitung *Euskalduna* für die Kampagne zur Verfügung. Kurz danach errang der baskische Nationalismus in Form der PNV seinen ersten politischen Sieg: Sabino Arana wurde mit 4.500 Stimmen zum Abgeordneten für Bilbao in das Provinzparlament der Biskaya gewählt.

Mees (2002: 35) begreift diesen Sieg als ein

*„Symbol, das deutlich diese Verbindung zwischen der Schwäche des Staates und der wachsenden Verwurzelung der sozialen und politischen Bewegungen reflektierte, die das Modell des Einheitsstaates, der von der restorationistischen Monarchie verfolgt wurde, herausforderten“*<sup>154</sup>

Trotz dieses Erfolges gelang es der PNV nicht, ihren Einfluß über die Biskaya auszudehnen, und erst 1917 und 1918 sollte sie bessere Wahlergebnisse erreichen.

---

<sup>148</sup> „...nada se pierde con ello por ahora, en cambio se evita el que puedan agarrar a algunos el día en que quieran sorprendernos“ (Sabino Arana zitiert von Corcuera Atienza, 2001: 492); und weiter: « der baskische Nationalismus (...) wird sich in einer so bedrückenden Situation wie der von April und Mai 1898 nicht vom Glück begünstigt sehen. Auf der einen Seite die hyperpatriotische spanische Erregung, und auf der anderen Seite die höchste Schwäche einer nur in Bilbao effektiven Organisation“ -(zitiert von Corcuera Atienza, 2001:493).

<sup>149</sup> Die in Bilbao vertretenen Euskalerrriacos bildeten ursprünglich einen Teil des liberalen Fuerismus, doch hatten sie sich peu a peu vom Liberalismus entfernt.

<sup>150</sup> Corcuera (1979): *Orígenes, ideología y organización del nacionalismo vasco*, zitiert von Diez Medrano (1999: 90).

<sup>151</sup> Ende der XIX. Jahd. wurden die *Jauntxos* städtische Bourgeoisie mit ländlichen und städtischen Besitzungen (Siehe Fußnote 82).

<sup>152</sup> Es gibt unterschiedliche Hypothesen in der Fachwelt über die Gründe, die jemanden wie Soto y Llano zu einer Konfrontation mit der in liberalen und konservativen Parteien organisierten baskischen Bourgeoisie veranlaßten (Siehe dazu Diez Medrano, 1999: 90 und ff.) .

<sup>153</sup> „entre el proyecto nacionalista radical y popular liderado por Arana, por una parte, y el nacionalismo moderado, liberal y más elitista procedente del fuerismo del naviero Ramón de la sota, por otra“ (De Pablo Contreras et al., 1998: 8).

<sup>154</sup> „...símbolo que reflejaba bien a las claras este nexo existente entre la debilidad del Estado y el creciente arraigo de movimientos políticos y sociales que desafiaban el modelo de Estado unitario gestionado por la Monarquía restauracionista.“ (Mees, 2002: 35).

Die endgültige Fusion zwischen den Anhängern Aranas und den Ex-fueristen erfolgte Ende 1898 und potenzierte das Gewicht des baskischen Nationalismus: wenige Monate später war das Baskische Zentrum nach der liberalen Organisation die migliedermäßig zweitgrößte ‚Rekreativ-politische Gesellschaft Bilbaos‘. Am 7. Mai 1899 wurde die erste ‚Nationalistische Gesellschaft‘ außerhalb Bilbaos gegründet (Corcuera Atienza, 2001: 501).

Die beiden ursprünglichen Gruppen sollten sich innerhalb der PNV als Strömungen weiter ausdrücken: die ‚ursprünglichen‘ Aranisten vertraten weiterhin die Forderung nach der Unabhängigkeit Euskadis, während die Gruppe um Sota y Llano eher für eine Autonomielösung innerhalb Spaniens stand. Nicht zuletzt infolge der weiteren Verfolgungsmaßnahmen der Regierung gegen die PNV haben die pragmatischen euskalerrriacos, aufgrund ihrer erreichten Stärke innerhalb der PNV und auch dank ihrer Mehrheit unter den nationalistischen Abgeordneten im Gemeinderat von Bilbao erreicht, für die Partei das Ziel der Autonomie unter Verzicht auf die Forderung nach Unabhängigkeit festzuschreiben und hierdurch die Legalisierung der Organisation zu erreichen.

Sabino Arana selbst vollzog gegen 1902 und kurz nach einer erneuten Repressionswelle gegen die PNV und seiner eigenen Verhaftung<sup>155</sup> eine Wende, die in der Zukunft für Polemik und Interpretationen sorgen sollte; diese Wende wurde als umstrittene „prospanische Evolution“ bekannt, wonach Arana sich von der Unabhängigkeitsforderung Euskadis zur einer Autonomie innerhalb Spaniens bewegt habe.

Jedenfalls sollte sein Tod kurz danach, 1903, zu unterschiedlichen Interpretationen des doktrinären Erbes führen – dies auch unter den Historikern, so daß sich bis heute sowohl Independisten wie Autonomisten bei ihren inneren politischen Kämpfen auf Aranas Doktrin berufen können.

Sicher kann man die Ideologie Sabino Aranas als kein einheitliches ideologisches Gerüst betrachten genausowenig wie der baskische Nationalismus nur als eine Widerspiegelung der Ideen Sabino Aranas zu verstehen ist. Diesbezüglich schließen wir uns dem Standpunkt von Breuilly (1991) an, der den Nationalismus als eine Form der Politik und nicht als eine politische Doktrin versteht. Als politische Doktrin kann der Nationalismus nur ein sehr begrenztes Bild wiedergeben, von was eine nationalistische Bewegung in der Dynamik eines Landes bedeutet. *„Der Nationalismus, verstanden als politische Doktrin, kann nur ein sehr dürftiges Licht auf die von den nationalistischen Bewegungen erzielten Errungenschaften werfen.“*<sup>156</sup> (Breuilly, 1990: 28). Tatsächlich hatte der baskische Natio-

---

<sup>155</sup> Sabino Arana wurde wegen eines Telegramms an den nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt verhaftet, in dem er ihm wegen der Unabhängigkeit Kubas gratulierte.

<sup>156</sup> „El nacionalismo entendido como doctrina política sólo puede arrojar una luz muy limitada sobre los logros alcanzados por los movimientos nacionalistas.“ Breuilly (1990: 28).

nalismus eine fast „chamäleonische Fähigkeit“ (Mees, 2002), sich an den umliegenden Bedingungen anzupassen.

Ab 1906, nachdem beide Strömungen eine Art Abkommen vereinbart hatten, zeichnete sich innerhalb der PNV die politische Zweideutigkeit bezüglich des Endziels ab, die die PNV und den baskischen Nationalismus über das ganze XX. Jahrhundert hinweg kennzeichnen sollte: die PNV verfocht ideologisch die Unabhängigkeit, aber war in der ‚Praxis‘ autonomistisch<sup>157</sup>. Das Abkommen bot eine Formel, mit der sich beide Flügel der Partei zufrieden geben konnten: als politisches Endziel wurde die volle Wiederherstellung der Fueros durch Aufhebung des Gesetzes von 1839 postuliert; dies erlaubte den ‚Radikalen‘ wie ‚Gemäßigten‘ in der Partei zu koexistieren, da die einen wie die anderen darunter die Suche nach der Autonomie oder der Unabhängigkeit verstehen konnten.

*„Diese Dualität trug zur sozialen Verankerung und den politischen Erfolg der PNV bei und kennzeichnete ihren historischen Werdegang, wenn auch mit Spannungen und Abspaltungen, vor allem des radikalen Sektors“<sup>158</sup> (De la Granja Sainz et al., 2003: 91).*

Ab nun sollte die PNV eine Konsolidierungs- und Expansionszeit erfahren; sie projizierte sich als eine konservative und katholische Partei und initiierte einen Annäherungs- und Verständigungsprozeß mit der Monarchie. Jedoch erlitt sie auch erste sozusagen ‚linke‘ Abspaltungen (die Partido Nacionalista Vasco Liberal -1910, und die Partido Republicano Nacionalista Vasco -1911), die jedoch scheitern sollten, was wiederum dazu beitrug, die eher rechte und konservative PNV als einzige Vertreterin des baskischen Nationalismus während der Restauration zu belassen.

Der PNV gelang unter der Leitung von Luis Arana (1908-1915), dem Bruder von Sabino Arana, nicht nur die Expansion über die Hauptstadt Bilbao hinaus auf die gesamte Provinz Biskaya, sondern sie fing auch an, in Guipúzcoa, Álava und Navarra als Partei aktiv zu werden. Diese Expansion ging durchaus in Richtung einer Partei-Gemeinschaft, mit kulturellen Zentren, Sporteinrichtungen und sozialen Zentren für die Jugend. Die 1904 gegründete Juventud Vasca de Bilbao, war unter anderem in Theatergruppen, Bergsteiger, Sprachgruppen etc. gegliedert.

Mit der 1911 gegründeten Solidaridad de Obreros Vascos als katholische, antisozialistische und nationalistische baskische Gewerkschaft wurde versucht, den Einfluß auf die Arbeiterbewegung auszudehnen; sie besaß aber eher einen Beistandscharakter und war

---

<sup>157</sup> Mees (2002: 32) charakterisiert die PNV der Restauration als eine ideologisch antiliberaler Partei, die aber in der Praxis liberal und demokratisch gewesen sei: wegen ihres Respekts vor den demokratischen parlamentarischen Regeln, wegen ihrer aktiven Teilnahme an den Wahlen, wegen ihrer Denunzierung des antidemokratischen Wahlbetrugs der korrupten Parteien und Kaziken wie auch insgesamt wegen ihres Beitrags für die politische Sozialisierung der baskischen Bevölkerung.

<sup>158</sup> „Esta dualidad contribuyó al arraigo social y al éxito político del PNV y caracterizó su trayectoria histórica, si bien

weit davon entfernt, das Gewicht der sozialistischen Gewerkschaft (UGT) innerhalb der Arbeiterklasse zu erreichen.

Auch in dieser Zeit besaß die nationalistische baskische Bewegung ihren Einflußbereich mehr „in den städtischen Zonen als den ländlichen Gehöften, unter den Jugendlichen als den Älteren, unter den mittleren und unteren Klassen als der oberen...“<sup>159</sup> (De la Granja Sainz et al., 2003: 92).

Während der unruhigen Jahre zwischen 1917-1919 errang die PNV –in dieser Zeit in *Comunión Nacionalista Vasca* CNV umbenannt- in der Biskaya eine politische Hegemonie: die Mehrheit in der Diputación der Biskaya (1917), bei den Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen in Bilbao, concejales in Vizcaya, einige Gemeinderäte in San Sebastian und Pamplona; und bei den Legislativwahlen der Biskaya 7 Abgeordnete und 3 Senatoren; damit war der baskische Nationalismus zum ersten Mal in den Cortes vertreten. Dort beantragten die drei Diputaciones des Baskenlands die Wiedereinführung der *Fueiros* oder zumindest eine breite Autonomieregelung „im Rahmen der Einheit der spanischen Nation“. Politisch näherte sich die CNV ab 1916 dem System der Restauration in der Hoffnung auf Autonomiezugeständnisse an; so positionierte sich z.B. die CNV gegen den General-Streik vom August 1917 und für die Unterstützung der angeschlagenen Monarchie.

Doch mit dem Antritt der Regierung Mauras (1919) sollten die Autonomieerwartungen ein jähes Ende erfahren; die monarchischen Parteien standen politisch geschlossen jeglichem baskischen Nationalismus gegenüber, während er gleichzeitig harte repressive Maßnahmen erfuhr. Es sollte nicht das letzte Mal sein, daß der traditionelle und konservative baskische Nationalismus Unterstützung bei ideologisch verwandten politischen Richtungen suchte aber nicht fand, da diese in der Praxis dem konkreten politischen Ziel des Nationalismus – in diesem Fall einer möglichen Autonomie - entgegenstanden. Die konservativen Kräften verhielten sich gegenüber dem Wunsch des baskischen Nationalismus nach Autonomie oder jeglicher Forderung nach Dezentralisierung des Staates klar ablehnend.

Hier ist Mees (2002) der Meinung, daß diese radikale Haltung der Regierung gegen jegliche Autonomiebestrebung im Baskenland in einem Moment, in dem die CNV eine Annäherung an die Regierung suchte, sich politisch in den Verlust der Möglichkeit übersetzte, den Nationalismus in irgendeiner Weise zu integrieren; ein kleines Zugeständnis in Richtung einer *Mancomunidad* -einer begrenzten administrativen Autonomie', wie sie

---

con tensiones y escisiones, sobre todo del sector radical” (De la Granja Sainz et al., 2003: 91).

<sup>159</sup> „en las zonas urbanas que en las comarcas rurales, entre los jóvenes que entre los mayores, entre las clases media y baja que entre la alta.“ (De la Granja Sainz et al., 2003: 92).

schon in Katalonien seit 1914 existierte, hätte den heutigen baskischen Nationalismus in sanftere Bahnen gelenkt, in einer Art Katalanisierung - ‚*catalanizacion*‘. Doch das Umgekehrte war die Antwort: Repression und Verhaftungen. Diese Unnachgiebigkeit war aber nur ein weiteres Beispiel der unaufhaltsamen Dekadenz des „Canovasistischen Systems“ der Restaurationsperiode mit seiner Unfähigkeit auf konkrete Probleme zu antworten gewesen (Mees, 2002).

1921 spaltete sich die *Comuni3n Nacionalista Vasca CNV* erneut, aber diesmal nicht entlang der Konfliktlinie links-rechts, sondern zwischen Gemäßigten vs. Radikalen innerhalb des baskischen Nationalismus. Die zwei Parteien, *Comuni3n CNV* und *Aberri* versinnbildlichten diese zwei Auffassungen: die *Comunion* die gemäßigte Auffassung des Aranismus und die *Aberri* die radikale. Ihre Unterschiede waren taktischer wie strategischer Natur um Fragen, wie das Ziel der Wiederherstellung der *Forale* oder die Unabhängigkeit zu erreichen seien. *Aberri*, die sich kurz danach wieder in *PNV* umbenannte, entwickelte keine neue politische nationalistische Alternative, sondern schrieb die Wiederbelebung des ‚ursprünglichen‘ Programms Sabino Arana auf ihre Fahnen. Die in der *CNV* organisierten Nationalisten, waren während der Diktatur Primo de Riveras zwar legal, legten ihren Schwerpunkt jedoch auf kulturelle Angelegenheiten und verloren politisch an Wirkungskraft. Die Neue *PNV* wurde demgegenüber ab 1923 verboten und ihre Zentren geschlossen.

Mit der Machtergreifung Primo de Riveras sollte sich die Problematik der peripheren Nationalismen bis zur Ausrufung der II. Republik vertagen. Die Tätigkeit der baskischen Nationalisten beschränkte sich zwischen 1923 und 1930 mit Ausnahmen auf die Nutzung verbliebener Freiräume zur Pflege und Betonung der baskischen Kultur und Sprache in Theater oder Musik. In der Tat erwies sich dieses Arbeit im Prozeß der „baskischen Bewußtseinsbildung“ als wichtig (Mees, 2002: 46), was wiederum für den baskischen Nationalismus während der II. Republik politisch von Nutzen sein sollte.

Primo de Rivera mußte am 28. Januar 1930 zurücktreten womit für Spanien eine neue Zeit anfang; doch blieb der Diskurs von Arana innerhalb des baskischen Nationalismus und der *PNV* bis zum Bürgerkrieg vorherrschend (Diez Medrano, 1999).

Die Nationalisten gehörten zu den Hauptgewinnern der neuen Freiheiten, die die Übergangsregierung von General Berenguer (seit 30. Januar 1930) zugestehen mußte, unter anderem, indem sie die Einheit der zwei Arana-Parteien –*CNV* und *PNV*- vorbereiteten, um im November 1930 die neue *PNV* zu gründen (Mees, 2002). Die Parteineugründung wird als Sieg der Orthodoxie betrachtet (Diez Medrano, 1999), weil die Prinzipien des Programms die Essens der Doktrin von Sabino Arana wiedergaben: der Katholizismus als einzige Religion, Konföderation der historischen baskischen Länder, Unabhängigkeit, die

Verteidigung der baskischen Rasse, Sprache und der alten Traditionen. Ein Jahr danach, 1931, erreichte die Partei ihre bis dato besten Ergebnisse: 41% in Bilbao, 57% im Rest von Vizcaya (Diez Medrano, 1999: 105).

#### 4.3.3. Eine Zäsur: Der „Estado Integral“ als der Lösungsversuch der II. Republik<sup>160</sup>

Im Januar 1930 trat Diktator Primo de Rivera zurück und König Alfons XIII. berief den Militär Dámaso Berenguer an die Spitze einer provisorischen Regierung unter Ankündigung von Gemeinderatswahlen für April 1931 in der Hoffnung, dort eine pro-monarchistische Mehrheit zu erreichen. Berenguer tritt aber schon im Februar 1931 zurück und bei den Gemeindewahlen ging die republikanisch-sozialistische Koalition als Sieger hervor; Monarchisten wie klerikale Parteien und damit der Monarch selbst erfuhren eine schwere Niederlage; daraufhin ging Alfons XIII. ins Exil, ohne jedoch auf seine Thronansprüche zu verzichten, woraufhin die Republik<sup>161</sup> ausgerufen wurde.

Die neu gebildete Provisorische Regierung mit Manuel Alcalá Zamora<sup>162</sup> als Ministerpräsident ruft im April 1931 zu Wahlen für eine Verfassungsgebende Cortes für den 28. Juni auf, bei denen die pro-republikanischen Parteien eine überwältigende Mehrheit erhalten.

Zu den vielen Veränderungen gehörte, daß die Amtsträger der Republik die gescheiterte Politik der „Einheit um jeden Preis“ der Bourbonenmonarchie zu den Akten legen und zunächst Katalonien und seinen Ansprüchen mit einer wirkungsvollen Politik antworten mußten .

Tatsächlich erbte die II. Republik, wie oben dargelegt, alle ungelösten grundlegenden Probleme des monarchisch-liberalen Restaurationsregimes nach der kurzlebigen I. Republik, von denen die Einheit des Staates schnell das dringendste wurde: einerseits die Frage der juristischen territorialen Organisation des Staates und andererseits die Frage der historischen Nationalitäten (Katalonien, Baskenland, Galizien). Für die Zweite Republik - wie später auch ab 1978 - wurde die Lösung der Nationalitätenproblematik *conditio sine qua non* für die Konsolidierung der Demokratie (De la Granja Sainz, 1981). Sie sollte das erste Regime in der Geschichte Spaniens werden, das das Problem der Erhaltung der

---

<sup>160</sup> Wir werden die Zweite Republik in Spanien und ihr Scheitern nicht tiefer behandeln. Darüber existiert eine umfangreiche Literatur aus allen politischen Lagern. Unbestreitbar nahmen die Ereignisse um die Zweite Republik und ihr Mühen in dem Bürgerkrieg eine internationale Dimension an, und wurden schon vor dem Zweiten Weltkrieg als ein Konflikt zwischen Faschismus vs. Demokratie wahrgenommen.

<sup>161</sup> Nach Jackson (1978) waren die ersten Jahre der II. Republik in Spanien eine eigenartige Entwicklung im Europa jener Zeit, da sie in die Gegenrichtung zum rechtsextremistischen autoritären System der Mehrheit der nicht entwickelten europäischen Länder ging.

<sup>162</sup> Manuel Alcalá Zamora war Ministerpräsident der provisorischen Regierung und später Präsident der Republik (Dez. 1931- Mai 1936); Als Verfechter einer konservativen bürgerlichen Republik erklärte er sich erst nach dem Fall der Diktatur von Primo de Rivera zum Republikaner und beteiligte sich an der Republik „mit der Hoffnung, einen mäßigen Einfluß auf die anrückende Revolution auszuüben“ (Jackson, 1978: 115)

Einheit Spaniens durch Gewährung der politischen Autonomie für die Regionen zu lösen versuchte.

Fusi (1990) weist zutreffend auf die Zweideutigkeit der an die Macht gekommenen Generation hin; einerseits ihre Bereitschaft, die Autonomie zu akzeptieren –was am Anfang des Jahrhunderts keineswegs eine Selbstverständlichkeit war– andererseits ihr Verständnis der Einheit der Nation als unwiderrufliche Grundlage Spaniens<sup>163</sup>.

#### 4.3.4. Das Ringen um die Verfassung der II. Republik

Die durch die verfassungsgebende Cortes beschlossene republikanische Verfassung stellte für ihre Zeit eine Neuerung dar und wirkt ‚noch heute attraktiv‘ (De la Granja Sainz 1981). Diese Verfassung sollte später eine Quelle für die spanische *Constituyente* von 1978 werden, insbesondere für die Fassung des Kapitels über die „*Comunidades Autónomas*“<sup>164</sup>.

Noch während die Debatten über die Verfassung in den Cortes stattfanden (August-Dezember 1931) versuchten sowohl nationalistische Katalanen wie Basken ein Maximum an Autonomie in einem föderalen Staat zu erringen. Jedoch während die Katalanen am 2. August 1931 ein Statut (das *Estatuto de Nuriá*<sup>165</sup>) beschlossen und der Cortes am 18. August vorlegten, und damit die Debatten für die Verfassung<sup>166</sup> ab dem 27. August stark beeinflussten, haben die Basken etwas ähnliches versäumt. Infolgedessen erlangten die Debatten über das Baskenland und Galizien bei weitem nicht die Bedeutung wie im Falle Kataloniens. Die politische Vertretung des Baskenlands war zersplittert, und Galizien, die dritte "historische Nationalität", erhob keinen politischen Anspruch in Richtung politischer Anerkennung als Nationalität.

Die Zweite Republik hat die nationale Problematik als eine der wichtigsten für die Konsolidierung des Regimes angesehen. In diesem grundlegenden Rahmen ergab sich eine tiefe Diskussion über die "Form" des Staates.

Zur Debatte stand ein föderalistischer Staat vs. ein vereinheitlichter zentralisierter Staat. Zwei Argumente standen gegen einen "vereinheitlichten" aber auch gegen einen "föderativen" Staat: die Republik konnte nicht die zentralistische Politik der Monarchie akzeptieren, aber gleichzeitig sahen viele den föderalen Staat als nicht für die spanische Realität

---

<sup>163</sup> Als paradigmatisches Beispiel nennt Fusi (1990) die intellektuelle Entwicklung von Ortega y Gasset bzgl. des Themas während dieser ganzen Jahre.

<sup>164</sup> Ebenso hatten das katalanische Statut von 1932 wie das baskische von 1936 tiefe Spuren in den späteren Statuten von Guernica und Sau von 1978 hinterlassen (De la Granja, 1981).

<sup>165</sup> Das Nuriá-Statut, ein Statut für regionale Autonomie, war vor den Debatten für die Verfassung von den katalanischen *Ayuntamientos* beschlossen und durch ein mit absoluter Mehrheit legitimes Plebiszit bestätigt worden. Das Statut wurde anschließend der „Cortes“ zur Ratifizierung vorgelegt (De la Granja, 1981: 82).

<sup>166</sup> Die Verfassung wurde am 9. Dezember 1931 verkündet.

angemessen an: "Was hilft es uns zu erklären, die Verfassung sei föderal? Wo sind die für die Bildung einer Föderation vorbereiteten souveränen Staaten?"<sup>167</sup>. Die Notwendigkeit einer Föderation einerseits, aber auch eines zentralistischen Staats andererseits, stand mehrmals im Mittelpunkt heftiger Debatten, obwohl die zweite Alternative nur von einer kleinen Minderheit offen verteidigt wurde. Außer diesen beiden Positionen existierte innerhalb des Parlaments noch die der Autonomisten, die am Ende die Endfassung stark beeinflussen sollten.

Innerhalb der *Cortes Constituyentes* widerspiegelte sich die politische Kräftekonstellation nach den Wahlen vom 28. Juni 1931: eine klare Mehrheit von Abgeordneten aus dem Zentrum und linken Parteien (darunter die Sozialistische Partei als größter Block, eine Reihe von Intellektuellen, Regionalisten und Autonomisten) und eine schwache Rechte (Granja, 1981: 87).

Die unterschiedlichen politischen Tendenzen drückten sich während der Debatten aus. Die Rechten waren zentralistisch; die Sozialisten waren zwar gegen eine föderative Republik, unterstützten aber die Autonomiforderungen aufgrund ihrer Anerkennung der regionalen Eigenheiten, vorausgesetzt, das Volk würde gefragt. Zu den Regionalisten und Nationalisten zählten die etwa 20 Abgeordneten aus Galizien, die eher Regionalisten als Nationalisten waren und keine einheitliche Politik besaßen. Die rund 15 baskischen Abgeordneten wollten verhindern, daß die Türen für die baskischen Forderungen verschlossen würden, trotz ihrer geringeren Zahl waren sie politisch stärker als die galizischen Abgeordneten; ihr Verhalten in den Cortes beschränkte sich hauptsächlich auf die Unterstützung der katalanischen Vertretung. Für sie war wichtig, einen Weg für die Wiedergewinnung ihrer bis 1839 vorhandenen politischen Eigenständigkeit offenzuhalten. Die Katalanen waren hauptsächlich durch 36 Abgeordnete vertreten - fast alle von einer politischen Partei, der *Esquerra Republicana*. Es war ohne Zweifel die kämpferischste, wichtigste und stärkste nationalistische Minderheit im Parlament, mit einem starken autonomistischen Willen, die zwei Hauptideen verteidigte: das Erreichen eines Staates mit föderativen Strukturen, und einer Verfassung, die nicht ihr Autonomiestatut lähmen würde. Die katalanischen Vertreter setzten die Wiederherstellung der Generalitat von Katalonien<sup>168</sup> sowie das *Nuria-Statut* durch (De la Granja Sainz, 1981).

Nach einer tiefen und schwierigen parlamentarischen Debatte wurde nach einem Monat am 25. September 1931 erst der Erste Artikel beschlossen: „Die Republik bildet einen integralen Staat, kompatibel mit der Autonomie der Gemeinden und Regionen“ – („*La República constituye un Estado integral, compatible con la autonomía de los Municipios y las re-*

---

<sup>167</sup> « De qué nos sirve declarar que la constitución es federal? Dónde están preparados los Estados soberanos que han de constituir esa federación? » (Zitiert von De la Granja, 1981: 84).

<sup>168</sup> Kurz nach Ausrufung der Republik hatte sich Katalonien zur ‚Katalanischen Republik als Teil der Iberischen Föderation‘ erklärt. Diese ‚Katalanische Republik‘ wurde drei Tage später nach eindringlichen Appellen der Provisorischen

giones“). Neun Tage davor war die Option einer föderalen Republik knapp gescheitert; die Formel ‚*Estado integral*‘ bzw. ‚*Estado de las autonomías regionales*‘ war hauptsächlich auf die PSOE zurückzuführen, da die Sozialisten als stärkste parlamentarische Kraft (116 Deputierte) mit allen Mitteln gegen eine föderale Verfassung und eine föderale Republik kämpften.

„Nach dem eisernen, nutzlosen unitaristischen spanischen Staat wollen wir einen großen integralen Staat etablieren, in dem gemeinsam mit Groß-Spanien die Regionen kompatibel sind und es in diesem integrale System möglich wird, daß jede einzelne der Regionen die Autonomie erhält, die ihr aufgrund ihres Grades an Kultur und Fortschritt zusteht. Die einen werden vereint bleiben wollen, die anderen erhalten ihre Selbstbestimmung in mehr oder minder starkem Ausmaß.“<sup>169</sup> (Rede von Jiménez de Asúa zitiert von De la Granja, 1981: 84<sup>170</sup>).

Dem Ausdruck *Estado Integral* lag eine klare Auffassung von Spanien als einer Nation zugrunde: Integral stand für Einheit. Wie Fusi (1990: 42) präziser ausdrückt, „...the concept of an integral state meant the ratification of Spain as a historical, national unity“. Mit dieser Formel wurde ein Weg zum regionalen Staat geöffnet; den Provinzen stand das Recht auf volle Autonomie keineswegs automatisch und für alle zu. Die Souveränität lag beim spanischen Parlament und dieses erteilte dem Selbstbestimmungsrecht der Völker eine klare Absage (Fusi, 1990) – zumindest innerhalb der spanischen Grenzen.

Die zentrale Frage der Kompetenzverteilung regelte die Verfassung der II. Republik in den Artikeln 14, 15 und 16. Artikel 14 definierte die 18 Bereiche unter „ausschließlicher Kompetenz des Spanischen Staates“ (darunter konstitutionelle Rechte und Pflichten, Verteidigung, Öffentliche Ordnung, Außenbeziehungen); in diesen Bereichen war der Zentralstaat die direkte legislative und exekutive Autorität. In anderen 13 Bereichen (darunter die Gesetzgebung zu Straf-, Sozial-, Handels- und Kommunikationswesenrecht) war der Staat die legislative Autorität, aber deren exekutive Ausgestaltung könne den Autonomen Gemeinschaften „im Rahmen der politischen Fähigkeit nach Maßgabe der Cortes“ übertragen werden. Artikel 16 legte, ohne sie aufzuzählen, die Bereiche fest, in denen die Autonomen Gemeinschaften sowohl die legislative wie exekutive Autorität innehaben könnten, insoweit diese in den Autonomiestatuten bestimmt und festgelegt würden.

---

Regierung der Republik in die ‚*Generalitat de Catalunya*‘ umgewandelt.

<sup>169</sup> „Después del férreo, del inútil Estado unitarista español, queremos establecer un gran Estado integral en el que son compatibles, junto a la gran España, las regiones, y haciendo posible, en ese sistema integral, que cada una de las regiones reciba la autonomía que merece por su grado de cultura y de progreso. Unas querrán quedar unidas, otras tendrán su autodeterminación en mayor o menor grado“ (Rede von Jiménez de Asúa zitiert von De la Granja 1981: 84).

In Bezug auf die Regionen ist ein Autor wie De la Granja (1981) der Meinung, daß die *Autonomie der Regionen* letzten Endes keine wurde, weil den Cortes die über die Art der regionalen Statuten und über Veränderungen die letztendliche Beratungs- und Entscheidungskompetenz oblag. Sowohl das katalanische (Nuria) wie das baskische (Estella) Statut wurden schließlich von den Cortes gebilligt (1932 bzw. 1936), aber sie sahen vollkommen anders aus, als von den Regionen ursprünglich verabschiedet<sup>171</sup>. Außerdem hätte der *Estado Integral* die autonomen Regionen als Ausnahme und Sonderfall<sup>172</sup> betrachtet; darüber hinaus stellte die Verfassung sehr strenge Bedingungen für die Erlangung der Autonomie, was fast von vornherein diese Möglichkeit für andere Regionen - mit Ausnahme von Katalonien und Euskadi - ausschloß<sup>173</sup>.

Über die Verfassung von 1931 und die *sui-generis* Lösung der Staatsfrage gibt es unterschiedliche Meinungen, wobei zu betonen ist, daß für alle diese Verfassung der bis zu diesem Moment demokratischste Versuch zur Lösung der nationalen Frage ist. Kritisiert wird, daß sie eher ungenügend auf die Frage der Nationalitäten antwortet; wie De la Granja (1981: 99) ausdrückt, war die Lösung „unzureichend in Hinblick auf die Schaffung einer neuen territorialen Gestaltung Spaniens und unvollständig in Bezug auf eine befriedigende Lösung der Frage der Nationalitäten“<sup>174</sup>.

#### **4.3.5. Parteien und peripherer Nationalismus: ein demokratisierender Pfad**

Zwischen 1900 und 1937 eskalierte die Konfrontation der unterschiedlichen Nationalismen auf der Hispanoiberischen Halbinsel – einerseits dem spanischen und andererseits den peripheren Nationalismen. Dabei ist interessant zu verfolgen, welche ‚spanischen‘ Parteien von Anbeginn gegen die peripheren Nationalismen standen, und welche sich im Laufe der Jahre an die Forderungen der Regionen angenähert haben und wie diese Veränderungen erfolgten. Auch ist unverzichtbar und lehrreich, die politische Dynamik des

---

<sup>170</sup> Jiménez de Asúa, en DSCC (Diario de Sesiones de las Cortes Constituyentes), Nr. 28, 644-45.

<sup>171</sup> „So entsteht die Autonomie schließlich nicht aus einer vorausgehenden regionalen Souveränität“, sondern ‘aus dem souveränen Willen der Cortes, die in jeden Einzelfall deren Status zu bewilligen hat’, (González Casanova zitiert von Granja, 1981: 99).

<sup>172</sup> Dieser Ausnahmefall für die Autonomie einer Region „institutionalisierte eine Politik des Gezerres zwischen Zentralstaat und den Regionen“, was sich in den schwierigen Verhandlungen über das katalanische Statut aber noch mehr über das baskische Statut widerspiegelte. Das baskische Statut wurde erst kurz vor Ausbruch des Bürgerkriegs angenommen (Granja, 1981).

<sup>173</sup> Die Verfassung bestimmte, daß 2/3 der in der Region eingeschriebenen Wählerschaft für die Autonomie stimmen mußten, als absolut notwendige Voraussetzung für die Anerkennung als eine autonome Region. De facto jedoch setzte diese Bedingung, wegen der großen Zahl von Enthaltungen, die als Nein-Stimmen gewertet wurden, die Beteiligung fast der gesamten Wählerschaft voraus, was eine Reihe von Statuteninitiativen von Vornherein zum Scheitern verurteilte (Granja, 1981: 97, Fußnote 42).

<sup>174</sup> „...insuficiente en orden a crear una nueva articulación territorial de España e imperfecta en orden a resolver satisfactoriamente la cuestión de las nacionalidades“ (Granja, 1981: 99)

peripheren Nationalismus während dieser bewegenden 37 Jahre zusammenfassend darzustellen.

Diese Konfrontation zwischen den unterschiedlichen Nationalismen sollte sich mit dem Auslösen jeglicher Errungenschaften der peripheren Nationalismen unter der Franco-diktatur zunächst gewalttätig ‚lösen‘.

Noch Anfang des XX. Jhs. zeigten weder demokratische noch republikanische Kräfte Zuneigung zum peripheren Nationalismus. Die Achse ihrer Politik war die Frage der politischen Form des Staates -eine moderne Republik statt einer archaischen Monarchie- und nicht die Frage der Dezentralisierung oder der territorialen Organisation des Staates. Die spanische Linke besaß für die peripheren Nationalismen keine Sympathien; die PSOE im Baskenland, einem ihrer wichtigsten Bollwerke, und in Katalonien - wo Anarchismus größeren Einfluß hatte-, zeigte sogar eine tiefe Abneigung gegen den Nationalismus als Gegenkraft zum zentralisierten Staat, den sie als Träger und Instrument von sozialen Veränderungen ansah (Fusi, 1990).

So zeigte sich noch 1913, als die Regierung trotz harter Debatte und parlamentarischer Opposition dem Projekt der katalanischen Abgeordneten für die Etablierung einer *Mancomunidad* zustimmte, daß der Zentralismus nicht nur von den spanischen Rechten mit aller Kraft verteidigt wurde: die Zeitung der Sozialisten positionierte sich noch im Mai 1916 gegen die Verwaltungsreform mit dem Argument, sie sei ein Werkzeug im Dienst der katalanischen Bourgeoisie (De la Granja Sainz et al., 2003: 53).

Doch gingen diese konfliktreichen Jahre mit der unabweisbaren Notwendigkeit einher, auf den wachsenden peripheren Nationalismus und die Frage der Organisation des Staates nicht nur dogmatisch zu antworten. Nach dem Ersten Weltkrieg und angesichts der weltweit zumindest formell in Gang gekommenen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der (unterdrückten) Nationen wurde die Antwort um so dringlicher; mit den Jahren nahmen die Stimmen der Intellektuellen und Politiker zu, die für die Autonomie Kataloniens eintraten was auch zur Positionsänderung der PSOE beitrug: 1918 wurde auf ihrem November-Kongreß das Recht auf Selbstbestimmung (self-government) der spanischen Nationalitäten anerkannt. Schon während der Diktatur Miguel Primo de Riveras kam es zu einer weitgehenden Gleichsetzung von Demokratie, Republikanismus und „*home rule for national regions*“ (Fusi, 1990: 41), als der linke Flügel des katalanischen Nationalismus zusammen mit Republikanern und Sozialisten für eine demokratische Republik kämpften.

So drängte die Frage der Dezentralisierung und territorialen Neuorganisation des Staates jedes mal mehr auf die Tagesordnung und sollte ein wachsendes – wenn auch ambivalentes - Anliegen des republikanisch-linken Lagers werden. Schon vor der II. Republik

läßt sich diese Wendung in verschiedenen Vereinbarungen (Pactos) ablesen: Erstmals in der *Alianza Republicana* (republikanisches Bündnis) von 1926, die für eine föderale Republik in Spanien eintrat; dann im „*San-Sebastian-Abkommen*“ von 1930, in dem die Beteiligten (spanische republikanische Führer, Sozialisten und drei Vertreter des Katalanismus) die Anerkennung der „lebendigen Persönlichkeit Kataloniens“, das Autonomiestatut als Ausdruck Kataloniens und die Souveränität des spanischen Parlaments, das Statut anzuerkennen oder abzulehnen, auf ihre Fahnen schrieben (De la Granja Sainz, 1981).

Hierzu im krassen Gegensatz standen die Vertreter des spanischen konservativen Nationalismus: Anti-Regionalismus und Militarismus wurden ihre wichtigsten Identitätsmerkmale; jegliches Anliegen der peripheren Nationalismen wurde als drastisches Gegenstück zu der Auffassung ‚Spanien‘ betrachtet. Der spanische Nationalismus sah die Armee als die Grundlage der Einheit der Nation an; nur so könnte ein starker und autoritärer Einheitsstaat geschaffen werden (Fusi, 1990). In dem Maß in dem „Demokratie“ mit Autonomie der Regionen identifiziert wurde, wurde der spanische Nationalismus unausweichlich antidemokratisch, wie die Diktatur Primo de Riveras und noch extremer Francos zeigten.

#### **4.3.6. Wechselwirkung von Demokratisierung, Republik und Baskischer Nationalismus**

Die Beobachtung der Entwicklung des baskischen Nationalismus bis zum Bürgerkrieg zeigt die Schwankungen der Parteien zur Frage des peripheren Nationalismus und ihre konkrete Dynamik während der Zweiten Republik.

Interessant dabei ist es, die Wendungen der PNV (als stärkste nationalistische Partei) während dieser Jahre und ihre innere Dialektik zu verfolgen; dies erlaubt, folgende These von Tilly (2004: 9) zu beleuchten: „*We should also expect to discover not one but multiple paths to democracy*“. Tatsächlich ist es politikwissenschaftlich relevant und äußerst produktiv für das Verständnis der Realität, sie nicht auf das rein Ideologische zu beschränken und die Dynamik über die Ideologien der Akteure hinaus zu recherchieren. Sehr anregend und aufschlußreich finde ich folgenden Gedanken vom gleichen Verfasser, der in diese Richtung weiter ausführt:

„It merely illustrates the sorts of causal mechanisms a more detailed set of explanations would require –showing, for example, that tactical alliances between dissident power holders and political outsiders promoted democratization under some circumstances despite the absence of explicitly democratic programs on either side of the alliance.“... “For the most part it settles for demonstrating that democratization commonly occurred as a result of struggles during which (as in 19<sup>th</sup>-century Britain and France) few if any of the participants were self-consciously trying to create democratic institutions” (Tilly, 2004: 9).

Um diese These auf unseren Fall anzuwenden, konzentrieren wir uns auf die Dynamik der Ereignisse in Spanien um 1930, die dazu führten, daß peripherer Nationalismus - hauptsächlich durch die PNV vertreten - Demokratisierungsprozeß und Republik zusammenfielen.

Die baskische nationalistische Bewegung wuchs Ende des XIX. und Anfang des XX. Jahrhunderts nur langsam, sollte sich aber während der Zweiten Republik, mit der Möglichkeit der Institutionalisierung ihrer Autonomie, beträchtlich verstärken.

Neben Sabino de Aranas Rolle am Ende des XIX. Jahrhunderts sind die Jahre von der *Zweiten Republik* bis zum Bürgerkrieg entscheidend für den baskischen Nationalismus, nicht nur wegen seiner zunehmenden Bedeutung innerhalb der baskischen Gesellschaft, sondern auch wegen der politischen Wende, die die Zeit zwischen 1931 und dem Anfang des Bürgerkrieges für ihn bedeutete.

Die Formierung einer rechten Strömung (*Partido Nacionalista Vasco* - PNV) aber auch einer linken (*Acción Nacionalista Vasca*- ANV - 1930), die Entstehung einer Massengewerkschaft (*Solidaridad de Trabajadores Vascos* –STV) aber auch die Entdeckung der Frauen als nationalistische Kraft (*Emakume Abertzale Batzar*- EAB), die Bildung von Kultur- und Sozialzentren, Sport- und Folkloregruppen, fünf Zeitungen, mehrere Zeitschriften und Bucheditoriale und nicht zuletzt das Erreichen der Autonomie durch das Abkommen zwischen der PNV als erster politischer Kraft und der Volksfront, bezeugten das politische, gewerkschaftliche und kulturelle Wachstum des Nationalismus innerhalb der baskischen Gesellschaft. Trotzdem war der baskische Nationalismus keineswegs hegemonial<sup>175</sup>, da sowohl die Rechten (die Karlisten) wie die PSOE weiterhin über einen großen Einfluß in der baskischen Gesellschaft verfügten (De la Granja Sainz, Historia 16).

---

<sup>175</sup> „Jedoch war, wie auch in der Gegenwart, ihre territoriale Verankerung sehr ungleich verteilt: die PNV dominierte in der ländlichen Biskaya, ihrem natürlichen Raum, hatte die Mehrheit in Guipúzcoa, war gut, wenn auch weniger als die Linke in der Umgebung von Bilbao verankert, aber in Álava war sie in der Minderheit und sehr schwach in Navarra, ihrer Achillesferse, das von ihrem Führer Manuel Irujo als das „baskische Ulster“ angesehen wurde.“ (De la Granja

#### 4.3.6.1. Hinwendung der PNV zur Unterstützung der Republik

Bei den Gemeindewahlen von 1931 stand als zentrale Frage die zwischen Monarchie oder Republik zur Entscheidung. Die PNV erklärte sich hierzu neutral; sie definierte sich weder für den König Alfons XIII. noch für die Republik; fünf Jahre danach integrierte sich die PNV in die Republikanische Regierung.

Daß eine Wendung innerhalb dieser Jahren bei der PNV stattfand, drückt die Tatsache aus, daß noch 1930 die Partei der Doktrin Sabino Aranas treu geblieben war: Verteidigung der Religion und der alten sozialen Ordnung, Konföderation der baskischen Länder, Rasse und Sprache als die baskische Essenz; im Endeffekt tief konservativ, katholisch, antiliberal, und nicht vereinbar mit der liberalen Demokratie<sup>176</sup>. Wie De la Granja Sainz (Historia 16: 36) schreibt: „1931 stand die PNV dem Karlismus näher als dem Republikanismus“<sup>177</sup>.

Im Juli 1936 jedoch,

*« ... war die Stellungenahme der PNV zugunsten der Republik die weitreichendste Entscheidung in ihrer gesamten Geschichte und die Feuerprobe ihrer Entwicklung in demokratisch-liberale Richtung. Nicht umsonst bedeutete der Bürgerkrieg den größten Bruch im historischen Werdegang des baskischen Nationalismus, der sich in zwei große Perioden untergliedert: die Zeit vor und nach 1936-1937<sup>178</sup>»* (De la Granja Sainz, Historia 16: 30).

Was bewirkte zwischen diesen Jahren diese große Veränderung?

Mit der Errichtung der II. Republik hat sich die Partei arrangiert und erklärt, sie hätte nichts gegen das neue Regime und sich ihrerseits dafür eingesetzt, daß die Republik die baskische Nationalität anerkennen sollte. Die PNV war nicht republikanisch und stand sogar im Sinne des frühen Aranas eher „gegen das System“ wie ihre Haltung während der Verfassungsdebatte zur Religionsfrage<sup>179</sup> zeigte: die 6 Abgeordneten verließen die Cor-

---

Sainz, Historia 16: 32).

<sup>176</sup> Granja Sainz zitiert die Kritik der Ideologen (Engracio de Aranyadi und Federico de Belausteguigoitia) der PNV an allem was aus dem Liberalismus kam, - auch natürlich an der liberalen ANV (Acción Nacionalista Vasca), Abspaltung 1930 der PNV (siehe Fußnote 179): „Der Liberalismus ignoriert alles; wir Katholiken halten an der absoluten Wahrheit unseres Credo fest; die Intoleranz ist uns eigen (...) ANV wird eine der vielen rationalistischen oder althergebrachten liberalen Parteien, die die Souveränität von Christus und der Kirche ignorieren“ (Ganja Sainz, Historia 16: 36). Zum komplexen Verhältnis der baskischen Nationalisten zur Religion siehe auch Fußnote 179.

<sup>177</sup> „En 1931 el PNV se hallaba más cerca del carlismo que del republicanismo“.

<sup>178</sup> „En julio de 1936 el posicionamiento a favor de la República fue la decisión más trascendental adoptada por el PNV en toda su historia y la prueba de fuego de su evolución en sentido democrático-liberal. No en vano la Guerra Civil supuso la mayor ruptura en la trayectoria histórica del nacionalismo vasco, que se divide en dos grandes periodos: el anterior y el posterior a 1936-1937“ (De la Granja Sainz, Historia 16: 30).

<sup>179</sup> Die Religionsfrage spielte für die Politik der PNV in dieser Zeit eine sehr wichtige Rolle; tatsächlich ging es bei der Spaltung der Partei, die 1930 zur Formierung der ANV (Acción Nacionalista Vasca) führte, um die Frage der Religion. 1930 waren die baskischen Nationalisten mehrheitlich katholisch konservativ und lehnten eine laizistische und antiklerikale Republik ab. Die ANV als gemäßigte Linke erklärte sich für die Trennung von Kirche und Staat und offen für politische Allianzen mit Sozialisten und Republikanern. Die Religionsfrage führte zu einer Polarisierung innerhalb der baskischen Nationalisten zwischen dem katholischen Pol um das Estella-Statut –das ein Konkordat des zukünftigen baskischen Staats mit dem Heiligen Stuhl vorsah- und dem republikanisch-sozialistischen Pol. 1936 hatte die Autono-

tes und haben anschließend der republikanischen Verfassung ihre Zustimmung versagt. Dies lag in der Linie ihrer Haltung zu den Gemeindewahlen von 1931, als sie eine Allianz mit den Karlisten – geschworenen Feinden der Republik– geschlossen hatten. Die gesellschaftliche Verankerung der PNV sollte bei diesen Wahlen bestätigt werden; Nationalisten und Karlisten gewannen im Baskenland mit überwältigender Mehrheit<sup>180</sup> und ließen ihre Gegenspieler, den republikanisch-sozialistischen wie auch den alfonsinistisch-monarchistischen Block, abgeschlagen zurück.

Im ersten Zeitraum der II. Republik zwischen 1931 und 1933, den Jahren der republikanisch-sozialistischen Koalition, war die Beziehung *baskischer Nationalismus-Republik* schwierig, wobei die Frage der Religion ein Focus ständiger Spannungen wurde. Die in Dezember 1931 beschlossene republikanische Verfassung bestimmte den -schwierigen-Pfad<sup>181</sup> für die Erreichung eines Autonomiestatuts<sup>182</sup>. Die Suche nach einem baskischen Statut wird während dieser Jahre schwieriger, da die Bedingungen der republikanischen Verfassung nicht einfach zu erfüllen waren.

Der Karlismus, zunächst ideologischer Verbündeter der PNV, sollte sich jedoch bald entlang der Frage der Einheit des Staates und der Autonomie von der PNV entfernen. Diese Distanzierung von Teilen der Rechtskräfte vom baskischen Nationalismus wird im März 1932 deutlich; „Fueros Ja, Statut nein“ oder „Gegen ein laizistisches Statut“ waren nun von Monarchisten und Traditionalisten augegebene Parolen (Letamendia, 1980: 154).

---

miefrage demgegenüber schon einen höheren Stellenwert innerhalb der PNV erreicht als die religiöse (De la Granja Sainz, Historia 16).

<sup>180</sup> Die Gemeindewahlen ergaben in den 4 baskischen Provinzen folgende Sitzverteilungen (Letamendia, 1980: 146):

	Monarchisten	Republikaner	Sozialisten	Karlisten und Nationalisten
Guipuzcoa	51	90	21	369
Alava	4	104	4	170
Vizcaya	123	73	84	419
Navarra	279	295	47	370

<sup>181</sup> „Der Artikel I der Verfassung über die nationale Organisierung, der das Prozedere zum Erreichen des Statuts regelt, reduziert die in Euzkadi und Katalonien gemachten Schritte ins legale Nichts. Die von der Regierung diktierten Normen für die Anwendung des Verfahrens auf das Baskenland betrauen mit der Initiative Handlungskommissionen: diese müssen den Statutentwurf ausarbeiten, anschließend die Bürgermeister einberufen, die zu entscheiden haben, ob das Statut einheitlich sein soll, zur Abstimmung wird es einer Generalversammlung der Provinzayuntamientos vorgelegt, und wenn angenommen, wird es in einem Referendum dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. (...) Am 31. Januar 1932 spricht sich eine überwältigende Mehrheit für das baskisch-navarische Einheitsstatut aus (Letamendia 1980:152). Bei der Vollversammlung der Ayuntamientos (Gemeinderatsvertretungen) am XIX. Juni 1932 stimmten alle Gemeinden außer denen Navarras für das Statut; Navarra blieb daraufhin außerhalb des gemeinsamen Statuts“ (Letamendia, 1980).

<sup>182</sup> Nach einem Putschversuch der Reaktion angesichts einer radikalisierten Lage und seiner Zurückweisung am 9. August 1932 seitens Ministerpräsident Azaña und der Bevölkerung wurde dem katalanischen Statut am 9. September 1932 schneller als erwartet zugestimmt. Der erste Statutentwurf für das Baskenland wurde von der gerade gewählten Madrider Regierung abgelehnt, da er nicht die Voraussetzungen des offiziellen Verfahrens erfüllt hätte. Dieser erste Statut hätte dem Baskenland eine große Autonomie eingeräumt. Nach Diez Medrano (1999) widerspiegelt der erste Entwurf die Auffassungen eines Nationalismus, der sowohl das Großkapital wie die Arbeiterklasse bremsen sollte. Nach dieser ersten Ablehnung entschieden sich die baskischen Nationalisten für eine pragmatischere Linie zur Erringung eines Autonomiestatuts. „Wir gehen Richtung Freiheit (...). Ohne Zögern, auch wenn die Revolution an unserer Seite tobt, mal durch die monarchistischen „Rechten“, dann wieder durch die „extremen“ Linken“ (Aguirre, wichtiger Vertreter des baskischen Nationalismus, in seinem Buch „Entre la libertad y la revolución“ zitiert von Letamendia, 1980: 170). Letamendia (1980) fügt hinzu: „Die Identifizierung dieser demokratischen Ideologie mit der von den Monopolen erdrückten mittleren baskischen Handels- und Industriebourgeoisie ist klar“.

Als in Pamplona, der Hauptstadt von Navarra, die Versammlung der Gemeindevertretungen (*Asamblea de Ayuntamientos*) zur Abstimmung über das Status am 19. Juni 1932 stattfand, war die Mehrheit der Delegierten von Guipúzcoa, Vizcaya und Alava dafür, jedoch die Mehrheit der karlistischen Delegierten aus Navarra lehnte es ab (Letamendia, 1980). Dieses Verhalten zeigte erstmals die Kraft des Karlismus in Navarra; die Allianz der PNV mit den Karlisten zerbrach ab diesem Punkt, während sich gleichzeitig aufgrund deren antiklerikalen Haltung die Beziehungen zur Republik verschlechterten<sup>183</sup> (Sullivan, 1988).

Trotzdem wurde endlich nach einer nicht ohne Probleme durchlaufenen Prozedur am 5. November 1933 das Autonomiestatut per Referendum in den baskischen Provinzen – diesmal allerdings ohne Navarra - bestätigt. Nun fehlte nur noch die Zustimmung der Cortes, in der sich jedoch zwischenzeitlich die Kräftekonstellation vollständig zugunsten der Rechten geändert hatte.

Aufgrund der wachsenden inneren Widersprüche innerhalb der II. Republik zwischen 1931-1932 war die Regierungskoalition von Republikanern und Sozialisten zerbrochen. Die Cortes wurde aufgelöst und Neuwahlen für den 15. November 1933 einberufen<sup>184</sup>. In der Zwischenzeit hatten sich die Rechtskräfte vor allem mit der 1932 gegründeten und als Verteidigerin des Vatikans auftretenden CEDA (*Confederación Española de Derechas Autónomas- Spanische Konföderation der Autonomen Rechten*), erholt. Zusammen mit der *Partido Radical* (in der unterdessen alfonsinistische Monarchisten und Karlisten vereint waren) gewann die CEDA 217 Sitze, während die gespaltene Linke lediglich 99 und das Zentrum 156 Sitze erhielten (Letamendia, 1980: 159)<sup>185</sup>. Und die Politik der baskischen Nationalisten fand sich vollauf bestätigt: sie erreichten bei diesen Wahlen die größte Stimmenzahl ihrer Geschichte<sup>186</sup>.

Anders als von der PNV zunächst erhofft, blockierte dieses Wahlergebnis die parlamentarische Ratifizierung des Autonomiestatuts vollständig:

*„The PNV’s leaders were optimistic that the provisions of the statute, obtained with so much difficulty from their traditional enemies on the left, would be accepted by a government which should be favorably disposed to themselves the strongest opponents of socialism in the Basque country”* (Sullivan, 1988: 15).

---

<sup>183</sup> „The government’s decision to subject the monastic orders to state regulation provoked violent protest in the Basque country, which in early 1933 led to the arrest of several hundred people, including a PNV leader, Telesforo Monzón, and to violent clashes between members of the PNV and PSOE” (Sullivan, 1988: 14).

<sup>184</sup> Die beiden Jahre (1934-1935) der neuen Rechtsregierung bis zur Krise und Aufrufung von Neuwahlen sollten in die Geschichte des Landes als das „bienio negro“ – die beiden schwarzen Jahre- eingehen.

<sup>185</sup> Die Daten von Wikipedia (2007): 258 Rechtsabgeordnete, 119 des Zentrums und 95 Linke.

<sup>186</sup> 41% der gesamten Stimmen in der Hauptstadt Bilbao, 57% im Rest der Provinz Vizcaya, 46% in Guipúzcoa und 29% in Alava (Diez Medrano, 1999: 105).

Doch stellte sich schnell heraus, daß trotz des in ihr dominierenden Katholizismus die Cortes jetzt viel feindlicher den Nationalisten gegenüberstand, als es zur Zeit der Regierung der linken Koalition der Fall gewesen war. Der Cortes wurde das Statut im Dezember 1933 zur Abstimmung vorgelegt, aber prompt wurde die Opposition gegen die baskische Autonomie deutlich. Dies zeigte sich nicht nur an den vielen Einwänden, um die Entscheidung in die Länge zu ziehen, sondern auch an der Tatsache, daß das bereits 1932 ratifizierte katalanische Statut nicht respektiert wurde. Den baskischen Nationalisten wurde schnell klar, daß sich ihre eigene Perspektive im Schicksal der Autonomie Kataloniens widerspiegeln würde. Am 12. Juni 1934 zogen sowohl die katalanischen wie auch die baskischen Abgeordneten aus der Cortes aus. Ein hartes Hin und Her mit der Zentralregierung setzte ein, das in nicht wenigen Fällen in Gewalt gegen die baskischen Nationalisten mündete (Letamendia, 1980).

Angesichts der Mobilisierung und Formierung der Linken gegen die Regierung und vor allem gegen einen möglichen Putschversuch der Rechten<sup>187</sup> beschließt die PNV allerdings wieder in die Cortes zurückzukehren, um sich von den linken Kräften klar zu differenzieren, und der konservativen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen und Rückhalt zu geben.

Die linken Republikaner riefen zusammen mit den Sozialisten und Katalanen (die anarchistische Gewerkschaftsorganisation CNT nahm nicht daran teil) nach einem deutlichen Rechtsrutsch der Regierung, zu einem Generalstreik am 3. Oktober 1934 auf.<sup>188</sup> Die Haltung der PNV: „Totale Enthaltung von jeder Beteiligung an irgendeiner Bewegung“ (Letamendia, 1980: 165). Ungeachtet der Stimmhaltung der PNV wird der Streik auch in Euskadi stark unterstützt, ein Streik, der infolge seines sich unerwartet entwickelnden revolutionären und aufständischen Charakters die bestehende Ordnung herausforderte: vor allem in Asturien mit der Verkündung einer sozialistischen Kommune in der Stadt Oviedo, aber auch in Katalonien, Madrid und Baskenland.

Trotz der ‚neutralen‘ und zurückhaltenden Position<sup>189</sup> der PNV im Baskenland verfolgten die Rechten im Rahmen der anschließenden landesweiten Repressionswelle die Hauptvertreter der PNV, die sogar festgenommen werden. So schien das Erreichen eines Statuts für das Baskenland ungewisser denn je, während die Polarisierung in ganz Spanien zunahm. José Antonio Calvo Sotelo, wichtigster Kopf der 1934 gerade formierten rechts-

---

<sup>187</sup> Alfonsinisten –Gefolgsleute des Königs Alfons- und Karlisten halfen bei der Vorbereitung einer militärischen Erhebung. Die Linken vermuteten und fürchteten aber viel eher einen Putschversuch durch parlamentarische Mittel aus der Ecke der *Confederación Española de Derechas Autónomas* CEDA - wie im Falle Deutschlands (Kanzler Hitler) oder Österreichs (Kanzler Dollfuß) - , vor allem nachdem drei Vertreter der CEDA in die Regierung berufen worden waren (Sullivan 1988; Letamendia 1980).

<sup>188</sup> Nach Tussel (1978) entwickelte sich aus diesem Generalstreik ein revolutionärer Aufstand, der für ganz Westeuropa seit der Pariser Kommune ohne Vergleich war.

<sup>189</sup> Es war nicht das erste Mal, daß sich so eine Dynamik entwickelte. Schon zwischen 1916 und 1919 hatte die damals *Comunión Nacionalista Vasca* genannte PNV ähnliches versucht – ebenfalls erfolglos (Siehe S. 77).

extremen, im Parlament vertretenen Organisation Nationaler Block (*Bloque Nacional*) - positionierte sich im Oktober 1935 klar gegen jegliche Autonomiebestrebung: „*Ich ziehe ein rotes Spanien einem zerbrochenem Spanien vor*“ - „*Preferiría una España roja a una España rota*“ (Letamendia, 1980: 167).

#### **4.3.6.2. Vom Wahlsieg der Volksfront zum Putsch Francos**

Bei den blutigen Kämpfen gegen die Streikenden und der Eroberung der Stadt Oviedo am 12. Oktober durch General Franco und den anschließenden Unterdrückungsmaßnahmen im ganzen Land soll es um die 5000 Tote und 15.000 Festgenommene gegeben haben (Tussel Gomez, 1978: 135), (Trotzki, 1976: 29). Die Empörung darüber vertiefte die Krise der Mitte-Rechts-Koalition, bis sie am 31. Dezember 1935 definitiv zerbrach, was Neuwahlen zur Cortes verlangte, die im Februar 1936 abgehalten wurden. Bereits am 15. Januar war zwischen Arbeiterorganisationen und Republikanern (PSOE, POUM, UGT, PCE, Partido Sindicalista –einer Abspaltung der CNT-, Izquierda Republicana, Partido Republicano Federal und unterstützt von der katalanischen nationalistischen linken Partei Esquerra Republicana de Catalunya ERC) ein Wahlbündnis geschlossen worden, die Volksfront (*Frente Popular*). Ihr Programm sah unter anderem die Agrarreform und die Respektierung des katalanischen Statuts vor. Die PNV beharrt weiter auf ihrer Neutralität, da das Baskenland angeblich nichts mit dem voraussehbaren Konflikt zu tun hätte, und trat aufgrund dessen nicht der Volksfront bei.

Am 16. Februar gewann die Volksfront die Wahlen zur Cortes mit 263 Sitzen gegenüber 210 für die Rechten und das Zentrum (Tussel Gómez, 1978: 159)<sup>190</sup>.

Im Euskadi hatten die Parteien der Volksfront die Zustimmung zum Status für das Baskenland in ihr Programm aufgenommen. In der Tat gewannen sie die Wahlen im Baskenland, wenn auch nicht mit einer solchen Deutlichkeit wie im Rest des Landes; Stimmeneinbußen erleiden hauptsächlich die Rechtskonservativen und die nationalistischen Parteien – gegenüber den Wahlen von 1933 hatten die Nationalisten 5 Sitze verloren (Tussel Gómez, 1978).

Als Aguirre, Hauptvertreter des baskischen Nationalismus, den Vatikan besucht, wird von den Kardinälen eine Allianz mit der CEDA empfohlen, dem die PNV natürlich nicht folgen kann<sup>191</sup>. Das Verhältnis PNV - Rechtskräfte beginnt sich zu lösen während die Verbindung der PNV zur Volksfront enger wird.

---

<sup>190</sup> Letamendia (1980) gibt andere Zahlen an: die Volksfront mit 286 Sitzen, die Rechten 132, das Zentrum 42, jedoch führt er keine Datenquelle an. Für eine genauere Analyse der Wahlen von 1936 in Spanien siehe: Tussel Gómez 1978. Er vertritt die Meinung, daß erst bei diesen Wahlen 4 wichtige Bedingungen für Wahlen erfüllt sind: Nämlich ein effektives Regime öffentlicher Freiheiten, ein entwickeltes System öffentlicher Meinung, verschiedene Sektoren betrachteten die Wahlen als wirklichen plebiszitären Akt und die Wahlenthaltung ist minimal „*Régimen efectivo de libertades públicas, sistema de opinión pública desarrollado, distintos sectores consideran las elecciones como un verdadero acto plebiscitario, abstención electoral mínima*“ (Tussel Gómez 1978: 137).

<sup>191</sup> Wie Letamendia (1980: 144) schreibt, hat die PNV jedoch die Verteidigung der Religion mit der Verteidigung einer

Alle baskischen Abgeordneten – sowohl der Volksfront wie der PNV -, legten den Cortes ein noch gemäßigteres und zur Interpretation offenes Statut mit dem dringlichen Ziel vor, so schnell wie möglich ein Autonomiestatut zu erhalten. Obwohl die zuständige Kommission die Gültigkeit des schon im Jahr 1933 im Baskenland abgehaltenen Referendums für die drei Provinzen (Alava, Guipuzcoa, Vizcaya) bejahte, sollte es erst am 1. Oktober 1936, drei Monate nach Beginn des Bürgerkriegs, bewilligt werden: die polarisierte Lage hatte die Cortes dazu gezwungen. Zu der Zeit zeigten schon alle linken Arbeiterorganisationen – mit Ausnahme der Anarchisten - eine wachsende Sensibilität gegenüber der nationalen Problematik und den peripheren Nationalismen.

Die Rechten bereiteten sich mittlerweile angesichts der neuen politischen Konstellation innerhalb der Cortes und der allgemeinen politischen Lage auf den militärischen Aufstand vor. Angesichts der Schwäche der faschistischen Parteien suchte die Rechte ihr Heil bei der Armee, die mit einigen wenigen Ausnahmen in der Tat politisch rechts eingestellt war. Am 18. Juli 1936 fängt mit der militärischen Erhebung gegen die Republik eine tragische Zeit an, die erst 1975 zu Ende ging<sup>192</sup>. Die PNV gibt nach vielen Schwankungen am XIX. Juli 1936 folgende Erklärung:

*„Die Nationalistische Partei erklärt, daß angesichts des Kampfes zwischen Staatsbürgerschaft und Faschismus, zwischen Republik und Monarchie, ihre Prinzipien sie unbeugsam an die Seite von Staatsbürgern und Republik führen“<sup>193</sup> (De la Granja Sainz, Historia 16: 39).*

---

sozialen Ordnung für die Erhaltung der oligarchischen Interessen nie verwechselt; die Partei denunziert die Exzesse des Kapitalismus, stellt aber das private Eigentum nicht in Frage, verteidigt das Privateigentum der kleinen Unternehmer und der Kleinbauern und steht für soziale Reformen für die ArbeiterInnen. Ihre soziale Basis waren Bauern, Fachleute, Pfarrer, Fischer, Teil der baskischen Arbeiterklasse, industrielle Kleinbourgeoisie. Die Konfliktlinie um die Religion (Laizismus, Kirche, Klerus) durchquerte auch das republikanische Lager; ein Beispiel war der konservative Präsident Alcalá Zamora, der schon im Oktober 1931 u.a. wegen der antikatholischen Haltung der republikanischen Regierung vom Amt zurücktrat.

<sup>192</sup> Über den Bürgerkrieg existiert umfassende Literatur, so daß hier nur Daten für das allgemeine Verständnis zusammenfassend dargelegt werden. Mit der Erhebung der Armee wurde Spanien in zwei Blöcke geteilt. Die Feinde der Republik bestanden aus dem hegemonialen Teil der betroffenen Oligarchie, unzufriedenen Angestellten der Republik - die Mehrheit der Armee und der Polizei, Staatsanwälte und Diplomaten-, der Agrarkleinbourgeoisie und einem Teil der Bauernschaft der Provinzen (Kleineigentümer von Castilla-León). Ihre Gegenspieler waren die hartnäckigsten Verteidiger der Republik verkörpert in der Arbeiterschaft und städtischen Mittelschichten vor allem der Industriezonen, deren Unterstützung im Baskenland und Katalonien vollständig wurde. Die Republik hatte jedoch nicht versucht, die Bauernschaft insgesamt durch eine konsequente Agrarreform für sich zu gewinnen, was deren Ambivalenz in Bezug auf die Republik erklärt (Perez Picazo, 1996). Die territoriale Aufteilung, die nach Beginn der militärischen Erhebung deutlich wurde, entsprach der Teilung entlang zweier sozialer Strukturen: einerseits die militärisch konservativ geprägte Agrargesellschaft vom Zentrum bis zum Nordwesten des Landes; andererseits die industrialisierten und kapitalreichen peripheren Gebiete der Küste, wobei es bei dieser Teilung überlappende Klasseninteressen gab: im Kampf gegen die wachsende Arbeiterorganisation waren die sich auf das traditionell agrarische Spanien stützende Großkapitalisten der Küste wichtige Anstifter des Putschs vom 18. Juli 1936 (Perez Picazo, 1996). Siehe dazu: Paul Preston (1986). *La destrucción de la democracia en España. Reforma, reacción y revolución en la Segunda República*, Madrid, Alianza Universidad. Stanley G. Payne (2005). *El colapso de la República*, La Esfera de los Libros, Madrid.

<sup>193</sup> „El Partido Nacionalista declara que planteada la lucha entre la ciudadanía y el fascismo, entre la república y la monarquía, sus principios le llevan indeclinablemente a caer de lado de la ciudadanía y de la república”. Letamendia (1980: 173) zitiert die PNV-Erklärung etwas anders: “Die Nationalistische Partei erklärt, daß angesichts des

Die PNV ließ diese Haltung durch die nationalistische Zeitung *Euskadi* mit den Worten erläutern: Die baskischen Nationalisten haben sich weder mit den Kommunisten noch der Volksfront vereint; sie stehen nur konkret im gleichen Lager (Letamendia, 1980:173)<sup>194</sup>.

Diese Haltung aber wird nur von den Nationalisten in Guipuzcoa und Vizcaya eingenommen; in Alava<sup>195</sup> und Navarra wird anders gehandelt. Navarra versuchte weiter neutral zu bleiben, doch werden die Nationalisten Haßobjekt der Karlisten; Druckereien der nationalistischen Zeitungen werden überfallen, der Gruß der Basken genauso wie ihr Nationalinstrument und die baskischen Tänze verboten. Es wurden 6000 Personen – darunter viele Nationalisten – ermordet (Letamendia, 1980: 174). Ebenso wie in Alava liefen viele zu den Aufständischen über, um ihr Leben zu retten. Diesmal war es unmöglich neutral zu bleiben; der Bürgerkrieg fand von Anfang an auf baskischem Territorium statt.

Bei der Auseinandersetzung zwischen baskischem Nationalismus und spanischen Faschismus ging es um Leben und Tod; die Basken kämpften nicht nur um ihre 1936 erreichte Autonomie sondern um Euskadi als juristisches politisches Gerüst. Mit dem militärischen Fall von Bilbao am 19. Juni 1937 ging die kurze Erfahrung der baskischen Autonomieregierung zu Ende und die Repression setzte ein.

Die spanische Kirche setzte auf eine Ordnung, die zentralspanischen Nationalismus und Religion gleichsetzte: „*Ein laizistisches Spanien ist kein Spanien- una España laica no es España*“ (Kardinal Pla y Deniel zitiert von Perez Picazo, 1996: 129). Demgemäß wurde von der Kirche der Kampf gegen die laizistische Republik als ein Kreuzzug dargestellt, und somit dem militärischen Aufstand ein wichtiger ideologischer Schub gegeben. Der Nationalkatholizismus wird gerade das: Identität von Vaterland und Staat mit dem Katholizismus. Nur der katalanische Kardinal Vidal y Barraquer und der Bischof des baskischen Vitoria verweigerten sich der Unterstützung der militärischen Erhebung. Letzterer, tief konservativ und antirepublikanisch, zögerte zunächst, aber die Maßnahmen in Gui-

---

Kampfes (...) zwischen Republik und Monarchie, ihre Prinzipien sie unbeugsam an die Seite von Staatsbürgern und Republik führen in Übereinstimmung mit dem demokratischen und republikanischen Regime, das unserem Volk in den Jahrhunderten seiner Freiheit eigen war“.

<sup>194</sup> Was nicht unbedingt bedeutet, daß es keine weiteren Konflikte gab; die Haltung der Basken unterschied sich von dem Rest der Republikaner in vielen Punkten. Es gab in der Tat ständige Reibungen zwischen hohen baskischen und republikanischen Militärbefehlshabern aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen über die Kriegsführung, was zum Mißtrauen seitens der Republikaner führte. Den baskischen Nationalisten ging es um die Verteidigung der baskischen Gebiete und nicht im allgemeinen um die Republik. Als Bilbao kurz vor der Übernahme stand, wollten Sozialisten wie hohe republikanische Offiziere die Kriegsindustrie sabotieren; die PNV verhinderte mit ihren Kräften jegliche Sabotageakte seitens der republikanischen Truppen, so daß als die Stadt in die Hände Francos geriet, ihm ein beträchtliches Rüstungspotential zufiel. (Sullivan, 1988; Medrano, 1999).

<sup>195</sup> Tatsächlich hatte Alava ein anderes politisches Verhalten als Guipuzcoa und Vizcaya gezeigt; sowohl bei den allgemeinen Wahlen von 1933 wie bei den Wahlen von 1936 hatten in Alava die zentralspanischen Parteien die Mehrheit der Stimmen gewonnen, im Unterschied zu den zwei anderen Provinzen, wo Nationalisten und Linke gewonnen hatten (Diez Medrano, 1999; Tussel Gómez, 1978).

puzcoa gegen die Bevölkerung - darunter auch viele festgenommene und ermordete Pfarrer und Gläubige - änderten schnell seine Meinung.

Mit dem Sieg Francos waren neben tausenden Flüchtlingen sowohl die spanische republikanische Regierung als auch viele Mitglieder der PNV und Vertreter der baskischen Autonomieregierung gezwungen, ins Exil zu gehen. Dort fand ein weiterer Annährungsprozeß statt, der sich in der Anerkennung der Regierung der spanischen Republik und in die Aufgabe der Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit des Baskenlands übersetzte.

#### **4.3.6.3. *Schlußfolgerung***

Diez Medrano (1999: 110) charakterisiert den baskischen Nationalismus noch für das Jahr 1936 aufgrund der Bewertung seines Programms, der Ideologie der Bewegung, der Diskussionen innerhalb der Parteien und der politischen Ergebnisse nach wie vor als eine traditionalistische Bewegung mit dem Ziel der Schaffung einer Gesellschaft von kleinen Agrarproduzenten und Kleinindustriellen, deren Grundlage die Religion sei; als Programm eines konservativen Mittelstands. Jedoch ist unverkennbar und für die politischen Wissenschaften aufschlußreich zu beobachten, daß trotz ihrer starken konservativen Züge die nationalistische baskische Bewegung durch die Dynamik der Ereignisse nicht ihre politisch-ideologisch und historisch verwandten Parteien, sondern die eindeutig pro-republikanischen Kräfte und die demokratischen Räume der Republik unterstützen mußte, um politisch aber auch gesellschaftlich überleben zu können. Andererseits kam die Unterstützung der nationalistischen Bewegung seitens der wichtigsten linken und republikanischen Parteien sehr langsam und voller Argwohn. Dennoch wurde für die Erhaltung und Verteidigung der Republik und der Demokratie zunehmend die Notwendigkeit deutlich, sich den nationalistischen Bewegungen zu öffnen und die peripheren Nationalismen als demokratische Alternative zur nationalistisch-zentralistischen Staatsform des Faschismus zu bewerten. Um hier die These von Tilly (2004: 9) zu wiederholen: „*We should expect to discover not one but multiple pathes to democracy*”.

In der Tat war der Diskurs der Rechten von vornherein und die Konkretisierung ihrer Politik eine ständige Verneinung jeglichen minderheitlichen Nationalismus; sobald die Armee Francos in die Gebiete der nationalistischen Bewegungen eindrang, wurde gnadenlos gegen sie vorgegangen. Nach Tussell (1994) zeichnete sich Franco durch seinen National-Militarismus, National-Katholizismus und National-Chauvinismus aus. Die nationale Essenz verkörperte die Armee, und Katholizismus und Vaterland wurden Synonyme; sein National-Chauvinismus identifizierte sich mit der gloriosen und beschönigend dargestellten Vergangenheit des Landes – die Conquista Amerikas und die kaiserliche Zeit der Habsburger Dynastie. Auch hierin bestätigt sich die Unvereinbarkeit von

Faschismus und peripheren Nationalismus. Für den Faschismus ist die nationale Einheit heilig, und der faschistische Staat akzeptiert nur eine Nation, Staat und Nation verschmelzen. Die peripheren Nationalismen stellen als Gegendiskurse eine direkte Bedrohung für den autoritären großnationalistischen Diskurs der Nation dar. Darüber hinaus wird die wichtigste soziale Basis des Faschismus, die ‚verängstigten‘ Mittelschichten, nicht nur stark von den peripheren Nationalismen angezogen, sondern sie selbst werden wichtige Trägerin und Avantgarde dieser Bewegungen; sie entfernen sich vom Faschismus in dem Maße, in dem dieser keine Alternative zum zentralen Nationalismus duldet. Diese Mittelschichten, selbst tief konservativ wie im Falle des Baskenlands<sup>196</sup>, agieren teilweise gegen den Faschismus und für die Demokratie als einzigen Rettungsring.

#### **4.4. Das Francoregime: der vorläufige Sieg des zentralistischen spanischen Nationalismus**

Die Debatte über die Charakterisierung des Francoregimes und seine Entwicklung ist noch offen. Die Natur und Entwicklung des Francoregimes wird von Theoretikern wie Linz (1978) oder Payne (1987) als ein autoritärer Konservatismus, von anderen wie Tuñón de Lara (1989-1994) oder Leo Trotzki (1976) als faschistisch oder von B. Oltra und A. de Miguel (1978) als bonapartistischer Despotismus charakterisiert. Jedenfalls sollte der Sieg Francos über die Republik jeglichen Lösungsversuch der nationalen Frage um 40 Jahre vertagen.

Unsere Arbeit geht von der Annahme aus, daß die ersten Jahre des Francoregimes ohne weiteres als faschistisch charakterisiert werden können<sup>197</sup>. Doch nach einigen Jahren entwickelte sich das Franco-Regime von einem faschistischen Regime in ein autoritäres mit starken bonapartistischen Zügen<sup>198</sup>.

---

<sup>196</sup> Im Fall Kataloniens wurden Demokratie und Autonomie zwei untrennbare Begriffe im Kampf gegen das Francoregime (Caminal, 2000).

<sup>197</sup> Die Charakterisierung durch Linz (1978) als ein rechtes autoritäres Regime ist anregend, kann aber ebenfalls nur für die späteren Jahre gelten. In seinem frühen Text von 1978 „*Una teoría del régimen autoritario. El caso de España*“ unterscheidet Juan Linz das autoritäre rechte Francoregime deutlich sowohl von totalitären Regimes - wie Faschismus und Kommunismus – als auch von den parlamentarischen Demokratien. Linz definiert das Franco-Regime als „ein Typus rechtsgerichteten autoritären Staates“ (...) „Die autoritären Regimes sind politische Systeme mit einem begrenzten, nicht verantwortlichen politischen Pluralismus; ohne eine ausgearbeitete Leitideologie (aber mit einer spezifischen Mentalität); ihnen fehlt eine intensive oder extensive politische Mobilisierung (abgesehen von einigen Punkten ihrer Entwicklungsgeschichte), und in ihnen übt ein Führer (oder höchstens eine reduzierte Gruppe) die Macht innerhalb formal schlecht definierter aber reel leicht vorhersagbarer Grenzen aus.“ (Linz, 1978: 212).

<sup>198</sup> Von Caminal (2000: 85) stammt folgende zusammengefaßte Charakterisierung der Entwicklung des Franco-Regimes in 3 Phasen: „In der ersten (1936-1943) nimmt sie die typischen Merkmale des Faschismus an, etabliert ein katholisch-nationalistisches System und sympatisiert bei Ausbruch des II. Weltkriegs mit den Achsenmächten. Mit dem Wechsel des Kriegsglücks zugunsten der Alliierten mäßigt es seine für die faschistischen Regime typische außenpolitische Liturgie, aber bewahrt ein autarkistisches Führerkultsystem, das von der Weltpolitik isoliert bleibt, trotz aller nicht uneigennütigen Hilfsangebote durch die USA und den Vatikan (1943-1958). Ende der 50er Jahre setzt die wirtschaftliche Liberalisierung ein, und mit ihr der langsame und langanhaltende Niedergang der Diktatur.“ En la primera (1936-1943) asume los rasgos identitarios del fascismo, establece unsistema nacionalista-católico y simpatiza con las naciones del

Franco gelang es, ein Gleichgewicht unter seinen politischen Stützkräften –Falange, Kirche, Armee und Rechte - herzustellen, von denen keine zu viel Macht konzentrieren konnte. Zuvor jedoch waren die Republik und ihre Errungenschaften liquidiert worden, die Linke massiv verfolgt, jegliche nationalistische Bewegung hart unterdrückt; aufgrund der massiven Repression aber auch durch Maßnahmen wie Militärgerichte und Säuberungen des Verwaltungsapparats wurde klar, daß es nicht um die Suche nach nationaler Versöhnung sondern um einen neuen Staat für die Sieger ging. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 30.000 und 200.000 Toten bis 1940 (Pérez Picazo, 1996: 238)<sup>199</sup>; nach Catalan (2002: 203) werden die Einschätzung der Toten während des Bürgerkrieges auf mindestens 250.000 -1,8% der Bevölkerung vor dem Krieg, geschätzt. Andere Quellen sprechen von bis zu einer halben Million durch Krieg und Terror Getöteten (Ploetz, 2005).

Bis in die 50er Jahre wurde das Alltagsleben einer großer Mehrheit der Spanier auf das nackte Überleben –Essen und Arbeiten- beschränkt<sup>200</sup>; außerdem wurden Errungenschaften der Republik wie die Verringerung der Arbeitswoche gestrichen, die alten Verhältnisse, u.a. die 48-Stundenwoche und die Tagelöhne wieder eingeführt. Die Wirtschaft hatte schwer durch die Wirkung des Bürgerkriegs zu tragen, aber auch durch die Politik des Franco- Regimes. Das BIP pro Kopf sank auf das Niveau des XIX. Jahrhunderts zurück; der Lebensstandard der Mittel- und Unterschichten verschlechterte sich rasant<sup>201</sup>. Ein deutliches Zeichen hiervon wurde die Ruralisierung der städtischen Bevölkerung; die ländliche Bevölkerungszahl wurde größer als die städtische, womit sich die Tendenz zur Urbanisierung umkehrte (Perez Picazo, 1996).

Jedoch fand zwischen 1950 und 1960 eine Wandlung statt, die man als eine vom Faschismus zum rechten Autoritarismus bezeichnen kann, und die eine Antwort des Siegerblocks auf einen möglichen Verlust seiner Hegemonie angesichts einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung war. Eine Pionierpersönlichkeit diesbezüglich war Antonio Lopez Amo – Erzieher von Prinz Juan Carlos-, der in seinem Buch „*La Monarquía*

---

Eje cuando estalla la segunda guerra mundial. Se adecua, después, al cambio de signo de la guerra mundial en favor de los aliados, atempera la liturgia externa propia de los regímenes fascistas, pero mantiene un sistema autárquico y caudillista que permanece aislado de la política internacional a pesar del apoyo interesado de los Estados Unidos y el Vaticano (1943-1958). A finales de los cincuenta se inicia la liberalización económica que significará el principio de un largo y lento declive de la dictadura.“

<sup>199</sup> Pérez Picazo (1996: 238) meint, daß die Zahl von 30.000 Toten sehr niedrig angesichts der Zahl der Gefangene von 270.000 im Jahr 1939 sei.

<sup>200</sup> Die Arbeiterklasse in den baskischen Gebiete erlitt eine gravierende Verschlechterung ihres Lebensstandards; 1945 entsprach der Reallohn nur 55% vom Lohn von 1936. Die Kaufkraft für einen Achtstundentag betrug 1951 nur 51% von der von 1936 (Catalan, 2002: 203).

<sup>201</sup> Für das Jahr 1953 sanken die Löhne drastisch; im Bergbau betrug der Lohn 23% von dem von 1936 ; die Kaufkraft der Arbeiter sank zwischen 1936 und 1947 um 50% (A. Carreras J.L. Garcia Delgado, *El primer franquismo, Dinámica económica y cambio estructural durante el decenio bélico 1936-1945*, zitiert von Pérez Picazo, 1996: 244-245).

*de la reforma social*“ (1952)- die Notwendigkeit einer kontrollierten Veränderung unter Führung einer aus der Allianz zwischen der politisch-administrativen Bürokratie und den großen Eigentümern entstandenen Elite verteidigte (Lopez-Amo, 1987). Tatsächlich zeigte die Wirtschaft in Spanien erst nach 12 Jahre Diktatur (1939-1951) im Rahmen des weltweiten Nachkriegsbooms ein Wachstum von 5% jährlich<sup>202</sup>, eine Ziffer die bis 1957 konstant bleiben sollte<sup>203</sup>.

Ab 1957 bis etwa 1970 wurde ein „autoritäres Projekt von Entwicklungstechnokraten“ umgesetzt, die wirtschaftlich modern und politisch konservativ waren, unter anderem unter der Regie von Gruppen, die unter Kontrolle des „Opus Dei“ standen. Diese Modernisierung mit dem Ziel, eine moderne Konsumgesellschaft westlicher Art zu schaffen, sollte ‚nicht gewollte‘ Veränderungen mit sich bringen, die grundsätzlich und unwiderruflich die soziale Struktur des Landes veränderten. Angesichts des Wirtschaftswachstums setzte ein unaufhaltsamer Exodus vom Land in die Stadt ein, der die traditionelle Agrargesellschaft schwer traf und eine neue Agrarstruktur mit neuen Agrarklassen (Wachstum der marktorientierten Kleinbauern) und eine neue Klassenstruktur in den Städten schuf – vor allem die Entstehung einer massiven neuen industriellen Arbeiterklasse und eine in den modernisierten Unternehmen arbeitende gut ausgebildete Mittelschicht. Nach Perez Picazo (1996) sind gerade in diesen Veränderungen die Wurzeln für die Krise des Frankismus und für die Demokratisierung zu finden.

Auch innerhalb des Machtblocks kam es zu Veränderungen; dem wachsenden Einfluß der Technokraten, u.a. des Opus-Dei, folgte ein Verschwinden der Falangisten aus der Regierung. Außerdem wuchs während dieser Zeit das Gewicht der Finanzbourgeoisie deutlich durch Persönlichkeiten – sowohl Großaktionären wie Manager –, die wichtige Posten in Wirtschaft und Politik einnahmen. Trotzdem blieb das Regierungslager eine relativ geschlossene, konservative und nur zu geringen Öffnungen bereite Gruppe.

Zugleich machte ein wichtiger Baustein des Machtblocks eine tiefe Wandlung durch. Unter dem Einfluß des II. Vatikanischen Konzils stellte die Kirche in Spanien ihre Haltung zum Nationalkatholizismus in Frage; ihre Legitimierungsfunktion für das Regime ließ nach und eine Kluft zwischen Macht und Kirche tat sich auf. Mit Papst Paul VI hatten

---

<sup>202</sup> Die Industrialisierung, die ab Mitte der 50er Jahre in Gang kam, wurde in den traditionellen Industrieregionen – darunter das Baskenland und Katalonien- besonders bemerkbar; trotzdem war die Lage keineswegs stabil, insbesondere wegen der galoppierenden Inflation (Diez Medrano, 1999). Ende der 50er Jahre stimmte die Regierung einem Stabilisierungsplan mit einer harten monetären und Haushaltspolitik zu. Nach einem heftigen Schock setzte erneut ein Wirtschaftswachstums – um 7% - ein; zwischen 1961 und 1974 war die Lage ähnlich, wobei der Reichtum des Landes hauptsächlich um Madrid, im Baskenland und Katalonien konzentriert war. In der Tat zählten nach dem Bürgerkrieg das Baskenland und Katalonien weiterhin zu den entwickeltsten spanischen Gebieten; zwischen 1960 und 1973 wuchs das jährliche BIP von Katalonien um 8% und im Baskenland um 7,6%. (Über die wirtschaftlichen Veränderungen während dieser Jahre siehe: Diez Medrano 1999, Perez Picazo, 1996).

<sup>203</sup> Diez Medrano (1999) zählt mögliche Gründe hierfür auf, darunter die Hilfe der USA im Kontext des Kalten Krieges, Öffnung der Märkte, die Agrarreform u.a.

die Konservativen keinen Freund gewonnen, und schon Ende der 60er Jahre betrat eine neue Generation von katholischen Pfarrern mit kritischer Stimme gegen das Regime die politische Bühne. Dabei ist hervorzuheben, daß vor allem im Baskenland und Katalonien die Kirche ein Raum für Diskussionen, Versammlungen, Hilfe für politisch Verfolgte und Streikende u.a. wurde. Die Pfarrer selbst nahmen aktive an Demonstrationen teil, und dies gerade im Kontext der harten Verfolgung des Nationalismus und des Widerstands dagegen. Ein Präzedenzfall wurde das 1960 von 339 Pfarrern<sup>204</sup> unterschriebene und an die Bischöfen von Vitoria, San Sebastian und Bilbao gerichtete Manifest, in dem die politische und kulturelle Unterdrückung Euskadis denunziert wurde (Conversi, 1997:95).

Auf all diese Veränderungen antwortete das Francoregime einerseits mit einer Verhärtung der Repression<sup>205</sup> und andererseits dem Versuch einer Anpassung des Regimes durch die Institutionalisierung der sogenannten „organischen Demokratie“ mittels des *Ley Orgánica del Estado*<sup>206</sup> als Gegenkonzept zur im universellen Wahlrecht und Parteien verkörperten „unorganischen Demokratie“. Dieses Gesetz war vom Vorschlag an die Cortes begleitet, Juan Carlos de Borbon am 22. Juli 1969 zum Haupt der zur „errichtenden Monarchie“ zu ernennen<sup>207</sup>.

Ab 1969 akzentuierte sich die Krise des Machtblocks. Der Apparat des Franco-Staates versuchte, seine Kontinuität neben der des zukünftigen Königs zu sichern; dies setzte eine starke Persönlichkeit voraus, die die Disziplin der Armee und das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Gruppen des Machtblocks sichern könnte. Nach der Ermordung von Premierminister Carrero Blanco im Dezember 1973<sup>208</sup> –dem geplanten Nachfolger Francos– wurde angesichts eines sichtlich altersschwachen Francos ein kontrollierter

---

<sup>204</sup> „Most of the signing priests were PNV members who took a considerable risk in raising their voices after decades of silence.(...) An overall climate of skepticism and rebellion began to creep amongst the lower clergy pitting it against the upper hierarchy” (Conversi, 1997: 95, Fußnote 44).

<sup>205</sup> Dies kam in der Härte im Vorgehen der Polizeispezialkräfte gegen Unruhen genauso wie den von den Sondergerichten (*Tribunales de Orden Público*) ausgesprochenen Urteile zum Ausdruck; mit den Todesurteilen gegen Julian Grimau (1963) oder 16 Mitgliedern der ETA im Burgosprozeß wollte Franco abschreckende Präzedenzfälle schaffen.

<sup>206</sup> Dieses Gesetz vom 10. Januar 1965 versuchte die Nach-Franco-Zeit vorzubereiten und proklamierte eine Verfassung mit Spanien als Königtum. Die 1942 gebildeten „organischen Cortes“ wurden auch weiterhin nicht durch allgemeine Wahlen gebildet sondern von ausgewählten Vertretern der korporatistischen Einheitsgewerkschaften (Unternehmer und auf Interessensidentität mit diesen verpflichtete Arbeiternehmervertreter), der Gemeinden und der Familienoberhäupter, alle drei als zentrale ‚Kommunikationslinien‘ zwischen Gesellschaft und Regierung angesehen. Die Diktatur war nicht mehr durch Franco allein sondern durch eine Gruppe von im geschlossenen Zirkel ausgewählten Notabeln auszuüben, die im Rat des Königtums (*Consejo del Reino*) tagten.

<sup>207</sup> „In 1969 Franco had finally named Prince Juan Carlos as his successor, a decision which had been opposed by the Falangist and carlist factions in the regime, and had angered many monarchists who saw Don Juan, the Prince’s father, as the legitimate herit to the throne” (Sullivan, 1988: 107).

<sup>208</sup> Der Premierminister Admiral Carrero Blanco wurde von der ETA-V am 20. Dezember 1973 ermordet. „ETA –V’s estimation of the crucial importance of Carrero Blanco would seem to have been overstated. It was certainly true that Carrero had Franco’s confidence, and that he was unusual in combining a very right-wing past, which endared him to the ‘Bunker’, with patronage of Opus Dei. However, Carrero was 70 years old and was not a commanding or charismatic figure. His successor as Prime Minister, Arias Navarro, shared sufficient of Carrero’s qualities to ensure the transition from Franco to Juan Carlos” (Sullivan, 1988: 141).

Übergang ohne radikale Veränderungen verunmöglicht. Auf die wachsenden politischen Widersprüche, begleitet von der Gewalt von Links (ETA-V-siehe Fußnote 208) wie von Rechts (Triple A, Guerrilleros de Cristo Rey) vor dem Hintergrund einer wachsenden Mobilisierung der ArbeiterInnen und der Bevölkerung insgesamt antwortete das Regime mit wachsender Repression (übersetzt u.a. in der Hinrichtung des Anarchisten Puig Antich). Mit Francos Tod im November 1975 entstand eine neue Situation, in der König Juan Carlos zur neuen institutionellen Achse werden sollte.

#### **4.4.1. Francos Regime, Widerstand und die Entstehung eines neuen baskischen Nationalismus**

Das Francoregime verfolgte als zentrales Ziel die spanische Einheit des Staates, und setzte die schon während des Bürgerkriegs erprobte unerbittliche Politik gegen die nationalistischen Bewegungen fort. Das Baskenland war bereits 1937<sup>209</sup>, Katalonien 1939 unterworfen worden.

Unmittelbar darauf wurde mit der „Homogenisierung der Nation“ begonnen, was sich in der Auslöschung der baskischen Institutionen, Säuberung der Verwaltung, aber auch in Hinrichtungen, Festnahmen und Zwangsexil niederschlug; ergänzt wurde dies durch die Beseitigung von Möglichkeiten zur Ausübung, Pflege und Erforschung der nationalen Kultur; Verbot von Büchern, die Umbenennung von Straßen usw., Katalanisch und Baskisch wurden selbst im familiären Bereich verboten (Waldman, 1991)

*„Das Regime ließ, mit anderen Worten, nichts unversucht, um die Regionalkulturen auszulöschen und jedes Anzeichen eines nationalistischen Widerstandes im Keim zu ersticken“* (Waldman, 1991: 78).

Unter anderem unter dem Vorwurf des Separatismus erfolgten in den ersten Jahren Festnahmen und Exekutionen, was eine baskische Exilwelle verursachte (die Zahlenangaben reichen von 100.000 bis 150.000, darunter mehr als 20.000 Kinder<sup>210</sup>), aus der eine beträchtliche Diaspora in Frankreich, Lateinamerika und anderen Ländern hervorgegangen ist.

Auch die baskische Wirtschaft litt zunächst unter der Säuberung von Erziehern, Technikern, qualifizierten Arbeitern und auch einigen Unternehmern beträchtlich. Die Beendigung der *Conciertos económicos* in Guipúzcoa und Vizcaya<sup>211</sup>, als Bestrafung für ihre

---

<sup>209</sup> De Facto dauerte der Bürgerkrieg im Baskenland weniger als in anderen Gebieten Spaniens; zum einen wegen der Wichtigkeit der baskischen Schwerindustrie: das Gebiet mußte so schnell wie möglich unter Kontrolle gebracht werden. Auch die Kampfhandlungen der deutschen Legion Condor, die weltweit mit der Bombardierung Guernikas bekannt wurden, trugen hierzu bei. Andererseits wurde Navarra, die Wiege des Karlismus, Aktivitätszentrum der frankistischen Armee (Diez Medrano, 1999).

<sup>210</sup> Die Zahlen sind von Legarreta (1985).

<sup>211</sup> In der Provinz von Alava wurde das Statut von der Diktatur Francos respektiert, da sie sich auf Francos Seite stell-

Loyalität zur Republik, bedeutete den Verlust der Finanzautonomie und damit eine Verringerung der Investitionsmöglichkeiten der *Diputaciones* (Catalan, 2002). Doch sollte die baskische Bourgeoisie – insbesondere die Sektoren, die offen oder heimlich Franco unterstützt hatten – bald darauf wieder eine ungebrochen enge Verbindung mit dem Zentrum pflegen. Der Staat blieb während vieler Jahre der Hauptkonsument der Eisenproduktion und Bergbauindustrie im Baskenland. Hinzu kam die Stärke der baskischen Finanzbourgeoisie, die weiterhin eine wichtige Rolle innerhalb des Bankensystems spielte; Anfang der 60er Jahre kontrollierten nur 7 spanische Banken 70 % des gesamten Geldes von privaten Banken und 60% der gesamten Menge an Krediten; vier davon waren baskisch (u.a. die *Banco de Bilbao* und *Banco de Vizcaya*) oder hatten enge Verbindungen mit dem baskischen Kapital (Diez Medrano, 1999: 159). Insgesamt läßt sich sagen, daß das Francoregime das Gewicht des baskischen Kapitals binnen der spanischen Wirtschaft verstärkte.

Die Rolle der baskischen Intelligenzia war in der Mobilisierung gegen Franco – im Unterschied zu Katalonien- begrenzt, zum einen weil sich eine starke und politisch unabhängige Mittelschicht nicht entwickelte – die Mittelschicht war von den Arbeitsplätzen und Einkommen der großen baskischen Firmen, der Banken und Industrie abhängig- und zweitens weil es keine starke Universitätstradition<sup>212</sup> gab (Diez Medrano, 1999: 163). Diez Medrano (1999) führt diesbezüglich die plausible These<sup>213</sup> der fehlenden Autonomie einer Intelligenzia im Baskenland an. Außerdem hätte die Tatsache, daß es keine Universitäten gab –außer einer Eliteuniversität mit Studenten der höheren Schichten- eine breite Widerstandsbewegung seitens der Studenten und Professoren verhindert. Aufgrund des Fehlens dieser Schichten wurde der aktive Widerstand gegen Franco von den radikalisierten Schichten getragen, wobei deren Radikalität entscheidend von der sozialen Zusammensetzung von Führungen und Aktivisten geprägt worden sei. Dies sollte den Unterschied zwischen dem Widerstand in Katalonien und dem Baskenland besser als die Thesen der stärkeren Repression im Baskenland oder der Diskriminierung der katalanischen Bourgeoisie erklären<sup>214</sup>. Zudem darf nicht übersehen werden, daß historisch der

---

ten. schnell zu den Putschisten überlief.

<sup>212</sup> Tatsächlich wurde die erste staatliche Universität im Jahr 1968 gegründet und Studenten und Professoren fangen erst ab 1970 an, eine wichtige Rolle im Widerstand zu spielen (Diez Medrano, 1999).

<sup>213</sup> Diesbezüglich scheint uns auch Diez Medrano plausibler als Conversi (1997), der die Gewalt im Baskenland in einem anthropologischen und einem politischen Faktor begründet sieht: „We argue that the two most relevant factors for explaining Basque violence are respectively anthropological and political: a lack of shared core values and the repressive action by the part of the state’s military forces” (Conversi, 1997: 222). Obendrein führt Conversi (1997: 240, Fußnote 27) die These ein, daß Herder und die deutschen Philosophen mehr Einfluß in Katalonien, Renan und die französischen Philosophen hingegen im Baskenland hatten; dies hätte dazu beigetragen, daß der Nationalismus in Katalonien gemäßiger und nicht separatistisch wurde, während die „voluntarist and contractualist“ Auffassung von Renan und anderer französischer Denker einen viel radikaleren Separatismus generierte.

<sup>214</sup> „Wenn das baskische politische Umfeld so divers gewesen wäre wie das katalanische, dann hätten sich wahrscheinlich viele der alten Sympathisanten separatistischer und antikapitalistischer Organisationen in gemäßigeren nationalistischen Organisationen organisiert und wären nie radikaleren Ideologien ausgesetzt gewesen“. „Es gab im Baskenland

katalanische Nationalismus –mit wenigen Ausnahmen- auf eine Autonomie innerhalb des spanischen Staates und nicht auf die Unabhängigkeit bestand.

Als Widerstandsbewegungen<sup>215</sup> nach dem Sieg Francos entstanden drei starke Oppositionsfronten, abgesehen von der im Exil organisierten Opposition. Die Opposition innerhalb des Landes wurde einerseits von der Arbeiterklasse in Form der Untergrundarbeit der Sozialdemokraten (PSOE), Kommunisten (PC) und Anarchisten (CNT) getragen. Eine weitere oppositionelle Gruppierung kam aus der Ecke der Monarchisten –hauptsächlich Vertreter des Adels und der Großbourgeoisie- die eher konspirativ arbeiteten. Eine dritte Gruppierung waren die sogenannte *Maquis*, Guerillagruppen gebildet von aus dem Bürgerkrieg übriggebliebenen Kämpfern, die mit der Stärkung Francos im Kontext des Kalten Krieges peu a peu verschwanden (Perez Picazo, 1996: 241-242).

Im Baskenland reklamierte nach dem Ende des Krieges die baskische Exilregierung weiter die Republik, wobei ein Teil der baskischen Nationalisten mit dem Ende der Kampfhandlungen auf baskischen Gebiet den Krieg insgesamt als beendet betrachtete – darunter ein Teil der PNV, aber auch die orthodoxe Gruppe Jagi-Jagi, eine Abspaltung der PNV. Für sie war nun der Krieg ein Krieg in Spanien, der nichts mehr mit ihnen zu tun hätte. Die baskische Exilregierung unterstützte jedoch im Einklang mit den Republikanern weiter den Widerstand im Inneren und außerhalb des Landes.

Darüber hinaus drückte sich der Widerstand der nationalistischen Basken entweder durch Boykott der vom Franco regime organisierten Referenden (1947, 1966, 1976) oder durch Streiks aus, aber auch durch die Nutzung jeglicher gesellschaftlicher Freiräume (Berg und Wandervereine, Pfadfindergruppen, Volkstanzgruppen, Gastronomietreffen u.a.).

Nach dem Sieg der Alliierten 1945 und dem damit erweckten Optimismus<sup>216</sup> nimmt der Widerstand einen neuen Anlauf und im Jahr 1947 gibt es große Streiks gegen Franco,

---

keine Zeit für die Entwicklung einer bürgerlichen Kultur, die sich in der Entwicklung von Institutionen der Mittelklassen wie den öffentlichen Universitäten genährt hätte, die ihrerseits von den Werten der lokalen Bourgeoisie geprägt gewesen wären“. „Weder die sozioökonomischen Unterschiede des Baskenlands und Kataloniens noch die während der frankistischen Periode in beiden Regionen erfahrenen Unterschiede in der Repression rechtfertigen das Entstehen eines radikaleren Nationalismus im Baskenland als in Katalonien.“ (Diez Medrano, 1999: 143, 1999: 164, 1999: 165).

<sup>215</sup> Conversi (1997) übernimmt von Beltza (*El nacionalismo vasco en el exilio, 1937-1960*, San Sebastian, Txertoa, 1977) die Einteilung der Entwicklung des Widerstandes in vier Phasen: „1939-45 (**exile and clandestine activity**), when the nationalist government in exile was in a precarious position due to the possibility of an Axis victory and the Nazi occupation of France; 1945-47 (**the ‘golden years’**), when the Basque Republicans tried to channel Allied action against fascism in the aftermath of the second World War; 1948-52 (**the fall**), with the onset of the Cold War and the tacit rehabilitation of Franco as a potential bulwark against Soviet influence; and 1953-60 (**the new nationalism**), parallel to the radicalization of the youth, with the slow fossilization of the PNV after the opening of Franco’s Spain to the West“ (Conversi 1997: 80).

<sup>216</sup> Dieser Optimismus wurde schnell gedämpft; angesichts des kalten Krieges gaben sich sowohl die republikanische wie die baskische Exilregierung die Mühe, durch Maßnahmen wie den Ausschluß der Kommunistischen Partei aus den Regierungen, das Wohlwollen der Alliierten zu gewinnen; doch wurde angesichts der angeblichen Bedrohung seitens

die hauptsächlich von den noch im Untergrund tätigen Gewerkschaften der Sozialisten (UGT), der Anarchisten (CNT) und der Nationalisten (STV) organisiert wurden. Die Arbeiterklasse nahm damit erstmals als Klasse insgesamt am Widerstand im Baskenland teil. Diese Bewegungen können durchaus als landesinnere Widerspiegelungen einer nach dem Zusammenbruch des europäischen Faschismus (bes. Deutschlands und Italiens) zu beobachtenden Welle des Aufbruchs in praktisch allen europäischen Ländern, die erst infolge des Kalten Krieges und der Teilung Europas in hegemoniale Machtblöcke unter Kontrolle gebracht wurde.

Seit 1951 ließ der Widerstand der von der PNV geführten baskischen Exilregierung nach. Im Landesinneren reorganisierte sich jedoch die PNV mit dem Zustrom einer neuen jungen Generation von nationalistischen Militanten - oft angesichts der Gefahr von Repressalien - in Form von Folklore-, Pfadfinder- und Bergsteigergruppen, der Universität und der kulturellen Einrichtung Eusko Ikasle Alkartasuna, die die Jugendgruppe der PNV bilden sollten; damit nahmen auch die Reibungen zwischen einer gegenüber dem Franco-Regime zunehmend vorsichtigen oder gar passiven und politisch weitgehend isolierten Führung<sup>217</sup> und einer Gruppe jugendlicher Aktivisten zu. Nach dem Ausschluß eines ihrer Anführer (Benito del Valle) aus der Jugendorganisation der PNV 1959 verließ ein Teil der Jugendorganisation die Partei und gründete eine neue Organisation -genannt Euzkadit Ta Azkatasuna (Euskadi und Freiheit), später besser bekannt als ETA.

Tatsächlich bestand am Anfang als einziger Unterschied zwischen PNV und ETA der Grad an Militanz und eine geringere Bereitschaft der ETA, in der Frage der nationalen Unabhängigkeit nachzugeben. Jedoch stärker wirkt, daß die PNV mit der Entstehung der ETA den Alleinvertretungsanspruch des baskischen Nationalismus verliert. Wie Conversi schreibt:

*“With the birth of ETA, the PNV ceased to be the only legitimate representative of Basque nationalism, and a whole new chapter of Basque history opened up”.* (Conversi, 1997: 89)

Allerdings war sie bis 1968 zahlenmäßig nur eine kleine oppositionelle Gruppe wie viele andere Widerstandsorganisationen im ganzen Land auch; im Unterschied jedoch zu Katalonien, wo neben den Gewerkschaften viele politischen Gruppierungen für die Demo-

---

der Sowjet-Union eine wachsende Tolerierung des Franco-Regimes seitens der Siegermächte deutlich, was sich in der Streichung der Finanzhilfen an die Exilregierungen übersetzte (Diez Medrano 1999). Spanien wurde peu a peu in den internationalen Organisationen als Mitglied akzeptiert: 1951 in der World Health Organisation, 1952 in der UNESCO, 1955 in der UNO; 1953 unterschrieb Spanien ein bilaterales Abkommen mit den USA und ein Konkordat mit dem Vatikan (Conversi 1997: 83).

<sup>217</sup> Nichtsdestotrotz fand 1956 in Paris ein von baskischen Unternehmern finanzierter Weltkongreß zum 20-jährigem Jubiläum der baskischen Regierung statt. Es waren 363 Personen vertreten, unter Ausschluß der Kommunisten (Conversi, 1997).

kratisierung kämpften, bildete die ETA im Baskenland bis zum Tode von Franco die Speerspitze des politischen Widerstandes. Und keineswegs entstand sie als Organisation mit terroristischen Methoden. Obwohl 1959 gegründet, ging sie erst Ende der 60er Jahren<sup>218</sup> zu gewalttätigen Aktionen über (Waldman 1991, Conversi 1997). Ihre Rolle war zunächst politisch und wurde von Waldman (1991) so zusammengefaßt:

*„Rückblickend liegt das Hauptverdienst der ETA darin, daß sie dem Überlebenswillen der Ethnie öffentlichen Ausdruck verlieh. Durch ihre Anschläge beweist sie die Verwundbarkeit der Diktatur und rettete zugleich die Ehre und das Selbstwertgefühl der im übrigen zum schweigenden Erdulden der Unterdrückung gezwungenen Minderheit. Dies haben die Basken der ETA nie vergessen. Ihr Beispiel machte Schule. Wie die zahlreichen Demonstrationen und Streiks ab 1970 bewiesen, gewann der Oppositionswille des baskischen Volkes dank der ETA erneut Kraft und Stimme. Von 1970 bis 1975 fanden nicht weniger als vier Generalstreiks im Baskenland statt, durch die das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt wurde“* (Waldman, 1991: 80).

ETA wurde so zum Referenzpunkt für Basken und Nationalisten und bildete für die anti-frankistische Generation der 60er Jahre neben den Organisationen der Arbeiterbewegung einen neuen „organischen Rahmen politischer Sozialisation“<sup>219</sup>. Auf der V. Asam-blea<sup>220</sup> der ETA (1966) kamen 35% der anwesenden Delegierten (11 von 35) aus der Arbeiterklasse; zwei Jahre danach waren es nur noch 19% (6 von 32) (Diez Medrano, 1999: 178). Jedoch waren auf der VI. Asamblea (1970) 50% (12 von 24) ArbeiterInnen<sup>221</sup>; allerdings kam die Mehrheit der Delegierten mehr oder weniger aus den unteren Mittel-schichten<sup>222</sup>.

Die gewalttätigste Zeit der ETA war die Spanne zwischen 1970 und dem Ende der 80er Jahre; Anfang 1970 erfolgten die letzten ernsthaften theoretischen Auseinandersetzungen, und von da an wurde die politische Logik der militärischen Logik unterordnet, was sich nach Meinung von Chueca (XXII) im Rückzug aus der Solidarität mit Arbeitskämp-

---

<sup>218</sup> „Am 7. Juni 1968 schoß die ETA zum ersten Mal“ “El 7. de junio de 1968, ETA aprieta el gatillo por primera vez” La Vanguardia, 5. Juni 1988, Bericht über den Anfang des bewaffneten Kampfes der ETA 20 Jahre zuvor (zitiert von Conversi, 1997: 98, Fußnote 51).

<sup>219</sup> Die Zahl der ETA-Mitglieder wuchs während der 60er Jahre beträchtlich: „In 1953 Ekin (Vorgängerorganisation der ETA – Anm. MLQR) has been made up of five militants in Bilbao, and as many in Donostia. By 1960 more than 300 militants had passed through its *cursillos de formación* (training courses)” (Conversi, 1997: 91).

<sup>220</sup> Die I Asamblea fand im Exil statt (Conversi, 1997: 92).

<sup>221</sup> ETA war keineswegs homogen und änderte ihre Inhalte während der Jahre; so hatten z.B. ETA V ( fünfte Versammlung 1966-67) und ETA VI (sechste Versammlung 1970) unterschiedliche Betonungen in der von beiden postulierten Beziehung zwischen Nationalismus und Klassenkampf. Beide verwendeten den Begriff Pueblo trabajador Vasco, aber die ETA VI sollte mit der Zeit die nationalistische Betonung mildern und nahm stattdessen eine mehr vom Trotzismus beeinflusste klassenkämpferische Auffassung an (Conversi, 1997).

<sup>222</sup> Diejenigen, die mehr an den kulturellen Aspekten interessiert waren, verließen die ETA in den 60er Jahren und gründeten Branka. Diejenigen, die mehr den Sozialismus betonten, gründeten 1965 die ETA Berri und 1970 die ETA-

fen und sozialen Konflikten übersetzte. Spätestens seit der Ermordung Carrero Blancos 1973 bewegte sich die ETA nach dem Motto „Aktion vereint, Worte trennen“. Conversi zitiert Jáuregui (1986) der meint:

*„To all intents and purposes since 1970 ETA has been ideologically dead. (...) All theoretical and doctrinal activity was paralyzed. All discussions after 1970 have centered only around problems of strategy and political tactics; even so they have been of greater intensity than previous debates“*<sup>223</sup> (Conversi, 1997: 235).

Jedenfalls trägt die Dynamik von ETA-Gewalt und Staatsrepression einschließlich von Prozessen wie dem von Burgos zur Mobilisierung der baskischen Bevölkerung bei, die auf die Strasse geht, wodurch die nationalen Symbole die erzwungene Beschränkung auf den privaten Bereich verlassen und öffentlich werden<sup>224</sup>.

Mit den wachsenden Erfolgen gegen die Francodiktatur erlangte die Frage der „baskischen Identität“ zunehmendes Gewicht; mit ihr allerdings auch die beiden entgegengesetzten Auffassungen von baskischer Identität, die sich in zwei unterschiedlichen Konzepten nationalistischer Mobilisierung niederschlugen: zum einen eine städtische Guerilla unter Einschluß der „assimilierten Basken und eingewanderten ArbeiterInnen“; die andere Konzeption setzte auf den Aufbau einer ländlichen Guerilla mit dem Schwerpunkt auf das Baskische, Euskaldun, dem Herz des Landes. ETA versuchte beide Auffassungen zu integrieren, die aber trotzdem Quelle ständiger Auseinandersetzungen und Spaltungen innerhalb der Organisation wurden.

Freilich machte auch die PNV eine Veränderung ihrer Konzeption durch. 1971 rief sie in einem offenen Brief an die Einwanderer in Euskadi diese auf, die Baskische Kultur zu respektieren und zusammen für die Freiheit und für die kollektiven Rechte zu kämpfen. Der Brief fing mit den Worten an: *„Welcome to our land.. this is your land, you are Basque. (...) We [the natives] are not better or worse than any other“* (Conversi, 1997: 202)

Mit dem Ende der Diktatur konnte die PNV die Initiative innerhalb des Baskenland wieder ergreifen; die Partei gewann die während der 60 und 70er Jahre an die ETA verlorengegangene Unterstützung der Bevölkerung teilweise zurück, da eine aktive Mittelschicht und lokale Kapitalisten der Partei beitraten und Einfluß auf ihr Programm und Profil erlangen.

---

VI, und nach Francos Tod die ETA- PM (Diez Medrano, 1999: 180).

<sup>223</sup> Jáuregui, National identity and political violence in the Basque Country, in: European Journal of Political Research, 1986, zitiert von Conversi, 1997: 235)

<sup>224</sup> Conversi (1997) ist der Meinung, daß gerade die Aktionen der ETA „the leitmotif behind all these changes“ waren.

Diez Medrano (1999) zieht als Ergebnis seiner Untersuchung den Schluß, daß der nationalistische baskische Widerstand in den 60er Jahren hauptsächlich von Teilen der Arbeiterklasse (in der ETA) und der unteren Mittelschicht (sowohl in der ETA wie in der PNV) getragen wurde. Teile der einheimischen Bourgeoisie und Intelligenzia sollten erst ab Mitte der 70er Jahre die PNV unterstützen.

Jedenfalls wurden sowohl der katalanische wie der baskische Nationalismus - aber auch der Terrorismus der ETA in der Endphase der Francodiktatur wichtige politische Akteure und trugen auch tatkräftig zu deren Ende bei, was ihnen eine erstrangige Rolle während der *Transición* zutrug. So wurde die Frage des peripheren Nationalismus unausweichlich eine politische Frage ersten Ranges (Llera Ramo, 2002).

## 5. Demokratisierungsprozeß seit der *Transición* von 1975 und nationale Frage

Mit dem Tod von Francisco Franco im November 1975 und der Ernennung von Juan Carlos de Borbón zu seinem Nachfolger und König Spaniens begann ein Demokratisierungsprozeß in Spanien, der notwendigerweise einen Bruch mit dem Franco-Regime implizierte. Doch wurde dieser Übergang von der Diktatur zur Demokratie – *die Transición* – von den konservativen Sektoren begleitet und von den *Cortes Orgánicas* ( s. Fußnote 206) halbwegs kontrolliert und abgesegnet; dem reformistischen Flügel des diktatorischen Apparats gelang es, die Führung des Prozesses für sich zu reklamieren und sich und die Monarchie als Garanten des friedlichen Übergangs zur Demokratie bestätigen zu lassen, weshalb er in der Lage war Bedingungen zu stellen<sup>225</sup>. Die durch Jahrzehnte zur Untergrundtätigkeit verurteilte linke Opposition war gespalten und politisch nicht auf die neue Situation vorbereitet; die Handlungsfähigkeit der konservativen Reformisten schwächte sie zusätzlich soweit, daß sie unfähig wurde, den Neuanfang selbst zu bewerkstelligen.

### 5.1. Die *Transición*: Vom Tod Francos über Navarro zu Suarez und der neuen Verfassung

König Juan Carlos de Borbón, unterdessen 37 Jahre alt, berief nach dem Tod von Franco am 20. November 1975 bereits am 5. Dezember Arias Navarro erneut zum Regierungschef. Wie von den meisten erwartet, versuchte Navarro sich weiter auf die alten falangistischen Vertreter wie Manuel Fraga und Institutionen wie dem *Consejo del Reino* (Königsrat) und dem *Consejo Nacional del Movimiento* (Nationalen Rat der Bewegung - zuständig für die Zulassung der politisch „korrekten Organisationen“) zu stützen. Diese Regierung der geplanten Kontinuität durch langsame Reform des Alten scheiterte schnell, da sie weder auf die Erwartungen der Rechten noch der Linken konkrete Antworten bieten konnte, während die wirtschaftliche Lage sich drastisch verschlechterte.

---

<sup>225</sup> «Für die *Transición* wurde ein hoher Preis gezahlt (...) In diesem Land gab es Menschen, die so viele Ungerechtigkeiten erlitten, die soviel durchmachten, ohne daß ihnen die Befriedigung der Anerkennung dieser Verbrechen und Mißbräuche gegeben wurde." (Fernando Álvarez Miranda, ehemaliger „Verteidiger des Volkes“ - Defensor del Pueblo. Interview in *El Mundo*, 5/12/99: 8). “Deshalb erscheint evident, daß man sich am Rand der vielen Errungenschaften des politischen Wechsels in Spanien auch fragen muß, welches die Grenzen des sogenannten “politischen Konsenses” waren, wer am Rand der “Nationalen Versöhnung” blieb, von der so viel während der *Transición* gesprochen wurde, und welche Auswirkungen diese Mängel auf den Prozeß der politischen Stabilisierung hatten.” (Aguilar Fernández, 2002: 136). Im Unterschied zur Diktatur Primo de Riveras, zur II. Republik und zur Francodiktatur, ist die gegenwärtige Demokratie das einzige Regime des XX. Jahrhunderts in Spanien, das die politischen Verantwortlichen des vorangegangenen Regimes nicht zur Rechenschaft gezogen hat. Darüber hinaus wird ständig die friedliche Art der spanischen *Transición* betont; Aguilar Fernández (2002: 147) weist in dieser Hinsicht auf die mehr als 460 Ermordungen zwischen 1975 und 1980 hin. Die Tatsache, daß die politische Justiz sehr beschränkt war, oder daß man unter anderem die Formierung der GAL- Grupos Antiterroristas de Liberación - in den 80er Jahre verstehen kann, spricht dafür, die Demokratie in Spanien als stabil aber beschränkt zu verstehen. Santos Juliá (1999: 235) ist der Meinung, daß der Diskurs der Versöhnung, der Amnestie, der Verzicht auf Revanche schon seit den 40er Jahren existierte, jedoch diese Versöhnung nicht die Verantwortlichen und Träger der Franco Diktatur einbeschlossen hatte; in der Tat fragte diesmal keiner der wichtigsten politischen Akteure nach der Vergangenheit.

Schon am 1. Juli 1976 trat Arias Navarro zurück, worauf der König den 44-jährigen Politiker Adolfo Suárez berief. Obwohl dieser in der Francotradition stand, ebnete er mit einem von den Cortes am 18. November 1976 verabschiedeten Gesetz für eine politische Reform<sup>226</sup> den Weg für freie Wahlen zum Senat und Kongreß. Die landesweite Volksbefragung am 15. Dezember über das Ja oder Nein zum **Gesetz für die politische Reform**<sup>227</sup> sollte eine hinreichende Legitimität schaffen; die Frage ob Monarchie oder Republik stand hierbei allerdings gar nicht erst zur Abstimmung. Ab diesem Punkt baute Suárez die Institutionen der Diktatur ab, aber ohne personelle Säuberungen vorzunehmen; seine Regierung konnte gestärkt der faktisch erst im Juli 1976 legalisierten- Opposition<sup>228</sup> gegenüberreten, die von der Straße direkt zum Verhandlungstisch wechselte.

*„So schloß Suarez die erste Phase eines legalen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie mit der Neutralisierung der Handlungsfähigkeit des Blockes seiner Gegner ab, der Verschiebung von Legitimität in Richtung Krone und Regierung, die faktische Abschaffung der „Fundamentalen Gesetze“, die Auflösung der Institutionen der Diktatur und die allmähliche Inkooperierung der Opposition in einen von der Regierung kontrollierten Prozeß.“<sup>229</sup> (Juliá, 1999: 223).*

Die deutliche Zustimmung schon bei der Volksbefragung in Dezember 1976 deutete darauf hin, daß der weitere politische Kurs keineswegs automatisch auf eine Strategie des Bruchs sondern auf einen sanfteren Prozeß ohne die Infragestellung der Legitimität des Königs oder das Verlangen nach Säuberung des Staatsapparats zusteuern könnte. Was tatsächlich stattfand war ein Pakt zwischen der antifrankistischen Opposition und den frankistischen Reformisten mit dem Verzicht der ersteren auf eine Verfassungsgebende Versammlung, auf die Republik –föderal oder nicht- und auf jegliche Zurechnenschaftsziehung der Verbrechen unter der Diktatur; die zweiten sollten die repräsentative Demokratie, eine Amnestie der politischen Gefangenen, eine Dezentralisierung des Staates und die Legalisierung von politischen Kräften wie der KP und den Gewerkschaften akzeptieren. Nur die extremen Kräfte akzeptierten diesen Pakt nicht (De la Granja Sainz et al., 2003).

---

<sup>226</sup> Der Reform wurde binnen zwei Tagen und fast einstimmig von den ständestaatlichen Cortes (die Cortes der Zeit von Franco) zugestimmt, die sich damit auch selbst auflösten; es war ein ungewöhnlicher politischer Selbstmordakt (De la Granja, 2002).

<sup>227</sup> Bei einer landesweiten Wahlenthaltung von nur 22,3% hatte das Ja 94,2% gegen lediglich 2,6% Nein-Stimmen bekommen. Selbst in Katalonien akzeptierten 69% der Wahlberechtigten das Projekt. Eine viel unnachgiebigere Haltung zeigten von Anfang an die baskischen Wahlberechtigten: Im Baskenland erreichte die Wahlenthaltung 46% der Wahlberechtigten (Gobierno de España, Ministerio del Interior: [www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm](http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm)).

<sup>228</sup> Die (alten) Cortes veränderten auf Druck von Suárez das Strafgesetzbuch bezüglich Versammlungs-, Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit, und stimmten einer partiellen Amnestie für den 31. Juli 1976 zu.

<sup>229</sup> „Suarez culminaba así la primera fase de una transición legal de la Dictadura a la Democracia, con la neutralización de la capacidad de bloqueo de sus adversarios, el desplazamiento de legitimidad hacia la Corona y al gobierno, la derogación de hecho de las Leyes Fundamentales, la disolución de las instituciones de la Dictadura y la paulatina incorporación de la oposición a un proceso controlado desde el gobierno“ (Juliá, 1999: 223).

Für unser Untersuchungsthema ist von Relevanz, daß vor dem Referendum im Dezember 1976 fast alle linken Parteien nicht nur auf regionaler sondern auch auf nationaler Ebene das Selbstbestimmungsrecht der ‚iberischen‘ Nationalitäten verteidigt hatten. Die Positionen reichten von Föderalismus bis zu einer Konföderation, jedoch außer im Baskenland waren die „Independentistas“ recht marginal (De la Granja Sainz et al., 2003: 195). Angesichts des bevorstehenden Referendums änderte jedoch ein Teil der linken Opposition seine Betonungen; die PSOE nahm auf ihrem Kongreß (Dezember 1976 kurz vor der Volksbefragung) bedeutsame Veränderungen vor: bestand sie in ihrem ursprünglichen Programm auf die „Errichtung einer Föderalen Republik bestehend aus allen Völkern des spanischen Staates“ („Instauración de una República Federal integrada por todos los pueblos del Estado español“) und verteidigte das Selbstbestimmungsrecht, bewegte sie sich nun in Richtung auf eine Autonomieregelung (De la Granja Sainz et al., 2003).

Nach der Zustimmung der Opposition im März 1977 zu einem neuen Wahlgesetz fanden nach 41 Jahren am 15. Juni 1977 die ersten allgemeinen und freien Wahlen<sup>230</sup> statt<sup>231</sup>, zu denen auch die PCE<sup>232</sup> (Kommunistische Partei Spaniens) zugelassen war. Die UCD, die Partei von Suárez gewinnt diese Wahlen und kann gestärkt die nächsten Schritte in Angriff nehmen; vielleicht einer der wichtigsten war am 25. Oktober 1977 der Abschluss des **Pakts von Moncloa** (Pacto de la Mocloa). Der Pakt begleitete und legitimierte die Politik der Transición. In ihm vereinbarten Regierungsvertreter und parlamentarische Vertreter der unterschiedlichsten politischen Parteien sowie Gewerkschaften eine Reihe gemeinsamer Ziele. Abgesehen von der politisch wenige Monate zuvor noch unvorstellbaren Tatsache, daß der Pakt von den Kommunisten (unter Leitung von Santiago Carrillo) und von den Sozialdemokraten (unter Felipe González) unterschrieben wurde, erlangte die Unterstützung des Haushalts- und Wirtschaftsprogramms der Regierung (vor allem die Begrenzung des Haushaltsvolumens und der Löhne und Gehälter) größte Bedeutung.

---

<sup>230</sup> Die Sitzverteilung nach den landesweiten Wahlen zur Cortes vom 15. Juni 1977 war: Unión de Centro Democrático (UCD, die Partei von Suárez) 166 Sitze, Partido Socialista Obrero Español 118, Partido Comunista 19, Alianza Popular 16, Parté Democratic per Catalunya 11, Partido Nacionalista Vasco 8, Partido Socialista Popular-Unidad Socialista 6, aus: Gobierno de España, Ministerio del Interior, referendo 1976:

<http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm>, eingesehen 7. August 2007.

<sup>231</sup> Mit der Mehrheit der parlamentarischen Gruppen wurde 1977 auch ein Amnestiegesetz beschlossen; damit wurden einerseits die politischen Gefangenen der Opposition freigelassen, aber auch eine Art von Schlußstrichgesetz für die politisch Verantwortlichen des Francoregimes beschlossen. Nur die extreme Rechte und die radikalen baskischen Nationalisten enthielten sich und stimmten den Gesetzen nicht zu (Aguilar Fernández, 2002: 158-159).

<sup>232</sup> Die PCE, die Kommunistische Partei Spaniens war jedoch gerade erst am 9. April 1977 von Suárez zugelassen worden. Nach Juliá (1999) war die Legalisierung der PCE die erste politisch wichtige Entscheidung seit dem Bürgerkrieg ohne Zustimmung der Armee – und sogar gegen die große Mehrheit von ihr. Die Legalisierung der PC Spaniens wie die der Gewerkschaften (am 30. März 1977) wurde natürlich eine Feuerprobe für die Akzeptierung der neuen demokratischen Regeln durch die alten frankistischen Kräfte.

Den aus den Wahlen hervorgegangenen Cortes, die de facto als Verfassungsgebende Versammlung agierten, oblag unter anderem die Ausarbeitung einer neuen Verfassung<sup>233</sup>. Der Entwurf wurde beiden Kammern vorgelegt, die ihm schließlich am 31. Oktober 1978 – mit 325 von 345 Stimmen bei Enthaltung der baskischen Minderheit – zustimmten. Mit der Zustimmung einer breiten Bevölkerungsmehrheit beim Verfassungsreferendum am 6. Dezember 1978 hatte das nachfrankistische Spanien eine Verfassungsgrundlage erhalten. Aber schon die große Stimmenthaltung in einigen peripheren Regionen, besonders dem Baskenland, sollte andeuten, daß auch auf diesem Feld weitere harte Auseinandersetzungen zu erwarten waren.

### **5.2. Staat und Verfassung von 1978 in Spanien: Eine Neudefinierung der Beziehung Zentrum Peripherie**

Wie schon bei der Konstituierung der II. Republik wurde die *Transición* von Anbeginn an von der nicht gelösten Nationalitätenfrage und durch die nationalistischen Bewegungen in Katalonien wie im Baskenland belastet: eine Demokratisierung ohne Antwort auf diese Frage war undenkbar. Dies wurde allen politischen Kräften klar, wenn sie die stark organisierte Opposition der nationalistischen Kräfte – vor allem in Katalonien – betrachteten. Der Anbruch der Demokratie gab insgesamt allen nationalistischen Bewegungen, wenngleich mit Unterschieden, einen starken Impuls. Die Entwicklung des Nationalismus oder Regionalismus in Valencia, Andalusien, den Kanarischen Inseln oder auf den Balearen belegt dies<sup>234</sup>.

Spanien befand sich vor und zur Zeit der Verabschiedung der Verfassung 1978 im Aufbruch; es gab überall riesige Mobilisierungen – Streiks, Proteste, Demonstrationen – wobei Katalonien sich als ein Zentrum von Protesten und zivilen Initiativen erweisen sollte; so demonstrierten am 11. September in Barcelona mehr als eine Millionen Menschen unter dem Motto „*Freiheit, Amnestie und Autonomiestatut*“. Das Baskenland war das andere Epizentrum der Proteste, wobei Bewegungen wie in Vitoria (Hauptstadt Baskenlands) für die Erhöhung von Löhnen und Gehältern in ganz Spanien einen großen Widerhall fan-

---

<sup>233</sup> Die Comisión de Asuntos Constitucionales y Libertades Públicas des Abgeordnetenhauses (Congreso de los Diputados) ernannte eine Gruppe von sieben Abgeordneten, die den Verfassungsentwurf ausarbeiteten. Mit der Verfassung von 1978 sind die Cortes Generales als „konstitutionelles Organ des Spanischen Staates“ nach dem Zweikammerprinzip gestaltet: der Senat, als Oberhaus und der Deputiertenkongreß als Unterhaus. Dabei bleibt die Überlegenheit des Abgeordnetenkongresses über den Senat im Prozeß der Bildung des legislativen Willens der Allgemeinen Cortes klar festgelegt. Beide Kammern haben das Recht zu Gesetzesinitiativen, aber der Senat muß dem Kongreß seine Gesetzesentwürfe zur Behandlung vorlegen, was ihn zu einer Kammer für die zweite Lesung macht.

<sup>234</sup> In der Tat hat die Regierung die territoriale Form des neuen Staates tief geprägt; schon bevor die Verfassung ihre Endfassung annahm, dekretierte Suarez Präautonomiestatute für Katalonien (1977), das Baskenland – Euskadi im Januar 1978; im März des gleichen Jahres dann für Galizien, Valencia, Aragón, die Kanarischen Inseln; im April für Andalusien, im Juni Extremadura, Castilla-León und die Balearen. So hatten die Cortes mittels der neuen Verfassung eher eine Bestätigung *de iure* eines faktischen Zustands zu vollziehen (De la Granja et al., 2002: 200).

den, worin der allgemeine Hunger nach Demokratie, mehr Rechten und Verbesserung des Lebensstandards zum Ausdruck kam.

Die Verfassung von 1978<sup>235</sup> versuchte das „*delikateste, wenn nicht das schwierigste Problem, das sich ohne Lösung durch die Geschichte Spaniens schleppte*“ (González Encinar, 1982: 149) zu lösen. Das „hybride Modell des Integralen Staates der II. Republik“ stand mit seinen Vor- und Nachteilen als Beispiel zur Verfügung. Der „unitaristische“ und zentralisierte Staat wurde allgemein abgelehnt; die Debatten um eine Alternative zu diesem reichten von lediglich einer dezentralisierteren Verwaltung bis hin zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Von diesen beiden Extremen abgesehen fokussierte die Diskussion letztendlich um die Frage der regionalen Autonomien und ihre Bedeutung. Aber was bedeutet Autonomie? In der Tat wird diese Frage und der Versuch einer Antwort in der politischen Konjunktur jener Zeit Quelle von Zweideutigkeiten<sup>236</sup> und zukünftigen Mißverständnissen.

Wie González Encinar (1982) schreibt, kann die Teilung der Kompetenzen zwischen Staat und Kollektivitäten unterschiedliche Formen annehmen, und dies nicht nur aufgrund von praktischen sondern auch von politischen Gründen.

*“...aber nicht selten wird das funktionelle Kriterium durch die Forderungen korrigiert oder alteriert, die aus der Notwendigkeit resultieren, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Kräften des entsprechenden politischen Systems zu finden“*<sup>237</sup> (González Encinar, 1982: 165).

So wurden die Debatten ständig einerseits durch die Ablehnung breiter Teile des Militärs gegen jegliche Autonomiebestrebungen der Regionen, andererseits durch die Bombenattentate der ETA faktisch beeinflusst. Nohlen & Hildebrand (1992: 27) aber auch andere Autoren wie Pérez Royo (1992) weisen darauf hin, daß die Verfassung ein Minimalkonsens war, *“der im Rahmen extremer Interessensgegensätze geboren wurde“*, dem sehr kontroverse Ausgangspositionen zugrunde lagen.

---

<sup>235</sup> Varela Suanzes (1987) sieht eine Kontinuität im konstitutionellen Modell der Verfassung von 1869 – die stark von der Verfassung von Cadiz 1812 geprägt war - der Verfassung von 1931 und der aktuell gültigen von 1978. Diesen drei Verfassungen liege eine Auffassung zugrunde, wonach „...der höchste Ausdruck der demokratischen Rechtstaatlichkeit einer aus dem freien kollektiven Willen entstandenen Verfassungsordnung entspreche“.

<sup>236</sup> “ Im Kapitel VIII der Verfassung von 1978 und den mit ihm zusammenhängenden Artikeln bestehen zahlreiche Termini und Ausdrücke, deren Bedeutung im Text entweder ambivalent oder widersprüchlich ist, oder schlicht falsch. In dem einen oder andern Fall finden sich Termini oder Ausdrücke wie: Staat, Nation, Souveränität, Autonomie, Selbstregierung, Nationalität, politische Staatsform, Länderkammervertretung, Ausschließliche Kompetenzen, Territoriale Organisation des Staates oder Finanzautonomie”. (...) Wir glauben daß eine beträchtliche Zahl von nicht nur theoretischen sondern auch praktischen Problemen, die das Thema der Autonomie aufgeworfen hat, dem geschuldet ist, was wir verkürzt Ambivalenz der Verfassung nennen .” (González Encinar, 1982: 151).

<sup>237</sup> “...pero no en escasa medida, el criterio funcional está corregido, o alterado, por las exigencias que derivan de la necesidad de encontrar un equilibrio entre las distintas fuerzas del sistema político que se trate” (González Encinar, 1982: 165).

*„Dieser Übergang (...) wurde dank des Konsenses möglich, der zwischen den repräsentativsten politischen Eliten bzgl. des konstitutionellen Designs der neuen parlamentarischen Monarchie und einer Form dezentralisierten Staats erreicht wurde. Zwischen der von den Erben des alten Regimes verteidigten Kontinuität und dem von der demokratischen Opposition geforderten Bruch wurde für eine paktierte Reform optiert“<sup>238</sup> (Llera Ramo, 2002: 117).*

Mit dem Ziel, einen breiten Konsens zu finden, wurde die Verfassung zweideutig und offen für unterschiedliche Interpretationen formuliert<sup>239</sup>.

Die Ambivalenz in der territorialen Organisation des spanischen Staates als Ergebnis des politischen Konsens der in die Verfassungsverhandlungen einbezogenen politischen Parteien, postuliert einerseits die Existenz einer spanischen Staats-Nation, andererseits vertritt sie eine Auffassung von Spanien als ein Zusammenkommen von unterschiedlichen Nationalitäten und Regionen. Allerdings war dies das erste Mal in der Geschichte Spaniens, daß die Nation sich als eine Artikulierung nicht nur von Regionen und Provinzen sondern von *Nationalitäten* darstellte. Daraus wurde ein offenes Modell für die territoriale Organisation des demokratischen Spaniens' abgeleitet

*„In accordance with the principle of political negotiation, which embodied the constitutional text as a whole, Conservatives, Centrist, Nationalists, Socialists and Communists opted for a model of ‘imperfect federalism’ which would not jeopardize the delicate constitutional consensus on the issue of decentralization, the most delicate to be agreed upon in the constituent period. Hence, the accepted solution took the form of a non-written pledge to extend the mechanisms of political transaction into the future.” (Moreno, 1994: 4).*

Der hybride Charakter des Staates der Autonomien enthält nach De la Granja Sainz et al. (2003) Elemente des Zentralismus wie des Föderalismus, eine nicht immer kohärente Kombination. Faktisch hat die Verfassung Katalonien, Euskadi und Galizien eine Autonomie „ersten Ranges“ bewilligt, deren Selbstregierung sich sehr der in einem föderalen Staates nähert, während die Autonomien „zweiten Ranges“ mehr in Richtung einer dezentralisierten Verwaltung gingen. Hinzu kommt die einzigartige Autonomie des Basken-

---

<sup>238</sup> “Esta Transición (...) fue factible gracias al consenso alcanzado por las élites políticas más representativas en torno al diseño institucional de la nueva Monarquía parlamentaria y una forma de Estado descentralizado. Entre la continuidad defendida por los herederos políticos del régimen anterior y la ruptura reivindicada por la oposición democrática, se optó por una reforma pactada” (Llera Ramo, 2002: 117).

<sup>239</sup> Diese Unklarheiten aber haben nach Meinung González Encinars (1982: 151) nicht nur nichts für das Erreichen des angeblichen Zieles geholfen, sondern sogar das Gegenteil erreicht: die Erfüllung der Ziele wurde damit um so schwieriger gemacht. Eine andere Auffassung der Zweideutigkeit der Verfassung hat Rubio Llorente während eines Verfassungskolloquiums in Berlin vertreten; für ihn hat das Kapitel VIII „eher die Eröffnung eines historischen Prozesses unternommen als eine Systematisierung der Materie geleistet“ (Zitiert von Perez Royo, 1992: 103).

lands bezüglich Finanzen und Haushalt, was weit über die Autonomien der anderen historischen Nationalitäten hinausgeht.

Verglichen mit der Verfassung der II. Republik und dem Autonomieregime von 1931 existieren jedoch Nuancen und Unterschiede. Bei beiden ist das Erreichen der Autonomie optionell, jedoch dehnte die Regierung Suárez die Autonomiepolitik auf fast das ganze Land aus. Der Weg, um eine Autonome Entität zu werden ist seit 1978 weniger schwierig, aber es werden, wie oben bereits festgestellt wurde, zwei unterschiedliche ‚Autonomiehierarchien‘ festgelegt; außerdem bietet die Verfassung die Möglichkeit, nach fünf Jahre die Kompetenzen erweitern zu können.

Jedoch haben die Cortes Generales, und damit das Zentrum, die letzte Entscheidung zu treffen. Sie stimmen der Autonomie zu oder verweigern sie (art. 151), sie akzeptieren Reformen (art. 147); die Cortes können die Kompetenzen ausdehnen (art. 150) oder beschneiden (art. 150.3). In gewissen Fällen kann die Zentralregierung die Autonomie auch vorübergehend aussetzen (art. 155).

Die zentralistischen Züge der Verfassung drücken sich auch in der Figur des Supergouvernors aus, einem Vertreter der Zentralregierung in der autonomen Gemeinschaft. Auch der Senat nimmt, trotz der Definition als „Ländervertretung“ (Cámara de representación territorial - art. 69), nicht diese Rolle wahr, und bleibt einfach eine zweite Kammer, in der die Gesetze lediglich erneut gelesen und abgestimmt werden. Es existiert auch kein anderes Verbindungsorgan zwischen der zentralen Macht und den Autonomen Gemeinschaften. Schließlich beschränkt das Fehlen einer Finanz- und Haushaltsautonomie – die Ausnahme sind das Baskenland und Navarra- de facto eine politische Autonomie (De la Granja Sainz et al., 2003).

Real bleibt Hauptkonfliktlinie zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften alles, was mit der Verteilung der Kompetenzen zu tun hat<sup>240</sup>. Das spiegelt sich auch darin wider, daß die drei ‚historischen Nationalitäten‘ (Baskenland, Katalonien und Galizien) an circa 86% der vor dem Verfassungsgericht<sup>241</sup> ausgetragenen Konflikte zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften bis zum Jahr 1992 beitrugen (Nohlen & Hildebrand, 1992: 36). Sicherlich sahen viele Regionen in der neuen Verfassung keine neue Form, kein ‚*neues Konzept pluralistischen Zusammenlebens*‘ (Nohlen & Hildebrand, 1992). Die Mehrheit der Parteien in den Regionen – mit Ausnahme der katalanischen Parteien und der Sozialistischen Partei Andalusiens – riefen für das Verfassungsreferendum am 6. Dezember 1978

---

<sup>240</sup> Andere Konfliktlinien sind die Finanzierung der Autonomen Gemeinschaften, Partizipation an der Willensbildung des gesamtstaatlichen Gesetzgebers sowie Kooperationsbeziehungen zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften sowie den Autonomen Gemeinschaften untereinander (Nohlen & Hildebrand, 1992).

<sup>241</sup> Dem Verfassungsgericht wurde eine wichtige Rolle als Schiedsrichter bei der Implementierung des *Estado de las Autonomias* verliehen. Die Tatsache, daß das spanische System das proportionale Repräsentationssystem anwendet, zwingt zum Kompromiß bei der Ernennung der Kandidaten zum obersten Verfassungsgericht (Corte Constitucional), was sich wiederum in Unabhängigkeit und Autorität des Gerichts übersetzt. „In Spain, the need for a pact between Government and Opposition in the election of the members of the *Tribunal Constitucional* has proved to be a barrier

zur Wahlenthaltung auf, was sich vor allem im Baskenland, Galizien und auf Teneriffa stark bemerkbar machte; aus dem Baskenland kam ein Ja zur Verfassung, was in der Tat ein Nein war: von den 1'552.000 im Wahlregister Eingetragenen enthielten sich 859.427 (56% Wahlenthaltung), 479.205 stimmten JA (31%) und 163.191 (10,5%) Nein; die hohe Zahl der Enthaltungen widerspiegelte die geringe spanische Staatslegitimität im Baskenland (Conversi, 1997: 145). Demgegenüber gab es auf nationaler Ebene eine Wahlbeteiligung von 67,11%; 17'873.271 der 26'632.180 Wahlberechtigten gingen zur Wahl, 8'758.909 oder 32,1% enthielten sich. Von den 67,11% Wahlbeteiligten stimmten 88% (15'706.068) der Verfassung zu und 1'400.505 (7,89%) stimmten dagegen<sup>242</sup>.

Zum Verständnis der Debatten über die Verfassung von 1978 muß man sich die unübersehbare Rolle des Nationalismus der wichtigsten Peripherien (Katalonien und Baskenland) vor Augen halten. Die Verfassung nahm erst mit dem Referendum in Katalonien über das Autonomiestatut am 25. Oktober 1979 konkrete Gestalt an: bei einer Wahlbeteiligung von 61% stimmten 88% dem Statut zu (Conversi, 1997: 145). Katalonien hatte bereits die Erfahrung der II Republik hinter sich, und mit dem Autonomiestatut ein System der Selbstregierung (Generalitat) mit drei Organen (Parlament, Präsident und Regierungsrat) und Kompetenzen auf legislativer wie administrativer Ebene entwickelt. Nun erhielt Katalonien erneut eine autonome Regierung (Die Generalitat) und ein eigenes Parlament.

Das katalanische Statut wurde Modell für das baskische Statut - wobei das baskische Statut ganz spezifische Punkte enthielt, die schon im Juli 1977 zwischen den spanischen Parteien und dem gemäßigten Teil der baskischen Nationalisten vereinbart wurden; Teil der Vereinbarung war, daß das Selbstbestimmungsrecht für die Basken von Spanien nicht anerkannt werden sollte und daß Navarra nicht Teil des Baskenlands sein sondern eine unabhängige Stimme haben sollte (Von Tangen Page, 1998). Es wurde zeitgleich mit dem katalanischen Statut zur Abstimmung per Referendum am 25. Oktober 1979 vorgelegt und erhielt auch ein ähnliches Ergebnis, bei 59% Wahlbeteiligung 90% Ja-Stimmen<sup>243</sup>.

Bei allen Mängeln und Widersprüchen verwandelte der Demokratisierungsprozeß dieser Jahre das zentralisierte Spanien in eines der dezentralisiertesten Länder Europas. Im April 1981 wurde ein allgemeines Modell des Autonomie-Staates, d.h. die Verallgemeinerung der Autonomien beschlossen: in den Autonomiegebieten wurden durch die wahlbe-

---

against open political sectarianism in the nomination of the candidates" (Moreno, 1994: 5).

<sup>242</sup> Gobierno de España, Ministerio del Interior, Referendo 1978,

<http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm>

<sup>243</sup> Parlamento Vasco, [http://www.parlamento.euskadi.net/c\\_resultados\\_electorales.html](http://www.parlamento.euskadi.net/c_resultados_electorales.html)

rechtigte Bevölkerung Gesetzgebende Versammlungen gewählt, die ihrerseits Regierungsräte und Präsidenten bestimmten. Dies stieß auf Ablehnung sowohl der katalanischen wie baskischen Nationalisten, da damit die Besonderheit und Eigenartigkeit der Problematik der drei ‚historischen Nationalitäten‘ verschwommen erschien.

### **5.3. Spanien seit der Verfassung von 1978**

Der Demokratisierungsprozeß und die Verfassung von 1978, die eine parlamentarische Monarchie und einen dezentralisierten Staat institutionalisierten, setzten innerhalb Spaniens eine andere Dynamik und damit eine andere Beziehung Zentrum - Peripherie in Gang.

Über den genauen Zeitpunkt des Endes der *Transición* existieren unterschiedliche Ansichten; einige betrachten formal die Zustimmung zur Verfassung bei dem Referendum im Dezember 1978 als Abschluß der *Transición*; andere sehen den gescheiterten Tejero-Putsch vom Februar 1981 und den Wahlsieg der Sozialisten im Oktober 1982 als Abschluß, d.h. als sich das Demokratiesystem Spaniens als stabil erwiesen hatte.

Politisch war der Putschversuch unbestreitbar eine Feuerprobe für die junge spanische Demokratie. Der Putsch hatte auf jeden Fall einen ‚*geschwächten aber lebendigen reaktionären spanischen Nationalismus*‘ (De la Granja Sainz et al., 2003: 203) offenbart, der nicht nur den Kampf gegen die andauernde Gewalt der ETA sondern auch allgemein gegen eine instabile Lage und gegen die Demokratie der Autonomen sowie für die Einheit des Vaterlandes propagierte. Die Regierung des Suarez-Nachfolgers Calvo Sotelo<sup>244</sup> (Feb. 1981- Dez. 1982) versuchte durch das „Organische Gesetz zur Harmonisierung des Autonomieprozesses“, („Ley Orgánica Armonizadora del Proceso Autonómico“ LOAPA) – dem Felipe González (PSOE) zugestimmt hatte- die Lage zu befriedigen: mit ihm sollte die Geschwindigkeit der Dezentralisierung verlangsamt und damit die unzufriedenen Elemente des rechten Flügels beruhigt werden. Nach dem Wahlsieg der Sozialisten (28.10.1982) kam Felipe González am 2. Dez. an die Macht und versuchte diese Politik forzusetzen, jedoch wurde das Gesetz vom Tribunal Constitucional als verfassungswidrig erklärt. So setzte sich die Dezentralisierung des Landes weiter fort.

#### **5.3.1. Die PSOE-Regierung und die baskische Frage**

Mit dem Regierungsantritt von Felipe González verbanden viele Spanier die Erwartung, Spanien werde endlich demokratisch, und damit könnten alle vertagten Utopien, Hoffnungen und Erwartungen erfüllt werden (u.a. die Bestrafung der Täter der Franco-

---

<sup>244</sup> Während seiner Amtseinführung als Präsident am 25. Februar 1981 fand der Putsch statt; er war Präsident bis zum 1. Dezember 1982 nach Felipe González Wahlsieg.

Diktatur, Säuberung der Unterdrückungsapparate, Rehabilitierung der Opfer - die während der *Transición* im Stand-by geblieben waren). In der Tat zerbrachen das künstliche Gleichgewicht und die Pakte zwischen den Fraktionen oder ‚Familien‘, wie sie in der Zeit Francos aber auch während der *Transición* der UCD (der Partei von Suárez ) üblich waren; zum ersten Mal wurde das Land von einer gewählten Partei und nicht von Familien und Interessensgruppen regiert (Juliá, 1999). Ab 1982 und besonders nach der Niederlage der UCD gruppiert sich der neue konservative Nationalismus um die Alianza Popular (aus der die Partido Popular –PP hervorgehen sollte) und akzeptiert die neue demokratische politische Lage sowie das Autonomieregime.

An die Macht gekommen zeigte die PSOE in vielerlei Hinsicht deutliche Veränderungen ihrer politischen Ansichten, was man teilweise auf den Putschversuch von 1981 zurückführen kann. Streck<sup>245</sup> stellt die plausible These auf, es habe sich damals angesichts der Unmöglichkeit einer realen Machtübernahme durch die Putschisten mehr um einen „Einschüchterungsputsch“ gehandelt. Noch stand die Diktatur in lebhafter Erinnerung, der radikale politische Diskurs war lebendig, die Opfer der Diktatur hatten die Hoffnung auf politische und moralische Entschädigung noch nicht verloren. Der Putschversuch sollte die PSOE und alle demokratischen Kräfte einschüchtern, während gleichzeitig die Monarchie mit der Fernsehansprache des Königs (24. Februar 1981) gegen den Putsch und für die Verteidigung der Demokratie legitimiert und befestigt wurde<sup>246</sup>.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik betrat Spanien unter der PSOE wieder die internationale Bühne und ließ den Isolationismus endgültig hinter sich. Spanien unterschrieb 1983 die UNO-Konvention gegen Folter, die bilateralen Beziehungen mit den USA wurden durch einen Freundschafts-, Verteidigungs- und Kooperationsvertrag 1983 konsolidiert, bestätigte 1985 die Mitgliedschaft in der NATO<sup>247</sup> - obwohl sich die Sozialdemokratie noch 1981 heftig gegen diesen Eintritt geäußert hatte-, und wurde am 1.1.1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft – heute Europäische Union. Die spanische Diplomatie nimmt federführend an den europäischen Sicherheits- und Antiterrorismusinitiativen

---

<sup>245</sup> Ralf Streck, 2006, <http://de.indymedia.org/2006/02/140127.shtml>.

<sup>246</sup> „Der Putschistenführer Alfonso Armada war der Mann im Hintergrund.“ „Armada wurde zu 30 Jahren Knast verurteilt, ist aber schon 1988 von der PSOE begnadigt worden. Ähnlich erging es den übrigen Verschwörern. Zuletzt kam Tejero 1996 frei.“ „Armada nannte den Putsch vor fünf Jahren [2001] im spanischen Fernsehen einen Triumph, das Land sei wieder auf den richtigen Weg gebracht worden.“ Ralf Streck, 2006 in: <http://de.indymedia.org/2006/02/140127.shtml>.

<sup>247</sup> Felipe González ließ am 12.3.1986 ein Referendum durchführen, dessen Ergebnis nichts an der NATO-Mitgliedschaft geändert hätte und eher den Charakter einer Befragung hatte. Von den 29 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich nur 17,2 Millionen, davon sprachen sich 9,05 Millionen für das Verbleiben in der NATO und 6,5 dagegen aus; 1,1 Millionen drückten ihre Unzufriedenheit mit dem Verfahren mit dem „Voto en blanco“ aus. 11 Millionen Wahlberechtigte (40.5%) gingen nicht zur Wahl. Gobierno de España, Ministerio del Interior, Referendo 1986, <http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm>. In vier autonomen Gemeinschaften, Katalonien, Baskenland, Navarra und den Kanarischen Inseln erhielt das Nein eine Mehrheit (Juliá, 1999: 268).

teil, zuerst über die Mitgliedschaft in der Gruppe TREVI<sup>248</sup> und später durch das Abkommen von Schengen, dem es am 25.6.1991 beitrifft.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik initiierte die PSOE in der Praxis eine Art moderate Politik, die prioritär auf wirtschaftliche Stabilität durch eine antiinflationäre Politik – keine Anhebung der Löhne über die Summe von Produktivitätssteigerung und Inflationsrate hinaus<sup>249</sup> – zielte; damit wurden in der Tat die Unternehmer beruhigt. Außerdem wurde die Armee modernisiert und der zivilen Macht unterordnet – mit König Juan Carlos als Oberbefehlshaber. Der privaten Konfessionserziehung (*educación religiosa*) wurde die staatliche Subvention gesichert, und damit die Kirche beruhigt. Mit dieser zentristischen Politik schaffte es die Sozialdemokratie, die meisten Konfrontationslinien zu beruhigen: mit den Unternehmern, der Kirche und der Armee. Es blieb nur die Frage der Nationalitätenkonflikte offen.

„*Euskadi das Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, ist die Demokratie zu amputieren*“ hatte Felipe González bezüglich des Baskenlands noch 1975 erklärt (zitiert von Laborde, 1998: 121). Doch stand für die Sozialisten im Jahr 1982 diese Frage, wie viele andere, nicht mehr auf der Tagesordnung, was damit zusammenhing, daß die territoriale Integrität Spaniens nicht in Frage gestellt werden sollte. In der Tat sollten die Sozialisten die harte Politik gegen den radikalen Nationalismus weiter führen und sogar verstärken. Auf der anderen Seite beförderte die PSOE eine Dezentralisierung, als sie beispielsweise 1988 20% des gesamten Staatseinkommens in die Autonomiegebiete transferierte, und dies mit wachsender Tendenz.

Nach Laborde (1998) hat die Sozialdemokratie gegenüber dem radikalen baskischen Nationalismus eine Doppelstrategie der Staatsräson verfolgt, nämlich eine intelligente Außenpolitik, wie vorher dargestellt wurde, und eine sehr strenge und aggressive Innenpolitik. Innenpolitisch hatte die PSOE nun die Gewalt der ETA als eine einfache Frage der inneren politischen Ordnung, nicht als ein politisches Problem begriffen und eine 'klare Anti-Terrorismusstrategie' verfolgt; ihre Politik der *reinserción social* (soziale Reintegration) verlangte von den aktiven Mitgliedern der ETA, auf Gewalt zu verzichten und jegliche Verbindung zu der Organisation abubrechen, um wieder in die Gesellschaft integriert werden zu können.

Gleichzeitig wurde unter der sozialistischen Regierung die GAL aktiv (*Grupos Antiterroristas de Liberación*), eine Gruppierung, die von 1983 bis 1987 agierte; in ihr

---

<sup>248</sup> TREVI ist die Abkürzung von Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und Internationale Gewalt. Es wurde in den 70er Jahren in Zusammenhang mit der Entstehung von städtischen Guerrillagruppen gegründet, die in ganz Europe aktiv waren. An TREVI waren auch nichteuropäische Länder beteiligt (darunter Marokko, die USA, Kanada). Spanien war ab 1979 beobachtendes Mitglied, ab 1983 war es rede- aber nicht stimmberechtigt und erst mit dem Eintritt in die EWG wurde es Vollmitglied.

<sup>249</sup> 1985 erreichte die Arbeitslosigkeit mit ungefähr 10,6 Millionen Arbeitslosen 20% der aktiven Bevölkerung. Die Arbeitsreform (*Estatuto de Trabajadores*) von 1984 flexibilisierte die Arbeitsmärkte und initiierte eine Ära kurzfristiger Arbeitsverträge und unsicherer Arbeitsplätze (Juliá, 1999).

kam ein Bündel aus dunklen Gestalten zusammen, u.a. aus der Pariser und Marseiller Mafia<sup>250</sup>, deren Hauptziel die Liquidierung baskischer Militanter war. Später wurde bewiesen, daß die GAL von wichtigen Vertretern des Innenministeriums organisiert worden war, was dazu führte, daß einige von ihnen verhaftet und sogar verurteilt wurden, darunter der ehemalige Innenminister José Barrionuevo. Der „schmutzige Krieg“<sup>251</sup> seitens des Staates brachte die spanische Demokratie in Verruf und wurde eine der Ursachen des Prestigeverlust von Felipe González und den Sozialisten, die dann 1996 die Regierungsmacht verloren.

Andererseits bildete die Dekade von 1983 bis 1993, wie De la Granja Sainz et al. (2003: 209) schreiben, „*ein gewisses Tal in der Kurve der nationalistischen Konfrontationen*“, deren Verlauf auf unterschiedliche Anlässe zurückzuführen sei: die absolute Mehrheit der PSOE und der Aufbau der Autonomieinstitutionen beruhigten die Lage ebenso wie die Koalition im Baskenland aus PNV und PSE nach der Spaltung der PNV oder die politische Schwächung des galizischen Nationalismus etc. Dieses Tal hatte jedoch durch die Gewalt der ETA und die (institutionelle) Antwort der GAL heftige Ausschläge erlebt.

### **5.3.2. Die PP und die antiterroristische Einheit (1996-2004)**

Angesichts des Verschleisses der vollständig diskreditierten PSOE gewann die PP die Wahlen von 1996, mußte aber zunächst zur Regierungsbildung im Parlament eine Koalition mit regionalen Rechtsparteien schließen, darunter die baskische PNV mit 5 Sitzen, die katalanische CiU (16 Sitze) und die kanarische Partei Coalición Canaria (4 Sitze). Dies war die Zeit der Vorbereitung Spaniens für die Phase III der Monetären und Wirtschaftsunion; tatsächlich erfüllte Spanien 1996 nicht alle Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrags bezüglich Inflation, öffentlicher Verschuldung, Haushaltsdefizit und Zinssatz. Die Regierung von Aznar unternahm umfassende Anstrengungen, um die Staatsschulden und das Haushaltsdefizit zu reduzieren –unter anderem wurden viele staatliche Unternehmen wie Iberia, Tabacalera oder Acelaria privatisiert-, und die Preise und Märkte –z.B. im Telekommunikationssektor - liberalisiert<sup>252</sup>.

Aufgrund der Unterstützung der PNV für Aznars PP entwickelte sich zunächst eine gute Beziehung zwischen PP und PNV, was sich auch in weiteren Kompetenzen<sup>253</sup> für das

---

<sup>250</sup> Sie verlangte 100.000 bis 200.000 Peseten für jede Ermordung. Bilanz: 60 Attentate, 28 Ermordete und rund 30 Schwerverletzte. Die GAL war die wichtigste in Frankreich aktive terroristische Gruppe (Laborde, 1998: 125).

<sup>251</sup> Ein Beispiel des politischen Tenors, der mit der GAL Einzug hielt, gab der Direktor der Zeitung *Diario 16* am 23. März 1981: „Es gibt keine Menschenrechte in der Zeit der Tigerjagd. Den Tiger sucht man, man kreist ihn ein, man erschöpft ihn, man packt ihn, und wenn nötig tötet man ihn. 50 Eurras könnten im Kampf fallen und die Hände Spaniens bleiben unbefleckt von Menschenblut... Die Polizisten die gegen sie schiessen, werden als Helden empfangen...“ aus: Elpais.com, Francesc de P. Burguera, Zapatero no creó un nuevo GAL, 08.01.2007, eingesehen Oktober 2007.

<sup>252</sup> Spanien erreichte die Aufnahme in die Euro-Hauptgruppe im Dezember 1997.

<sup>253</sup> El Mundo, martes 30 de abril de 1996, año VIII, Nr. 2358, eingesehen im Oktober 2007: <http://www.elmundo.es/papel/hemeroteca/1996/04/30/nacional/105460.html>.

Baskenland ausdrückte: u.a. die Verwaltung der Steuern für Alkohol, Tabak und Kraftstoffe –die bis 1993 selbst Staatsmonopol waren.

Kurz danach kam es jedoch zu einem politischen Bruch zwischen PNV und PP; ein Jahr nach der Einheit von PNV, PSE-EE und EA im Baskenland gegen die ETA anlässlich der Ermordung eines Abgeordneten der PP am 12. Juli 1997- was zu großen Demonstrationen in ganz Spanien geführt hatte-, handelte die PNV insgeheim einen Waffenstillstand mit der ETA<sup>254</sup> aus; die Beziehung PP - PNV wurde damit empfindlich gestört. Ab 1998 startet die Regierung Aznar mit dem Basken Jaime Mayor Oreja als Innenminister eine harte Offensive gegen die ETA und gegen alle ihre legalen Strukturen.

Die allgemeinen Wahlen im Jahr 2000 gewinnt die PP diesmal mit absoluter Mehrheit, womit den Konservativen ein größerer politischer Spielraum gewährt wurde.

Auf internationaler Ebene hatte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 am 27. Dezember 2001 der Rat der Europäischen Union die ETA in die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen; die USA taten dies ihrerseits am 26. Februar 2002 und am 5. Juni 2003 erklärt der Europäische Rat Batasuna, Herri Batasuna, Euskal Herritarrok, Jarrai, Haika und SEGI als der ETA zugehörige Organisationen.

Mit Mario Rajoy (dem gegenwärtigen Vorsitzenden der Partido Popular) als Innenminister werden 2003 Batasuna, SEGI und JARRAI als illegale Organisationen bezeichnet und verboten; Voraussetzung dafür war die Zustimmung zum Ley de Partidos (Parteiengesetz) durch die Cortes Generales am 27. Juni 2002, mit 304 Stimmen (PP, PSOE, CiU, Coalición Canaria und Partido Andalucista) gegen 16, ohne Enthaltungen.

Das Parteiengesetz beanspruchte, das Funktionieren des demokratischen Systems zu gewährleisten, *"indem verhindert wird, daß eine politische Partei in wiederholter und schwerwiegender Weise gegen dieses demokratische Regime der Freiheiten vorgeht, den Rassismus und die Xenophobie rechtfertigt oder politisch die Gewalt und die Aktivitäten der terroristischen Banden unterstützt."*<sup>255</sup>

Trotz dieser zur Schau getragenen antiterroristischen Einheit kühlte sich die Beziehung der PP mit der wichtigsten anderen nationalistischen Partei, der CiU Kataloniens, ab, während zur gleichen Zeit ab 2003 und angesichts der für 2004 vorgesehenen allgemeinen Wahlen ein Annäherungsprozeß zwischen CiU und PSOE stattfand. So hatte Rodriguez Zapatero als sozialdemokratischer Kandidat versprochen, die Statutreform des ka-

---

<sup>254</sup> Während des Waffenstillstands wurden 135 ETA-Gefangene in baskische Gefängnisse verlegt; in Zürich gab es weitere Treffen zwischen PNV und ETA. Wikipedia, [http://es.wikipedia.org/wiki/Partido\\_Popular#Los\\_a.C3.B1os\\_de\\_gobierno\\_.281996.E2.80.932004.29](http://es.wikipedia.org/wiki/Partido_Popular#Los_a.C3.B1os_de_gobierno_.281996.E2.80.932004.29), eingesehen im November 2007.

<sup>255</sup> „...impidiendo que un partido político pueda, de forma reiterada y grave, atentar contra ese régimen democrático de libertades, justificar el racismo y la xenofobia o apoyar políticamente la violencia y las actividades de las bandas terroristas“, Área de derecho de la Universidad de Girona, Departamento de justicia de la Generalitat de Catalunya, Absatz I – Exposición de motivos in: <http://civil.udg.es/normacivil/estatal/persona/PJ/L6-02.htm>, eingesehen im Oktober 2007.

talanischen Parlaments zu unterstützen. Zugleich versprach er, die von der PP am Código Penal<sup>256</sup> vorgenommenen Änderungen - die hauptsächlich gegen die baskische Regierung gerichtet waren- rückgängig zu machen. In der Tat erfüllte die PSOE, soweit dies möglich war, diese Wahlversprechen, als sie erneut an die Regierung kam.

### **5.3.3. Der erneute Wahlsieg der PSOE und die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung**

Der Sieg der PSOE unter Rodriguez Zapatero im März 2004 gegenüber einer diskreditierten PP (wegen ihrem Ja zum Irakkrieg, dem schlechten Management der Umweltschäden nach dem verheerenden Unfall des Öltankers Prestige und zuletzt aber vor allem des mißlungenen Manövers nach dem Terrorangriff in Madrid am 11. März, der von der PP zunächst aus wahlkampfaktischen Gründen der ETA zugeordnet wurde) brachte eine Veränderung in der Innen- und Außenpolitik mit sich. In der Außenpolitik stand die Sozialdemokratie nun für eine Ablehnung des Irakkriegs und eine Befürwortung der Achse Deutschland-Frankreich innerhalb der Europäischen Union und dadurch eine Schwächung des von den USA propagierten „Neuen Europas“ mit der Achse Polen, Spanien, Italien und England. Innenpolitisch initiierte die PSOE einen Dialog mit der ETA und mit der baskischen Regierung und unterstützte gleichzeitig die Vorlage des katalanischen Autonomiestatuts in den Cortes 2005<sup>257</sup>. Beide Vorhaben zielten auch darauf, durch angebliche wesentliche Fortschritte in Katalonien der baskischen linken *abertzale* zu zeigen, daß sich durch verfassungsmäßiges Vorgehen mehr Autonomie als mittels Gewalt erreichen ließen. Aber beide politischen Anliegen scheiterten. Zum einen scheiterte das katalanische Statut (siehe Fußnote 257), weil in Madrid die Cortes den Statutentwurf „entkoffeinierten“; am Ende stellte das Statut niemanden zufrieden und *„versetzte, mehr durch die Form als durch den Inhalt, den wichtigsten Verbündeten in Wut, mobilisierte die Rechte so daß die Katalanen durch ihre große Stimmenthaltung bei dem Referendum davon Zeugnis ablegten, wie wenig sie das Thema interessierte“*<sup>258</sup>.

---

<sup>256</sup> Die PP führte eine Reform des Strafgesetzbuchs (Código Penal) durch, die Gefängnis für diejenigen vorsah, die für ein Referendum ohne Zustimmung der spanischen Regierung aufriefen; dies zielte direkt auf die Regierung des Baskenlands und ihre Absicht, ein Referendum selbst ohne Unterstützung der spanischen Regierung durchführen zu lassen.

<sup>257</sup> Das neue Statut wurde am 30. September 2005 in der Generalitat (katalonisches Parlament) mit 120 Fürstimmen (CiU, PSC, ERC –Ezquerda Republicana und ICV-EA Izquierda Unida - Verdes) gegen 15 Neinstimmen der PP angenommen; die PP lehnte das Statut u.a. wegen der Bezeichnung von Katalonien als einer Nation zutiefst ab, aber auch wegen des eigenen Steuersystems (*agencia tributaria propia*) und einem unabhängigen Justizwesen. Zwar wurde das Statut in den Cortes am 10. Mai 2006 angenommen; hat jedoch durch die Veränderungen in den Cortes viel von seiner Ursprungsversion verloren, weshalb die ERC (Esquerra Republicana de Catalunya) als Teil des Parlaments in Katalonien und der Cortes zum Nein zu diesem „entkoffeinierten“ Statut aufrief. Die anderen Neinstimmen kamen aus der PP. Aufgrund dessen hat die ERC die katalonische Regierung am 11. Mai 2006 verlassen. Das Referendum zum Statut fand am 18. Juni 2006 statt, und am 1. November dieses Jahres fanden erneut Autonomiewahlen in Katalonien statt. Nach den Wahlen beteiligte sich die ERC wieder an der katalanischen Regierung.

<sup>258</sup> „...enfureció, más por las formas que por el contenido, al principal socio, movilizó a la derecha y con una gran abstenición en el referéndum los catalanes dejaron testimonio fehaciente de lo poco que les interesaba el tema“, Ignacio

Das Scheitern dieses Statuts sollte in dieser Dynamik die noch wichtigeren Verhandlungen mit der ETA in Mitleidenschaft ziehen; es wurde klar, daß Madrid durch die Cortes und das Tribunal Constitucional das letzte Wort haben würde. So schuf die Erfahrung des katalanischen Statuts Gewißheit darüber, daß die im Baskenland ausgehandelten Ergebnisse in Madrid keineswegs ohne weiteres ratifiziert werden würden.

Warum scheiterten die Verhandlungen mit der ETA? Der bekannte Soziologe und Politologe Ignacio Sotelo<sup>259</sup> vertritt die Meinung, daß die Regierung das Ende der Gewalt verlange bevor man in den politischen Verhandlungen vorangekommen sei; die ETA wiederum versuche die Dinge so zu gestalten, daß bevor sie endgültig auf Gewalt verzichte, die Verhandlungen schon ein politisch unwiderrufbares Ergebnis zeigen würden; deshalb werde sie nicht auf den bewaffneten Druck verzichten. Wie ein ETA-Vertreter in einem Interview erklärte, sei für sie „der Friedensprozeß nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden der ETA“<sup>260</sup>.

Aber auch die eilige Ablehnung des „Vorschlags des baskischen Parlaments für das Zusammenleben in Euskadi- Neues Politisches Statut von Euskadi“, auch einfach als Plan Ibarretxe bekannt (s. S. 133), kündigte in den Augen vieler Beobachter schon an, daß auch die PSOE-Regierung zu nicht allzuvielen inhaltlichen Zugeständnissen bereit war; der Plan Ibarretxe wurde am 30. Dezember 2004 vom baskischen Parlament beschlossen, im Januar 2005 der Cortes übergeben und bereits am 1. Februar dort mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Verhandlungen brachen endgültig im Dezember 2006 mit dem Bombenanschlag im Flughafen von Barajas ab, der das Leben zweier ecuadorianischer Staatsbürger kostete; im Juni 2007 wurde schließlich der Waffenstillstand von der ETA offiziell als beendet erklärt.

Durch diese Ereignisse änderte sich die politische Konstellationsweite, daß sich kurz vor den allgemeinen Wahlen im März 2008 - PSOE und PP wieder annäherten; landesweit formierte sich erneut eine Einheit gegen die ETA, was von vielen als Wiederbelebung der Ajuria Enea von 1988 angesehen wurde. Hierzu beigetragen hat auch die vom Richter Garzón angeordnete Welle an Verboten baskischer Organisationen und Anklagen gegen zahlreiche Personen aus dem Umkreis der linken Aberzale im Frühjahr 2008.

In der Tat schien während der ersten Phase seiner Legislaturperiode Rodriguez Zapatero einen Schwerpunkt auf die Verhandlungen mit der ETA zu legen. Demgegenüber übte und übt - noch bis heute - die PP eine scharfe und aggressive Oppositionspolitik gegen

---

Sotelo, Tribuna: Dos experiencias paralelas, El país.com, edición impresa, 30/05/2007.

<sup>259</sup> Ignacio Sotelo, Tribuna: Dos experiencias paralelas, El país.com, edición impresa, 30/05/2007.

<sup>260</sup> „...proceso igual sólo a paz, proceso igual a la desaparición de ETA“, El país.com, 'La exclusión de la izquierda abertzale frustraría el proceso' - 09/04/2007.

die sozialdemokratische Regierung von Rodriguez Zapatero mit dem Ziel, sie zu verschleißen, dies zeigte sich vor allem während des politischen Dialogs mit der ETA über deren damals noch legalen „politischen Arm“ Heri Batasuna und der angestrebten Erweiterungen sowohl der katalanischen wie der baskischen Autonomiestatuten. Die Polarisierung ist soweit gegangen, daß Mariano Rajoy, Vorsitzender der PP, im Juni 2006 angesichts des Dialogs mit Batasuna erklärte, jegliche Beziehung der PP mit der spanischen Regierung abubrechen. Darüber hinaus erklärte er, im Falle eines Sieges der PP bei den Wahlen im März 2008, dem spanischen Kongreß vorzuschlagen, eine institutionelle Erklärung zu verabschieden die, die Verpflichtung beinhaltet, daß *„es keine politischen Verhandlungen mit der ETA geben wird. (...) Für den Terrorismus kann es keine andere Lösung geben als seine Kapitulation oder Niederlage.“*<sup>261</sup>

Davon erhoffte sich die PP natürlich Zugewinne bei den Wahlen. Die scharfe und aggressive Haltung des Vorsitzenden und Regierungskandidats der PP, Mariano Rajoy während der Verhandlungen hat jedoch stattdessen der Partei viele Punkte gekostet<sup>262</sup> und trotz der erneuten „antiterroristischen Einheit“ dazu beigetragen, daß sie die jüngsten Wahlen im März 2008 erneut verlor. Doch wäre es zu kurz gegriffen, ihre scharfe Haltung nur wahltaktisch zu erklären.

All diese hier nur knapp skizzierten Ereignisse zeigen, daß die Vorgänge im und um das Baskenland und die ihnen zugrunde liegenden ungelösten Konfliktlinien zwischen dem Zentrum und dem Baskenland noch immer das politische Geschehen und die Alltagspolitik Spaniens in vielerlei Hinsicht bestimmen.

#### **5.3.4. Politische Fragmentierung**

Beim Blick auf die politische Landkarte Spaniens nach dem Ende der Diktatur fällt die große Fragmentierung auf, die diese charakterisiert; nicht nur entlang der ideologischen Frage von Rechts oder Links sondern auch innerhalb jeder politischen Richtung. Die regionalen politischen Organisationen, die durch die bloße Existenz der insgesamt 19 Autonomen Regionen entstanden sind, haben einen Raum für die lokalen Eliten und für ihre politische Organisation geöffnet, die dazu beitragen, die Aktionsfähigkeit der großen Parteien zu schwächen. So drückt sich die Fragmentierung entlang regionaler Un-

---

<sup>261</sup> Rede von Mariano Rajoy in: <http://www.libertaddigital.com/index.php?action=desanoti&cpn=1276280815>

. Die PP verlangt vom Kongreß, die Resolution rückgängig zu machen, die den Dialog mit der ETA autorisiert und fordert das Verbot der linken Partei ANV, weil sie zur ETA-Gewalt schweige. „Die Parlamentsgruppe der PP legt diesen Änderungsantrag in der Absicht vor, zu einer Einigung zu gelangen“, sagt Acebes, für den es sich um „ein Problem klaren politischen Willens und was für eine Politik man machen will handelt: die der Niederwerfung der ETA oder die der Verhandlungspolitik“. (El País.com: „El PP pide hoy en el Congreso que se revoque la resolución que autoriza el diálogo con ETA“, 11.12. 2007)

<sup>262</sup> Wie ein Abgeordneter der PP sagte: „Das Bild von Rajoy ruft eine große Ablehnung unter den „nicht-PP-Wählern“ hervor, besonders aufgrund seiner Haltung während der Parlamentsdebatte über die ETA, und seine Ratgeber bestehen darauf, daß er bis zu den Wahlen versuche, sich persönlich „von den heißesten Zonen“ „fernzuhalten“. (El país.com:

terscheidungslinien nicht nur in der Existenz regionaler und nationalistischer Parteien aus, sondern auch innerhalb der ‚spanischen‘ Parteien. Sowohl innerhalb der linken Parteien (PC und PSOE) als auch der rechten und konservativen Parteien paust sich die Föderalisierung durch und wird durch ihre konjunkturellen Krisen noch verstärkt.

Nach der Niederlage von Suárez- und dem Sieg der PSOE 1982 - hatte die Alianza Popular – aus der später die Partido Popular hervorging, eine langandauernde Krise als gelähmte Opposition erleben müssen. Dies führte in einigen Regionen dazu, daß neue regionale Parteien gegründet oder alte wiederbelebt wurden (Unión del Pueblo Navarro, Partido Aragonés Regionalista, Unión Valenciana, Unidad Alavesa) (De la Granja Sainz et al., 2003). Erst als die politisch erneuerte PP nach 14 Jahren wieder an die Regierung kam, und vor allem nach 2000, als sie die absolute Mehrheit erreichte, setzte eine Trendumkehr ein, weil die erstarkte zentrale Leitung der PP unter Aznar unnachgiebige Zentralisierungsmaßnahmen ergriffen hatte. Diese Zentripetalkräfte vermochten in der Tat viele der regionalen konservativen Kräfte anzuziehen oder gar einzuverleiben, wobei die Attraktionskräfte des erfolgreichen Machtzentrums eine auch anderswo beobachtbare Eigendynamik entwickelten.

Ebenso ist unterdessen zu beobachten, daß sich nach den Jahren der *Transicion* ein Zweiparteiensystem mit den beiden Polen PSOE und PP (Partido Popular) herausgebildet hat, als alternierenden landesweiten politischen Kräften, wie der Sieg der PP 1996 gegen die PSOE andeutete, und sich umgekehrt in den letzten Wahlen 2004 mit dem Sieg der PSOE bestätigte. Jedoch gelingt es, diesen alternierenden landesweiten Parteien (PSOE und PP)<sup>263</sup> in der Regel nicht, absolute Mehrheiten zu erringen, vielmehr waren sie ständig auf Koalitionspartner und insbesondere die großen Parteien Kataloniens (CiU) und des Baskenlands (PNV) angewiesen, um eine stabile Regierung bilden zu können. Daneben spielt auch IU (Izquierda Unida) als linke Partei eine gewisse Rolle. Dies führte dazu, die Monarchie unter Juan Carlos als ein 5-Parteienregime zu betrachten (PP, PSOE, IU, PNV, CiU) –mit anderen Namen oder umgruppiert, gespalten oder vereint, aber grundsätzlich sind diese Parteien und ihre Politiker die entscheidenden nach außen hin sichtbaren Akteure in der Machtverteilung des Landes auf Regierungsebene.

#### **5.4. Die Entwicklung im Baskenland seit 1975**

Im April 1975 lebt das Baskenland im Ausnahmezustand. Im Juni findet ein Generalstreik in den 4 baskischen Provinzen statt. 5 Verhaftete, 2 davon ETA-Mitglieder, sind zum Tode verurteilt. Ein weiterer Generalstreik vom 28. August bis zum 3. September - und zahlreiche internationale Proteste - konnten jedoch die Vollstreckung der Todesstra-

---

„Nueva Etapa Nueva Estrategia“, 10-06-2007).

<sup>263</sup> Die bisher einzige Ausnahme war das Erreichen der absoluten Mehrheit der PP bei den Wahlen im Jahr 2000.

fe an den 5 Verurteilten politischen Gefangenen am 26. September nicht verhindern (von Tangen, 1998). Kurz danach, am 22. November 1975, stirbt Franco.

Diese Jahre der *Transición* waren im Baskenland auch weiterhin alles andere als ruhig<sup>264</sup>. Wie Chueca (XXII: 52) schreibt,

*„Die Polarisierung eines großen Teils der politischen Dynamik entlang des Binoms ETA und Regierungsrepression, die in den letzten Jahren des Frankismus wurzelte, verlängerte sich entlang der Kämpfe für die Amnestie und die demokratischen Freiheiten, unter starkem Protagonismus der Massenmobilisierungen. Dies alles fand im Kontext und begleitet von einer besonders harten Repression seitens der Regierung statt, wie sie sich in systematisch gewalttätigen Interventionen der Polizei, Verbot von Versammlungen wie den Aberri Eguna 1976 und 1977, (...) der Repression gegen Arbeiterversammlungen usw. niederschlug, aber auch durch die Aktionen der beiden ETAs, wie die Ermordung der Entführten, (...) die ihre spätere aktivistisch-blutige Eskalation während des Rests der Transición und demokratischen Konsolidierung vorwegnahm.“*<sup>265</sup>

So war während der *Transición* nicht der Nationalismus Kataloniens das Hauptproblem, wie es während der II. Republik der Fall gewesen war, sondern diesmal der Nationalismus des Baskenlands und der Terrorismus der ETA.

Mit der Verfassung von 1978 und dem *Estado de las Autonomías* - Staat der Autonomien - wurde versucht, die alten Konfliktlinien über die Auffassung der spanischen Nation zu lösen. In diesem Rahmen soll hier die Entwicklung des baskischen Nationalismus und seiner Komponenten, auch vor dem Hintergrund der gezielten politischen Destabilisierung durch den ETA-Terror, betrachtet werden.

---

<sup>264</sup> Die Statistiken sprechen eine klare Sprache über die zugespitzte politische Lage in Euskadi um 1975. 1969 wurden 1953 Personen verhaftet und 342 exiliert; 1975 lagen die Zahlen bei 4265 Verhafteten und 518 ins Exil Verbannte. Zu der Zeit soll es ungefähr 250 Militante der ETA(p-m) und 40 der ETA(m) gegeben haben (González Anguita, Ex-Sekretär der KP Spaniens, *El Laberinto Vasco*, 22. Februar 2007, in: [http://www.profesionalespcm.org/\\_php/MuestraArticulo2.php?id=8132](http://www.profesionalespcm.org/_php/MuestraArticulo2.php?id=8132), eingesehen im November 2007). Zwischen 1978-1980 und während der *Transición* hat die ETA 239 Menschen – hauptsächlich Polizisten, Militärs und Politiker - getötet, viel mehr als während der Francodiktatur (43 Getötete); damit wurde klar, daß die ETA nicht nur gegen die Francodiktatur sondern gegen den spanischen Staat und die von ihm zugebilligte baskische Autonomie stand (De la Granja Sainz et al., 2003).

<sup>265</sup> „La polarización de gran parte de la dinámica política en torno al binomio ETA-Represión gubernativa, que tenía raíces en los últimos años del franquismo, se prolongó a través de las luchas por la amnistía y en favor de las libertades democráticas, con un fuerte protagonismo de las movilizaciones de masas. Todo ello estaba acompañado y contextualizado por una especial dureza represiva gubernativa manifestada en intervenciones sistemáticamente violentas de las FOP [Fuerzas del Orden Público], prohibición de convocatorias como los Aberri Eguna de los años 1976 y 1977, (...) la represión sobre concentraciones obreras etc; y también por acciones de las dos ETAs, como los asesinatos de los secuestrados (...) que preludiaban su posterior escalada activista-sangrienta durante el resto de la Transición y consolidación democrática“ (Chueca XXII: 52). Trotz alle dem sollten schon 1976 die ersten Kontakte zwischen ETA und der spanischen Regierung unter Adolfo Suárez über einen Waffenstillstand stattfinden. Diese scheiterten ebenso wie die von 1978. 1980 wurden erneut Verhandlungen aufgenommen, was teilweise dazu führte, daß ein Teil der Eta (Eta pm) seine Auflösung akzeptierte.

#### 5.4.1. Die Organisationen des baskischen Nationalismus

Noch 1977 stellte der baskische Nationalismus keine politische Mehrheit, auch wenn nach den ersten freien Wahlen die älteste nationalistische Partei, die PNV, stärkste Partei wurde. Doch wurde die PNV wieder wie 1930-31 eine Partei-Bewegung, was zu ihrer Stärkung und insgesamt dazu beitrug, daß sich ab den zweiten allgemeinen Wahlen 1979 eine nationalistische Mehrheit durchsetzte, deren Existenz das politische Leben im Baskenland bis heute charakterisieren sollte.

In Fortsetzung ihrer Erfahrung während der II. Republik und Exilpolitik war die PNV von Anbeginn an Teil der demokratischen Opposition (u.a. durch Kontakte mit der Junta Democrática – die 1974 von der PC kontrolliert war - und der Teilnahme an der Plataforma de Convergencia Democrática 1975 mit der PSOE und den Christdemokraten). Auch beteiligte sie sich an den Verhandlungen mit der Regierung von Adolfo Suárez über eine politische Reform.

Nach ihrer Legalisierung als politische Partei fand im März 1977 ihre erste Asamblea Nacional als Parteikongreß nach 40 Jahren Verbot statt. Dort erklärte sie als politisches Ziel „einen autonomen baskischen Staat“, und definierte sich gleichzeitig „als baskische Partei, demokratisch, der Bevölkerung zugehörig und eine Massenpartei, nichtkonfessionell und offen für alle Basken, einschließlich der Immigranten“ („como un partido vasco, democrático, popular, de masas, aconfesional y abierto a todos los vascos, inmigrantes incluidos“) (De la Granja Sainz, 2002: 263) .

Wie in vielen anderen historischen Momenten schwankte die PNV zwischen einer radikalen und einer gemäßigten Haltung, und obwohl sie auch mit den radikalen *aberztale* (*Patrioten*) verhandelte, entschied sie sich am Ende gegen ein Bündnis mit den Radikalen und ihren Konzepten einer nationalistischen Front und bildete statt dessen mit der Sozialdemokratie (PSE-PSOE), einer anderen kleinen Partei und Unabhängigen für die Senatswahlen von 1977 die *Frente Autonómico*.

Neben den historischen nationalistischen Parteien - PNV und ihrer Abspaltung Acción Nacionalista Vasca ANV (1930)- sollte ein breites Spektrum linker Organisationen entstehen, die linke *aberztale* („Patrioten“): die eher sozialdemokratische ESB y ESEI, die revolutionär-marxistische Koalition Euskadiko Ezkerra (unterstützt von ETA-pm) und EHAS (HASI und LAIA unterstützt von ETA-m); diese letzteren sollten nach der Entstehung von Heri Batasuna<sup>266</sup> - Unidad Popular - einer Koalition von HASI, ESB und ANV- an Wahlen in 1978 teilnehmen (Llera Ramo 2002). Als Teil des radikalen Nationalismus entstanden die Zeitung Egin (1977-1998), die Gewerkschaft LAB (ab 1974) und auch unter-

schiedliche Fronten oder Vorfeldorganisationen (Frauen, Jugendliche - JARRAI, Gestoras pro Amnistia -Verteidiger der politischen Gefangenen) die sich mehr oder weniger an der Konzeption Partei-Bewegung anlehnten.

#### 5.4.2. Das Guernikastatut

Die PNV rief für das Verfassungsreferendum am 6. Dezember 1978 zur Nichtbeteiligung auf, obwohl sie sich bereits im Februar 1978 an den Verhandlungen mit Suárez, und dem Präsidenten des Baskischen Generalrats – einer Präautonomiestruktur - beteiligt hatte, aus denen das *Guernika-Statut* hervorgehen sollte, dem von der baskischen Bevölkerung 1979 zugestimmt wurde. Es sollte die Beziehungen zwischen der Autonomen Gemeinschaft Baskenland (Comunidad Autónoma Vasca CAV) und dem Zentralstaat bis 1998 regeln. Mit dem *Guernikastatut*<sup>267</sup> wurden die alten historischen foralen Institutionen, *Juntas Generales* und *Diputaciones Forales*<sup>268</sup>, wiedereingeführt sowie der *Concierto Económico* wiederbelebt (sie waren in Vizcaya und Guipúzcoa von Franco abgeschafft worden –nicht aber in Alava aufgrund dessen Unterstützung Francos während des Bürgerkriegs). Damit gewann das Baskenland zum ersten Mal – abgesehen von der kurzen Erfahrung des Autonomiestatuts während der Republik - ein Regime an breitgefächerten Selbstverwaltungsorganen; außer den in der Verfassung festgelegten foralen Institutionen (disposición adicional primera) wurde durch die „*constitucionalización*“ des *Concierto Económico* ein eigenes und gleichermaßen eigenartiges Finanz- und Haushaltsystem geschaffen (Llera Ramo, 2002).

---

<sup>266</sup> Der Vorläufer von HB war die 1976 gegründete Alternative KAS (Coordinadora Aberzale Socialista).

<sup>267</sup> „... zum ersten Mal in der spanischen Verfassungsgeschichte bewilligte [die Verfassung] die ‚historischen Rechte der Foralgebiete‘ und annullierte die gegen die Fueros gerichteten Gesetze von 1839 und 1876, ein erklärtes Ziel der PNV seit 1906“ (De la Granja Sainz et al., 2003: 225). Die Juntas Generales und die Diputaciones der drei baskischen Provinzen (Alava, Guipuzcoa und Vizcaya) waren seit 1877 außer Kraft gesetzt.

<sup>268</sup> **Juntas Generales:** oberstes Organ der Volksvertretung und Beteiligung in den Historischen Gebieten (**Territorios Históricos**) Biskaya, Guipúzcoa und Alava; sie haben **legislative** Kompetenzen (Straßen, Öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft, Bergwirtschaft, Wohlfahrtspflege, Archive, Museen, Finanzen usw.), über die sie ausschließliche Kompetenz ausüben. Jede einzelne der Juntas besteht aus 51 Mitgliedern, bezeichnet als Junteros (Guipuzcoa), oder Apoderados (Vizcaya und Alava) sie werden durch allgemeine Wahlen entsprechend der Wahlkreiszusammensetzung jeder Region des Baskenlands bestimmt. Die Mitglieder der Juntas wählen den **Diputado General**, dem es obliegt, die anderen Foraldiputierten zu bestimmen, die die Foraldiputation jedes Territoriums bilden. Die **Foraldiputation** bildet die **Exekutive**, die Regierung und Verwaltung jedes der Historischen Territorien.

Das **Baskische Parlament** ist das Legislativorgan der **Autonomen Gemeinschaft des Baskenlands CAV**. Die **Baskische Regierung** ist das **Exekutivorgan der Gesamtheit der Baskischen Gemeinschaft** und bezieht ihre Kompetenzen aus der Verfassung und dem Autonomiestatut des Baskenlands. Den Gemeindeverwaltungen (**Ayuntamientos**) obliegen die typischen Angelegenheiten in jeder einzelnen der Gemeinden, die die Historischen Territorien von Biskaya, Guipúzcoa und Alava bilden.“ (Gobierno de España, Ministerio del Interior, Elecciones Municipales 2003, [http://www.elecciones.mir.es/elecantiores/mun200305/preguntas\\_01.htm#0](http://www.elecciones.mir.es/elecantiores/mun200305/preguntas_01.htm#0), eingesehen im September 2007. Diputación foral de Vizcaya). So wird der organisatorische Charakter der Comunidad Autónoma stark dezentralisiert, quasi konföderalistisch. Die Kompetenzen der gemeinsamen (administraciones comunes) mit den foralen Verwaltungen/Institutionen sind sowohl durch das Autonomiestatut wie durch das Gesetz der Territorios Históricos geregelt.

Wenn man das Statut der II. Republik mit dem Statut von 1979 vergleicht, findet sich außerdem eine große qualitative Differenz: das Baskenland wird nicht mehr als ein *autonomes* Gebiet sondern als *Nationalität*, als *Euskadi*, bezeichnet.

*„In Wirklichkeit wurde Euskadi als legal anerkannte Nationalität mit dem Statut von Guernika geboren und wurde als solche in den letzten beiden Dekaden mit seiner Weiterentwicklung juristisch und politisch wesentlich weiter als mit dem von 1936 aufgebaut. Angesichts des kurzlebigen und unvollständigen Charakters seines Vorläufers vor dem Bürgerkrieg muß man hervorheben, daß niemals zuvor das Baskenland so viele gemeinsame autonome Institutionen in Alava, Guipuzcoa und Biskaya gehabt hatte, mit einer Regierung mit effektiver Jurisdiktion in den drei Provinzen, mit einem Parlament und einer so breiten Selbstregierung wie jetzt, ohne Vergleich mit der foralen Epoche“<sup>269</sup> (De la Granja Sainz et al., 2003: 227)*

In der Tat also erhielt das Autonomieregime im Baskenland mit dem Guernikastatut mehr Kompetenzen als sein ebenfalls 1979 geschaffenes Homolog in Katalonien, das Saustatut.

Bei den baskischen Parlamentswahlen 1980 siegte die PNV, verfehlte aber die absolute Mehrheit; allerdings konnte sie allein regieren, da die Abgeordneten von Heri Batasuna sowohl dem nationalen wie baskischen Parlament demonstrativ den Rücken gekehrt hatten, die Sozialdemokratie abgeschlagen war und die konservative UCD aus ihren Krisen nicht herauskam. Hier fängt die politische Hegemonie der PNV an, die sich seitdem in den sogenannten Monocolorregierungen niederschlägt.

In den zweiten Autonomiewahlen 1984 bestätigte die PNV ihre Vormacht im Baskenland; insgesamt vereinten die drei nationalistischen Kräfte – PNV mit 32 von 75 Abgeordneten, HB mit 11 Abgeordneten und die EE mit 6 Abgeordneten- zwei Drittel der baskischen Wähler<sup>270</sup>. Die PNV war nicht nur stark innerhalb des baskischen Parlaments, auch innerhalb der Juntas Generales y Diputaciones Forales und den Ayuntamientos sollte die PNV ihre Hegemonie beweisen (Llera Ramo, 2002: 130).

Trotz dieser Erfolge spaltete sich die PNV 1986 erneut; daraus ging neben der PNV die EA hervor (Eusko Alkartasuna – Baskische Solidarität), die sich im Unterschied zu der traditionellen Zweideutigkeit der PNV für die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit Euskadis aber auch gegen die gewalttätigen Mittel des radikalen Nationalismus deutlich erklärte (De la Granja Sainz et al., 2003). Beide Parteien beteiligten sich getrennt an den

---

<sup>269</sup> “En realidad, Euskadi como nacionalidad reconocida legalmente ha nacido con el Estatuto de Guernika y se ha construido como tal en los dos últimos decenios con el desarrollo del mismo, muy superior jurídica y políticamente al de 1936. Dado el carácter efímero e incompleto del precedente de la Guerra Civil, cabe resaltar que nunca en la historia el País Vasco había contado con instituciones autonómicas comunes a Àlava, Guipúzcoa y Vizcaya, con un Gobierno con jurisdicción efectiva sobre estas tres provincias, con un Parlamento y con un autogobierno tan amplio como el vigente, sin parangón con la época foral” (De la Granja Sainz et al., 2003: 227).

Wahlen 1986. Damit verlor die PNV ihre uneingeschränkte Hegemonie, was sich in den Wahlen widerspiegeln sollte, während zugleich eine politisch pluralistischere Zeit einsetzte.

Ein politisches Ereignis innerhalb des baskisch-nationalistischen Lagers wurde die Auflösung Anfang der 80er Jahre der Eta-pm (der politisch-militärische Flügel der ETA); 1988 erkannte sie die Verfassung an – im Unterschied zur PNV. Jedoch führte ab nun der andere Flügel der ETA, die ETA-m (ETA militärisch - ab dem Zeitpunkt einfach als ETA bezeichnet) eine gewalttätige Politik fort, während der 80er Jahre mit einem Saldo von ungefähr 30 bis 40 Toten jährlich.

#### 5.4.3. Von dem Abkommen von Ajuria Enea 1988 zum Abkommen von Lizarragarazi von 1998

Seit der Spaltung der PNV und den Autonomiewahlen von 1986 kam es zu nicht immer einfachen Koalitionsregierungen zwischen der PNV und der PSE (der PSOE im Baskenland). Mit einem gemäßigten Lehendakari/Präsident der Comunidad Autónoma Vasca CAV, José Antonio Ardanza von der PNV, und der PSOE (der ältesten und verwurzeltesten Partei im Baskenland) als Koalitionspartner entspannten sich die Beziehungen zwischen Madrid und Bilbao vorübergehend, was eine wachsende Transferierung von Kompetenzen an die Autonome Baskische Gemeinschaft (CAV-Comunidad Autónoma Vasca) erleichterte, während gleichzeitig versucht wurde, sich der ETA gemeinsam entgegenzustellen.

In diesem Rahmen vollzog sich eine gewisse Veränderung in der Antiterrorismuspolitik der Zentralregierung, nicht zuletzt durch die Anerkennung des Scheiterns einer nur repressiven Politik für die Lösung der Probleme veranlaßt. So wurde im Januar 1988 mit Madrid der **Pakt von Ajuria Enea** vereinbart, eine „Vereinbarung für die Normalisierung und die Befriedung Euskadis“ (Acuerdo para la normalización y pacificación de Euskadi), die von den baskischen Parlamentsparteien PNV, PSE-PSOE, AP<sup>271</sup>, CDS<sup>272</sup> und EA angesichts der tödlichen Angriffe der ETA in Barcelona (21 Tote, Juni 1987) und Zaragoza (11 Tote, Dezember 1987) unterzeichnet wurde. Die unanfechtbare Grundlage aller unterzeichnenden Organisationen war das *Guernikastatut* von 1979, das *„weiterhin den gültigen Rahmen für die fortschreitende Lösung der Konflikte der baskischen Gesellschaft abgibt“* <sup>273</sup>. Der Punkt 10 ist besonders interessant, da dort einige Bedingungen formuliert

---

<sup>270</sup> Parlamento Vasco, [http://www.parlamento.euskadi.net/c\\_resultados\\_electorales.html](http://www.parlamento.euskadi.net/c_resultados_electorales.html).

<sup>271</sup> Die AP (Alianza Popular) wurde 1976 gegründet und war eine Föderation von konservativen Parteien; aus ihr ging 1989 die PP (Partido Popular) hervor.

<sup>272</sup> Die CDS (Centro Democrático y Social) wurde 1982 von Adolfo Suárez (Regierungschef von 1976 bis 1981) mit einem Teil seiner ehemaligen Partei, der UCD (Unión de Centro Democrático) gegründet.

<sup>273</sup> Pacto de Ajuria Enea, Januar 1988, in : <http://www.filosofia.org/his/h1988ae.htm>, eingesehen im November 2007.

wurden, die tatsächlich den nachfolgenden Dialogversuchen einen Rahmen geben haben.

*“10. Wenn die geeigneten Bedingungen für ein verhandeltes Ende der Gewalt entstehen, begründet auf dem klaren Willen, ihr ein Ende zu setzen und auf unzweifelhaften Handlungen, die zu dieser Überzeugung führen können, dann unterstützen wir Gesprächsprozesse zwischen den zuständigen Staatskräften und jenen, die sich entscheiden, die Gewalt zu verlassen, dabei in jedem Moment das unverzichtbare demokratische Prinzip respektierend, wonach die politischen Fragen ausschließlich mittels der legitimen Repräsentanten des Volkswillens gelöst werden müssen“<sup>274</sup> ”*

Darüber hinaus zeigt der Punkt 11 die Suche nach anderen Wegen als nur den einer repressiven Politik, deren Scheitern offensichtlich geworden war:

*”11. Zur Verteidigung unseres demokratischen Systems gegen die Gewalt bedarf es gegenwärtig keines Spezialgesetzes, weshalb wir die Abschaffung der Sondergesetzgebung gegen den Terrorismus und die Prinzipien der juristischen Unabhängigkeit, Intervention und Unmittelbarkeit unterstützen“<sup>275</sup>*

#### **5.4.3.1. Eine neue politische Konstellation**

Das Abkommen von Ajuria Enea sollte formell 10 Jahre bis 1998 in Kraft bleiben, als es endgültig als gescheitert erklärt wurde; jedoch sieht die PNV schon 1995 - angesichts der politischen Krise der sozialdemokratischen Regierung (ausgelöst durch den Skandal um die GAL und das Bekanntwerden der tiefen Verstrickung des Innenministeriums sowie die wachsende Zahl von Korruptionsfällen unter der González-Regierung) und eines wahrscheinlichen Siegs der PP unter José María Aznar bei den allgemeinen Wahlen im Mai dieses Jahres- eine Belastung des Verhältnisses mit der zu erwartenden neuen Zentralregierung (die tatsächlich unter Aznar ab 1996 mit Unterstützung der PNV ihr Amt antritt) und durch letzteres potenziert, eine stärkere politische Krise für Euskadi voraus. Darüber hinaus verringerte sich die Wählerschaft der nationalistischen Bewegung (von 66% auf 55%; siehe Anhang 3) während der 90er Jahre. Die PNV stagnierte und EA und HB bekamen weniger Stimmen; gleichzeitig nahmen die nichtnationalistischen Stimmen

---

<sup>274</sup> „Si se producen las condiciones adecuadas para un final dialogado de la violencia, fundamentadas en una clara voluntad de poner fin a la misma y en actitudes inequívocas que puedan conducir a esa convicción apoyamos procesos de diálogo entre los poderes competentes del Estado y quienes decidan abandonar la violencia, respetando en todo momento el principio democrático irrenunciable de que las cuestiones políticas deben resolverse únicamente a través de los representantes legítimos de la voluntad popular“ Pacto de Ajuria Enea, Januar 1988, in: <http://www.filosofia.org/his/h1988ae.htm>, eingesehen im November 2007.

<sup>275</sup> “La defensa de nuestro sistema democrático contra la violencia no requiere en la actualidad de una ley de carácter especial, por lo que apoyamos la derogación de la legislación especial contra el terrorismo y los principios de independencia, intervención e intermediación judicial” Pacto de Ajuria Enea, Januar 1988, in: <http://www.filosofia.org/his/h1988ae.htm>, eingesehen im November 2007.

zu, vor allem zugunsten der spanischen Rechten. Bei den allgemeinen Wahlen zu den Cortes 1996 -aber auch schon bei denen von 1993- erreichten die konstitutionalistischen Parteien für Euskadi 11 Abgeordnete gegen 8 der nationalistischen Parteien (5 die PNV, 2 HB und 1 EA)<sup>276</sup>. Schon bei den Kommunalwahlen 1995 wuchs die spanische Rechte auf Kosten der Regierungskoalition PNV-PSOE-EA, was die Regierung schwächte und destabilisierte.

Zudem kam es 1997 infolge der Ermordung des Kommunalpolitikers der PP, Miguel Angel Blanco, durch die ETA im Juli zu riesigen Demonstrationen (in Madrid alleine über 1,5 Millionen Teilnehmer), die „eine enorme Rebellion des baskischen Volkes zusammen mit der spanischen Staatsbürgerschaft“ ausdrückten; HB wurde als Komplize des Attentats angeprangert und war eine Zeitlang recht isoliert. Die PNV hatte große Befürchtungen, daß der politische Niedergang von HB die gesamte baskische nationalistische Bewegung mitreißen und schwächen könnte.

Andererseits gaben die Verhandlungen zwischen der IRA und der britischen Regierung, die zum Friedensprozeß in Nord-Irland führten sollten, der militanten baskischen Bewegung und denen, die für einen ähnlichen Prozeß im Baskenland eintraten, Auftrieb; zudem traten die beiden baskischen Gewerkschaften - LAB und ELA, die unterdessen 60% aller gewerkschaftlich Organisierten im Baskenland vertraten - öffentlich für die Selbstbestimmung und Verhandlungen mit dem radikalen Nationalismus ein. Ein zusätzliches gewichtiges Argument waren die Staatsneugründungen durch verschiedene Nationalitäten in Osteuropa nach dem Fall der Mauer und dem Ende der Sowjetunion.

Diese gesamte politische Konstellation der 90er Jahre veranlaßte die PNV, HB Verhandlungen über die Selbstbestimmung ohne die Vorbedingung der Entwaffnung der ETA anzubieten. Xabier Arzalluz, Vorsitzender der PNV bis 2004, sah Verhandlungen als einzigen Weg, den radikalen Nationalismus zu bändigen.

Das Jahr 1998 markierte so einen Wendepunkt in der Politik der PNV, ein Wendepunkt, der die aktuelle politische Lage im Baskenland und ihre Beziehung zum Zentrum (Madrid) in vielerlei Hinsichten erklärt.

Der **Pakt Ajuria Enea** scheiterte endgültig aufgrund der wachsenden Kluft zwischen spanischer Zentralregierung und den baskischen Nationalparteien; dabei spielte auch die Ablehnung der Friedensverhandlungsvorschläge von José Antonio Ardanza, dem Präsident-Lehendakari der Autonomen Gemeinschaft Baskenland (bekannt als **Ardanza-Friedensplan** von 1998)<sup>277</sup> seitens der PP und PSE eine Rolle, doch vor allem die Tatsa-

---

<sup>276</sup> Gobierno de España, Ministerio del Interior: <http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm>, eingesehen im Oktober 2007.

<sup>277</sup> Der Friedensplan von Ardanza (siehe: <http://www.argia.com/bakegintza/htdocs/ardanza.htm>) wurde von der PNV,

che, daß das erklärte Ziel von Ajuria Enea, Euskadi zu befrieden und dem Terrorismus ein Ende zu bereiten, offensichtlich gescheitert war.

#### 5.4.4. Die Politikveränderung der PNV und die neue Strategie des baskischen Nationalismus

Nun initiierte „*der spanisierende Nationalismus eine seit dem Frankismus beispiellose Kampagne gegen alle Kräfte, die für einen politischen Lösung des Konfliktes in der Comunidad Autonoma Vasca und Navarra*“<sup>278</sup> standen. Die Madrider Regierung von Aznar und Mayor Oreja versuchte mit aller Kraft, die Parteien des baskischen Nationalismus aus der Regierungsverantwortung zu vertreiben, während sie eine erneute militärische Offensive gegen die ETA in Gang setzte. In Hinblick auf die bevorstehenden Autonomiewahlen von Oktober 1998, des Scheiterns von Ajuria Enea und der allgemeinen Lage im Baskenland wie auch in Spanien verließ die Sozialdemokratie die Koalition (PNV-PSE), die fast 10 Jahre im Baskenland die Regierung gestellt hatte.

Das Beharren auf das Selbstbestimmungsrecht<sup>279</sup> wurde nun für die PNV ein notwendiges politisches Mittel - einerseits gegen die Gewalt der ETA und andererseits für die Lösung des politischen baskischen Konfliktes mit dem spanischen Staat, was sich am 12. September 1998 in der nationalistischen **Erklärung von Estella**<sup>280</sup> – als **Abkommen von Lizarra-Garazi** bekannt geworden- ausdrückte. Bei der Abfassung des Textes der Erklärung von Estella/Abkommen von Lizarra spielte das Abkommen zwischen Mayor und Reynold, den Regierungschefs des Vereinigten Königreichs und Irlands und die Verhandlungen mit der IRA Ende 1993 (Erklärung von Downing Street<sup>281</sup>, die 1998 im Karfreitagsabkommen mündeten) eine wichtige und wegweisende Rolle.

---

EA, IU-EB und UA unterstützt, jedoch lehnte die PP den Plan ab und die PSOE bezeichnete den Vorschlag nur als einen Beginn. Die PP argumentierte, daß in dem Maße, in dem in den Friedensverhandlungen über die nationale Frage grenzenlos debattiert würde, würde der ETA Recht gegeben, und der Nationalismus weiter geschürt. Die IU-EB (Vereinigte Linke-Die Grünen) meinte dagegen, der Vorschlag bringe nicht mehr Nationalismus, sondern mehr Demokratie. Die PSOE ihrerseits war gegen einen Konsens ohne die PP; es hätte keinen Sinn eine wichtige Partei auf nationaler Ebene aus dem Konsens zu lassen. Am Ende des Treffens wurde nichts Konkretes vereinbart. „Nach zwei Monaten Erwartungen kehren wir dahin zurück wo wir waren: Einheit, Standhaftigkeit und Tote“ („Tras dos meses de expectativas, volvemos donde estábamos: unidad, firmeza y muertos») (El Mundo, miércoles, marzo 18 de 1998, in <http://www.elmundo.es/1998/03/18/espana/18N0021.html>)

<sup>278</sup> Koldo Usin, ehemaliger Abgeordneter der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) im Baskenland, „Derrota del PP, un reto para la izquierda“ in: <http://perso.wanadoo.es/agusromero/nc34/euskadi.htm>.

<sup>279</sup> Wichtiger Präzedenzfall wurde die Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts 1990 durch alle nationalistischen Parteien im Parlament von Vitoria –Hauptstadt des Baskenlands und der Provinz Alava seit 1980 -, als nach dem Fall der Sowjetunion in Osteuropa eine Reihe neuer Staaten entstanden (De la Granja Sainz et al., 2003: 233).

<sup>280</sup> Unterzeichnet von: Partido Nacionalista Vasco, Heri Batasuna, Eusko Alkartasuna, Ezkerra Batua, ELA/STV, LAB, AB, Batzarre, Zutik, EHNE, ESK-CUIS, STEE-EILAS, Ezker Sindikala, Hiru, Gogo, Amnistiaren Aldeko Batzordeak, Senideak, Bakea Orain, Elkarri, Egizan, Herria 2000 Eliza, Gernika Batzordea, Autodeterminazioaren Biltzarrak. Der gesamte Text unter: <http://www.filosofia.org/his/h1998liz.htm>

<sup>281</sup> Für den gesamten Text der Downing Street Declaration siehe: <http://foreignaffairs.gov.ie>, search: Joint Declaration December 1993 (Downing Street Declaration).

Nach dem Vorbild der Aktionseinheit der Gewerkschaften ELA (der PNV nahestehend) und LAB (mit den linken aberzalen ideologisch verbunden) gegen die UGT (der PSOE nahe stehend) und die CCOO (der KP Spaniens nahe stehend) wird auf eine Front aller baskischen nationalistischen Kräfte gezielt. Es ging um eine neue Strategie, um über den Rahmen des Guernikastatuts hinauszugehen; selbst die Gewerkschaft ELA -ehemalige bedingungslose Unterstützerin des Statuts hatte es nun für tot erklärt (De la Granja, 2002).

Die PNV sprach sich nun für die Souveränität aus und begann Verhandlungen mit dem radikalen Nationalismus, und entfernte sich weiter von den konstitutionellen Parteien (PSOE und PP).

Die Veränderung der Politik der PNV vollzog sich erstens mit der **Erklärung von Barcelona 1998**<sup>282</sup> -gemeinsam mit Convergencia i Unió (Katalonien) und dem Bloque Nacionalista Galego (Galizien)-, zweitens mit einem **Geheimabkommen mit der ETA** und drittens mit der Aufkündigung ihrer Vereinbarungen (Ajuria Enea) mit der PSOE und der PP – nachdem sie noch 1996 Aznar mit zum Regierungschef Spaniens gewählt hatte. So ersetzte die PNV die vorigen Vereinbarungen - nach außen mit der PP (Madrid) und nach innen mit der PSOE (in Vitoria, Sitz des baskischen Parlaments) – durch Vereinbarungen mit nationalistischen Kräften.

In der Tat erklärte daraufhin die ETA einen Waffenstillstand.

*„Die Essenz dieses Schwenks bestand in der Bildung einer Front aller baskischen nationalistischen Kräfte (politisch, gewerkschaftlich und sozial) für die Selbstbestimmung hin zur Unabhängigkeit von Euskal Herria (verstanden als die Summe von Euskadi, Navarra und dem französischen Baskenland, auch wenn der Nationalismus im Letzteren kaum vorhanden und in Navarra sehr minoritär war)“*<sup>283</sup> (De la Granja, 2002: 267).

Die Autonomiewahlen von 25. Oktober 1998 zum Regionalparlament, zu denen die PNV mit der EA als Partner für eine Koalitionsregierung antrat, zeigten die Polarisierung innerhalb des Baskenlands –die Wahlen wurden ein Referendum ‚für‘ oder ‚gegen‘ die Li-

---

<sup>282</sup> Die Erklärung von Barcelona war die vierte Allianz zwischen den peripheren Nationalismen (Katalonien, Baskenland und Galizien) nach 1923 (die Triple Allianz), 1933 (die sogenannte Geleuzca) und während der Francodiktatur (auch Geleuzca genannt); jedoch allen vier ist ihre Heterogenität und politische Unwirksamkeit gemeinsam; der Katalonismus ist der am wenigsten Interessierte an Allianzen dieser Art (De la Granja Sainz et al., 2003: 262). Eusko Alkartasuna aus dem Baskenland und Esquerra Republicana de Catalunya bevorzugten die Erklärung von Iruña 1999 für die Gründung von *Udalbizta*.

<sup>283</sup> „La esencia de este giro era la formación de un frente de todas las fuerzas nacionalistas vascas (políticas, sindicales y sociales) por la autodeterminación hacia la independencia de Euskal Herria (entendida como la suma de Euskadi, Navarra y el País Vasco francés, aún siendo el nacionalismo testimonial en este último territorio y muy minoritario Navarra)“. Die Parteien waren PNV, EA und HB, die Gewerkschaften ELA und LAB und soziale Gruppen wie Elkarri (De la Granja et al 2003: 234).

zarra-Vereinbarung, mit 54% für die nationalistischen Kräfte gegen 45% der Nichtnationalisten, ein ähnliches Ergebnis wie 1999 bei den Foral- und Regionalwahlen.

Trotz dieses scheinbaren Erfolges mündete die Strategie von Estella nicht in besseren Wahlergebnissen für die Nationalisten und ihre Verstärkung innerhalb der baskischen Gesellschaft. Sie brachten vielmehr das schlechteste Ergebnis seit 1980 (s. Anhang 4, vgl. allerdings Fußnoten 288 und 289), was zum Mißtrauen unter den Nationalisten beitrug; die Gewerkschaften ELA und LAB beendeten ihre Einheit, die EA fühlte sich von der PNV mit Arzallus als ihrem führenden Kopf „benutzt“, und selbst innerhalb der PNV brachen die Flügelkämpfe (gemäßigte und radikale Positionen) wieder auf<sup>284</sup>.

Trotzdem begann 1999 unter diesem neuen Rahmen der Versuch der Formierung einer Art institutioneller Parallelmacht: eine erste nationale baskische (Navarra, Baskenland - Alava, Guipuzcoa, Biskaya- und französisches Baskenland -Lapurdi, Zuberoa) Institution auf der Ebene der Gemeindevertreter, die Asamblea de Electos Municipales de Euskal Herria (Udalbiltza)<sup>285</sup>.

Nach 14 Monaten, am 28. November 1999, brach die ETA den Waffenstillstand<sup>286</sup> mit Attentaten, die das Leben von weiteren 23 Menschen bis zum Jahr 2000 gekostet haben. Die Eta «macht für den Bruch die Nichterfüllung der Vereinbarungen seitens der PNV und EA´s verantwortlich, die sie im August 1998 erreicht hatten und legt ihnen zur Last, *„die Brücken mit der PP und den Sozialisten nicht abgebrochen zu haben“*<sup>287</sup>.

Dies bedeutete auch das jähe Ende des Abkommens von Lizarra-Garazi, das nicht einmal zwei Jahre alt geworden war.

Mit der Ermordung des sozialistischen Politikers Fernando Buesa und seines Leibwächters Jorge Diez seitens der ETA im Februar 2000 wuchs die Polarisierung im Baskenland ein weiteres Mal. Dies drückte sich unter anderem durch den Annäherungsprozeß der PSOE,- die schon 1998 die Regierungskoalition mit der PNV im Baskenland verlassen hatte- an die PP aus, der in dem Antiterrorismuspakt vom Dezember 2000 münden sollte; die polarisierte und unklare politischen Lage führte schließlich nach dem Austritt von

---

<sup>284</sup> So zumindest nach einem Rezensenten die Analyse von Sagrario Morán in ihrem Buch *PNV-ETA, Historia de una relación imposible*, in: El mundo, lunes 24 de enero de 2005, [http://www.elmundo.es/elmundolibro/2005/01/18/no\\_ficcion/1106048805.html](http://www.elmundo.es/elmundolibro/2005/01/18/no_ficcion/1106048805.html)

<sup>285</sup> Für den ganzen Text siehe: <http://www.filosofia.org/his/h1999uda.htm>. Mit Ausnahme von Bilbao nahm an dieser Initiative keine andere Hauptstadt teil, weder von den anderen baskischen Gemeinschaften noch von Navarra, genauso wenig wie die Mehrheit der bevölkerungsreichsten Gemeinschaften (De la Granja, 2002: 267)

<sup>286</sup> Die am 16. September 1998 von der ETA verkündete unbefristete Waffenruhe hatte große Erwartungen geweckt. Jedoch schon im Juli 1999 wurde bei einem Treffen zwischen der PNV, EA und ETA deutlich, daß die Verhandlungen an einem Totpunkt angekommen gelandet waren. Die Eterra übten Druck auf die PNV und EA aus und verlangten Wahlen binnen 2 Jahre im Baskenland, Navarra und dem französischen Baskenland, sowie die Weigerung der baskischen nationalistischen Parteien zur Teilnahme an den allgemeinen gesamtspanischen Wahlen im März 2000. Beide Verlangen wurden seitens der PNV und EA abgelehnt; zwei Monate danach scheiterten endgültig die Verhandlungen (El Mundo, lunes 24 de enero de 2005, [http://www.elmundo.es/elmundolibro/2005/01/18/no\\_ficcion/1106048805.html](http://www.elmundo.es/elmundolibro/2005/01/18/no_ficcion/1106048805.html), eingesehen im November 2007).

<sup>287</sup> « ..imputa la ruptura al incumplimiento, por parte del PNV y de EA, de los compromisos que alcanzaron en agosto de 1998" y les reprocha que no cortaran "los puentes con populares y socialistas". El Mundo, lunes 24 de enero de 2005,

EH aus der Regierungskoalition mit der PNV zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen am 13 Mai 2001.

Im Wahlkampf setzte der PP-PSOE-Block alle Kräfte darauf, die Nationalisten im baskischen Parlament zu schwächen und aus der Regierungsverantwortung zu vertreiben. Trotz (oder vielleicht auch wegen) der starken Kampagne vor allem der PP unter Einsatz aller politischen Schwergewichtler einschließlich ihres baskischen Spitzenkandidaten, des Innenministers Spaniens Mayor Oreja, war die Antwort der baskischen Gesellschaft eindeutig: eine Mehrheit verweigerte sich dem Kandidaten des Zentrums Mayor Oreja und gab ihre Stimme der Koalition des nationalistischen Blocks PNV-EA<sup>288</sup>. Es scheint also, daß im Gegenteil die aggressive Kampagne von PP und PSOE die baskischen WählerInnen mobilisierte, und dies wenige Monate nach dem größten Triumph Aznars, der nach den Corteswahlen vom 12. März 2000 in der Moncloa alleine regieren konnte.

#### 5.4.5. Der Ibarretxe-Plan

Trotz des Scheiterns der Estella-Vereinbarung für die Befriedung Euskadis mit dem Bruch des Waffenstillstandes durch die ETA im November 1999 hielt die PNV an ihrer politischen Wende von 1998 fest, diesmal mit Xabier Arzalluz als Vorsitzenden. Vor der Asamblea General de Bilbao im Jahr 2000 erklärte er das Autonomiestatut von Guernika (1979) als endgültig erschöpft, und an seine Stelle solle die Suche nach einem baskischen Staat innerhalb der Europäischen Union treten. De la Granja (2002: 267) schreibt zutreffend, daß damit die „einkalkulierte Zweideutigkeit“ der PNV während des gesamten XX. Jahrhunderts zunächst zu Ende gegangen sei.

In diesem Zusammenhang ist der „Vorschlag des baskischen Parlaments für das Zusammenleben in Euskadi- Neues Politisches Statut von Euskadi“ (Propuesta del Parlamento Vasco para la convivencia en Euskadi, Nuevo Estatuto Político de Euskadi) zu verstehen, auch einfach als Plan Ibarretxe bekannt – der am 25. Oktober 2003 vom Präsidenten-Lehendakari der CAV, Juan José Ibarretxe im Namen der baskischen Regierung<sup>289</sup> vorgestellt und am 30. Dezember 2004 vom baskischen Parlament bei 39 Für-

---

[http://www.elmundo.es/elmundolibro/2005/01/18/no\\_ficcion/1106048805.html](http://www.elmundo.es/elmundolibro/2005/01/18/no_ficcion/1106048805.html).

<sup>288</sup> Die PNV-EA bekam 140.789 Stimmen oder 6% mehr als 1998, bei einer Wahlbeteiligung von fast 80% (1998 70%). Insgesamt stimmten 599.746 (42,7%) WählerInnen für die PNV-EA –1998 waren es 458.957 (36,7%). Offensichtlich fand eine Mobilisierung der Stimmen der baskischen Gesellschaft gegen die Kandidatur von Mayor Oreja von der PP zum Lehendakari statt ( Koldo Usin, ehemaliger Abgeordneter der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) im Baskenland, „Derrota del PP, un reto para la izquierda“ in: <http://perso.wanadoo.es/agusromero/nc34/euskadi.htm>). Jedoch erhielt auch die PP im Vergleich zu den Wahlen 1998 1,61% mehr Stimmen, was die Polarisierung im Baskenland nur unterstreicht. Politisch waren die Wahlergebnisse eine Niederlage für die Rechtskonservativen aber auch für die PSOE. Wahlergebnisse unter: Parlamento Vasco, [http://www.parlamento.euskadi.net/c\\_resultados\\_electorales.html](http://www.parlamento.euskadi.net/c_resultados_electorales.html), Procesos Electorales, eingesehen im Oktober 2007.

<sup>289</sup> Das gegenwärtige baskische Parlament hat seit 2005 folgende Zusammensetzung: PNV (22 Sitze), PSE-EE (18 Sitze), PP (15 Sitze), Partido Comunista de las Tierras Vascas (9 Sitze), Eusko Alkartasuna (7 Sitze), Ezker Batua Berdeak (6 Sitze), Aralar (1 Sitz), Quelle : Parlamento Vasco, [http://www.parlamento.euskadi.net/c\\_resultados\\_electorales.html](http://www.parlamento.euskadi.net/c_resultados_electorales.html),

Stimmen und 35 Gegenstimmen beschlossen wurde. Im Januar 2005 wurde der Statutvorschlag dem Präsidenten des Kongresses der Cortes zur Diskussion und Zustimmung übergeben; er wurde bereits am 1. Februar mit 313 Gegenstimmen (PSOE, PP, IU, CC, CHA<sup>290</sup>) abgelehnt, bei 29 Befürwortern (PNV, ERC, CiU, EA, Na-Bai<sup>291</sup> und BNG) und 2 Enthaltungen (IC-V)<sup>292</sup>.

Eckpunkte des Politischen Statuts sind: das baskische Volk ist ein europäisches Volk mit eigener Identität; das Recht des baskischen Volkes selbst seine Zukunft zu entscheiden, das Selbstbestimmungsrecht; die Entscheidungen von jedem Gebiet des gesamten Baskenlands (Euskal Herria: Autonome Baskische Gemeinschaft, Navarra und französisches Baskenland /Iparralde) sollen von den anderen und vom Rest der europäischen Völker respektiert werden.

In der Präambel des Statuts wurde erklärt:

“Entsprechend dieser drei Säulen und als integrale Teile des Baskischen Volkes manifestieren wir StaatsbürgerInnen der gegenwärtigen Autonomen Gemeinschaft Euskadis, bestehend aus den Territorien von Alava, Biskaya und Guipuzkoa, in Ausübung unseres demokratischen Willens und unter Respektierung und Bekräftigung unserer im Statut von Guernika und der spanischen Verfassung aufgenommenen historischen Rechte, unseren Willen, einen neuen politischen Vertrag für das Zusammenleben zu beschließen. Dieser politische Vertrag wird in einem neuen Modell der Beziehung mit dem spanischen Staat materialisiert, der auf der freien Assoziierung basiert und kompatibel mit den Möglichkeiten der Entwicklung eines zusammengesetzten, plurinationalen und asymmetrischen Staates ist.“ (Vorschlag des Politischen Statuts der Baskischen Gemeinschaft)<sup>293</sup>.

Seit seiner Bekanntgabe polarisierte sich um den Entwurf die öffentliche Meinung. Die PP und ihr Ableger in Alava, die Unidad Alavesa, lehnten ihn rundweg ab; ebenso die PSOE. Die Vorwürfe gegen das Projekt seitens der großen Parteien sind: Sezessionismus, Verfassungsfeindlichkeit, Stärkung der Positionen des radikalen politischen Nationalis-

---

eingesehen im Oktober 2007.

<sup>290</sup> CC: Coalición Canaria; CHA: Chunta Aragonista – aus Partido Nacionalista y Socialista Aragonés.

<sup>291</sup> Na-Bai, Nafarroa Bai (*Navarra Sí*) ist eine Koalition nationalbaskischer Parteien (Aralar, EA, PNV, Batzarre) in Navarra. BNG: Bloque Nacionalista Galego.

<sup>292</sup> Wikipedia, la enciclopedia libre, [http://es.wikipedia.org/wiki/Plan\\_Ibarretxe](http://es.wikipedia.org/wiki/Plan_Ibarretxe), eingesehen im Dezember 2007.

<sup>293</sup> „De conformidad con estos tres pilares y como parte integrante del Pueblo Vasco, los ciudadanos y ciudadanas de la actual Comunidad Autónoma de Euskadi, integrada por los Territorios de Araba, Bizkaia y Guipuzkoa, en el ejercicio de nuestra voluntad democrática y en virtud del respeto y actualización de nuestros derechos históricos recogidos en el Estatuto de Guernika y en la Constitución española, manifestamos nuestra voluntad de formalizar un nuevo pacto político para la convivencia. Este pacto político se materializa en un nuevo modelo de relación con el Estado español, basado en la libre asociación y compatible con las posibilidades de desarrollo de un estado compuesto, plurinacional y asimétrico.“ Aus: Propuesta del Estatuto Político de la Comunidad Vasca, [http://www.nuevoestatutodeeuskadi.net/docs/dictamencomision20122004\\_cas.pdf](http://www.nuevoestatutodeeuskadi.net/docs/dictamencomision20122004_cas.pdf), von der Webpage der EAJ-PNV,

mus und besonders der ETA, Nichteinbeziehung der nichtnationalistischen Kräfte für die geplante Endfassung. Außerdem führt das Projekt nach Ansicht der PP und der PSOE Euskadi in den wirtschaftlichen Bankrott.

Der bekannte, sich selbst als Hispañolist bezeichnende Verfassungsrechtler Herrero de Miñón, einer der Väter der Verfassung von 1978, äußerte sich hingegen in einem Artikel<sup>294</sup> positiv zum Ibarretxe-Projekt, und bezeichnete es als legitim, was eine neue Welle von Polemiken auslöste.

Batasuna lehnte ihrerseits den Vorschlag mit der Argumentation ab, das Projekt würde erstens durch die Akzeptanz sowohl der baskischen wie spanischen Nationalität auf baskischem Boden die Einheit mit dem spanischen Staat verstärken und zweitens ziele es nur auf 3 (Alava, Guipuzcoa und Vizcaya) der 7 baskischen Provinzen. Gleichermäßen wurde es von ETA abgelehnt.

Auch heute noch halten sowohl die PNV wie die EA mehrheitlich an der Strategie fest, die dem Pakt von Estella (1998) und dem Vorschlag des Politischen Statuts zugrunde liegt. Der Präsident-Lehendakari der baskischen Regierung, Juan José Ibarretxe, hat für Oktober 2008 ein konsultives Referendum (siehe aber die in Fußnote 256 erläuterte juristische Gefährdung) über die Zukunft des Baskenlands angekündigt<sup>295</sup>; es ginge zunächst um die Suche nach einem politischen Pakt zwischen Euskadi und Spanien auf der Grundlage des „*ethischen Prinzips der Ablehnung der Gewalt und der Selbstverpflichtung der baskischen Gesellschaft alleine politische und demokratische Wege zu gehen*“ („principio ético de rechazo a la violencia y el compromiso de la sociedad vasca con las vías única y exclusivamente políticas y democráticas“). Wenn das neue Abkommen tatsächlich vereinbart würde, würde ein Ratifizierungsreferendum (consulta de ratificación) stattfinden; im Falle keiner Vereinbarung mit Madrid über einen politischen Pakt würde dann eine bevollmächtigende Konsultierung (consulta habilitadora) stattfinden, um den Loslösungsprozeß in Gang zu setzen. Unabhängig davon, sagt Ibarretxe, würden nach dem Referendum Autonomienwahlen stattfinden.

Das Ziel der Unabhängigkeit steht für die PNV seit 1998 auf der Tagesordnung, und trotz allen Druckes einschließlich des von der PP durchgesetzten Ausschlusses aus der christdemokratischen Internationale ist sie davon nicht abgewichen. Dazu beigetragen haben mag auch die Hoffnung, daß unter gewissen politischen und juridischen Umständen die ETA veranlaßt werden könnte, auf Gewalt zu verzichten<sup>296</sup>. Denn die ungelöste

---

eingesehen im Dezember 2007

<sup>294</sup> Siehe: Miguel Herrero de Miñón, ‚Sobre el plan de Ibarretxe‘, El País, 3 de octubre de 2002.

<sup>295</sup> « Ibarretxe propone una consulta en el País Vasco el 25 de Octubre de 2008 », elmundo.es, 28-09-2007, <http://www.elmundo.es/elmundo/2007/09/28/espana/1190972019.html>, eingesehen im November 2007.

<sup>296</sup> ABC Opinión, director del ABC, 12 de febrero de 2007, El regreso de Eta y su contexto. La deriva de los nacionalismos, [www.abc.es/20071202/opinion-la-tercera/regreso-contexto-deriva-nacionalismos\\_200712020247.html](http://www.abc.es/20071202/opinion-la-tercera/regreso-contexto-deriva-nacionalismos_200712020247.html), eingese-

Gewaltfrage ist eines der zentralen Probleme der baskischen und gesamtspanischen Politik; doch keines der Friedensabkommen noch die unterschiedlichen Pakte haben bis jetzt vermocht, die ETA auszuschalten, genausowenig wie alle polizeilichen, militärischen, geheimdienstlichen und juristischen Maßnahmen. Obwohl seit langem von linken wie rechten Regierungen ihr Ende verlautbart wurde, existiert sie noch immer. Bis 2007 waren mehr als 800 Tote auf ihre Verantwortung zurückzuführen. Das weitere Beharren der ETA auf Gewalt blieb unterdessen nicht ohne Auswirkungen im Baskenland: die ETA verzeichnet einen starken Prestigeverlust der Eta innerhalb der Bevölkerung.

Angesichts des neuen Statutentwurfs - des Plan Ibarretxe – kann man einen Blick auf die gegenwärtige Kräftekonstellation im Baskenland und die grundsätzlichen Auffassungen von Autonomie zu werfen.

Für die sogenannten Autonomisten – zum großen Teil ehemalige Zentralisten – ist das *Guernikastatut* Grundlage und *conditio sine qua non* für jegliche Reform; die Autonomieverfassungen beinhalteten die notwendigen Mittel für jegliche Reform des Statuts. Außerdem habe die Souveränität bei der spanischen Nation zu liegen; entsprechend könne das Recht auf Selbstbestimmung von Teilen des Staatsverbands nicht akzeptiert werden. Die Kompetenzen seien in dem *Guernikastatut* nach den Vorgaben der Verfassung festgelegt. Für die Autonomisten wird folglich das maximal mögliche Programm durch die vom *Guernikastatuts* vorgesehenen Möglichkeiten limitiert.

Demgegenüber meinen die Nationalisten, das *Guernikastatut* sei erschöpft und ein neues Abkommen sei notwendig geworden. Außerdem seien andere Prozedere als die von der Verfassung und vom Statut vorgesehenen notwendig: so wollen sie zu einem Referendum aufrufen und aus dieser de-facto-Kräftekonstellation mit dem Zentrum verhandeln. Die Nationalisten bestehen auf das Selbstbestimmungsrecht und auf die Baskische Nation als Souverän. Die Reform des Statuts sieht neue Kompetenzen vor, die über die im *Guernikastatut* und der Verfassung vorgesehenen hinausgehen. Ziel sei ein Statut freier Assoziation unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität.

Llera Ramo (2002) hebt die Übereinstimmung vieler Analysten bezüglich der Bewertung des politischen Parteiensystems im Baskenland als einen *polarisierten Pluralismus* (*pluralismo poralizado*) hervor. Die große Zahl an Parteien im Baskenland führe zu einer fragmentierten Repräsentation und Handlungsunfähigkeit der Regierung. Hinzu komme, daß diese Parteien nicht nur in ganz normaler Weise untereinander konkurrieren, sondern daß zwischen den im Baskenland agierenden Parteien eine große ideologische Distanz<sup>297</sup>

---

hen im Dezember 2007.

<sup>297</sup> Llera Ramo (2002) spricht von zwei Indikatoren, an denen die ideologische Distanz zwischen den baskischen Parteien abgelesen werden könne: die Klassengegenüberstellung (links vs. rechts) und die nationalistische Zugehörigkeitsidentität (baskisch vs. spanisch), wobei Wahlanalysen von 11 Autonomiewahlen von 1980 bis 2001 zeigen, daß die Identitätsdimension ein stärkeres Gewicht gegenüber der ideologischen Frage von links oder rechts besessen hat.

besteht, was der Polarisierung und politischen Konfrontation –wie wir sie im Baskenland kennen- ständig neue Nahrung gäbe.

Welche Parteien agieren gegenwärtig wofür? Innerhalb des Baskenlandes sind folgende politischen Parteien aktiv: fünf Parteien befinden sich innerhalb des Lagers des ‚Autonomismus‘, das weitgehend aus den ‚konstitutionellen‘ Parteien zusammengesetzt ist, die am *status quo* und der von der 1978er Verfassung abgedeckten Autonomieregelung festhalten wollen: PSE (PSOE), PCE/IU, UCD/CDS, AP/CP/PP, wobei die Zuordnung gerade der PCE/IU nicht eindeutig ist.

Vier befinden sich innerhalb des ‚nationalistischen‘ Lagers: PNV, EA, EE und HB (letztere heute wie auch verschiedene Nachfolgeorganisationen illegalisiert, deren Stimmenpotential zum großen Teil von der „*Kommunistischen Partei der baskischen Gebiete*“ mit 9 Abgeordneten im baskischen Parlament aufgesogen wurde, die unterdessen ebenfalls mit Entzug der Wahlzulassung oder gar vollständigem Verbot rechnen muß).

## 6. Imagined Communities - Vorgestellte Gemeinschaften

„Die Erfindung der Nationen (...) ist eine Konstruktion, die aber aus mehr oder weniger für die Aufgabe zubereiteten historischen Materialien errichtet wurde.“<sup>298</sup>  
(Keating, 2002: 50)

Nachdem in den vorangehenden Kapiteln die Bildung sowohl des spanischen Nationalismus wie des baskischen Nationalismus im XIX. und XX. Jahrhundert historisch recherchiert und erörtert wurde, fokussiert der folgende Teil auf die unterschiedlichen nationalistischen Diskurse und damit auf die unterschiedlichen Ideologien der Vertreter des Nationalismus sowohl in Spanien wie im Baskenland. Es geht darum, die identitätsstiftenden Elemente der Diskurse der Nation, auf die die Nationalisten zurückgriffen, zu erfassen. Dies bietet die Möglichkeit, in der Gegenwart Gemeinsamkeiten und Differenzen zum ehemaligen (Selbst-) Verständniss der Nation(en) besser zu verstehen. .

### 6.1. Nationale Identität und Nationalismus in Spanien

Spanien existierte seit langem als geordnetes Territorium, aber von einer nationalen Identität und vom nationalen Willen kann erst mit dem Entstehen des liberalen Staats ab Mitte des XIX. Jahrhunderts gesprochen werden. „Spanien“ als Problem, die Fragen nach der Politik und der Identität des Volkes, wurde ab diesem Punkt Hauptanliegen mehrerer Generationen von Intellektuellen, Politikern und Künstlern.

Kennzeichnend für den spanischen Staat zwischen dem zweiten Teil des XIX. und dem ersten des XX. Jahrhunderts war die Hegemonie des Liberalismus; sie zeichnete sich einerseits durch die Suche nach einem liberal-demokratischen *Staat-Nation* mit einem funktionellen und pragmatischen politischen Nationalismus aus, und andererseits durch die Existenz eines für das politische Leben wichtigen kulturellen Nationalismus (Fox, 1997: 12). Der spanische Nationalismus ist für das XIX. Jahrhundert ein politisch-liberaler Nationalismus, d.h. ein Nationalismus, der einen liberalen demokratischen Staat mit vielen Charakteristika einer kulturellen Nation<sup>299</sup> zu legitimieren sucht:

---

<sup>298</sup> “La invención de las naciones (...) una construcción pero edificada sobre materiales históricos más o menos manipulados para amoldarlos a la tarea.” (Keating, 2002: 50)

<sup>299</sup> In seinem Buch *La invención de España*, benutzt Fox (1997) einerseits die Begrifflichkeit von Andrés de Blas Guerrero für die Definition von Nationalismus und andererseits von Anthony D. Smith für die Definition von Nation. Im Falle Blas Guerrero (1995) wird folgende Klassifizierung unternommen: der *politische* Nationalismus und der *kulturelle* Nationalismus. Der liberal-demokratische Nationalismus wäre ein Beispiel von politischem Nationalismus (Fox, 1997: 16-17). Anthony D. Smith spricht in seinem Text (*Tres conceptos de nación*, Revista de Occidente, Octubre 1994) von drei allgemeinen Nationsbegriffen: die *zivile Nation* (nación cívica), historische politische Einheit mit einer politischen

„Zusammengefaßt läßt sich verstehen, daß der Nationalismus dem Volk oder der `Nation` per Willen die Identifizierung als gemeinsame oder geteilte Kultur aufdrängt, und daß diese geteilte Kultur sich auf ein Gerüst kultureller Artefakte oder kultureller Produkte wie die Geschichte, Literatur oder Kunst aufrichtet“<sup>300</sup> (Fox, 1997: 23).

### 6.1.1. Aufkommen der nationalen spanischen Mythen

Die nationale spanische Kultur wurde in gewisser Weise von der nationalistischen Historiographie des zweiten Teils des XIX. Jahrhundert konzipiert und später, Ende des XIX. Anfang des XX. Jahrhunderts, von einer Reihe von Intellektuellen, Denkern, Malern und Kritikern<sup>301</sup> konsolidiert und institutionalisiert.

Doch die *radikal-demokratischen Liberalen*, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die nationale Identität, die Nationalisierung so zu verbreiten, daß sie für die soziale Allgemeinheit prägend und Gültigkeit erreichen würde, waren revolutionäre Eliten gewesen, die sich nur kurze Zeit an der Macht halten konnten und meistens in der Opposition oder gar im Untergrund gelebt hatten; infolgedessen blieb ihre Wirksamkeit stark eingeschränkt; die Vitalität des Liberalismus der frühen Jahre (des XIX. Jh.) hatte nachgelassen, teilweise aufgrund der eigenen Unfähigkeit und Schwächen, die die Liberalen insgesamt in Verruf gebracht hatten, und teils aufgrund der wachsenden Schwierigkeiten für die Durchsetzung der Revolution. Seit 1874 glimmte die Flamme des radikal liberalen Nationalismus nur noch innerhalb kleiner, von der Macht entfernter Gruppen, ohne reale Möglichkeiten, eine tiefe Veränderung des Landes bewirken zu können (Álvarez Junco, 1997)<sup>302</sup>. So entstand eine Interpretation der spanischen Nationalgeschichte, die von den beiden Hauptströmungen innerhalb des Liberalismus, den *Gemäßigten* (Moderados) und

---

Gemeinschaft, öffentlicher Kultur und ziviler Religionsausübung mittels eines allgemeinen und vereinheitlichten Erziehungssystems, basierend auf einer gemeinsamen Sprache und einem hohen Maß an Assimilierung der Minderheiten in die Mehrheitskultur, Beispiel hierfür ist Frankreich. Die *kulturelle Nation*, man baut Nationen aus schon existierenden Ethnien oder auf der Grundlage eines existierenden ethnischen Kerns, Beispiel hierfür ist Deutschland (Fox, 1997: 15). Der dritte Begriff von Nation wird aus einer Mischung beider Nationskonzeptionen innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates gebildet. Hieraus ergibt sich die Kulturdefinition von Fox (1997): Kultur ist die Interpretation einer gewissen Art zu denken, zu fühlen und zu glauben; die Interpretation hängt wiederum von den kulturellen Produkten (Geschichte, Kunst und Literatur) mit ihren Bildern und Ideen für die Ordnung eines Verhaltens oder für die Gedankendefinition ab (Fox, 1997: 22).

<sup>300</sup> „En resumen, se entiende que el nacionalismo impone *por voluntad* al pueblo, o ‘nación’, la identificación con una cultura común o compartida; y que esta cultura compartida *se construye* sobre un armazón de artefactos culturales o productos culturales como la historia, la literatura o el arte” (Fox, 1997: 23).

<sup>301</sup> Zu ihnen zählen Unamuno, Menendez Pidal, Ortega y Gasset, Antonio Machado, Azorín; hierzu gehört auch das Wiedergewinnen der Kunst von El Greco (1541-1614), Velazquez (1599-1660) und vieler anderer. Diese produktive Zeit ist in Spanien bekannt als das *„medio Siglo de Oro“* oder *„la edad de Plata“*; Menendez Pidal, Azorín und Unamuno gehörten zur sogenannten *„98er Generation“*.

<sup>302</sup> Suárez Cortina (2000: 41) weist andererseits darauf hin, daß die Anhänger und Verteidiger der Republik (die *Republikaner*) jahrzehntelang eine große Unterstützung innerhalb der Gesellschaft genossen hatten, was jedoch -aufgrund der undemokratischen Praktiken des Systems- in den Institutionen keinen Ausdruck fand. Faktisch, meint der Verfasser weiter, habe, unabhängig von seinen Wahlerfolgen, der Einfluß des Republikanismus unter den Volksmassen entscheidend dazu beigetragen, sie in die Politik einzubeziehen.

den *Progressiven* (Progresivos) geprägt wurde; entsprechend variierten auch ihre nationalistischen Projekte.

Im Kapitel 2. wurde gezeigt, wie aus dem Liberalismus die sogenannten *Gemäßigten* hervorgingen, die zu einer Elite an der Macht wurden, Vertreter einer beschränkten bürgerlichen Revolution, die sich mit der Aristokratie des Landes arrangiert hatte. Sie hatten sich in den Dienst der Monarchie und der Kirche gestellt und davon profitiert. Demgegenüber distanzieren sich die *Progressiven* von der Kirche, hatten mehr Beziehungen zu Handel und Industrie und mobilisierten ab und zu die unteren Schichten; ein Beispiel war General Espartero, eine geradezu mythische Figur während der „Revolution“ von 1854-1856. Beide politischen Strömungen standen jedoch gemeinsam für die liberale Revolution von 1834 (s. Fußnote 57) und gegen den Karlismus. Beide teilten das Bild der España „castellana“ und der katholischen Könige als deren Grundlage. Beide beriefen sich auf die symbolische Bedeutung des Unabhängigkeitskriegs gegen die Besatzung Napoleons für die Einheit der spanischen Bevölkerung, und später auf die Bedeutung der Ereignisse in Italien von 1859-1860, vertreten durch Mazzini und Garibaldi, und deren nationalistischen und liberalen Charakter (Fox, 1997: 38).

1834 mit Isabel II an der Macht, Nachfolgerin des verstorbenen Ferdinand VII, entstand die liberale Verfassung unter dem Einfluß der Gemäßigten, eine Verfassung die Spaniens weiteren Weg prägen sollte. In diesem Zeitraum entstand das *Ateneo von Madrid*<sup>303</sup>, das von Fox (1997) als ein wichtiges Beispiel für die Veränderung des öffentlichen Raums bezeichnet wurde. Das Ateneo (Kulturverein) wurde als eine private patriotische Literaturgesellschaft gegründet und wurde ein Ort – wie viele andere in Europa – aus dem bedeutende Anregungen und Beiträge in Bezug auf soziale Konflikte, Verbreitung des Nationalismus und Definition der nationalen Kultur ausstrahlten<sup>304</sup>.

Die Notwendigkeit der Schaffung einer spanischen Identität, die der Zentralisierung des Staates entspräche, wird gerade um die Jahrhundertmitte (1850) gesehen. Unter Ausschluß aller anderen Auffassungen des Liberalismus ging es in den Debatten nicht mehr um die unterschiedlichen Sichtweisen der politischen Nation, sondern um die Durchsetzung einer nationalen Identität. So verlagerte sich der Schwerpunkt der Nationsbildung von einer aus der liberalen Revolutionstradition entsprungenen politischen Aneignung zu

---

<sup>303</sup> Das *Ateneo* hatte – wie in ähnlichen Institutionen anderer Länder auch – seine Wurzeln in den Cafés, Zirkeln, literarischen Gesellschaften und Geheimgesellschaften des europäischen Romantismus, die die Polemiken politisierten, die sich um Fragen der Kunst und Literatur entfalteten (Fox, 1997: 29). Neben den *Ateneos* waren die anderen kulturellen Konstruktionen für die Verbreitung der nationalen liberalen Identität die Presse, die Institución Libre de Enseñanza und die Universität allgemein (Fox, 1997: 176).

<sup>304</sup> Die Zielsetzung des *Ateneo* verstand sich im Rahmen eines liberalen Staates, der natürlich von der Erziehung und Ausbildung seiner Regierten und von der politisch-kulturellen Aktion seiner Bürger ausgehen sollte. Die erste Generation des *Ateneos* (1835-1868) war von den Gemäßigten und der Politik eines bürgerlichen zentralisierten bürokratischen Staates beherrscht und trug damit zwischen 1843 und 1854 zur Befestigung der konservativen Züge eines Spanien unter

der Betonung eines Erbes der imperialen Vergangenheit. Von nun an verbreitete sich eine Auffassung von Spanien als einer einheitlichen und einzigen Nation, die ewig, katholisch und kastilisch<sup>305</sup> sei. Die spanische Nation wurde als präexistente Realität postuliert. Diese neue nationale Identität wies kaum noch Gemeinsamkeiten mit jenem mobilisierenden identitätsstiftenden Charakter während der napoleonischen Besatzung auf (Álvarez Junco, 1995). Vor diesem Hintergrund entfaltete sich auch eine offizielle spanische Historiographie, die nun rückwärts gewandt und ohne irgendein utopisches Zukunftsprojekt war (Fox, 1997; Alvarez Junco, 1997).

Diese Historiographie gab dem Entstehen des Nationalismus in Spanien weitere Anstöße; so wurden nach französischem Vorbild verschiedene „Allgemeine Geschichten“ Spaniens verfaßt. Die „Allgemeine Geschichte“ wurde jedoch nicht als ein Werk für Gelehrte, sondern eine Art von ‚säkularisierter Bibel‘ verstanden *„ein nationales Handbuch, dazu bestimmt, einen Platz in den Zimmern und Bibliotheken der mittleren und oberen Klassen einzunehmen“* (Álvarez Junco, 1997). Von Modesto Lafuente in 30 Bänden zwischen 1850 und 1867 veröffentlicht, war die *„Historia general de España desde los tiempos primitivos hasta nuestros días“* (Allgemeine Geschichte Spaniens von den primitiven Zeiten bis in unsere Tage) das meist verbreitete allgemeine Geschichtswerk gewesen und ist als Widerspiegelung der politischen Kompromisse der Moderaten von 1845 und 1876 zu verstehen - nämlich eine in der Form liberale politische Struktur, aber bei nur eingeschränkter Volksbeteiligung, die sich mit der Monarchie und Aristokratie arrangiert (Álvarez Junco, 1997). Sie hatte ihre Wurzeln im ländlichen Kastilien und vertrat die Idee des Kastilentums als zentrale Achse der spanischen Nation<sup>306</sup>.

Doch und obwohl zunächst eine liberale konservative Konstruktion der „spanischen“ nationalen Identität ‚vorherrschte‘, nistete sich gleichzeitig eine andere Konstruktion von Identität ein, die sich zuerst nach der Restauration um die 80er und 90er Jahre als mobilisierend erwiesen hatte.

Die Konservativen des Landes hatten am Anfang die nationale Identität nicht als ihre eigene Aufgabe und Teil ihrer Ziele betrachtet. Die neue „nationale Mythologie“ zu Beginn des XIX. Jahrhunderts während des Kriegs gegen die französische Besatzung hatte ihnen durch die Rhetorik von Revolution und Volkssouveränität eher Furcht eingeflößt. Jedoch gewann für sie mit der Zeit die nationale Legitimität an Wichtigkeit, vor allem wegen des Antiklerikalismus der liberalen Revolution und seiner wachsenden Gefahren für die Ideo-

---

Isabel bei.

<sup>305</sup> Angesichts dieser Lektüre von dem, was „national“ zu sein habe, nämlich die spanische Identität als kastilische, entsteht in Katalonien Mitte des XIX. Jhs. das, was als katalanische Renaissance bekannt wird, eine kulturelle Gegenbewegung, die zu einer mit der „spanischen“ unvereinbaren Identität führte. Sie wurde später eine Grundlage der nationalistischen Bewegungen.

<sup>306</sup> Die ‚Allgemeine Geschichte der französische Zivilisation‘ diente in Spanien als Historiographiemodell (Fox, 1997).

logen des Traditionalismus<sup>307</sup>; dieses Konzept von nationaler Identität sollte sich dann später, im XX. Jahrhundert am Ende der Diktatur von Primo de Rivera<sup>308</sup> und bis zum Bürgerkrieg, durchsetzen. Sie institutionalisierte sich zwischen den Diktaturen und vor allem seit der Errichtung des Francoregimes auf nationaler Ebene. Diese Identitätskonstruktion der Nation hatte jedoch Schwierigkeiten, sich im XIX. Jahrhundert als nationales Projekt durchzusetzen, unter anderem wegen ihrer engen Verbindung zur Kirche und des Argwohns der modernisierenden Eliten und weil eine religiöse Kultur weder innerhalb der machtausübenden Bourgeoisie noch innerhalb der gerade entstehenden Arbeiterklasse verwurzelt war (Fox, 1997).

### 6.1.2. Die Mythen des liberalen Nationalismus

Die Historiographie des liberalen Nationalismus setzt an einer Idealisierung des Mittelalters an; das ‚spanische Volk‘ hätte in dieser Zeit im Kampf um seine Identität gegen eine ausländische Besatzung (die arabische) gestanden; dies hätte sich in Volksteilnahme, Toleranz, regionaler und lokaler Vielfalt – die Fueros und die Stärke der Städte - und einer Einschränkung der königlichen Macht ausgedrückt. Ein späteres Schlüsselereignis der liberalen Historiographie ist die Erhebung und Niederlage der Comunidades de Castilla 1520 nach dem Herrschaftsbeginn der Habsburger Dynastie; diese ‚ausländische‘ Dynastie hätte ab der Mitte des XVI. Jahrhunderts die Geschichte Spaniens durch imperiale Kriege, Verarmung und Entvölkerung ins Abseits geführt; der Despotismus seinerseits hätte die Intoleranz der Inquisition als wichtiges Element der Politik der Krone, die Vertreibung von Juden und Mauren und den damit verbundenen wirtschaftlichen Ruin mit sich gebracht. Das Schicksal des Landes stand nicht unter dem Einfluß der Wissenschaft, der Industrie oder des Handels, sondern lag in den Händen der Habsburger Dynastie, des mittelalterlichen Adels und der Kirche. Trotz ihrer Kritiken an dem religiösen Leben und der religiösen Kultur, war die Mehrheit der Liberalen christlich, katholisch und gläubig; in der Tat zielten ihre Kritiken darauf, die Basis des Katholizismus zu reformieren, nicht zu unterminieren (Fox, 1997). Dieses gesamte Geschichtsbild zielte auf die Unterstützung eines liberalen politischen Projektes.

Wie wir schon angerissen haben, wurde das kollektive Gedächtnis des Krieges gegen die Besatzung des Landes durch Napoleon eines der Hauptelemente und Symbole der mo-

---

<sup>307</sup> Die Katholiken hatten bereits das parlamentarische System anerkannt und begannen, die öffentliche Meinung auf der Grundlage nicht nur der Religion sondern des Vaterlandes festzulegen (Alvarez Junco, 1997).

<sup>308</sup> Ein Teil der liberalen ‚Erneuerer‘ unterstützte später die Diktatur Primo de Riveras, darunter Azorin und Ortega y Gasset. Sie waren der Überzeugung, daß man die verdorbene politische Klasse beseitigen müßte, um das gesunde Spanien ans Licht treten zu lassen. Die Armee war für die Durchführung dieser Aufgabe berufen, zusammengefaßt: „Die diktatorische Peitsche könnte einen erneuerten Liberalismus zum Ergebnis haben“. Demgegenüber waren Unamuno, Machado und Valle-Inclán einige der wichtigen liberalen Intellektuellen, die der Diktatur sehr kritisch gegenüberstanden“ (Fox, 1997 Cap VII).

dernen Epik des Liberalismus von der Einheit des spanischen Volkes. Hinzu kommt die Idee von Kastilien als dominant für die Gründung der spanischen Nation, die von großer Wichtigkeit für die gesamte nationalistische Historiographie in Spanien bis zur Mitte des XX. Jahrhunderts aber auch für große Teile der Intellektuellen, Kritiker, Denker und Maler war. Die spanische Kultur war vor allem „castellana“ und noch bis vor kurzem „wurde in Spanien z.B. der zivile spanische Nationalismus so betrachtet, als habe er einen vorherrschend kastilischen Charakter“ (Fox, 1997: 16). In Worten des Philosophen Ortega y Gasset aus seinem Text *La España invertebrada* (1911): „Kastilien hat Spanien gemacht und Kastilien hat es zerstört“ (Castilla ha hecho a España y Castilla la ha deshecho).

### 6.1.3. Die Mythen des nationalkatholischen konservativen Projekts

Die Mythen des nationalkatholischen konservativen Projekts basierten auf folgenden Ingredienzien: die Reaktion des Katholizismus gegen die Aufklärung; Ferdinand VII hatte die Allianz von Altar und Thron und hierbei die Verteidigung einer „spanischen Tradition“ gegen das demokratische Spanien der Cortes de Cadiz Anfang des XIX. Jahrhunderts kreiert; die Werke von Juan Donoso Cortés<sup>309</sup> mit der Definition des spanischen Volkes als das auserwählte Volk für die Verteidigung des Katholizismus innerhalb eines revolutionären europäischen Kontinents während der Jahre 1849-51; die religiöse Intoleranz, die Inquisition und die katholische Einheit wurden verteidigt; das Schlüsseljahr 1868 aufgrund der politischen Verbindung von Neokatholiken, Karlisten und der Unterstützung der Jesuiten und deren Diskurse (Gegenüberstellung von Kirche einerseits und politischer Revolution, Liberalismus und moderner sozialer Philosophie andererseits); die These von der Dekadenz Spaniens, die ‚natürlich‘ dem Aufkommen des Liberalismus entspricht. Außerdem wird die spanische orthodoxe Theologie<sup>310</sup> nach Menéndez y Pelayo in enger Verbindung mit der Konterreform und der Inquisition verteidigt; katholischer Glauben und nationaler Charakter werden gleichgesetzt und daraus wird die wahre Wiederherstellung des Landes gegen eine vom Liberalismus verdorbene spirituelle Ordnung abgeleitet. Die Enzyklika „*Rerum novarum*“ (1891) von Leo XIII, in der die Philosophie des Heiligen Thomas von Aquin als offiziell verbindlich erklärt wurde, bot zusätzliche Munition gegen die Intellektuellen. Die Hochburgen lagen hauptsächlich in den Provinzen, aber nicht in Madrid. Ende des XIX. Jahrhunderts hat die nationalkatholische Historiographie sich folgende Auffassung von Spanien zu eigen gemacht: Die Essenz von Spanien sei die „Konvertierung von Recaredo<sup>311</sup> und die katholische Einheit der Krone, die Einheit des

---

<sup>309</sup> ‚Ensayo sobre el catolicismo, el liberalismo y el socialismo‘ (1851) (Aufsatz über den Katholizismus, Liberalismus und Sozialismus 1851), ‚Tres discursos sobre la dictadura‘ (Drei Diskurse über die Diktatur -1849) und ‚Sobre la situación en España y en Europa‘ (Über die spanische und europäische Lage 1850) (Fox, 1997: 186)

<sup>310</sup> Anders als in der liberalen Historiographie, die die spanische Theologie der mystischen Vertreter bevorzugte, die sie als humanistisch, kontemplativ und nichtfanatisch interpretierte.

<sup>311</sup> Die Konvertierung von Recaredo: Der westgotische König Recaredo (Rekkared, 586-601) konvertiert zum Katholi-

Landes durch die katholischen Könige, die Unverzichtbarkeit der Inquisition; im Gegensatz zur Ansicht der Liberalen sei die Dynastie der Bourbonen das Unheil Spaniens gewesen.

*„Ein Kompendium der Historiographie im Dienst der Politik des katholischen Nationalismus um die Zeit des Jahrhundertwechsels sähe ungefähr folgendermaßen aus: Die Geburtsstunde der Durchdringung der spanischen Identität mit dem Katholischen ist die Konvertierung von Recaredo im Jahr 587, die im III. Konzil von Toledo 589 proklamiert wird. Sie nimmt in den Jahrhunderten der Reconquista zu und kulminiert in der zweiten Hälfte des XV. Jahrhunderts unter den katholischen Königen, die den Prozeß der territorialen, politischen und religiösen Vereinigung zum Abschluß bringen. Nachdem die Vertreibung der Araber und Juden abgeschlossen war, benutzt der gerade geborene Staat das Tribunal der Heiligen Inquisition zur Verteidigung seiner eigenen Identität, die als religiöse Orthodoxie verstanden wurde, und um seine evangelisierende Mission des amerikanischen Subkontinents erfüllen zu können. Das Imperium, das aus dem kolonialen Abenteuer in den europäischen Ländern entsteht, ist eine Verteidigung gegen die Bedrohung durch die protestantische Reform, während in Lepanto (1571) vorübergehend die türkische Gefahr aus dem Osten besiegt wird. Das Imperium bildet den Zenit des hispanischen Expansionismus und den Höhepunkt in der Katholisierung der Welt bis in die letzten Dekaden des XVII. Jahrhunderts. Die anschließende Geschichte ist die Geschichte der Dekadenz, die mit der Ankunft der Bourbonen und ihren verfremdenden Ideen einsetzt. Von nun an sollten Freimaurertum, Liberalismus, Krausismus, Freidenkertum, Positivismus, Anarchismus, Sozialismus und Kommunismus versuchen, die Einheit und das politisch-religiöse Gleichgewicht zu zerbrechen und Kultur, Gesellschaft und Staat zu säkularisieren.“<sup>312</sup> (Fox, 1997: 190).*

---

zismus und legt die Grundlagen für die künftige politische und religiöse Struktur des westgotischen Reiches, in dem der König als Führer und Hirte der Kirche auftritt und dieser die zivile Macht übertragen wird.

<sup>312</sup> “Un compendio de la historiografía al servicio de la política del nacionalismo católico hacia el cambio de siglo sería algo como lo siguiente: la compenetración de lo católico con la identidad española nace con la conversión de Recaredo, en el año 587, proclamada en el III Concilio de Toledo en el 589. Se aumenta en los siglos de la Reconquista y culmina en la segunda mitad del siglo XV bajo los Reyes Católicos, que concluyen el proceso de la unificación territorial, política y religiosa. Una vez expulsados los árabes y los judíos, el Estado, recién nacido, emplea el Tribunal de la Santa Inquisición para la salvaguardia de su propia identidad, concebida como ortodoxia religiosa y puede cumplir con su misión evangelizadora del subcontinente americano. El imperio que surge de la aventura colonial en los territorios europeos es una defensa contra la amenaza de la Reforma protestante, mientras que en Lepanto (1571) se vence temporalmente el peligro que presentan los turcos desde el oriente. El imperio constituye el cenit del expansionismo hispánico y el apogeo en la catolización del mundo, hasta las últimas décadas del siglo XVII. La historia posterior es historia de decadencia, que se inicia con la llegada de los Borbones y sus ideas extranjerizantes. De ahora en adelante,

#### 6.1.4. Resumé

Für ein Verständnis der Widersprüchlichkeit der Konstruktion der Nation in Spanien im XIX. Jahrhundert sind zusammenfassend folgende Punkte wesentlich. Erstens: bestimmender Faktor für die Herausbildung eines spanischen Nationalismus und einer Auffassung der Nation in dieser Zeit war der Liberalismus. Zweitens: die Volkserhebung gegen die Besatzung des Landes Anfang des XIX. Jahrhunderts war mehr gegen Frankreich und die sogenannten *Afrancesados* (Französierte) gerichtet, und trat für Ferdinand VII. und die Monarchie als Symbol des Landes ein, als für Spanien als Nation im modernen Wortsinn. Drittens: das „patriotische Gefühl“ schwächte sich im Anschluß, was jedoch die Liberalen von Cadiz nicht daran hinderte, diesen Konflikt als eine „nationale“ Volkserhebung für das Vaterland Spanien zu konstruieren, womit sie einen wichtigen Eckpfeiler für den Aufbau der spanischen Gemeinschaft errichtet haben. Viertens: trotz des Versuches der Liberalen, eine nationale Mythologie zu konstruieren, schafften sie es nicht, diese innerhalb des „Volkes“ zu verbreiten; mehr noch: viele der Erhebungen der Bevölkerung während des XIX. Jahrhunderts richteten sich gerade gegen die modernisierende Politik des Liberalismus, eine Politik, die weder die erhofften besseren Lebensbedingungen noch die Demokratisierung des Landes mit sich brachte. Fünftens: Trotzdem spricht Fusi (2000) von der Existenz eines „*patriotismo popular*“ (eher eine nationale Emotion statt ein politischer Nationalismus) und damit von einer Nationalisierung der Kultur; dieser Volkspatriotismus schwoll während der militärischen Besetzung Marokkos (1859) und noch stärker während des Konflikts 1885 mit Deutschland um die pazifischen Karolineninseln an (Fusi, 2000: 189). Álvarez Junco (1997) seinerseits ist der Meinung, daß diese *Ausbrüche*<sup>313</sup> so sporadisch waren, daß sie ohne Auswirkung auf die Entstehung eines Nationalismus innerhalb des Volkes<sup>314</sup> blieben. Sechstens, der ‚*españolismo*‘, der in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts aufkommt, entfernte sich jedes mal mehr von dem ‚revolutionären liberalen Ideal‘ zu Beginn des Jahrhunderts, verband sich hingegen umgekehrt immer enger mit der katholisch-konservativen Bewegung. Siebtens, schon am Ende jenes Jahrhunderts beginnt die Konstruktion anderer nationaler Diskurse, die erst

---

masonería, liberalismo, krausismo, librepensamiento, positivismo, anarquismo, socialismo y comunismo intentan romper la unidad y el equilibrio político-religioso y secularizar la cultura, la sociedad y el Estado” (Fox, 1997: 190).

<sup>313</sup> Álvarez Junco (1997: 50) charakterisiert diese Mobilisierungen als staatsbürgerliche Mobilisierungen imperial-nationalen Zeichens, die jedoch nur als ‚sporadisch‘ zu bezeichnen seien und eher Ausdruck der Schwäche des Nationsbildungsprozesses im XIX. Jahrhundert waren. Demgegenüber schlußfolgert Fusi (2000: 190-192) auf die Existenz eines schon gegen 1885 sehr starken patriotischen Gefühls: „Die Bevölkerungsreaktion auf den Konflikt mit Deutschland um die Karolineninseln antizipierte das, was später, 1898, angesichts des Krieges mit den Vereinigten Staaten um Kuba, Puerto Rico und die Philippinen geschehen sollte. In beiden Fällen übte der Volkspatriotismus (...) einen beträchtlichen Druck auf die Regierungen aus. (...); 1898 führte diese Meinung das Land in den Krieg.“; zusätzlich sieht er in dem Stierkampf, der Musikgattung der Zarzuelas und in einigen Formen des Flamencos Ausdrucksformen des patriotischen Gefühls innerhalb der Volkskultur.

<sup>314</sup> Beweis für die Nichtexistenz eines von ihm so bezeichneten „nationalismo expansivo“ sei die Tatsache, daß wenn es um die Wehrdienstpflicht ging, niemand sich verpflichtet fühlte, und innerhalb der Gesellschaft - sowohl für die unteren wie für die oberen Schichten - Flucht und Ausreden zur Norm wurden (Álvarez Junco 1997).

später im XX. Jahrhundert für das historische Devenir des Landes Bedeutung erlangen sollten: einerseits der Nationalismus der peripheren Regionen und andererseits der Nationalismus der rechten und faschistischen Kräfte.

Für das ganze XIX. Jahrhundert kann gesagt werden, daß im Endeffekt die liberalen Regierungen eine „Ethnisierung“ oder „Nationalisierung“ des Volkes in der nationalen Rhetorik mit einer klaren Zielsetzung für das Kreieren einer spanischen Identität nicht geschafft haben. Diese Vernachlässigung übersetzte sich auch in ein Militärsystem, das auf einen Wehrdienst<sup>315</sup> für das ‚Vaterland‘ verzichtete; so wurde die allgemeine Wehrpflicht erst 1911 und ein allgemeines öffentliches Erziehungswesen nicht vor Mitte des XIX. Jahrhunderts eingeführt; die Landesflagge existierte seit 1843 und die erst im XX. Jahrhundert angenommene Nationalhymne blieb bis heute ohne Text (Álvarez Junco, 1997; Fox, 1997). In all diesen Punkten zeigt sich der „*verspätete Charakter des spanischen Nationalismus*“ (Blas Guerrero & Laborda Martín, 1986: 477).

### 6.1.5. Das XX. Jahrhundert

Die Übergangsphase zum XX. Jahrhundert zeichnete sich durch den bitteren Verlust der letzten spanischen Kolonien (Kuba, Puerto Rico und Philippinen) im Krieg gegen die USA 1898 aus; dies ging in die Geschichte des Landes als „Das Desaster“ ein.

Im XIX. Jahrhundert war noch keine spanische Identität entstanden, die tief genug in die unteren Schichten eingedrungen wäre. Dementsprechend generierten die Ereignisse von 1898 keinen nationalistischen Ausbruch wie in Frankreich 1871 mit der Niederlage gegen Preußen vor Sedan oder in Italien nach der Niederlage 1896 in Adua (Äthiopien). Genausowenig provozierte der Krieg in Marokko zwischen 1907 und 1926 nationalistische Manifestationen; im Gegenteil war die sogenannte „*semana trágica* (Tragische Woche)“ von 1909 Ergebnis einer allgemeinen Revolte in Barcelona gegen die Entsendung von Truppen in das marokkanische Kriegsgebiet. Auch entfaltete sich bis 1923 keine nennenswerte ‚spanische‘ nationalistische Massenbewegung oder Massenpartei, genau so wenig wie ein antiliberaler oder reaktionärer Nationalismus vom Typus Maurras y Barrès in Frankreich ab 1899 (Fusi, 2000: 239).

Die Intellektuellen besaßen jedoch schon eine beträchtliche Fähigkeit, ihre Sorgen zu verbreiten und ‚*überzeugten alle, das Land sei in einer tödlichen Lage*‘<sup>316</sup> (Álvarez Junco,

---

<sup>315</sup> Im Gegensatz zu Frankreich oder Deutschland war der Dienst am Staat kein erhabener Wert für die oberen und mittleren Schichten; der Staat wurde von ihnen eher als eine leichte Beute zur Erlangung von Privilegien und Arbeitsplätzen betrachtet, eine „Art ererbter und schlecht bewachter Gemeinwiese, von der sich marginale Vorteile erzielen ließen“ (Álvarez Junco, 1997: 50), was auffällig der Definition von Kaziquentum ähnelt.

<sup>316</sup> Álvarez Junco vergleicht die Reaktionen auf den Verlust von zwei Dritteln aller Kolonien Anfang des XIX. Jahrhunderts und den Verlust der Kolonien 1898 und betont die Unterschiede in beiden Fällen; was 1820 und trotz der Reichweite des Ereignisses nur als ein Territorialverlust des Königs gesehen wurde, wurde Ende des XIX. Jahrhunderts als das Scheitern der gesamten Kollektivität empfunden. Darin sieht er eine Bestätigung dafür, daß zwischen 1820 und

1997:54). Von nun an war zu hören „Afrika fängt in den Pyrenäen an“, wie der kritische Pessimismus der 98er Generation (Unamuno, Ganive, Azorin, Baroja, Valle-Inclán, Zuloaga, Maetzu) signalisierte. Man hörte, ‚Spanien ist ein Problem‘, während gleichzeitig der Mythos von Kastilien als der Kern der spanischen Nationalität befestigt wurde. Diese Ereignisse bezeugen, wie die Frucht des Nationalismus der spanischen Nation innerhalb der Intellektuellen heranreifen sollte. So wurde das Jahr 1898 zunächst ein Krisenjahr für die intellektuellen Eliten, auf das es zu reagieren galt.

### **6.1.5.1. Die Regenerationisten**

Vor diesem Hintergrund wurde bald eine Reihe von Werken publiziert, die die bisherige Historiographie, Politik und nationale Identität hinterfragten; diese Autoren, die die 1898er Ereignisse aufzuarbeiten trachteten, sind als „Regeneracionistas“<sup>317</sup> („Erneuerer“) in die Geschichte eingegangen.

Nach Vicens Vives<sup>318</sup> versuchten die Vertreter der Regeneration ab 1898 auf die allgemeine Bewußtseinskrise durch die Beschwörung einer tiefen Versenkung in die Geschichte des Landes zu antworten. Für ihn war dies allerdings vergeblich; Spanien wäre bereits unfähig gewesen, dem Weg der westlichen Zivilisation zum Kapitalismus, Liberalismus und Rationalismus in seinen drei Aspekten (wirtschaftlich, politisch und kulturell) zu folgen; hinzu kam das Scheitern Kastiliens in seiner Aufgabe, aus Spanien eine harmonische, zufriedene und zustimmende Gemeinschaft zu schaffen (*Aproximación a la historia de España*, Vives, 1960 zitiert von Fox, 1997: 208).

Gerade in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts fanden seitens der Intellektuellen, aber auch des Staates ernsthafte Versuche zur „Ethnisierung“ oder „Nationalisierung“ der spanischen Identität statt. Ein klarer Ausdruck davon, der an den berühmten Satz von Massimo d’Azeglio (1862: *Italia e fatta, bisogna da fare gli Italiani*) erinnert, ist der Inhalt des Diskurses von Ortega y Gasset von 1910: Spanien existierte nicht als Nation weshalb es „Aufgabe der Intellektuellen war, Spanien aufzubauen“ (Álvarez Junco, 1997: 55). Die beiden Spanien, das laizistische und das traditionell-katholische, lebten weiter nebeneinander her; doch war, wie oben ausgeführt wurde, die Identifizierung der nationalen Identität Spaniens mit dem traditionalistisch-katholischen Kulturmodell für die modernisierenden Eliten keineswegs anziehend, die nach Alternativen suchten.

---

1898 patriotische Gefühle tief in die mittleren und höheren Schichten eingedrungen seien; ein Krieg würde innerhalb des nationalen Rahmen in einer ‚ethnoessenzialistischen‘ Art aufgefaßt: „...wir haben hier ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Welt kulturell interpretiert wird (und wie einige Eliten, die die Träger des nationalen Projektes sind, ihr eigenes konzeptuelles Schema nach innen leiten)“ (Álvarez Junco, 1997: 54).

<sup>317</sup> Einige Werke und Autoren der Bewegung der „Erneuerer“ werden im Kapitel IV, 59-65 von Inman Fox (1997) behandelt. Es existiert jedoch eine wesentlich umfangreichere Literatur über diese Bewegung.

<sup>318</sup> Fox (1997: 208) meint, daß der katalanische Verfasser Vicens Vives mit seiner „*Historia social y economica de España y América*“ von 1957 das erste wichtige Werk in diesem Jahrhundert verfaßte, das die liberale spanische Historiographie und den liberalen nationalen Kulturbegriff in Frage stellte.

Wichtige Impulsgeber zur Konstruktion einer liberalen kollektiv-nationalen spanischen Identität, die Teil einer nationalen Kultur während eines großen Teils des XX. Jahrhunderts wurde, sind Schriftsteller, Dichter und Denker wie Miguel de Unamuno, Pío Baroja, Antonio Machado, Ramiro de Maetzu oder Azorín<sup>319</sup>, um nur einige zu erwähnen.

Sie alle kreierten eine Identität im Dienst eines liberalen politischen Programms (Fox, 1997: 205), waren scharfe Kritiker des „Españolismus“<sup>320</sup>, und haben durch ihre Werke eine Auffassung nationaler Kultur institutionalisiert, die bis zu einem gewissen Grad noch heute nachwirkt.

Sie suchten ein Bild von dem zu schaffen, was charakteristisch und eigenartig für das spanische Volk und mithin für die spanische Literatur und Kunst wäre. Eine der wirkungsmächtigsten „Erfindungen“ der spanischen Nation war die „historische Originalität von Kastilien“; die Ursprünge der nationalen Psychologie machten sie im Mittelalter und im XVI. Jahrhundert und in Werken wie „*El Mio Cid*“, „*Libro de buen amor*“, „*La Celestina*“ sowie in Werken von Santa Teresa, El Greco, Cervantes oder Lope de Vega als der wahren Seele des Volkes (*espíritu del pueblo*) aus.

Was die Merkmale der spanischen Kollektividentität aus Sichtweise der Regenerationisten angeht, sollten besonders folgende Ideen für den Aufbau der nationalen liberalen Identität nützlich sein: *„Erstens zeichnet sich das Spanische durch einen Individualismus oder ein unabhängiges Empfinden aus, das die Prinzipien der persönlichen Freiheit und der menschlichen Würde, das freie persönliche Gewissen und die Gedankenfreiheit hoch einschätzt. (...) Zweitens ist der Charakter des spanischen Volkes wesentlich demokratisch, dem Absolutismus feindlich gesonnen und wie schon gesagt, voller Respekt vor der Gerechtigkeit. (...) Dieser demokratische Geist erstreckt sich vom Adel bis in die unteren Schichten. (...) Auf jeden Fall ist das Spanische wesentlich spirituell, und von einem Gedankengebäude getragen, das das Leben nicht als das höchste Gut betrachtet. (...) Vor al-*

---

<sup>319</sup> Unamuno (1886) betrachtet die spanische Seele, so wie die liberale Historiographie, als ein Ergebnis eines Abkommens von „kleinen Vaterländern“, wobei jedoch Kastilien die spanische Einheit - Kern der spanischen Nation- im Lauf der Geschichte geschaffen hat; der kastilische Geist hat sich durch Assimilation verspanischt (Fox, 1997: 122). Azorín (José Martínez Ruiz) ist auch einer der Erfinder der kollektiven Identität und ist der hartnäckigste Verteidiger der Interpretation der Zentralität von Kastilien innerhalb der spanischen Wirklichkeit, wobei er dies mit wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Begründungen untermauerte. Für Azorín soll das Spanien von 1910 nicht Europa nachahmen, sondern das eigene Bewußtsein innerhalb der nationalen Kontinuität finden; das spanische Sein habe einen kastilischen Charakter (Fox, 1997: 136). Für Ortega y Gasset wiederum ist kastilisch die Sprache, in der sich die unterschiedlichen Dialekte und Sprachen der hispanischen Peripherie bündeln und vereinen (Fox, 1997: 144). Antonio Machado behandelt literarisch in seinem Werk „*Campos de Castilla*“ (1909 veröffentlicht) alle großen Motive des Regenerationismus von 98: die Landschaft, die Geschichte, die Zwischengeschichte. Das Werk ist in seiner Zeit ein Produkt des kollektiven Bewußtseins. Der Dichter selbst wurde von den Ideen des Liberalismus in seiner Erziehung geprägt. „*Campos de Castilla*“ geht in ähnliche Richtung wie die Werke Unamunos, Azoríns, Menéndez Pidal's auf der Suche eines kollektiven Bewußtsein des Volkes, um die Vergangenheit zu verstehen und die Zukunft zu orientieren (Fox, 1997: 153).

<sup>320</sup> „Ja, der Flamencoismus, der Stierkampfkult, die Pornographie, der Generochiquismo [Operetten und Zarzuelas statt Oper], sie alle sind gleich – schrieb Unamuno im Dezember 1911 an Eugenio Noel -; sie sind eine Plage und eine Plage des Irrsinns. Sie lassen das Volk nicht denken, sie wissen nicht das Denken heiß und leidenschaftlich zu machen, und sie kümmern sich um Unsinn und Blödsinn“ (Unamuno zitiert von Fusi, 2000: 196).

lem lebt diese Dualität im spanischen Geist, der durch Cervantes und die spanischen Dramaturgen unsterblich wurde und entgegengesetzte Tendenzen umfaßt: zwischen dem Spirituellen und dem Wollüstigen, dem Begeisterten und Skeptischen, dem Realen und Romantischen. Diese wunderbare Allianz zwischen Idealismus und Pragmatismus. (...) Und schließlich ist der volkstümliche und realistische Geist des Spanischen hervorzuheben: eine Ungezwungenheit gegenüber dem Formalen und dem Gelehrten.. Die spanische Ästhetik ist nicht künstlich, sie besitzt eine volkstümliche Tradition, die die Gewohnheiten und den Erfindungsgeist des Jahrhunderts ausdrückt<sup>321</sup> (Fox, 1997: 202, 203, 204).

#### 6.1.5.2. Der „Españolismo“

Eine andere Form, die der spanische Nationalismus Anfang des Jahrhunderts annahm und die eine immer wichtigere Rolle im Spanien des XX. Jahrhunderts spielen sollte, war der sogenannte „españolismo“, eine Auffassung von Spanien, die sich schon während der Restauration (ab 1876 ) entfaltete; eine vor allem andalusische und Madrider „Urwüchsigkeit“, mit einer über den Stierkampf wachgehaltenen romantischen Empfindung; so wurde in der Volksmentalität einer der wesentlichen Referenzpunkte in der Perzeption der spanischen Identität konstruiert. *‘In einem großen Ausmaß war die populäre Idee von Spanien Zarzuelas (género chico) und Stierkampf, Madridtum und Andalusianismus’*; diese Mischung aus Folklore und Tradition agierte zweckmäßig als Anziehungskraft zwischen Massen und konservativen Kräften und entfernte erstere von den „regeneracionistas“ oder „institucionistas“<sup>322</sup> –beides liberale Kräfte.

---

<sup>321</sup> „Primero, el español se caracteriza por un individualismo o un sentir independiente que le lleva a valorar los principios de la libertad personal y la dignidad humana, la libre conciencia individual y la libertad de pensamiento. (...) Segundo, el carácter del pueblo español es esencialmente democrático, enemigo del absolutismo y, como se ha dicho, respetuoso de la justicia. ..Este espíritu democrático se extiende desde la nobleza hasta los de abajo. (...) De cualquier manera, el español es esencialmente espiritual, dominado por un ideario que no considera la vida como el supremo bien. (...) Sobre todo, vive en el genio español esta dualidad, inmortalizada por Cervantes y los dramaturgos españoles, que engendra tendencias opuestas: entre lo espiritual y lo voluptuoso, lo apasionado y los escéptico, lo real y lo romántico. Esa maravillosa alianza del idealismo y del practicismo. (...) Y, finalmente, se destaca el espíritu popular y realista del español: un desenfado frente a lo formal y lo erudito..La estética española no es de artificio; es de tradición popular, expresando las costumbres e ingenios del siglo”. (Fox, 1997: 202, 203, 204)

<sup>322</sup> Die ‚Institución Libre de Enseñanza‘ war ein berühmter spanischer pädagogischer Versuch freier Erziehung, der von der Philosophie Karl Christian Friedrich Krauses (krausismus) inspiriert war. Die Institution wurde 1876 gegründet; die Gründer wurden von der Universidad Central de Madrid aufgrund ihrer Verteidigung der Freiheit der Lehre ausgeschlossen. Das private Institut verstand sich als laizistisch. Die Anhänger dieses Instituts wurden als „institucionistas“ bezeichnet.

*„Es war ein Españolismus, der zunehmend die kritischen, agonisierenden, liberalen, kultivierten und antiklerikalen Elemente aufgab, die die Regeneracionistas oder Institucionistas gekennzeichnet hatten, um demgegenüber ein volkstümliches und optimistisches Bild aufzubauen, das sich auf eine oberflächliche Folklore und eine traditionelle rituelle Religiosität stützte. All dies war zweifelsohne besser geeignet, um breite Massen zu integrieren und vor allem das konservative Spanien anzuziehen.“<sup>323</sup> (Álvarez Junco, 1997: 56).*

Gerade zwischen diesen ‚unterschiedlichen Auffassungen von Spanien‘ tobte bis zum offenen Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs eine offene Schlacht. Der oben definierte „españolismo“ agierte dabei als konterrevolutionäre Ideologie; im Namen dieses Spaniens, seiner politischen Einheit und traditionellen sozialen Ordnung wurde eine Legitimationsgrundlage für die Zerschlagung von progressiven Bewegungen und radikalen Veränderungen geschaffen; und nicht zuletzt wurde dieser während der Diktatur Primo de Riveras sprießende „españolismo“ ein nicht zu unterschätzender ideologischer Stützpunkt und Vorankündigung dessen, was mit dem Bürgerkrieg und dem Sieg Francos noch kommen würde.

### **6.1.5.3. Der Frankismus**

Erst zwischen 1911 und 1920 sollte in kohärenterer Weise die Konzeption eines ultranationalistischen Spaniens formuliert werden, die das Terrain für die Diktaturen Primo de Riveras und später Francos vorbereitete.

Der aus dem Liberalismus kommende Ideologe des Frankismus hieß Ramiro de Maetzu, und war auch Teil der Regenerationisten gewesen. Er wurde das „*erkatholische, antilibérale Gewissen*“ während der letzten Jahre der Diktatur Primo de Riveras und der II. Republik. Maetzu verknüpfte den Katholizismus mit der Monarchie zu einer Einheit; für ihn war die österreichische kaiserlich katholische Monarchie das wiederzubelebende Modell für Spanien. Die neue politische und soziale Ordnung sollte eine traditionalistische und nicht demokratisch-liberale Monarchie mit einem korporatistischen Wirtschafts- und Sozialsystem sein, verklammert durch einen konterrevolutionären katholischen Integralismus (siehe Fußnote 141).

Maetzu veröffentlicht die erste Nummer der Zeitschrift „Acción Española“ im Dezember 1931.

---

<sup>323</sup> „Era un españolismo que iba abandonando los elementos críticos, agónicos, liberales, cultos, anticlericales, que habían caracterizado a regeneracionistas o institucionistas, y construyendo en cambio una imagen popular y optimista, apoyada en un folklore superficial y en una religiosidad ritual tradicional, todo ello sin duda más adecuado para integrar a masas amplias y sobre todo para atraerse a la España conservadora“ (Álvarez Junco, 1997:56)

„Von hier geht die Bildung der Gruppe um die Zeitung *Acción Española* aus, die von Maetzu geleitet werden sollte und integrationalistische Intellektuelle, aristokratische Landgroßgrundbesitzer, konservative Finanziere, traditionalistische Kleriker und monarchistische Militärs einschloß. Zu Beginn diente *Acción Española* auch zum Wiederaufbau des Monarchismus während einer Zeit der Dispersion der politischen Tendenzen. Ebenfalls kam es zu Verbindungen zwischen dem spanischen Faschismus und der Gruppe um die *Acción Española*.“<sup>324</sup> (Fox, 1997: 194).

Hierbei verfolgt er eine Strategie der Verteidigung der „national-katholischen Tradition“ entlang dreier Achsen: Erstens durch die Entwertung der liberalen politischen Denktradition Spaniens (Republikanismus, Krausianismus, Sozialismus, Europäismus). Zweitens durch den Mythos der „Hispanidad“: das missionierende Spanien, die Gemeinschaft der hispanischen Völker zeigten die Bedeutsamkeit der katholischen Religion und der spanischen katholischen Monarchie; mit der Aufklärung im XIII. Jahrhundert fänge gerade die Krise der Hispanidad an. Drittens durch ein historisches Interpretationsmuster, das all diese Punkte untermauern sollte (Recaredo, die Reconquista, die Katholischen Könige, die Konterreform, die Inquisition, die Eroberung der Neuen Welt etc.).

Fox (1997) weist auf die in neuerer Zeit wachsenden Sorgen der spanischen Intelligenzia bezüglich der Art und Weise hin, wie die kulturelle und politische Geschichte des Landes zu verstehen sei. Auf der einen Seite steht die Krisis der kulturellen Identität und auf der anderen das Bedürfnis, innerhalb Spaniens europäisch zu werden. Dies stellt die zentralen kastelanisierenden Ideen der spanischen Kultur zunehmend in Frage; die alten Modelle werden angezweifelt:

---

<sup>324</sup> „De ahí arranca la formación del grupo de la revista *Acción española*, que iba a dirigir Maetzu y que incluía a intelectuales integristas, aristócratas latifundistas, financieros conservadores, clérigos tradicionalistas y militares monárquicos. Al principio, *Acción española* también sirvió para reconstruir el monarquismo durante un momento de dispersión de tendencias políticas. También había conexión entre el fascismo español con el grupo de *Acción española*“ (Fox, 1997: 194).

*„Was auch immer die Lösung der Problematik des spanischen Nationalismus sei, es werden die Trümmer von dem übrigbleiben, wie wir Spanien zu verstehen pflegen. Es bleibt die Tatsache, daß die Ideen, die wir auf diesen Seiten studiert haben, zu einem großen Teil in der Weise eingraviert bleiben, wie die kulturelle Vergangenheit und das nationale Sein Spaniens interpretiert werden. Und man müßte sich z.B. fragen, ob die sogenannten Meisterwerke, von denen gesagt wird, sie seien schlüsselfür die Phantasie oder das Bewußtsein des Volkes – also im eigentlichen Sinn spanisch – tatsächlich solche sind – will heißen kanonisiert – gerade im Prozeß der Erfindung einer Nationalkultur, die historisch bereits nicht mehr akzeptabel ist. Wenn dem so ist, bestünde die drängende Aufgabe darin, die Kulturgeschichte des Landes neu zu schreiben“<sup>325</sup>. (Fox, 1997: 210).*

#### **6.1.5.4. Aktuelle Diskurse des spanischen Nationalismus**

Parallel zu den Entwicklungen im postfrankistischen Spanien hat auch die spanische Rechte ihre alten Diskurse verändert. Nach der Transición und dem politischen Pakt um die Verfassung von 1978 entstand vor allem ab Mitte der 80er Jahre ein gemäßigter pro-regionalistischer Diskurs, der der PP erlaubte, den „Staat der Autonomien“ anzuerkennen. Die PP versteht sich jetzt als Hauptwächter der Einhaltung der Verfassung und der gegenwärtigen Statuten als ein System der homogenen Behandlung aller autonomen Gemeinschaften – ohne zwischen ihnen Differenzierungen zuzulassen - und steht tieferen Reformen des Estado de las Autonomías ablehnend gegenüber. Andererseits wird die Existenz von Spanien nach wie vor historisierend erklärt und mit der Geschichte, der Sprache und der gemeinsamen Kultur begründet. Die historische Interpretation weist noch Gemeinsamkeiten mit der nationalkatholischen Sichtweise von Spanien auf, in der die Habsburger Dynastie, die Eroberung Amerikas, aber auch die Verfassung von Cadix (1812) als wichtige Bezugselemente für die heutige Betrachtung von Spanien fortleben (Núñez Seixas, 2007). Die Wirren des XIX. Jahrhunderts sowie der Bürgerkrieg und Franco im XX. Jahrhundert sind Elemente der spanischen Geschichte, über die zum Wohl der nationalen Stabilität eher hinweggegangen werden sollte; insbesondere der Frankismus sei eher als ein Ausrutscher der spanischen Geschichte zu verstehen und ebenso wie dem „Pakt des Vergessens der Transición“ weder Aufmerksamkeit noch Aufarbeitung zu widmen.

---

<sup>325</sup> „Pero sean las que sean las soluciones a la problemática del nacionalismo español, quedarán los escombros de cómo solemos entender a España. Queda el hecho de que las ideas que hemos estudiado en estas páginas siguen todavía en gran parte, grabadas en la manera en que se interpreta el pasado cultural y el ser nacional españoles. Y habría que preguntarse, por ejemplo, si las llamadas obras maestras, que se dicen reveladoras de la ‘fantasías’ o conciencia del pueblo –es decir, propiamente españolas -, han llegado a ser tales –es decir, canonizadas- precisamente en el proceso de la invención de una cultura nacional que ya no es históricamente aceptable. Si es así, la tarea urgente sería reescribir la historia cultural del país” (Fox, 1997: 210).

Doch vor allem nach dem Sieg von Aznar bei den Wahlen von 2000, seitdem die PP nicht mehr auf die politische Unterstützung des katalanischen (CiU) wie des baskischen (PNV) Nationalismus angewiesen war, wurde die PP Motor einer offensiven Kampagne zur Re-Nationalisierung Spaniens mit einer Revision der Geschichte, die „dem Diskurs der frankistischen Historiographie entlehnte Baumuster“ (Núñez Seixas, 2007: 328) verwendete. Hymne wie Flagge werden ständig als Symbole der Nation hervorgehoben und in der Öffentlichkeit wird eine offensive allgemeine Delegitimierung des peripheren Nationalismus unter Zuhilfenahme eines antiterroristischen Diskurses gesucht. Diese Politik setzte sich gegenüber der PSOE-Regierung fort; mittels der offen feindlichen Reaktionen der PP auf jeglichen Reformvorschlag der PSOE wie zum katalanischen Autonomiestatut oder das Gesetz zur Historischen Erinnerung (Ley de Memoria Histórica), das eine historische Aufarbeitung des Frankismus erleichtern sollte, versuchen sich die Konservativen politisch zu profilieren.

Das Bild innerhalb des breiten Spektrums der spanischen Linken ist wesentlich differenzierter. Allgemein setzte sich in den 80er Jahre eine Auffassung von Spanien als eine „Nation von Nationen“ durch, in der eine politische Nation, der Souverän, und mehrere kulturelle Nationen koexistierten. Ab den 90er Jahren gewann der Habermas'sche Diskurs des ‚konstitutionellen oder Verfassungspatriotismus‘ an Einfluß; nun lag die Betonung auf dem Text der spanischen Verfassung und auf die in ihr enthaltenen universellen Werte.

In der PSOE hat Rodríguez Zapatero, nach den Zentralisierungsversuchen von Felipe González in der 80er Jahre, das politische Projekt eines pluralen Spaniens favorisiert, einer Mischung aus einem ‚konstitutionellen Patriotismus‘ und einer politischen und kulturellen Nation; die Ethno-Vielfältigkeit wird als positives und bereicherndes Element betrachtet. Doch nur eine Nation, Spanien, bleibt souveränes Subjekt (Núñez Seixas, 2007).

Die Gliederungen der Sozialistischen Partei in Katalonien oder in Galizien, aber auch im Baskenland und Valencia betonen den plurinationalen Charakter des Staates und die Möglichkeit, diese in einen asymmetrischen föderalen Staat zu verwandeln. IU geht mit dem Begriff des „plurinationalen Föderalismus“ in eine ähnliche Richtung, aber auch weiter, indem sie das Selbstbestimmungsrecht aller Autonomen Gemeinschaften postuliert; jede Autonome Gemeinschaft solle sich nach freiem Willen dem föderalen Staat – in diesem Sinne auch wieder ein eher symmetrisches Konstrukt – anschließen bzw. von ihm trennen können.

## **6.2. Die Erfindung der Nation: Baskenland**

Anfang des XX. Jahrhundert finden sich im Baskenland drei sehr klar getrennte und doch tief verwurzelte politische Kulturen: die prospanische Rechte, der baskische Natio-

nalismus und die sozialistisch-demokratische Linke<sup>326</sup>. Der Liberalismus im Baskenland hatte sich mit dem zentralisierenden und konstitutionellen Progressivismus in dem Moment identifiziert, in dem der Karlismus mit Fueros, Bauernmassen und unteren Klerus gleichgesetzt wurde, so daß er keine bedeutende politisch eigenständige Rolle mehr spielen konnte.

Tatsächlich existierte schon im XIX. Jahrhundert in Spanien ein ‚Bewußtsein‘ der eigenen Andersartigkeit innerhalb der unterschiedlichen Regionen, das verschiedene Formen annahm. Für das Baskenland waren die Sprache<sup>327</sup> und die Fueros wichtige und zentrale Elemente dieses Anders-Seins. Die Sprache wurde schon im XVIII Jahrhundert<sup>328</sup> als eine ursprüngliche Sprache der Menschheit oder der Iberischen Halbinsel mystifiziert, wobei sie mit ihren unterschiedlichen Dialekten bereits im XIX. Jahrhundert Gegenstand ernsthafter sprachwissenschaftlicher Untersuchungen wurde<sup>329</sup>. Während des Romantismus hatte das Baskenland keine ähnliche ‚Renaissance‘ wie Katalonien erfahren, jedoch hinterließ er einige Dichter und reproduzierte ein typisierendes Bild vom Basken als Angehöriger eines alten (die Sprache als Beweis dafür), rauhen und edelmütigen Volkes, ein Volk der Berge, tapfer und unbezwingbar, stolz auf seine alten Angewohnheiten und Verteidiger der eigenen Freiheiten und Rechte, d.h. insbesondere seiner Fueros (Fusi, 2000: 216-217).

Corcuera Atienza (2001) hebt zutreffend die Zweideutigkeit dieses Bildes hervor:

*„Der egalistische rurale Mythos präsentiert sich als Negation einer konflikt-behafteten städtischen Gesellschaft, die Ungleichheit und Spannungen hervorruft, deren Frieden und Harmonie durch die Industrialisierung und die Einwanderung gestört wurde. Aber der egalistische ländliche Mythos ist auch die halbrassistische Bestätigung eines Volkes „mit Abstammung“, das sich den Wellen „ausländischer“ Menschen und Ideen entgegenstemmt, die es überschwemmen“<sup>330</sup> (Corcuera Atienza, 2001: 400)*

---

<sup>326</sup> Fusi, *El país vaco. Pluralismo y nacionalidad*, 1984 zitiert von Fox (1997: 92).

<sup>327</sup> Die Verteidigung der Sprache seitens der Karlisten hatte mehr als nur ein kulturelles Interesse. Tatsächlich war durch die Sichtweise der Karlisten die Mythologie des Baskischen als "Sprache von Tubal, der Nichte von Noah" verstärkt worden. Andererseits war es keine Mythologie sondern Tatsache, daß Baskisch die Sprache der Menschen war und ihre Verteidigung deswegen sehr populär wurde. "In fact this defense was very popular.(...) The statistics are eloquent. During the epoch under consideration here (II Carlist war), 149.000 persons out of a population of 183.000 in Vizcaya spoke Basque; in Guipúzcoa 170.000 of 176.000 inhabitants spoke the language, and, of mayor importance, 140.000 Guipuzcoans spoke only Basque" (Garmendia, 1985: 147).

<sup>328</sup> Schon im XVIII. Jahrhundert entstand eine baskische Historiographie, die die Besonderheiten der Basken hervorhob (Payne, 1976: 26); jedoch blieb dies, wie Fox (1997) schreibt, eine Diskussion unter Fachleuten.

<sup>329</sup> Ein von Fusi (2000: 216) gegebenes Beispiel ist Lucien Bonaparte (1831-1891).

<sup>330</sup> "El mito igualitario rural se presenta como la negación de una sociedad urbana conflictiva, creadora de desigualdades y tensions, cuya paz y armonía realmente se han visto perturbadas por la industrialización y la inmigración. Pero el mito igualitario rural es también la afirmación semirracista de un pueblo 'con abolengo' enfrentado a las oleadas de hombres e ideas 'extranjeros' que lo invaden" (Corcuera, 2001: 400).

Auch eine weitere Legende wurde prägend: die Basken hatten einen gemeinsamen Vorfahren –Aitor, ein baskischer Patriarch–, der mit keinem anderen Vorfahren anderer Völker zu tun hatte.

Diese baskische kulturelle Renaissance im Baskenland ist teilweise auf die *Asociación Euskara de Navarra*, gegründet 1877, zurückzuführen, die unter anderem die *Revista Euskara* (1878-1883) herausgab, die „fiestas euskaras“ organisierte, und sich für die Wiederbelebung der baskischen Sprache eingesetzt hat. Auch andere Zeitschriften wie die *Revista de las Provincias Euskaras* (Vitoria, 1878-1880), *Euskal Erria* (San Sebastián, 1880-1918) und die *Revista de Vizcaya* (Bilbao, 1885-1889) trugen hierzu bei (De la Granja Sainz et al., 2003: 80).

In diesem Rahmen wurde auch versucht, eine baskische Literatur in eigener Sprache zu schaffen. Daneben gab es eine baskische Literatur auf Spanisch; vor allem zwischen 1860–1880 entstand eine in ganz Spanien verbreitete baskische Literatur, die erstens das idyllische Bild des baskischen Landlebens als eine friedliche, harmonische und glückliche Welt befestigte und zweitens die mythische Legende von den Basken nährte, die in der Vergangenheit gegen alle historischen Feinde mit Mut und Edelmut gekämpft und sich verteidigt hätten.

Ein eigener ‚Historiographieast‘ entwickelte sich im XIX. Jahrhundert, der den Fuerismus als Grundelement der Basken ansah. Dieses tauchte schon während des ersten Karlistenkriegs auf, aber erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde innerhalb der Historiographie ‚Baske zu sein‘ mit dem Motto ‚Dios y Fueros‘ identifiziert<sup>331</sup>.

Diese Auffassung einer baskischen Kultur war jedoch auf eine Minderheit begrenzt und wurde kein Ausdruck eines ‚baskischen Vaterlandes‘. Aber sie gab dem späteren baskischen Nationalismus Nahrung, der in den letzten Jahren des XIX. Jahrhunderts aufblühte und die Fueros vor 1839 als Souveränitätskode und die Sprache als Nationalität definierte.

## 6.2.1. Die „imagined community“ des baskischen Nationalismus

### 6.2.1.1. Traditioneller Nationalismus<sup>332</sup> : Sabino Arana y Goiri

Sabino Arana y Goiri (1865-1903) ist Hauptfigur und Hauptideologe des traditionellen Nationalismus und entwarf praktisch die Gesamtheit der Identitätssymbole des baski-

---

<sup>331</sup> Fusi (2000) hebt die Tatsache hervor, daß in einigen historischen baskischen Interpretationen der Fueros schleichend die Übereinstimmung von Fueros und Katholizismus eingeführt wurde, eine Auffassung, die nach der Revolution von 1868 einem katholischen und reaktionären Fuerismus als bestimmendes Element in der baskischen Identität gegen eine liberale Interpretation –die Fueros als demokratische Institution einer lokalen Regierung- Vorschub leistete.

<sup>332</sup> Hier wird die Unterscheidung von Juan Diez Medrano (1999) zwischen einem traditionalistischen und einem bürgerlichen baskischen Nationalismus übernommen. Der **traditionelle Nationalismus** wurde von denjenigen baskischen Sektoren getragen, die durch Unterstützung der Karlisten und Integristen sich an der spanischen Politik zwischen 1880 und 1890 beteiligten. Der **bürgerliche Nationalismus** wurde von den Teilen der Bourgeoisie unterstützt, die mit den *Conciertos económicos* unzufrieden waren und weiterhin auf der Gesamtheit der alten foralen Rechte bestanden (Diez Medrano, 1999: 89 ff.). Zum historischen Rahmen s. Kapitel 4.

schen Nationalismus (s. Kapitel 4.3.2). Er ist auch der Gründer der Baskischen Nationalistischen Partei (Partido Nacionalista Vasco –PNV), und wie er selbst zu sagen pflegte, konvertierte er 1882 vom Karlismus zum Nationalismus, nachdem bei den Wahlen im Vorjahr die traditionalistischen Karlisten im ganzen Land nur 5 von 392 Mandaten erungen hatten (Juaristi, 2000). Wer war Sabino Arana? Er ist am 26. Januar 1865 als achtes Kind einer fanatischen Karlistenfamilie geboren und Sohn eines typischen „*jauntxo*“ (siehe Fußnote 82); sein Vater nannte u.a. städtische und ländliche Besitzungen sein eigen; wie viele andere unterstützte der Vater die Karlisten mit Geld und Waffen und mußte nach dem Krieg 1876 in die baskischen Gebiete Frankreichs fliehen; wie viele andere war er nicht fähig, sich den neuen Bedingungen des Kapitalismus anzupassen (Diez Medrano 1999). Die Familie kehrte nach der militärischen Niederlage nach Bilbao zurück, wo Sabino Arana sein Abitur bei den Jesuiten machte und dann von 1883-1886 in Barcelona Jura studierte. Trotz dieses letzten Umstandes kam die Mehrheit seiner Biographen zu dem Ergebnis, daß er keinem Einfluß der nationalistischen Bewegung in Katalonien unterlegen sei (Juaristi, 2000; Diez Medrano, 1996).

Der Nationalismus von Arana näherte sich, trotz des starken Einflusses des Karlismus in seinen jungen Jahren, mehr dem Integralismus (siehe Fußnote 141) vor allem wegen der religiösen Frage<sup>333</sup>. Arana selbst schrieb 1987: „*Wäre ich Spanier, wäre ich traditionalistischer Integralist, aus Pflichtbewußtsein als Katholik und wegen meines Charakters*“<sup>334</sup>

Arana fing 1890 an, politisch aktiv zu werden und zwischen 1893 und 1895 finanzierte er die Zeitung *Bizkaitarra*. 1894 gründete er mit seinem Bruder Luis Euzkeldún Batzokija eine politische Organisation mit einer Flagge, einer Hymne und mit einer neuen Bezeichnung für die Biskaya: Euskadi (wo Euskera gesprochen wird). Der Name wurde später als Name für das gesamte Baskenland übernommen.

Die Historiker unterscheiden deutlich drei Phasen bei der politischen Entwicklung von Arana; eine erste Phase fängt mit dem Buch ‚Biskaya por su independencia‘ 1892 - Biskaya für ihre Unabhängigkeit- an und geht bis zur Wahl von Arana als Abgeordneter für Bilbao 1898. Die zweite Phase geht von 1898 bis zum 1902 und die dritte wird als die ‚evolución españolista‘ bekannt. Die erste Phase, die Geburtszeit des baskischen Nationalismus, charakterisiert sich wegen seiner Spanienfeindlichkeit und Frontstellung gegen den Staat der Restauration; außerdem war er klerikal und antiliberal, weil der Liberalismus eine Sünde und ein Feind der Kirche wäre; die Unabhängigkeit wäre notwendig, um sich vom liberalen Spanien, Ursache aller Übel im Baskenland, abzuschotten. Nach De la Granja Sainz et al. (2003: 84) war die Zielsetzung in der ersten Phase der Doktrin Sabino Aranas religiös und nicht politisch.

---

<sup>333</sup> Die Zeitung der Integralisten *El fuerista* schließt sich dem Nationalismus 1898 an.

<sup>334</sup> „Si yo fuese español, sería tradicionalista integrista, por deber de católico y por mi carácter“ (zitiert von De la Gran-

„Der biskayische Nationalismus trachtet nach der Konstituierung der Biskaya in eine von den anderen absolut freien und unabhängigen Nation. Politisch gehört sie nach Meinung der Nationalisten rechtmäßig zur Biskaya, will heißen wie diese, gehört sie nach der Geschichte weder theoretisch noch juristisch als Teil oder Region nicht zur spanischen Nation, sondern ist eine wirkliche Nation, die gegenwärtig trotz dessen von Spanien unterworfen ist (...).

„(...) heiÙe es Nationalismus oder Separatismus, daÙ sich Biskaya als eine vollständig unabhängige Nation konstituiert (...) ohne weitere Beziehungen mit Spanien als der internationalen, die naturrechtlich zwischen allen Nationen bestehen müssen (...).“<sup>335</sup> Sabino Arana, ‚Fuerismo es separatismo‘, 22. April 1894 (De Pablo Contreras et al., 1998 : 33).

“ Biskaya, die von Spanien abhängt, kann sich weder an Gott wenden noch in der Praxis katholisch sein”<sup>336</sup> Sabino Arana 1897 (zitiert von De la Granja Sainz et al., 2003: 84)

Das Programm von *Euzkeldún Batzokija*<sup>337</sup> entsprach nach Diez Medrano (1999: 95) dem Gedankengebäude von Sabino Arana:

- Organisierung der Biskaya als unabhängiger römisch-katholischer Staat
- Eine auf dem traditionellen Recht Biskayas beruhende Gesetzgebung
- Wiederherstellung der alten Gebräuche der Biskaya
- Ausschluß aller, die nicht der baskischen Rasse angehören
- Institutionalisierung des Baskischen als offizielle Sprache
- Vollständige Harmonie zwischen der Sphäre des Religiösen und Politischen.

« Die Biskaya wird römisch—apostolisch-katholisch in allen Ausdrucksweisen seines internen Lebens und seiner Beziehungen mit den anderen Völkern »

*Biskaya wird sich auf der Grundlage einer vollständigen und bedingungslosen Unterordnung des Politischen unter das Religiöse, des Staates unter die Kirche errichten*<sup>338</sup> Estatutos de Euzkeldun Batzokija – 24. Mai 1894 (De Pablo Contreras et

---

ja Sainz et al., 2003: 81).

<sup>335</sup> „El nacionalismo bizkaino tiende a la constitución de Bizkaya en nación absolutamente libre e independiente de las demás. Como es política, a juicio de los nacionalistas corresponde de derecho a Bizaya, es decir, como ésta, según la historia, no es teórica y jurídicamente considerada una parte o región de la nación española, sino una verdadera nación, sometida actualmente y a pesar suyo por España (...).“

„...llámese nacionalismo o separatismo, a que Bizkaya se constituya en nación perfectamente independiente (...) sin otras relaciones con España que las internacionales que, por dictamen natural, deben existir entre todas las naciones (...).“ Sabino Arana, ‚Fuerismo es separatismo‘, 22. April 1894 (De Pablo et al., 1998: 33)

<sup>336</sup> « Bizkaya, dependiente de España, no puede dirigirse a Dios, ni puede ser católica en la práctica” Sabino Arana 1897 (zitiert von De la Granja et al., 2003: 84)

<sup>337</sup> Das gesamte Programm befindet sich in *Documentos para la historia del nacionalismo vasco* (De Pablo et al., 1988: 33).

<sup>338</sup> „Bizkaya será católica-apostólica-romana en todas las manifestaciones de su vida interna y en sus relaciones con los demás pueblos ». « Bizkaya se establecerá sobre una completa e incondicional subordinación de lo político a lo

al., 1998 : 33).

« Die katalanische Politik, zum Beispiel, besteht darin, die anderen Spanier zu sich anzuziehen, die bizkainische (...) die Spanier als Ausländer zurückzuweisen<sup>339</sup> Sabino Arana, Errores Catalanistas, April 1894 (De Pablo Contreras et al., 1998 : 33).

« Was sagt das nationalistische Programm bezüglich der Rassenreinheit? Das läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Den Ausländern wird erlaubt, sich unter dem Schutz ihrer jeweiligen Konsulate in Biskaya niederzulassen, aber sie können keine Einheimische werden. Bezüglich der Spanier werden die Juntas Generales entscheiden, ob es angemessen ist, sie auszuweisen und ihnen für einige Jahre nach der Unabhängigkeit zu verbieten, in das Territorium von Biskaya zurückzukehren, um so leichter jeden Zug auszuradieren, der von ihrer Beherrschung im Charakter und den Traditionen des Volkes von Biskaya übriggeblieben ist.<sup>340</sup> Sabino Arana, La pureza de raza, 1895 (De Pablo Contreras et al., 1998: 38).

Katholizismus, Sprache und 'Rasse' definierten die Achsen seiner ersten baskischen Ideologie; die Fueros und die Sprache machten gerade das Einzigartige des Baskentums aus. Durch die Mystifizierung der Geschichte baute Arana eine romantische Idee des baskischen Volks auf, deren Grundlage die durch die Fueros über Jahrhunderte erhaltene „Unabhängigkeit“ war und die 1839 mit dem Ende des ersten Karlistenkrieg verloren gingen; die wahre biskayanische Seele wurde während dieser ganzen Jahrhunderte durch den Españolismus verdrängt, ein Dekadenzprozeß der seinen Gipfel 1839 erreicht hätte.

Sein Diskurs basierte stark auf der Rasse und ethnischen Eigenart der Basken, was Xenophobie und Rassismus implizieren kann; jedoch existiert in seinen Schriften keine Definition von Rasse bzw. keine Erwähnung von biologischen oder körperlichen Eigenschaften der Basken; um zu der ‚baskischen Rasse‘ zu gehören, sollte man einen baskischen

---

religioso, del Estado a la Iglesia” Estatutos de Euzkeldun Batzokija – 24. Mai 1894 (De Pablo et al., 1998: 33).

<sup>339</sup> « La política catalana, por ejemplo, consiste en atraer a sí a los demás españoles; la bizkaina, (...) en rechazar de sí a los españoles como extranjeros » Sabino Arana, Errores Catalanistas, April 1894 (De Pablo et al., 1998: 33).

<sup>340</sup> „Qué dice el programa nacionalista respecto de la pureza racial? Podría resumirse como sigue: A los extranjeros se les permitirá establecerse en Vizcaya bajo la tutela de sus respectivos cónsules, pero no podrán naturalizarse. Por lo que respecta a los españoles, las Juntas Generales decidirán si es conveniente expulsarles, prohibiéndoles volver al territorio de Vizcaya durante unos pocos años tras la independencia, para poder borrar así más fácilmente cualquier rastro que de su dominación pudiera haber pervivido en el carácter y las tradiciones del pueblo de Vizcaya” Sabino Arana, La pureza de raza, 1895 (De Pablo et al., 1998 : 38).

Nachnamen vorweisen<sup>341</sup>. Zu alledem kamen eine tiefe Religiosität und die Pflege der alten baskischen Gebräuche. Werte wie ‚Intelligenz, Edelmut, Handfertigkeit‘ zeichneten für ihn den Biskayaner aus, während die Spanier ‚ausdruckslos, zurückhaltend, weiblich und ungeschickt‘ seien (Fox, 1997). Die nichtbaskischen ArbeiterInnen bezeichnete er als ‚Besatzer‘, ‚Chinesen‘, ‚Maketos‘ ‚unsere Mauren‘; diese ArbeiterInnen wären verantwortlich für Lohnsenkungen; dabei kritisiert er heftig den Kapitalismus und die baskischen Unternehmer. Seinen „Antimaquetismus“ – gegen alle Nichtbasken, vor allem gegen Kastilier (die Maquetos) - richtete er gegen Bürokraten, Vertrauensleute der Großunternehmer oder Bettler (Juaristi 2000: 51).

*„Der Sozialismus ist die einzige Partei, die sich bezüglich des Stimmenkaufs bei den letzten Wahlen dezent verhalten hat, weil er sie in der Tat nicht gekauft hat.“ „...wir alle wissen, daß heute der Arme von den Industriellen und Händlern, Bergwerkbesitzern und Eigentümern unmenschlich ausgebeutet und wie ein Tier behandelt wird. ...Obendrein besteht die Sozialistische Partei auch heute noch fast ausschließlich aus Maketos. (...) Seltsam wäre es, wenn es auch nur einen euskerianischen Arbeiter unter den Sozialisten gäbe. Weil wenn er tatsächlich anstrebt, die bürgerliche Tyrannei zu zerstören und seine Rechte als Mensch und Staatsbürger, die ihm heute verweigert oder zumindest beschnitten werden, zurückzuerobern, wo könnte er das besser verwirklichen als in der Verwirklichung des Nationalismus, welcher die Doktrin seiner Ahnen, die Doktrin seines Blutes ist?“<sup>342</sup> Sabino Arana, Die vergangenen Wahlen, 1897 (De Pablo Contreras et al., 1998 : 42).*

Doch mit dem Eintritt der Gruppe von Sota y Llano begann die zweite politische Phase von Arana, in der er seine antikapitalistische und industriefeindliche Haltung revidierte; im Unterschied zu früher wird nun die Industrialisierung des Baskenlands gelobt und als eine Tugend des baskischen Volkes betrachtet. Jedoch war diese Veränderung mehr politisch als ideologisch begründet, da er weiterhin auf seinen essentialistischen Thesen über Religion und Rasse bestand –wenn auch gedämpft (De la Granja Sainz et al., 2003).

*“Ich halte das Projekt, einen Antrag an die Kooperation für die Bewilligung von Geldern für unsere mißbrauchte Sprache zu stellen, als wenig fruchtbar.(...) Die einzige Medizin ist das Geld: und das findet sich nicht. Der Dorfbewohner weiß mehr als*

---

<sup>341</sup> Juaristi (2000: 51) meint, diese Auffassung entspräche mehr dem altchristlichen Reinheitsdenken des Ancien Régimes mit seiner „Reinheit des Blutes“ als dem späteren biologischen Rassismus.

<sup>342</sup> “El socialismo es el único partido que se ha portado decentemente en la elecciones respecto de la compra de votos, porque no los ha comprado” “...todos sabemos que hoy el pobre es inhumanamente explotado y tratado como bestia por industriales y comerciantes, mineros y propietarios. ...Por lo demás el partido socialista se compone, aún hoy todavía, casi exclusivamente de maketos. ... Lo que es extraño es que haya un solo obrero euskeriano entre los socialistas. Porque si realmente aspira a destruir la tiranía burguesa y a reconquistar sus derechos del hombre y de ciudadano, que hoy se le niegan, o, cuando menos, se le merman notablemente, dónde mejor que en la realización del nacionalismo, que es la doctrina de sus antepasados, la doctrina de su sangre, podrá conseguirlo?” Sabino Arana, Las pasadas elecciones

*genug, daß das Baskische seinem Sohn nicht im geringsten hilft. Die Medizin liegt darin, Industrien zu gründen, Gehöfte zu kaufen, Schiffahrtsgesellschaften zu unterhalten, Handwerks- und Dienstleistungs-unternehmen zu organisieren, Genossenschaften im Fischfang, der Landwirtschaft, der Viehzucht zu organisieren, Verbindungswege anzueignen oder zu öffnen (...) und all diese Sphären des Lebens zu nationalisieren, damit das Baskische für etwas nütze, weil es Pflicht ist, an ihm teilzunehmen.*<sup>343</sup> Sabino Arana, Carta de Sabino Arana a Engracio Aranzadi, enero de 1901 (De Pablo Contreras et al., 1998: 44, 45)

In seinen letzten Jahren hat er das durchgemacht, was einige als seine „evolución españolista“, seine dritte politische Phase, bezeichnet haben. 1902, kurz vor seinem Tod und während er im Gefängnis saß, habe er als politisches Ziel formuliert, eine Liga de los vascos españolistas zu gründen. Nach Mercadé, Hernández & Oltra (1983) rechtfertigte er diese Veränderung so:

*„Jemand kann auf zwei Weisen Spanier werden: geboren oder aufgrund der Verfassung; will heißen durch Wirken der Natur oder der Menschen. Nun gut: unter dem ersten Gesichtspunkt, will heißen der Ethnie oder der Rasse, bin ich kein Spanier (...). Ich bin sicherlich Spanier, weil ich spanischer Staatsbürger bin.“*<sup>344</sup> (Sabino de Arana, Gesamte Werke 1965: 404, 1298, zitiert von Mercadé, Hernández & Oltra 1983: 93).

Nach De la Granja Sainz et al. (2003: 88) zeigten die Briefe von Arana an Kizkitza (Engracio Aranzadi, wichtiger Ideologe der PNV nach Aranas Tod), daß diese letzte Veränderung kein taktisches Manöver war oder als eine vorübergehende Schwäche –aufgrund seiner Krankheit- verstanden werden dürfe; es war eine Veränderung in der Doktrin des Gründers des baskischen Nationalismus, die schon während seiner Aktivität als Provinzparlamentsabgeordneter für Bilbao zwischen 1898 und 1902 zu verfolgen gewesen wäre.

---

nes, 1897 (De Pablo et al., 1998 : 42).

<sup>343</sup> „No juzgo tan práctico (...) el proyecto de llevar una solicitud a las Corporaciones en demanda de apoyo material a nuestra desgraciada lengua. ...El único remedio está en el dinero: y este no se encuentra. El aldeano sabe de sobra que el euskera de nada le sirve al hijo. El remedio está en fundar industrias, adquirir caseríos, sostener compañías navieras, organizar sociedades de artes y oficios, hermandades benéficas y de mutualidad de pesca, de agricultura, de ganadería, apoderarse o abrir vías de comunicación... nacionalizando todas esas esferas de la vida, de suerte que el euzkera sirva de algo, porque sea obligatorio para tener parte en ellas.” Sabino Arana, Carta de Sabino Arana a Engracio Aranzadi, enero de 1901 (De Pablo et al., 1998: 44, 45)

<sup>344</sup> De dos modos puede uno ser español: de modo natural o de modo consuetudinario; esto es, por obra de la naturaleza o por obra de los hombres. Pues bueno: del primer modo, es decir, bajo el punto de vista étnico o de razas no soy español (...). Soy ciertamente español, porque soy ciudadano español” Sabino de Arana, Gesamte Werke 1965: 404, 1298 (zitiert von Mercadé/ Hernández/ Oltra 1983: 93).

### 6.2.1.2. *Bürgerlicher Nationalismus: Ramón de la Sota y Llano*

Ramón de la Sota y Llano führte ungefähr von 1890 bis kurz vor Beginn des Bürgerkriegs von 1936 die kapitalistische Fraktion der nationalistischen baskischen Gemeinschaft an; seine Familie beschäftigte sich mit Handel und Bergbau, es waren Industrielle und er selbst war Besitzer von großen Ländereien in der westlichen Biskaya, sowie von Bergwerksbetrieben und hatte zusätzlich im Schiffsbau, Versicherungsgesellschaften u.a. investiert.

Er vertrat den kleinen Teil der baskischen Bourgeoisie, der sich mit den Vereinbarungen der ‚*Concierto Económico*‘ (siehe Fußnote 88) um 1882 nicht zufrieden gab. Die Gruppe, deren Mehrheit gemäßigte Liberale und *jauntxos* (siehe Fußnote 82) waren, bildete den Kern von dem was als die Unión Vasco-Navarra bekannt wurde, die erste ausschließlich baskische politische Vereinigung, die die Verteidigung der *Fueros* zur zentralen Achse ihre Politik machte; sie verlor aber bald ihre Wählerschaft, nicht zuletzt wegen der Zufriedenstellug vieler ihrer Mitglieder nach Unterzeichnung der ersten *Concierto Económico*. Nur eine kleine Gruppe blieb weiter in der oben erwähnten *Asociación Euskara de Navarra* und der *Sociedad Eukalerría de Vizcaya*, beide kulturelle und politische Einrichtungen, die die Wiedereinführung der *Fueros* weiter verfolgten. Sota y Llano gehörte der *Sociedad Euskalerría de Vizcaya* an und war Hauptvertreter der klerikalen Strömung in ihr, die er Anfang der 90er Jahre verließ und anschliessend versuchte, eine nationalistische Partei zu gründen. Doch der Nationalismus dieser Organisationen wirkte auf die baskische Bourgeoisie nicht anziehend, weshalb sich Sota y Llano letztendlich zu einer Allianz mit der Partei von Arana, der PNV, gezwungen sah.

Tatsächlich fehlte dem Nationalismus von Sota y Llano programmatische Klarheit (Corcuera Atienza, 2001); im Mittelpunkt stand die Stärkung der baskischen Identität und eine Art politischer und administrativer Autonomie der baskischen Provinzen innerhalb des spanischen Staates (Diez Medrano, 1999). Jedoch sind sich auch die Spezialisten immer noch nicht einig darüber, warum Sota y Llano in Gegensatz zur Mehrheit der der baskischen Bourgeoisie stand, die politisch mit den dynastischen Parteien übereinstimmte<sup>345</sup>.

Worin bestand der Nationalismus von Sota y Llano? Vielleicht wird eine Antwort von Arana selbst gegeben, als er seine Strömung -die *Euskerrianos Nacionalistas*- von der Strömung von Sota y Llano - die *Euskerrianos Españolistas*- zu differenzieren versuchte. Nach Arana würden die *Euskerrianos nacionalistas* Spanien verachten, weil es die Vaterlandsgesetze nicht respektiere, weil es das Vaterland versklave, weil es das Blut, die Rasse, die Sprache des Vaterlandes verderbe und versuche, die nationalistischen Gefühle aus den Herzen der Basken zu tilgen. Die *Euskerrianos españolistas* – die Nationalisten

---

<sup>345</sup> Zu den unterschiedlichen Erklärungshypothesen der politischen Haltung von Sota y Llano siehe: Diez Medrano,

von Sota y Llano- verachteten Spanien hingegen, weil es als Zivilisation auf dem Niveau von Marokko und der Türkei stehe, weil es keine Landwirtschaft, Handel noch Industrie habe, weil die spanische Armee vor den Marokkanern flüchtete usw. Die Euskerrianos españolistas würden gerne Spanien so groß und achtungsgebietend wie andere große Länder sehen doch stattdessen sähen sie das Land gedemütigt und veraltet (Diez Medrano, 1999: 101).

### **6.2.1.3. Der radikale Nationalismus: Die ETA (ihre Anfänge)**

Sabino Arana wird von der ETA als der wahre Erneuerer des baskischen Nationalismus angesehen und seine Figur fast mythisch betrachtet. 1962 schrieb die ETA in einem Schulungsheft über Sabino Arana:

*“Über allem bleiben die Lehren jenes Kolosses der baskischen Rasse, jenes Herzens bestehen, der den Weg für die Wiedergeburt des Vaterlands schmiedete. Eine Mission die wir als Träger der olympischen Flamme des Schicksals unseres Vaterlands zu enthüllen erfüllen müssen”<sup>346</sup> (ETA, Cuaderno de Formación. Sabino Arana (II). Su doctrina, P.2, 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu 1985: 90)*

Von Sabino Arana übernimmt die ETA auch das Motto „Euzkadi es la patria de los vascos“ (Euzkadi ist das Vaterland der Basken), und die Überzeugung, daß Euzkadi eine Nation ist.

*“Wir betrachten es als erwiesen, daß Euzkadi im wissenschaftlichen Sinn des Worts eine Nation ist.”<sup>347</sup> (ETA, Cuaderno de formación: Principios políticos-constitucionales, 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu 1985: 113).*

Genauso wie Arana bezieht sich die ETA auf die Basken anhand essentialistischer Begriffe wie die ‚baskische Seele‘, die Seele eines Volkes die es gilt, vor der Vernichtung zu retten; deswegen versteht sich die ETA auch nicht als Partei sondern hauptsächlich als Bewegung.

Die ETA nährt sich von der nationalistischen baskischen Literatur und Historiographie vor dem Krieg und wird selbst dadurch Trägerin ihrer historischen Mythen, deren Achse sich so zusammenfassen läßt: die Basken sind ein egalitäres und nobles Volk; das Baskenland verlor seine Unabhängigkeit mit dem Verlust der Fueros (1839); zwei fremde Staaten, nämlich Spanien und Frankreich, halten das Land seitdem besetzt.

---

1999: 89-92.

<sup>346</sup> “Por encima de todo, quedan las esencias del ideal de aquel coloso de la raza vasca, de aquel corazón que forjó el camino de la Resurrección Patria. Misión que a nosotros nos toca cumplir relevándole como portadores de la antorcha olímpica del destino de nuestra patria » (ETA, Cuaderno de Formación. Sabino Arana (II). Su doctrina, P.2, 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu 1985: 90).

<sup>347</sup> Damos por sentado que Euzkadi es una nación en el sentido científico del término”(ETA, Cuaderno de formación: Principios políticos-constitucionales, 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu 1985: 113).

Euskadi wird als Land eines per natur demokratischen („*Wir fürchten nicht um die politische Zukunft Euskadis, wir wissen, daß es aufgrund unserer eigenen Wesensart demokratisch sein wird*“<sup>348</sup>), noblen, freiheitsliebenden, gerechten Volkes und Träger einer sauberen historischen Vergangenheit charakterisiert, das von Spanien besetzt ist, einem von Lähmung erfaßtem, unterentwickeltem und fast feudalistischem Land.

„*Das traditionelle politische System der Basken ist die Demokratie... Das politische System Spaniens ist die Diktatur.. Euskadi ist ein offenes und fortschrittliches Land.. Spanien ist ein zum Schweigen verurteiltes und rückwärtsgewandtes Land*“<sup>349</sup>. (ETA, Zutik, nr. 32, 1960, zitiert von Jáuregui Bereciartu 1985: 96)

Deswegen sei das Hauptziel die vollständige Unabhängigkeit: „*Die Lösung der vollständigen Unabhängigkeit ist die für das Land angemessenste*“ –( la solución de independencia completa es la más conveniente para el país), wobei bis 1968 ein Autonomiestatut als Übergangslösung akzeptiert wird (Jáuregui Bereciartu, 1985); die Integration von Euskadi in eine europäische Föderation wird als positiv betrachtet.

Zwar steht die ETA gegenüber dem Konzept der Rasse, wichtiger Faktor zur Definition des baskischen Volkes im frühen Nationalismus, ablehnend gegenüber. Aber ihre Auffassung über die ImmigrantInnen, die sich später verändern wird, ist am Anfang sehr von Sabino Arana beeinflusst. Die Immigranten sind für die ETA zunächst ein spanisierendes Element, das dazu beiträgt, das baskische Volk zu assimilieren, was zum Verlust der baskischen Ethnie, Sprache und Kultur führe.

Doch das 1963 erschienene Buch *Vasconia* - von Fernando Sarrailh de Ihartza, Deckname von Federico Krutwig<sup>350</sup>, Sohn eines in Bilbao niedergelassenen deutschen Industriellen geschrieben- sollte zum einflußreichsten Text werden; noch bis heute gilt es als wichtiges ideologisches Gerüst des neuen baskischen Nationalismus.

Das Buch wurde im Exil geschrieben, nachdem Federico Krutwig als Sekretär der Academia de Lengua Vasca 1953 wegen einer Rede ins Exil gehen mußte; er verfolgte von dort aus genau den Werdegang der frühen ETA und sah in ihr eine mögliche Organisation für die Erneuerung des baskischen Nationalismus; in dieser Hinsicht war *Vasconia* ein Buch von einem Nichtmitglied der ETA aber „*gedacht in und für die ETA*“ - „pensado en y para ETA“- (Jáuregui Bereciartu, 1985: 215).

---

<sup>348</sup> “no tememos por el futuro político de Euzkadi, sabemos que será democrático por nuestra propia idiosincracia” (ETA, Libro Blanco: Presente y Futuro, Seite 101, 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 95).

<sup>349</sup> El sistema político tradicional de los vascos es la democracia... El sistema político de España es la dictadura.. Euskadi es un país abierto y progresivo... España es un país quietista y retrógrado”. (Zutik, nr. 32, 1960, zitiert von Jáuregui Bereciartu 1985: 96). Die Zeitschrift Zutik (Aufrecht) war Organ der ETA.

<sup>350</sup> Nach Jáuregi (1981, von Conversi zitiert) wurden die Ideen Krutwigs von Renán, aber auch von Fanon und den Erfahrungen und Konzeptionen der antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen in Algerien und Kuba inspiriert. Jáuregui Bereciartu (1985: 155) spricht auch von drei nationalistischen Strömungen, die das Buch *Vasconia* von Krutwig direkt ernährten: die Ideologie Sabino Arana, der deutsche Nationalismus (Volk Gemeinschaft), und die west-

Das Werk erschien 1963 gerade in einem Moment, in dem die ETA nach ihrer ersten (1962) und zweiten Mitgliederversammlung (1963) noch keine starke ideologische Basis für die Bewegung geschaffen hatte; so wurde Vasconia ein Mittel für die ideologische Bewaffnung der ETA, ein Rettungsring angesichts ihrer politischen Desorientierung. Mit ihm wurde der ETA die politische und ideologische Basis geliefert, um sie aus der Lähmung der Vergangenheit zu befreien und in die Gegenwart zu versetzen; das Buch „ *wird ein ideologisches Gerüst bilden, in dem die ETA eine scheinbar befriedigende und scheinbar wissenschaftliche Antwort auf ihre Zweifel und Schwanken findet*“<sup>351</sup>(Jáuregui Bereciartu, 1985: 221).

Sowohl die ETA wie Krutwig stimmen mit dem Nationalismus von Arana überein und sind seine Erben; beide – Krutwig wie Arana - verteidigen die radikale Version des Nationalismus gegenüber den Befürwortern eines Autonomiestatuts und ihr beider Nationalismus liegt eine ethnische baskische Gemeinschaft zugrunde, in der die Sprache die wichtigste Rolle spielte.

Bemerkenswert ist, daß sowohl Sabino Arana wie Federico Krutwig marginalisierte Intellektuelle und hartnäckige Anti-Bourgeois waren, die den städtischen Kapitalismus als Ursache der Dekadenz der baskischen Gesellschaft betrachteten.

*„Im Baskenland (Euskaria) hat sich eine neue und prospanische bürgerliche Klasse herausgebildet... Diese unterdrückende Klasse, rassistisch baskischen Ursprungs, aber mit prospanischen Gefühlen, ist Feind des baskischen Volkes, von dem sie sich ethnisch unterscheidet.“*<sup>352</sup> - (Vasconia, zitiert von Diez Medrano, 1999: 175)

Ihre Wertewelt wies jedoch Differenzen auf. Krutwig betrachtete die Kirche als einen gegen das baskische Volk gerichteten Unterdrückungsapparat und Arana als einen Rassisten. Die Rasse spielt bei ihm für die Definition der baskischen Identität keine Rolle, dafür aber die Sprache und darüber hinaus der Wille zur Teilnahme und zum Aktivismus für die ‚baskische Sache‘, was sich in der Position der ETA niederschlug:

*„Die Sprache ist Eckpfeiler unserer Ethnie und zusammen mit dem nationalen Bewußtsein, höchster Ausdruck unserer Nationalität. Wir betrachten das Euskera als die Ausdrucksform des Lands der Basken.“*<sup>353</sup> (5. Versammlung der ETA 1966-1967, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 439).

---

europäische Ethnobewegung, vor allen die Vertreter aus Frankreich (u.a. Guy Héraud oder Yann Fouéré).

<sup>351</sup> „...va a constituir un armazón ideológico en el que ETA encuentra una respuesta aparentemente satisfactoria, y aparentemente científica, a sus dudas y a sus vacilaciones“ (Jáuregui Bereciartu, 1985: 221).

<sup>352</sup> „Se ha formado en el País Vasco(Euskaria) una nueva clase burguesa y españolista..Esta clase opresora de origen racial vasco pero de sentimientos españolistas, es una enemiga del pueblo vasco, del que difiere étnicamente“ (Vasconia, zitiert von Diez Medrano, 1999: 175).

<sup>353</sup> „La lengua es la piedra angular de nuestra etnia y, juntamente con la conciencia nacional, la característica máxima de la nacionalidad. Consideramos al euskera como la forma de expresión de Euskalherria“ (5. Versammlung der ETA 1966-1967, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 439).

Zusammenfassend,

*„Krutwig's programs included an updated recovery of many elements of Aranism, but, as mentioned earlier, the latter was cleansed of its racial and religious overtones. Race was replaced by the concept of ethnos, as manifested through language and culture, and the missionary fervor implied in Arana's Christian vision was replaced by the idea of politics as a vocation. Vasconia was also a ferocious attack on the Church as an agent of de-nationalization and an enemy of the people”* (Conversi, 1997: 93).

Darüber hinaus setzt Krutwig in der Art des Tercermundismo auf die nationale Befreiung und auf den bewaffneten Aufstand.

*„...Für jeden Sohn des Baskenlands ist es Pflicht, sich der Entnationalisierung entgegenzustellen, auch wenn hierzu die Revolution, der Terrorismus und der Krieg notwendig sind.“*<sup>354</sup> (Vasconia, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 216-217).

Mit Vasconia hatte die ETA auch ihre politische Strategie geklärt; die These der Identifizierung Euskadis als eine Kolonie von Spanien und Frankreich setzte sich – nicht ohne Widersprüche - durch womit die politische Strategie des Befreiungskampfs der kolonisierten Länder übernommen wurde.

*„Wir glauben, daß der für unser Volk angemessenste Weg von den afrikanischen Völkern vorgezeichnet wurde, also zuerst die Erringung der Unabhängigkeit, um danach in der Lage zu sein, einem zukünftigen Europa die übernationalen Merkmale zuzugestehen, die als geeignet angesehen werden, und mit den übrigen Ethnien das wirklich föderale Europa zu bilden“*<sup>355</sup> (Zutik, 3. serie, núm. 5, Oktober 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 201)

Komplettiert wird Krutwigs Buch 1964 durch eine Broschüre von José Luís Zalbide, die als Eckstein der Militärstrategie der ETA angesehen wird: *„Der Aufstand in Euskadi - La Insurrección en Euskadi“*, in der der Einfluß von Mao Tse-tung und Ho Chi Minh zu erkennen ist (Conversi, 1997: 96). Jáuregui Bereciartu (1985) merkt an, daß bereits Krutwig sich nicht nur theoretisch mit Theoretikern des modernen Krieges wie von Clausewitz, sondern auch mit Werken von Mao Tse Tung, Ho chi Minh, aber auch mit Veröffentlichungen der Contraguerrilla beschäftigt hatte. Im Verlauf der 5. Asamblea 1966-

---

<sup>354</sup> “(...) Es una obligación para todo hijo de Euzkalerria oponerse a la desnacionalización, aunque para ello haya que emplearse la revolución, el terrorismo y la guerra” (Vasconia, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 216-217).

<sup>355</sup> Estimamos, como más conveniente para nuestro pueblo, el camino señalado por los pueblos africanos, es decir la previa consecución de la independencia para después estar en disposición de ceder a una futura Europa las atribuciones supranacionales que se consideren pertinentes, y constituir, con las demás etnias, la genuina Europa Federal (Zutik, 3. serie, núm. 5, Oktober 1962, zitiert von Jáuregui Bereciartu, 1985: 201).

1967 setzte sich die antikoloniale und tercermundista Sichtweise in der ETA durch; hierzu hatte Krutwig mit weiteren Broschüren und Werken<sup>356</sup> (*La cuestión vasca*, 1965; *Nacionalismo revolucionario*, 1966; *Estrategia guerrillera*) maßgeblich beigetragen.

1968 wird „*Iraultza*“ veröffentlicht, die nach Meinung von Jáuregui (1985) wichtig wurde, da er eine mehr europäische Analyse wagt; ab diesem Punkt vollzog sich eine ideologische Schwerpunktverlagerung von kolonialistischen hin zu antiimperialistischen Thesen (Frankreich und Spanien nun als imperialistische Länder), aber sowohl die tercermundista-Strategie als auch die Auffassung des Baskenlandes als ein besetztes Land bleiben davon unberührt.

#### **6.2.1.4. Die gegenwärtigen Diskurse des Nationalismus im Baskenland**

Im folgenden Teil geht es darum herauszuarbeiten, inwieweit sich die nationalistischen Basken neu definieren bzw. welches die neuen Nuancen im Identitätsdiskurs des gegenwärtigen Nationalismus sind, mit anderen Worten, welches ideologische Gerüst die politische Entwicklung des baskischen Nationalismus heutzutage begleitet.

Der folgenden Auswertung lagen Interviews<sup>357</sup> zugrunde, die während eines zweiwöchigen Aufenthalts im November 2001 in San Sebastian (Baskenland) mit VertreterInnen nationalistischer baskischer Organisationen durchgeführt wurden, die bei den Wahlen zum baskischen Parlament im März 2001<sup>358</sup> Sitze errangen: die PNV -Partido Nacional Vasco, EA - Eusko Alkartasuna, und Batasuna als Hauptgruppe von Euskal Herriarrok<sup>359</sup>. Darüber hinaus kommen führende Vertreter der beiden wichtigsten baskischen Gewerkschaften (ELA und LAB)<sup>360</sup> zu Wort.

Die Stadt San Sebastian wurde deshalb gewählt, weil ich dort bereits einige Kontakte hatte; u.a. war ich Übersetzerin bei einer Veranstaltung für die IG Metall mit der baskischen Gewerkschaft LAB.

Für die Interviews wurde im Voraus ein Interview-Leitfaden vorbereitet mit gleichen Fragen für alle ausgewählten Parteien und Organisationen. Dort ging es um Fragen der Selbstdefinition, Identität, Ethnizität, Nation, der Bedeutung ein Baske zu sein, die Rolle

---

<sup>356</sup> Für eine umfassende Bibliographie siehe: Jáuregu Bereciartu, 1985: 413, Fußnote 322.

<sup>357</sup> Die Tatsache, daß ich von einer deutschen Universität kam, hat unstrittig geholfen, mehr Informationen zu bekommen und mit wichtigen Personen in der Hierarchiestruktur sprechen zu können. Dies gilt nicht so sehr für die Linken, bei denen dies nicht eine allzu große Rolle gespielt hat; für sie war eher wichtig, ihre Anliegen bekannt zu geben.

<sup>358</sup> Die Ergebnisse der Wahlen zum baskischen Parlament 2001 waren: PNV/EA 42,72% (33 Sitze), PP 23,3% (19 Sitze), PSE-PSOE 19,9% (13 Sitze), EH 10,12% (7 Sitze), IU-EB 5,58% (3 Sitze). Parlamento Vasco, link a: procesos electorales, in: [http://www.parlamento.euskadi.net/c\\_resultados\\_electorales.html](http://www.parlamento.euskadi.net/c_resultados_electorales.html)

<sup>359</sup> Euskal Herriarrok EH (Baskische Staatsbürger), Wahlbündnis der linken baskisch-nationalistischen Kräfte (izquierda abertzale), das 1998 aus dem Zusammenschluß von Batzarre y Zutik entstand. Letztere verliessen EH im Februar 2000 nach Beendigung des Waffenstillstands der ETA. Batasuna (Unidad) entstand aus der Koalition von HB, EH und Askatasuna im Juni 2001, jedoch ohne die ANV. Die Interviews fanden im November 2001 mit Vertretern von Batasuna statt. Batasuna wurde in Spanien mit dem Ley de Partidos Políticos am 26. August 2002 als illegal erklärt, ist jedoch weiterhin in Frankreich legal.

<sup>360</sup> Sowohl die ELA wie die LAB verstehen sich als Gewerkschaften von Euskalerrria, d.h. des gesamten Baskenlands/Euskadi einschließlich Navarra und Iparralde (die französischen Gebiete).

des Territoriums, der Sprache usw. Über diese Fragen hinaus ging es um Fragen der Artikulation mit dem ‚Zentrum‘: wie artikulieren sich Nation, Nationalitäten und Staat in Spanien aus der Sichtweise der baskischen Organisationen? Dies implizierte Fragen der Bedeutung des Autonomienstatus, des Verständnisses von Nationalitäten/Nation, Peripherie/Zentrum, so wie sie in der spanischen Verfassung ausgedrückt werden.

Es wurden insgesamt 13 Interviews mit Personen durchgeführt, die innerhalb der jeweiligen Organisationen eine Funktion ausübten (hier werden nur 5 Interviews –PNV, EA, Batasuna und die beiden Gewerkschaften LAB und ELA- bewertet, da sie die wichtigsten Organisationen vertraten). Die verschiedenen Organisationen haben die von ihnen als geeignetst angesehene Person ausgewählt.

#### ***6.2.1.5. Auswertung der Interviews***

Eine Auswertung der Interviews erlaubt folgende Aussagen: Zum einen spielt im Unterschied zu früheren Auffassungen im baskischen Nationalismus der Begriff Rasse (Blutverbindung oder Name), egal mit welcher Konnotation, keine Rolle mehr; wenn überhaupt wird von Ethnie gesprochen, wobei auch in sehr abgemilderter Form und als nicht das Entscheidende oder allein stehend für die Definition der Basken; die Ethnie wird als „keine zentrale Frage“ oder als „unwichtig“ bezeichnet; man sieht in ihr „keinen Nutzen“, um die baskische Problematik zu lösen; oder sie wird, wie bei Batasuna, mehr als ein sozioökonomisches und soziopolitisches Konzept bezeichnet, oder kulturell- anthropologisch verstanden. Zumindest bei den Interviewpartnern ließen sich keine irgendwie gearbeteten genetisch- biologisierenden Auffassungen ausmachen. Alle waren mit der Auffassung einverstanden, daß Baske derjenige ist, der im Baskenland lebt und es sein will.

Im Weiteren wird die baskische Identität allgemein in dem Sinne definiert, „Teil eines dynamischeren Volkes“ zu sein, eine „Art die Dinge zu sehen“, „eine andere Form des Seins“, demzufolge vertreten die Basken Werte wie die Solidarität; komplementär findet der Topos der negierten Identität innerhalb Spaniens Verwendung, „eine Art der Selbstbejahung angesichts der Verneinung der täglichen Identität und gegenüber einer sagen wir offiziellen Identität“.

Die baskische Sprache gilt mit Nuancen als ein wichtiges Identitätsmerkmal, aber ebenfalls nicht als entscheidend zur Definition der Zugehörigkeit; wichtig sei „aber auch das sich Fühlen als Teil einer Gemeinschaft“, deren „freiwilliger Charakter“ hervorgehoben wird. Nur die Batasuna-Vertreter beziehen sich bei der Frage der Identität auf ein Territorium, eine Sprache, eine differenzierte Kultur, eine alte Geschichte, "die älteste Europas"; sie meinen, daß man als Linke ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl anerkennen

müsse, weil man ansonsten im Lager derjenigen stünde, die eine „realstaatsorientierte Vision der Aufteilung der Welt“ eingenommen hätten.

In Fortsetzung des Gesagten und trotz der Nuancierungen beantworteten alle Interviewpartner die Frage, ob die Basken eine Nation seien, mit einem kategorischen JA. Dafür stehen Antworten wie “in Großbuchstaben“, „unzweifelhaft“, „ohne Zweifel“. Definiert wird die baskische Nation als „eine Gemeinschaft von Menschen, die sich als Teil der gleichen Gruppe ansieht und ihr Schicksal entscheiden will“, unter Inanspruchnahme “nicht nur ihrer Sprache und Kultur, sondern ihrer täglichen Kommunikation miteinander“. Was das baskische Volk ausmache, sei grundlegend seine Bekräftigung, als baskisches Volk weiterzuexistieren, wobei es „einige soziologische und wirtschaftliche Beziehungen gibt, die vereinen“; dementsprechend sei die Selbsteinschätzung als Nation vorrangig Ergebnis eines kollektiven Willens, obwohl Kultur und Sprache sie als Gemeinschaft vereinten, sei doch bestimmend, „ein mehrheitlicher Willen, sich, wenn schon nicht als Nation, so doch als unterscheidbares politisches Subjekt zu konstituieren“.

Einer der beiden Batasuna-Vertreter erläutert zusätzlich, als Nation einen Staat deshalb anzustreben, “...weil das die einzige Art ist, im internationalen Konzert eine Rolle zu spielen“; auch der ELA-Vertreter bezieht diesbezüglich eine deutliche Position: „wir denken, daß dieses Land eine ausreichende identitätsstiftende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur hat, um ein Staat unter anderen zu sein, ohne Zweifel“. EA bezeichnet sich selbst als „independentista“, als ein Instrument der Selbstregierung und Souveränität, um zu entscheiden, was für ein Land die Basken wollen; in ihren Statuten sei das erste Ziel die Unabhängigkeit und die Gründung einer baskischen Republik innerhalb Europas.

Was die Frage der Definition der Grenzziehung der baskischen Territorien angeht, beantwortete der Vertreter der PNV die Frage der territorialen Umgrenzung der baskischen Nation kategorisch mit: Alava, Guipuzcoa, Biskaya, Navarra und die Territorien in Frankreich. Der Vertreter von EA, der ebenfalls Navarra und Iparralde (die drei baskischen Gebiete in Frankreich) in die nationale Vorstellung einschließt, da dort, wenn auch als Minderheit, Menschen lebten, die sich als Teil der baskischen Nation fühlten, führt aber zugleich aus, daß man jedoch nie z.B. einen Navarraner zwingen könne, Baske zu werden. Für den Vertreter der nationalistischen Gewerkschaft LAB wiederum wird die Frage durch die konkrete politische Existenz der Basken für die Regierungen Spaniens wie Frankreichs beantwortet, die die baskischen Gebiete beiderseits der Grenze polizeilich als Einheit betrachteten und kollaborierten. Die ELA als weniger radikale baskische Gewerkschaft ihrerseits akzeptiert die Grenzen, die "die nationalistische Bewegung postuliert".

Was die in der spanischen Verfassung von 1978 ausgesprochene Anerkennung als Nationalität – im Unterschied zur Nation - angeht, war der PNV-Vertreter der einzige, der die Bezeichnung „Nationalität“ ohne weiteres akzeptierte; dies sei “die Feststellung einer Realität“; mindestens drei Nationalitäten seien unleugbar vorhanden, doch sei die Beziehung eine der Unterordnung: “die spanische Verfassung beruht auf dem spanischen Volk von dem wir ein Teil seien.”

Der Vertreter der EA würdigte die Bezeichnung Nationalität als Teil eines am Ende der Franco-Diktatur notwendigen politischen Abkommens, eines Zugeständnisses, um im spanischen Staat einen demokratischen Rahmen zu schaffen; doch wäre Nationalität ein Konzept mit der Zielsetzung gewesen, alle zufrieden zu stellen, „es war ein Zugeständnis, an das sie nicht glaubten und von dem sie wußten, daß es niemals erfüllt würde“; Nationalität sei aber nicht Nation; zwar existiert die spanische Nation als vollkommen legitime Entität, doch da das gleiche nicht für die Basken anerkannt werde, gäbe es keine Gleichheit zwischen diesen Nationen: statt dessen handle es sich um eine Beziehung von Groß zu Klein. Für die Batasuna-Vertreter war und ist die Einstufung der Basken als Nationalität inakzeptabel, sie seien eine Nation, d.h. ein souveränes Subjekt; doch Spanien erkenne sie nicht als Nation an. Die Nationalitäten, selbst mit einer eigenen Sprache und ähnlichen Attributen, könnten keine souveränen Subjekte sein, da sie nicht Eigentümer ihres eigenen Schicksals sein dürften. Der Vertreter der Gewerkschaft ELA betrachtet die Kategorie der Nationalität als „Frucht des Konsens, eines schlechten Konsenses“, im Rahmen einer aufgezwungenen Verfassung, in der „das Demokratische nicht Recht bekommt“ und die zur Zeit ein Instrument sei, das „die spanische Mehrheit gegen dieses Volk benutzt“. Die Vertreter der LAB bezeichnen die Beziehung von Nation und Nationalität als eine der Unterordnung; der Begriff der Nationalitäten sei eine Erfindung, um gegenüber der Nation ein Unterordnungsverhältnis zu schaffen, weshalb nicht von der baskischen Nation oder der katalanischen Nation zu sprechen akzeptiert werde; auch für sie sei die Verfassung nicht demokratisch.

Die Frage der Zugehörigkeit zur nationalistischen Bewegung beantwortet der PNV-Vertreter mit den Organisationen PNV, EA, Batasuna und anderen Organisationen, zu denen vor allem die beiden nationalistischen Gewerkschaften („mit absoluter gewerkschaftlicher Mehrheit innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung“) gehörten. Der EA-Vertreter wiederum benannte EA, einen Teil der PNV, sowie die MNV (Movimiento Nacionalista Vasco), die aus Batasuna und der Eta, Batasuna Aberzale in Iparralde sowie kleineren Parteien mit Verankerung in Navarra wie Alalar oder Zuti bestünde. Für die Batasuna-Vertreter unterscheide sich das baskische Volk politisch nicht von anderen, d.h. es

existiert eine Rechte, die von der PNV verkörpert würde, ein Sektor der Mitte sowie die baskische Befreiungsbewegung – eine Reihe von baskischen sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen-, die klar für das Selbstbestimmungsrecht und für die Schaffung eines sozialistischen baskischen Staates einträten.

Darüber hinaus wird in den Interviews deutlich, daß es auch im baskischen Nationalismus eine konservative, eine sozialdemokratische und eine linkere Strömung gibt, die die jeweiligen politischen Diskurse prägen. Doch trotz dieser Unterschiede ist ihnen allen die Ansicht gemeinsam, vor allem nach der politischen Wende der PNV nach dem Scheitern von Ajuria Enea, daß das Autonomiestatut von 1978 neu zu verhandelt werden müsse, um eine neue institutionelle Beziehung zwischen Baskenland und Zentrum zu kreieren.

## 7. Abschließende Überlegungen

In dieser Arbeit untersuchten wir die Artikulierung von Staat, Nation und Nationalismus in Spanien im XIX. und XX. Jahrhundert, um die Nationalismusproblematik im Baskenland von ihren Anfängen bis heute besser begreifen zu können.

Wir glauben dem Thema dadurch Rechnung getragen zu haben, daß die Wirklichkeit und Komplexität der Frage unter angemessener Berücksichtigung ihres historischen Kontextes aufgedröselt wurde. Und offensichtlich bleiben die Fragen der Form des Staates und des Verständnisses der Nation in Spanien weiterhin ein Problem.

Doch wollen wir hier einige punktuelle Gedanken auf 4 unterschiedlichen Ebenen –vom Konkreteren zum Allgemeineren- vorlegen:

1. Aktuelle politische Lage und ein kurzer Ausblick, 2. Autonomieerfahrung im Baskenland, 3. Nationalismen in Spanien und 4. einige theoretische Ansatzpunkte.

### **1. Ausblick – nach den Cortes-Wahlen vom März 2008 und das Parteiengefüge im Baskenland**

- Im März 2008 fanden allgemeine Wahlen in Spanien statt, die entgegen den Erwartungen vieler Beobachter mit einem deutlichen Wahlsieg der PSOE und Ministerpräsidenten Zapatero und einer ebenso klaren Niederlage der PP ausgingen. Trotz der Personalisierung der Auseinandersetzung zwischen den beiden Spitzenkandidaten von PSOE und der PP war auch diese Abstimmung die wahlkampfpolitische Arena der ungelösten Widersprüche innerhalb des Spanischen Staates und besonders zwischen dem Baskenland und der Madrider Zentralregierung. Und zumindest hierbei hat die von der PP offensiv vertretene harte Linie auf gesamtspanischer Ebene keine Mehrheit bekommen, in gewisser Weise eine Bekräftigung der Ergebnisse von 2000 im Baskenland.
- Obwohl eine allgemeine Übereinstimmung gegen die Gewalt der ETA existiert, bleiben doch genug offene und verborgene Konfliktlinien. Zum einen wird das *Ley de Partidos* ein wachsendes Problem; zwar verlangt die PNV von der verbotenen Batasuna die Verurteilung der Gewalt und der ETA, doch ist sie selbst auch gegen das *Ley de Partidos*. Darüber hinaus hat Juan José Ibarretxe (Lehendakari/Präsident der CAV) immer sein Recht verteidigt, mit Batasuna zu sprechen – was ihm schon zwei Vorladungen vor das Tribunal Superior de Justicia (Oberster Gerichtshof) des Baskenlands eingebracht hat. Obendrein wird nach dem jetzigen Stand der Dinge jegliche Vertretung der linken *abertzale* bei zukünftigen Wahlen durch das *Ley de Partidos* verboten, was sowohl aufgrund des beträchtlichen Wählerpotentials wie auch der Ablehnung dieser von einer beträchtlichen Zahl der im Baskenland Lebenden als undemokra-

tisch empfundenen Maßnahmen eher Öl ins Feuer gießen und eine politische Lösung der Probleme in noch weitere Ferne rücken wird.

- Was die Handlungsfähigkeit der politischen Parteien betrifft, könnten zukünftig folgende Faktoren an Gewicht gewinnen:  
Die PSOE scheint auch im Baskenland gestärkt und Rodriguez Zapatero hat gut daran getan, den Weg Felipe Gonzales nicht zu wiederholen, im Interesse der „Staatsräson“ und wohl auch aufgrund des Drucks der Rechten und Militärs seine Wählerschaft zu schnell zu verprellen. Die zweite Niederlage der PP hintereinander deutet darauf hin, daß die Durchsetzung einer harten Linie zur Zeit nicht möglich ist. Mehr noch, aufgrund ihrer aggressiven Linie hat sich die PP zumindest auf absehbare Zeit als Regierungs- oder auch nur Verhandlungspartner sowohl für die PNV als auch CiU selbst ins Abseits manövriert.
- Doch bedeutet das keineswegs das Ende der PP: während die PSOE zwischen 2004 und 2008 lediglich 20.618 Stimmen hinzuzugewann<sup>361</sup>, waren es bei der PP 393.893, was auf eine wachsende Polarisierung innerhalb der spanischen Gesellschaft und die Konzentration der konservativen Kräfte in einer Partei hindeutet.
- Die aktuelle politische Debatte zu den Autonomiestatuten sowohl für Katalonien wie für das Baskenland ist schwierig zu verstehen, wenn nicht die Funktionalität des Antiterrorismuskurses seitens der PP nach der Regierungsübernahme durch die PSOE in Betracht gezogen wird. Aussagen wie „Die Reform des Katalanischen Autonomiestatuts ist ein Gefallen für die ETA“<sup>362</sup> von Jaime Mayor Oreja, Führungsmitglied der PP und ehemaliger Innenminister, oder des Generalsekretärs der PP, Angel Acebes „Das Projekt Zapatero ist das Projekt der ETA“<sup>363</sup>, bezeugen dies.
- Der Terrorismus der Eta ist gravierend und dies in vielerlei Hinsichten. Zum einen für die Zivilisten, die mit ihrem Leben und Gesundheit den Preis für die militär-politische Gesinnung und Strategie der Eta bezahlen. Darüber hinaus verzerrt der Terrorismus der Eta die Alltagspolitik allgemein und lenkt von wichtigen Aufgaben ab; dies ist um so gravierender für die demokratischen Kräften, die ständig dem Druck der rechtskonservativen Kräfte ausgesetzt sind und dadurch ständig in die Defensive geraten.

---

<sup>361</sup> Daten der PSOE, <http://www.psoe.es/ambito/izquierdasocialista/news/index.do?action=View&id=187622>, eingesehen im Mai 2008

<sup>362</sup> Zeitung *Hoy* (12/03/2006)

<sup>363</sup> Mees (2007: 308)

Der PP gelingt es dank ihm, einen Diskurs der Repression, Militarisierung und Beschränkung der demokratischen Rechte zu rechtfertigen.

- Wieweit die Tatsache, daß im März 2008 die PSOE zum ersten Mal die PNV im Baskenland überflügelt hat, tatsächlich das Ende des Ibarretxe-Plans bedeutet, wie von manchen Auguren vorausgesagt, bleibt abzuwarten.

## **2. Mehr als zwei Dekaden von „autogobierno“**

- Was sich nach mehr als zwei Dekaden demokratisch gewählter Autonomieregierung im Baskenland feststellen läßt ist, daß heute in seinen 3 Territorien das *Concierto económico* funktioniert; es gibt einen funktionierenden Obersten Gerichtshof, Kontrollorgane wie den Rechnungshof (Tribunal de cuentas), Verteidiger des Volkes (Defensor del pueblo) sowie Wirtschafts- und Sozialrat (Consejo Económico y Social), dies alles innerhalb einer föderalistischen Struktur (drei forale Regierungen sowie 3 Generaljuntas für die drei Territorien). Das Amtsprachensystem mit Spanisch und Euskera hat der alten Diskriminierung der baskischen Sprache Platz gemacht und zu ihrer Wiederbelebung beigetragen. Die baskische Polizei (die Ertzaintza) besitzt zahlreiche Kompetenzen, auch wenn in vielen Bereichen die Befugnisse der Madrid unterstellten Polizei größer sind. Der Verwaltungsapparat umfaßt ungefähr 60.000 Beschäftigte - davon im Gesundheitswesen circa 22.000, Erziehungswesen mehr als 17.000 sowie 7.000 in der Autonomie - und Foralverwaltung (Llera Ramo, 2002: 138).
- In Bezug auf die Durchsetzung wichtiger Kompetenzen hat das Baskenland eine Pionierrolle gespielt:

*„1981 erhielt das nichtuniversitäre Erziehungssystem 50% des öffentlichen Autonomiehaushalts, was fundamental für die Politik der Förderung der Zweisprachlichkeit ist, während die anderen Autonomen Gemeinschaften bis zu zwanzig Jahre warten mußten, um diese Kompetenzen zu erreichen. 1988 erreichte sie die Kompetenz über das Gesundheitswesen (...) was 30% des Autonomiehaushaltes ausmacht, sehr im Unterschied zu vielen anderen Autonomen Gemeinschaften, die bis heute noch nicht diese Befugnis bekommen haben.“*<sup>364</sup> (Llera Ramo, 2002: 138).
- Das Haushaltsvolumen ist von 1,279 Milliarden Peseten in 1980 auf 900 Milliarden

---

<sup>364</sup> „Para 1981 ya recibe el sistema educativo no universitario con el 50% del gasto público autonómico y fundamental para la política de bilingüismo, cuando las últimas Comunidades Autónomas en recibir esta competencia han tenido que esperar veinte años. En 1988 recibe la competencia sanitaria... lo que supone un 30% del gasto autonómico, algo que

Peseten in 2000 und 7,623 Milliarden € im Jahr 2007<sup>365</sup> angestiegen. Tatsächlich nahmen mit der wachsenden Kompetenzübertragung auch die der baskischen Regierung zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu.

- Dabei zeigte sich zuletzt eine politische Transaktion: der letzte Haushaltsentwurf der spanischen PSOE-Zentralregierung fand die Unterstützung der PNV-Abgeordneten in der Cortes, und umgekehrt hat die PSE-PSOE im Baskenland den Haushaltentwurf der baskischen Regierung abgesegnet.
- Llera Ramo (2002: 139) zieht einen interessanten Vergleich mit den anderen autonomen Gemeinschaften Kataloniens, Galiziens und Andalusiens: die öffentlichen Pro-Kopf-Ausgaben der jeweiligen Autonomieregierung (ohne die lokalen, foralen und zentralspanischen Beiträge) sind im Baskenland ungefähr 18% höher als die der Generalitat von Katalonien, 40% höher als die der Junta von Andalusien und 100% höher als die der Junta von Galizien. Wichtig seien auch die unterschiedlichen Sprachförderungsvereinbarungen sowie deren Erfolge bezüglich der Zweisprachigkeit sowie allgemein das öffentliche baskische Schulsystem, die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, der Ausbau von Infrastruktur, Wohlstandspolitik und die Verringerung der sozialen Ungleichheiten. Beachtenswert seien auch das hohe Niveau an Modernisierung, Wettbewerb, Produktivität und Beschäftigung.
- Tatsächlich ist all dies für die baskische Bevölkerung wichtig; laut Umfragen ist die Zufriedenheit mit der Autonomie generell gewachsen: gaben 1990 55% der Basken an, zufrieden zu sein, waren es 2000 schon 66% (Llera Ramo, 2002: 141).
- Politisch steht im Baskenland die Kontinuität der PNV als Hauptkraft der baskischen Regierung von Anbeginn bis heute außer Frage. Nach Annahme des Autonomiestatus 1979 fanden die ersten Wahlen zur Autonomen Baskischen Gemeinschaft CAV 1980 statt. Seitdem gab es 7 weitere Wahlen (1984, 1986, 1990, 1994, 1998, 2001 und 2005), aus denen die jeweilige baskische Autonomieregierung hervorging. Die PNV stellte zugleich ununterbrochen den jeweiligen Lehendakari/Präsidenten der CAV (Garikoetxea 1980-1985, Ardanza 1985-1999, und Ibarretxe 1999-bis heute); diese Kontinuität blieb bewahrt, obwohl alle Regierungen – mit Ausnahme der ersten und zweiten PNV-Alleinregierung - Koalitionsregierungen waren, und sogar 1991 und

---

contrasta con el hecho de que aún hoy muchas Comunidades Autónomas no han recibido esta competencia”.

<sup>365</sup> Die Daten von 1980 und 2000 sind von Llera Ramo (2002: 138). Die Information von 2007 ist von Eleconomista.es, 30-10-2006 in: <http://www.eleconomista.es/economia/noticias/94249/10/06/Gobierno-vasco-aprobara-manana-proyecto-de-presupuestos-del-2007.html>, eingesehen im November 2007.

1994 lediglich eine Minderheitsregierung zustande kam. Dabei sicherte sich die PNV zentrale Bereiche wie Innenpolitik (die baskische Polizei –die Ertzaintza- eingeschlossen), Finanzen (Concierto económico, Verwaltung und öffentliche Finanzen), autonome Entwicklung (die Transferzahlungen), Kultur (Sprachpolitik u.a.), Fischerei und Landwirtschaft.

- Unbestreitbar sind heute die Autonomiestrukturen und die neue Beziehung zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften unumkehrbar.

### **3. Nationalismen in Spanien**

- Wenn man die Entwicklung des spanischen Nationalismus mit denen der peripheren Nationalismen auf der Iberischen Halbinsel vergleicht, wird deutlich, wie sich der erste am meisten verändert hat. Wie Spezialisten der Nationalismusproblematik in Spanien schreiben:

*„Die Orientierung, die heute in ihm vorherrscht nimmt, in einer Art Rückkehr auf seine offenere Variante des XIX. Jahrhunderts, die Überwindung des zentralistischen, autoritären und intoleranten Derivats an, das um 1900 einsetzte und im Frankismus mündete“*<sup>366</sup> (De la Granja Sainz et al. 2003: 210).

- Bezüglich der Frage Zentrum - Peripherie hat die PP immer die Kräfte repräsentiert, die einer politischen Dezentralisierung ablehnend bis feindlich gegenüberstehen, in diesem Sinn hatte sie zunächst auch die Autonomieregelungen im Anschluß an die 1978-er Verfassung bekämpft. Heute gibt sie sich aber, wie schon ausgeführt, *„als der Hauptwächter der wörtlichen Einhaltung der Konstitution und der gegenwärtigen Statuten, weil sie sie als letzte Verteidigungslinie für die Integrität der spanischen Nation ansieht“*<sup>367</sup> (De la Granja Sainz et al., 2003: 210).
- Die PSOE, die unter Felipe González auf die Karte der Zentralisierung gesetzt hatte, ist heute mit Rodríguez Zapatero an der Spitze diesbezüglich offener, und habe sie ihre föderalistische Seele der 70er Jahre wieder entdeckt (De la Granja Sainz et al. 2003: 210). Teile der PSOE unterstützen sogar einige der Forderungen der Barcelona-Erklärung<sup>368</sup> (Umwandlung des Senats in eine wirkliche Ländervertretungskammer, größere Haushalts- und Steuerautonomie, Vertretung der Autonomen Gemeinschaften in Brüssel).

---

<sup>366</sup> „La orientación que hoy predomina en él supone, en una suerte de retorno a su modalidad decimonónica más abierta, la superación de la deriva centralista, autoritaria e intolerante que inició hacia 1900 y culminó con el franquismo”

<sup>367</sup> « el mayor paladín de la literalidad de la Constitución y de los actuales Estatutos por considerarlos la última trinchera de defensa de la integridad de la nación española“ (De la Granja Sainz et al., 2003: 210).

- Allgemein betrachtet, ist in den letzten 20 Jahren im heterogenen Lager des peripheren Nationalismus eine Gegenbewegung zu den Zentralisierungsversuchen der PP wie der PSOE zu beobachten, das zugleich untereinander näherrückt. Der galizische Nationalismus, der in den ersten Jahren nach der *Transición* kaum eine Rolle spielte, entsendet 1996 nach 60 Jahre wieder Abgeordnete in die Cortes, und wird ein Jahr danach die zweite politische Kraft in Galizien. 1998 zeigte sich schon eine radikalere politische Richtungsänderung der PNV- nun für das Selbstbestimmungsrecht als Vorläufer der Forderung nach Unabhängigkeit. In Katalonien wurde eine Reform des Autonomiestatuts (2005) beschlossen, die den Forderungen der zentrifugalen Kräfte nachkam und deren Gewicht erhöhte.
- Aufschlußreich sind die Ergebnisse von Umfragen zur Problematik der ‚Identität‘ (Siehe Anhang 5) . Hätten sich 1979 19,75% der Bevölkerung im Baskenland als ‚nur‘ Spanier gefühlt, waren es 1996 nur noch 4%. Demgegenüber hätten sich 1979 26,98% der Befragten als ‚nur‘ Basken verstanden, 1996 war dieser Anteil auf 20,70% geschrumpft. Sowohl ‚Spanier wie Baske‘ gaben 1979 53,25% der Bevölkerung gegenüber nur noch 36,30% im Jahr 1996 an; dafür identifizierten sich 1996 29,8% der Bevölkerung mit der Aussage, mehr Baske als Spanier zu sein.
- Bemerkenswert bei diesen Umfragen ist, daß seit der Verabschiedung der Verfassung von 1978 und der Konstituierung des Staates der Autonomen (Estado de las autonomías) der spanische Nationalismus immer mehr seinen abgesonderten Charakter verliert und selbst ‚dualistischer wird‘ (Siehe Anhang 5). An den Ergebnissen dieser Umfragen zum Themenbereich der Identität in allen Autonomiegemeinden ist die Existenz einer landesweit dominierenden Dualidentität hervorzuheben: ein ausgeprägtes **sowohl.. als auch...** in den Antworten (De la Granja Sainz et al., 2003).
- Diese stehe im Zusammenhang mit dem sogenannten *dualismo electoral* (Wahldualismus): bei den Autonomiewahlen bekommen die regionalen oder nationalistischen Parteien mehr Stimmen als bei den allgemeinen Wahlen und umgekehrt. D.h. wenn es um die Regierung der Autonomiegebiete geht, vertraue man mehr den regionalen und nationalistischen Parteien, demgegenüber werde bei den Wahlen zur Cortes und der spanischen Regierung mehr den landesweiten Parteien vertraut. Wie ihr Wahlverhalten zeige, sind die Autonomen für die Bevölkerung eine konkrete Realität geworden.

---

<sup>368</sup> S. Fußnote 282

- Politisch betrachtet, hat Spaniens Eintritt in die Europäische Union die Perspektive der peripheren Nationalismen in Spanien teilweise geändert. Die Tatsache, daß Spanien den Institutionen der Europäischen Union Teile seiner Souveränität abgetreten hat, bedeutete für sie zunächst die konkrete Schwächung des Zentrums zugunsten einer teilweisen Supranationalen Instanz; damit erschien die Perspektive eines hypothetischen ‚Europas der Völker‘ realistischer und näher gerückt als je zuvor. So ist in der *Erklärung von Barcelona* von einem Europa der Vereinigung der unterschiedlichen Völker und Kulturen die Rede, während gleichzeitig eine Vertretung der Autonomiegemeinschaften in der Europäischen Union verlangt wird<sup>369</sup>.
- In der Tat wurden durch den Slogan des Europas der Regionen sehr hohe Erwartungen in die Europäische Union geweckt. Unbestreitbar finden in vielerlei Hinsichten Transformationen des Staates statt. Doch heißt dies nicht, daß eine neue staatliche Ordnung auf der Grundlage von Regionen oder staatenlosen Nationen am Entstehen wäre. Die EU hat weiterhin die National-Staaten als Referenzpunkt; sie bleiben die wichtigsten Akteure innerhalb der EU, und obwohl vielerlei Wege und Mittel bestehen, um in Brüssel Lobbyarbeit zu betreiben und Druck für die Interessen der Autonomien und Regionen auszuüben, gibt es keine Repräsentationsstrukturen für die ‚Nationen ohne Staat‘ (Keating, 2002). Die europäischen Institutionen sind nicht dafür geschaffen, um gegen oder ohne die nationalen Regierungen handeln zu können. Die gegenwärtigen territorialen Grenzen der Mitgliederstaaten der EU werden nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern es wird alles vermieden, die Pandorabüchse des Sezessionismus öffnen zu lassen. Das wichtigste völkerrechtliche Instrument der EU ist die Festlegung von Verhaltensregeln für ihre Mitgliedstaaten und die Begrenzung willkürlicher Machtausübung, so daß diese nicht gegen die legitimen Rechte der nationalen Minderheiten vorgehen können (Closa, 2002: 128).
- Letzten Endes hatte die durch die Europäische Union bewirkte Änderung der Perspektive der (peripheren) Nationalismen nach De la Granja Sainz et al. (2003) keine bedeutende Veränderung in ihrer Politik bewirkt; diese hätten vielmehr neue Anreize, Forderungen und Wege gefunden, um den aktuellen *Staat der Autonomien* zusätzlich in Frage zu stellen und Argumente für ihren Austritt zu finden.
- Dreißig Jahre sind vergangen, seitdem der Demokratisierungsprozeß in Spanien einsetzte, der das Land wieder auf die Höhe der industrialisierten demokratischen euro-

---

<sup>369</sup> Bereits jetzt haben einige Autonomien – die Comunidad Autónoma Vasca eingeschlossen - Repräsentationen in

päischen Länder brachte und Spanien erneut einen wichtigen Platz auf der Internationalen Bühne einräumte. Trotz der verstärkten Forderungen der nationalen Bewegungen ist zumindest mittelfristig kein Prozeß einer Trennung, der die Territorialeinheit des Landes gefährden würde, zu erwarten; in Spanien bleibt der Staat nach wie vor eine ‚machtvolle gesellschaftliche Realität‘.

#### **4. Einige anregende theoretische Debatten**

- Einige Punkte innerhalb der aktuellen breiten Diskussionen und Debatten der politischen Philosophie erscheinen uns als sehr anregend zum Nachdenken über den peripheren Nationalismus. Diese Diskussionen sind hauptsächlich in englischer Sprache<sup>370</sup> und drehen sich allgemein um das Verhältnis von Liberalismus und Minderheitenrechten. In diesem Rahmen wird auch die Debatte über das Verhältnis von Nationalismus und liberale Demokratie neu geführt.
- Der katalanische Politikwissenschaftler Requejo (2002:162) meint, daß heute die Debatte nicht mehr zwischen Liberalismus vs. Nationalismus als zwei grundsätzlich entgegengestellte politische Positionen statt findet; angesichts der Globalisierung und des mit ihr einhergehenden kulturellen und nationalen Pluralismus verliefen die Debatten im Endeffekt zwischen zwei Varianten des demokratischen Liberalismus. Die erste Variante des Liberalismus (Liberalismus 1 im Sinne der Unterscheidung durch Taylor, 1992) basiert auf den universellen Charakter der individuellen Rechte: „alle Bürger sind gleich“. In ihr gibt es keinen Raum für die kollektiven Rechte, eher einen Konflikt zwischen diesen und den individuellen Rechten. Die andere Variante (der Liberalismus 2) fügt den individuellen Rechten den Schutz und die Förderung von besonderen Merkmalen der unterschiedlichen nationalen Kollektivitäten einer Demokratie hinzu. Diese Schutz- und Förderungsmaßnahmen seien wichtig, weil ohne sie die praktische Regulierung der individuellen Rechte sich zuungunsten der ‚Minderheitsnationen‘, d.h. diskriminierend und zugunsten der ‚Mehrheitsnation‘ auswirkt (Requejo 2002).
- Habermas<sup>371</sup> (1993: 151) kritisierte diese Unterscheidung zusammenfassend in dem

---

Brüssel.

<sup>370</sup> Kymlicka (2002: 26, Fußnote 3) führt einige dieser Verfasser auf, die sich in den neunziger Jahren innerhalb der politischen Philosophie mit Fragen des Nationalismus, Sezessionismus, der Migration, dem Multikulturalismus oder die Rechte der Eingeborenen beschäftigen, wie: Buchanan, 1991; Taylor, 1992; Tamir, 1993; Baubock, 1994; Waltzer, 1997; Levy, 2000.

<sup>371</sup> Zu den ernsthaften Kritikern der Begrifflichkeit Taylors vom ‚Liberalismus 1‘ und ‚Liberalismus 2‘ gehört Habermas, der meint, Taylor verkenne und mißinterpretiere den Liberalismus. Habermas plädiert dafür, die Theorie der Rechte in ihrer politischen Dimension zu verstehen, um eine Andeutung seines Verständnisses der kollektiven Rechte wiederzugeben: „Personen, auch Rechtspersonen, werden nur durch Vergesellschaftung individuiert. Unter dieser Prämisse

Satz: „Die eine Politik soll den Preis ausgleichen, den die andere in Gestalt eines gleichmachenden Universalismus fordert“.

- Kymlicka (2002) stellt den *ethnokulturell* neutralen liberalen Staat in Frage, und meint, daß die angebliche Neutralität der liberalen Staaten grundsätzlich nicht existiere; die Idee eines neutralen Staates in Bezug auf die Kultur wäre ein Mythos. Demgegenüber schlägt er ein neues Modell von demokratisch liberalem Staat vor, nämlich ein anderes Modell des *nation-building* vor.
- Das *nation-building* des liberalen Staates beinhalte die Förderung einer gemeinsamen Sprache, eines Erziehungscurriculum usw. und andere Voraussetzungen für die Erlangungen der Staatsbürgerschaft. Aber, wie wirkt sich dieser Prozeß auf die Rechte der Minderheiten aus? Die Perspektive wird mit dieser Fragestellung eine andere: verursacht der Prozeß des *nation-building* der Mehrheit Ungerechtigkeiten für die Minderheiten? Und würde die Anerkennung von Rechten für die Minderheiten eine Schutzmaßnahme gegen diese Ungerechtigkeiten? Unter dieser Perspektive reagierten die nationalen Minderheiten gegenüber dem *nation-building*-Prozeß der Mehrheit in der Regel mit einem eigenen *nation-building*-Prozeß, häufig sogar mit den gleichen Instrumentarien, nämlich Kontrolle über die Sprache und ihr schulisches Curriculum, Amtssprache, Immigrationspolitik, aber auch Schaffung und Abgrenzung territorialer Räume u.a.. Diesen Prozessen des *nation-building* der nationalen Minderheiten werden wiederum von den liberalen Prinzipien Grenzen gezogen, d.h. jeglicher Prozeß von umgekehrter Diskriminierung wie ethnischen Säuberungen oder Aufhebung der staatsbürgerschaftlichen Rechte innerhalb des Minderheitenterritoriums wird ausgeschlossen; und in dieser Weise soll gegenüber anderen Minderheiten gleichermaßen der *nation-building*-Prozeß respektiert werden.
- Kymlicka (2002: 38) kommt zu der Schlußfolgerung, daß eine starke Theorie der erlaubten Formen des *nation-building* in den liberalen Demokratien sehr notwendig geworden sei. Tatsächlich werde eine Antwort auf die Frage drängend: Warum sollten die nationalen Minderheiten nicht die gleichen Möglichkeiten des *nation-buildings* wie die Mehrheit haben?

---

verlangt eine richtig verstandene Theorie der Rechte genau die Politik der Anerkennung, die die Integrität des Einzelnen auch in seinen identitätsbildenden Lebenszusammenhängen schützt. Dazu bedarf es keines Gegenmodells, das den individualistischen Zuschnitt des Systems der Rechte durch andere normative Gesichtspunkte korrigierte, sondern nur dessen konsequenter Verwirklichung. Um die wäre es allerdings ohne soziale Bewegungen und ohne politische Kämpfe schlecht bestellt. Das läßt sich an der Geschichte des Feminismus überprüfen, der immer wieder neue Anläufe machen mußte, um seine rechtspolitischen Ziele gegen starke Widerstände durchzusetzen“ (Habermas 1993: 154). Dazu siehe:

- Zusätzlich bewertet Keating (2002) die Forderung verschiedener minoritärer Nationalismen nach Zweisprachlichkeit als einen Teil ihres *nation-building* und einen Teil ihrer nationalen Identität keineswegs als negativ; man könne die Zweisprachlichkeitsforderung nicht als die Suche nach einem „ausschließlichen kulturellen Code“ in der Art des *nation-building* des XIX. Jahrhunderts, als eine Form von kulturellem Ausschluß und Diskriminierung verstehen. Vielmehr gehe es um die Suche nach einer Identität der ‚Nationen ohne Staat‘, die die Zweisprachigkeit und einen gewissen Pluralismus forderten, und damit eine Art offenen Nationalismus.
- Wichtig ist meiner Meinung nach jedenfalls, daß, wie es auch von den zitierten Wissenschaftlern unternommen wird, die Probleme sowohl der Minderheiten wie der unterschiedlichen peripheren Nationalismen ernsthaft behandelt werden. Gewiß hat dies mit der Tatsache zu tun, daß sie weiter als reale Phänomene und als hartnäckige Wirklichkeit bestanden haben; und mit Sicherheit ist es kein Zufall, daß der Anstoß zu dieser Diskussion von Geistes-, Politik- und Kulturwissenschaftlern kommt, die in Ländern wie Kanada, Irland, Spanien oder dem Vereinigtem Königreich alltäglich mit dieser Problematik zu tun haben. Wie Requejo (2002: 162, Fußnote 7) schreibt, ist es auch kein Zufall, daß in den ‚*plurinational polities*‘ wie Kanada, Spanien oder dem Vereinigten Königreich die Unterstützer des ‚Liberalismus 1‘ in Städten wie Ontario, Madrid oder London und die Unterstützer des ‚Liberalismus 2‘ in Städten wie Montreal, Edinburg oder Barcelona zu finden sind.
- Schlußendlich können wir uns der Meinung von Kymlicka (2002) anschließen, daß die Debatte einen Schritt nach vorne gemacht habe, aber nicht so sehr bezüglich der Antworten auf die Fragen, sondern aufgrund der Art der Fragen, die heutzutage gestellt werden.

## 8. Fazit

Der baskische Nationalismus und sein langanhaltendes Bestehen kann nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des spanischen Staats und dem spanischen Nations-Bildungsprozeß im XIX. und dann im XX. Jahrhundert verstanden werden; dies erklärt auch die seit langem geführte Debatte über die ‚Nation‘ im Falle Spaniens und über die territoriale Organisation des Staates. In der Tat wurde in Spanien die Staats-Bildung als moderner liberaler Staat von einem schwachen Nations-Bildungsprozeß begleitet; das Fehlen einer starken nationalen Bourgeoisie führte dazu, daß dem Pakt zwischen den Eliten des ancien regimes und den Eliten des konservativen Liberalismus während des XIX. und einen großen Teil des XX. Jhr. eine beschränkte Auffassung von Nation zu Grunde lag, die nur durch repressive Maßnahmen aufrecht zu erhalten möglich war, was vor allem deutlich wurde in der Zeit der *Restauration* ab 1875. Mit der Diktatur von Primo de Rivera und danach mit Franco im XX. Jahrhundert erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Den Eliten gelang nicht die Homogenisierung und Nationalisierung des Landes.

Die Recherche des historischen Prozesses der Staatsbildung zeigt, daß obwohl Spanien seine territoriale Einheit früh erreichte und den Prozeß auch früher als andere Länder Europas initiierte, das Land während des entscheidenden XIX. Jahrhunderts vor Schwierigkeiten auf dem Weg der Schaffung einer zentralisierten und einheitlichen Staats-Nation stand. Spanien betrat das Zeitalter der Industrialisierung und neuen Imperien mit einer der am schwächsten entwickelten Staats- und Regierungsstrukturen. Die Modernisierungs- und Zentralisierungsmaßnahme der bourbonischen Dynastie im XVIII. Jahrhundert konnten vor allem aufgrund des sozialen und politischen Gewichts von Aristokratie und Adel und der Form des Landeigentums nicht greifen.

Der Prozeß der Nations-Bildung im modernen Sinn setzte in Spanien mit dem Widerstand gegen die napoleonische Invasion und Besatzung zu Beginn des XIX. Jhs. ein, womit zum ersten Mal die Nation als neues Subjekt in der Politik Spaniens auftreten sollte. Doch trotz der Bedeutung des Aufstandes von 1808, der Verfassung von Cadix von 1812 und dem „Trienio liberal“ (1820-1823), die auf einen politischen und sozialen Bruch mit der Feudalordnung zielten, setzte sich die politische und ideologische Dominanz des Traditionalismus und seiner pränationalen Identität über den Liberalismus durch, nicht zuletzt wegen der Schwäche dieses Letzteren. All diese Faktoren wirkten als Bremse gegen den spanischen Nationsbildungsprozeß.

Nach 1845 setzte sich mit dem endgültigen Scheitern der progressiven Liberalen eine minimalistische Version des Begriffs der Nation durch, die unter Führung der konservativen „Gemäßigten“ als oligarchischen Zweig des Liberalismus den politischen wie sozia-

len Ausschluß der Bevölkerungsmehrheit implizierte. Von nun an - und dies für den Rest des XIX. Jhs. - wurde die Strategie der Hauptkräfte des spanischen Liberalismus die des Paktierens zwischen den alten und neuen gesellschaftlichen Kräften - keineswegs aber die der Konfrontation mit den ersteren. Nur ein kleiner Teil des Liberalismus sollte die Cadix-Verfassung weiterhin verteidigen und schloß sich den demokratischen Kräften an (Republikaner, Sozialisten, Demokraten). Trotzdem schafften es zwischen 1854 und 1856 (*Bienio Liberal*) die Progressisten noch einmal, die Regierungsmacht zu ergreifen und einen entscheidenden gesetzgeberischen Schub für die volle Entfaltung des modernen Kapitalismus in die Wege zu leiten.

Mit der Revolution von September 1868 fing eine Zeit an, die die I. Republik hervorbringen sollte. Als Widerspiegelung der vielfältigen Realität des Landes bedeutete schon seit Oktober 1868 Republikaner in Spanien zu sein auch Föderalist zu sein, wobei der Föderalismus den Wiederaufbau der spanischen Nation als einer *Nation von Nationen* verstand.

Die Schwäche und anhaltenden Krisen der föderalen Republik verschärften sich soweit, daß es in einigen Regionen und Städten zu dem kam, was als kantonalistisches Phänomen beschrieben wurde. Die Kantonalisierung des Landes von Juli bis September 1873 wurde wenn nicht ein Vorbote des Auseinanderbrechen des Landes so doch Ausdruck der starken antizentralistischen Tendenzen im Land und des Versuchs, andere vom Zentrum emanzipierte Organisationsformen zu implementieren.

Mit dem Putsch von General Pavía (1874) wurde die I. Republik liquidiert und eine konstitutionelle Monarchie etabliert, in der im Rahmen eines Abkommens innerhalb des konservativen Liberalismus wo Konservative wie Liberale sich an der Regierung abwechselten, ein immer erstarrendes Regime, das im wesentlichen unverändert bis zum Putsch Primo de Riveras 1923 bestand. Das Verhalten der spanischen Eliten - Hochadel, Finanz- und Unternehmensbourgeoisie - schloß jedoch eine nationale Homogenisierung der Massen weitgehend aus; es konnte kein Volkspatriotismus aufkommen, sich keine nationale *imagined community* bilden. In diesem Punkt scheiterte der spanische progressive Liberalismus. Statt dessen wurde eine "offizielle spanische Identität" verstärkt und vom konservativen Liberalismus mitgetragen, die Legitimierung eines staatlichen Nationalismus mit essentialistischem, nostalgischem und historisierendem Charakter, der tief mit dem Katholizismus und der Monarchie verbunden war.

Ende des XIX. Jahrhunderts war in Spanien keine starke zentralistische Macht mit einem hegemonischen spanischen nationalistischen Diskurs vorhanden. Das von den kon-

servativen Eliten in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts durchgesetzte reduzierte Verständnis von Nation und die mit stark repressiven Maßnahmen abgesicherte zentralistische Staatsauffassung entfremdete in wachsendem Maß breite gesellschaftliche Kräfte, die sich als Antwort zunehmend auf die Suche nach Alternativen (Sozialismus, Anarchismus, Föderalismus oder regionalem Nationalismus) machten.

Angesichts eines schwachen, integrationsunfähigen spanischen Nationalismus, und die damit unzureichende Verbindung zwischen Zentrum und Peripherie wurde der Entwicklung eines „kulturell linguistischen“ politischen Nationalismus Vorschub geleistet. Die regionale historische Eigenartigkeit der baskischen Gebiete (u.a. die Sprache, die Fueros, die bis 1837 existierten und die Erfahrung der hier besonders heftigen Karlistenkriege von 1833-1840 und 1872-1876) setzte dazu an, sich in eigenständigen Nationalismus zu transformieren. In diesem Kontext kann die Entwicklung des baskischen Nationalismus als eine Reaktion der traditionellen Gesellschaft - den Verlierern des Prozesses-, auf die schnelle Industrialisierung bzw. Modernisierung vor allem in den großen Küstenstädten betrachtet werden; die Identifizierung von traditioneller Gesellschaft (mit ihren Werten und ihrer Lebensart) und baskischem Volk nimmt im Wertekanon des frühen baskischen Nationalismus einen hohen Stellenwert ein, obwohl er doch nicht in den traditionalistischen baskischen Dörfern sondern in der Bizkaya entstand, die sich mitten im Prozeß der industriellen Revolution befand; seine Vertreter kamen hauptsächlich aus der städtischen Mittelschicht und bekannten sich als antiliberal, antikapitalistisch, spanienfeindlich und tief katholisch. Das politische Programm der neuen baskischen nationalistischen Bewegung wurde Ende des XIX. von Sabino Arana formuliert, und mit ihm tritt zum ersten Mal die Trennung des Baskenlands von Spanien als eine zentrale Forderung in Erscheinung.

Andererseits bevorzugten die bürgerlichen Eliten sowohl Kataloniens wie auch des Baskenlands, den beiden peripheren Regionen mit den entwickeltsten gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen, mit den gemäßigten und konservativen Kräften zu paktieren. Obwohl sie – vor allem in Katalonien – während revolutionärer Krisen wiederholt eine revolutionäre Rhetorik an den Tag legten, griffen sie angesichts des Gefühls der Bedrohung durch die niederen Klassen, die sich im letzten Drittel des XIX. Jahrhunderts zunehmend organisierten und ihre Forderungen an den Staat in präziserer Form formulierten, jedes Mal auf die Zentralmacht zurück und bevorzugten, für die Wiederherstellung der Ordnung unter der Monarchie zu sorgen. Obendrein hatte die baskische Wirtschaftselite seit langem eine starke politische wie soziale Bindung zum Zentrum kultiviert. Trotz ihrer Stärke erwiesen sich die beiden regionalen Großbourgeoisien weder als willens noch fähig, sich an die Spitze der „spanischen Nation“ zu stellen.

Anfang des XX. Jahrhunderts befand sich der spanische Staat zwischen einem „legalen Zentralismus“ und einem „realen Regionalismus“. Trotz der Existenz einer ‚nationalen politischen Sprache‘ und einer ‚nationalen politischen Kultur‘ gab es Anfang des XX. Jahrhundert keinen spanischen *politischen Nationalismus* im modernen doppelten Sinn nach Fusi (1990), d.h. als eine emotionale Exaltation der Nation mit ihren Traditionen und Glorien, und als eine politische Massenbewegung mit dem Ziel - auf der Grundlage der nationalen Einheit und der nationalen Größe - eine politische Ordnung zu errichten.

Der ‚reale‘ Regionalismus drückte sich über Katalonien und das Baskenland hinaus unter anderem darin aus, daß zu Beginn des XX. Jahrhunderts die Existenz des katalanischen Nationalismus eine Welle von Regionalismen hervorrief - in Kastilien, Aragon, Asturien, Mallorca, Valencia, Andalucien; unzweifelhaft zeigten diese - wenn auch nicht sehr starken - Regionalismen die Demokratiedefizite, den Zentralismus und das Kazi-quantum des Restaurationsregimes auf.

Schon bald nach Errichtung der Diktatur 1923 als Antwort auf die endgültige Erschöpfung des 1874er Restaurationsregimes traten sowohl Primo de Rivera als auch das Militärdirektorium für einen zentralisierten und noch autoritäreren spanischen Nationalismus ein, was sich schon am 18. September 1923 in einem Dekret der Militärregierung gegen ‚Separatismus‘ niederschlug. Sowohl die Diktaturen von Primo de Rivera wie später verstärkt die von Franco waren die autoritäre Antwort seitens des spanischen Zentralismus unter anderem nicht nur auf das Aufbegehren der unteren Klassen sondern auf die wachsenden zentripetalen Kräfte des peripheren Nationalismus. Mit der Francodiktatur wurden jegliche Errungenschaften der baskischen Nationalisten während der II. Republik ausgelöscht und setzte eine erbitterte „Homogenisierung der Nation“ ein, was auch einschloß, jeglichen kulturellen Ausdruck und Widerstand der peripheren Nationalismen im Keim zu ersticken.

Zwischen beiden Diktaturen kam es zur kurzen Erfahrung der II. Republik, die auch das wohl dringendste Problem, die Lösung der Frage der politischen Staatsform - eine moderne Republik statt einer archaischen Monarchie, die dezentrale territoriale Organisation des Staates und das Problem der historischen Nationalitäten (Katalonien, Baskenland, Galizien) in Angriff nahm. Sie sollte das erste Regime in der Geschichte Spaniens werden, das das Problem der Einheit Spaniens durch Gewährung der politischen Autonomie für die Regionen, und dadurch unter Annerkennung der objektiven Problematik - zu lösen versuchte. Die Lösung der Nationalitätenproblematik wurde schon damals wie

auch vor Primo de Rivera und nach dem Ende der Franco-Diktatur als *conditio sine qua non* für die Konsolidierung der Demokratie betrachtet.

Der reaktionäre baskische Nationalismus durchlief zwischen der II. Republik und dem Ende der Diktatur Francos wichtige Veränderungen, die das politische Leben im Baskenland, aber auch in ganz Spanien noch heute bestimmen. Kurz vor und während der II. Republik wuchs der baskische Nationalismus in Form der von Arana gegründeten konservativ gesinnten PNV (Partido Nacionalista Vasco) kräftig an, die sich als Parteibewegung (Kultureinrichtungen, Frauenorganisation, Jugendorganisation u.a) profilierte und die ihre besten Wahlergebnisse bereits 1931 erreichte. Darüber hinaus verwandelte sie sich binnen weniger Jahre (1931-1937) von einer konservativ-monarchistischen Partei in eine Verteidigerin der Republik, als die konservativen Kräfte dem nicht spanischen Nationalismus keinen Raum ließen. Dies wurde zum größten Bruch im historischen Werdegang des baskischen Nationalismus, der sich zumindest in großen Teilen zur Demokratie und dem Liberalismus hinbewegte. Darüber hinaus drückte die II. Republik eine Einsicht aus, die sich schon im Pakt von linken nationalistischen Katalanen mit Republikanern und Sozialisten gegen die Diktatur Primo de Rivera angedeutet hatte: die Unmöglichkeit eines Demokratisierungsprozesses ohne die Anerkennung der Existenz der peripheren Nationalismen und seiner Forderungen. Die Mehrheit der republikanischen Kräfte verstand die Notwendigkeit, das politische Gewicht der historischen Nationalitäten für ein demokratisches Regime zu gewinnen.

Nichtsdestotrotz blieb die PNV konservativ bürgerlich. Eine weitere Transformation erfolgte aus der Widerstandserfahrung gegen das Franco-Regime und generierte einen ‚neuen‘ baskischen Nationalismus, der mit der aus der PNV hervorgegangenen ETA eine Organisation schuf, die unter Beibehaltung der Arana-Ideologie einen radikalen gewalttätigen Weg für die Unabhängigkeit des Baskenlands einschlug, den sie noch heute verfolgt; darüber hinaus war die ETA von allgemeinen politischen Verständnis und der Strategie der Linken der 60er und 70er Jahre in Europa und in den Ländern der sogenannten 3. Welt beeinflusst.

Eine neue Beziehung Zentrum – Peripherie setzte sich durch, die eine neue Artikulierung von Staat, Nation und Nationalismus in Spanien einforderte, nach dem Ende der Franco-Diktatur und dem Anfang des Demokratisierungsprozesses 1975, der in einer konstitutionellen Monarchie und in der Verfassung von 1978 münden sollte. Eine befriedigende Antwort auf die ungelöste Nationalitätenfrage wurde zur Nagelprobe: eine Demokratisierung ohne Antwort auf diese Frage war angesichts der starken regionalnationalistischen Kräfte - vor allem in Katalonien und dem Baskenland - undenkbar. Eine Rückkehr zum

alten Verständnis von Nation und Zentralstaat so wie unter dem Franco-Regime war nicht mehr möglich; es wurde allgemein abgelehnt und als undemokratisch angesehen. An seine Stelle trat eine offenere Definition von Nation und eine Dezentralisierung des Staates (*Estado de las Autonomías*) setzte sich durch, die genauso wie während der II. Republik sich mit Demokratie identifizierte und als entgegengesetzt zur Diktatur verstand. Allerdings war dies das erste Mal in der Geschichte Spaniens, daß die Nation als eine Artikulierung nicht nur von Regionen und Provinzen sondern von *Nationalitäten* definiert wurde.

Doch ist diese Formel weiter voller Konfliktstoff geblieben; die Ambivalenz in der territorialen Organisation des spanischen Staates als Ergebnis des politischen Konsenses der in die Verfassungsverhandlungen einbezogenen politischen Parteien postuliert einerseits die Existenz einer spanischen Staats-Nation, andererseits vertritt sie eine Auffassung von Spanien als ein Zusammenkommen von unterschiedlichen Nationalitäten und Regionen. Die Lösung wurde nicht einheitlich von den peripheren Nationalismen angenommen, die weiter an dem Ziel eines plurinationalen Staates unter Anerkennung der unterschiedlichen ‚Nationen‘ festhielten. Nur die pragmatischen Kräften (mit mehr Überzeugung die CiU in Katalonien und mit weniger die PNV im Baskenland) akzeptierten die Formel. Doch die Anerkennung einer Asymmetrie zwischen Nationalitäten und Regionen – und damit eine indirekte Anerkennung eines plurinationalen demokratischen Staates aber auch der historischen Rechte der baskischen Territorien in der Verfassung, ermöglichen die Perspektive einer Ausdehnung dieser Rechte. In der Tat setzten sich sowohl die PNV wie die CiU und danach der BNG (aus Galizien) ab Mitte der 90er Jahre für eine Verfassungsreform zur Vertiefung der Selbstverwaltung in ihren jeweiligen Territorien ein.

Obwohl die stärksten nationalistischen Parteien sowohl in Katalonien (Convergencia i Unio) wie im Baskenland (PNV) von ihrer Ausgangsdoktrin her tief konservativ sind, konnten sie heute, dreißig Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen spanischen Verfassung, immer weniger Alliierte der spanischen konservativen Kräfte sein. Sowohl die CiU wie die PNV wenden sich in der politischen Praxis von ihnen ab und werden angesichts der starren Haltung der PP bezüglich der nationalen Frage häufig zu Verbündeten der PSOE, die unter Rodriguez Zapatero die harte zentralstaatliche Linie der früheren PSOE-Regierungen unter Felipe Gonzales verlassen hat.

Die PNV formulierte seit 1998 die Unabhängigkeit von Spanien als politisches Nahziel, und trotz allen Druckes einschließlich des von der konservativen PP (Partido Popular) durchgesetzten Ausschlusses aus der christdemokratischen Internationale ist sie davon nicht abgewichen. Dazu beigetragen haben mag auch die Hoffnung, daß unter gewissen

politischen und juridischen Umständen die ETA-m zu einem Gewaltverzicht veranlaßt werden könnte.

Darüber hinaus reicht die These der Unterdrückungsmaßnahmen des spanischen Staates während der Diktatur als Erklärungsmuster für den gewalttätigen Kurs dieser Organisation nicht aus. Repressive Maßnahmen gab es gegen alle historischen Nationalitäten, doch nur im Baskenland entstand und perpetuierte sich diese Radikalität. Plausibler scheint die These (Diez Medrano, 1999), daß die Widerstandsbewegung gegen Franco nicht von einer breiten und unabhängigen Mittelschicht - wie im Falle Kataloniens - getragen wurde. Obwohl von linkem politischen Verständnis und Strategie beeinflusst, beharrte die ETA weiter auf ihren radikalen nationalistischen Diskurs unter Anwendung von Gewalt. Das weitere Bestehen der ETA heute bedarf einer eigenen Recherche; trotz des Verlusts ihres Prestiges innerhalb einer der Gewalt überdrüssigen Zivilgesellschaft existiert sie noch. In der Tat ist nicht ohne Weiteres offensichtlich, wieso sie auch heute noch existiert, obwohl die Staatsrepression sowohl unter konservativen wie sozialdemokratischen Regierungen mit allen Mitteln –die Gal ist ein Beispiel dafür- gegen die ETA vorgegangen ist. Auch die linken Kräften –von der Sozialdemokratie über die Kommunisten bis hin zu den anderen linken Gruppierungen- haben es nicht geschafft, die Strategie der Organisation zu ändern. In diesem Zusammenhang wäre wichtig zu recherchieren, welche Elemente für das Andauern der nationalistischen Ideologie dort wichtig sind, so etwa die Zugehörigkeit zu einer ‚besonderen Nation‘ und die Sozialisierung unter diesem kulturellen Einfluß; nicht zuletzt sollte man die konkreten Antworten der verschiedenen politischen Parteien und Regierungen auf die Bedürfnisse und politischen Erwartungen der Jugendlichen bewerten.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die weiter zunehmende Polarisierung um die baskische Frage innerhalb des heutigen Spaniens von den politischen Positionen einerseits von Autonomisten und andererseits regionalen Nationalisten (oder Souveränisten) geprägt wird. Den Autonomisten – zum großen Teil ehemalige Zentralisten – ist das *Guernikastatut* von 1979 und die spanische Verfassung Grundlage und *conditio sine qua non* für jegliche Reform; deshalb liegt für sie das maximal mögliche Programm innerhalb der Grenzen des *Guernikastatuts*.

Die Gesamtheit der baskischen Nationalisten meint demgegenüber, das *Guernikastatut* sei erschöpft und ein neues Abkommen sei notwendig geworden. Außerdem seien andere Prozedere als die von der Verfassung und vom Statut vorgesehenen notwendig: deshalb wollen sie zu einem Referendum aufrufen und aus dieser de-facto-Kräftekonstellation mit dem Zentrum neu verhandeln; sie bestehen auf das Selbstbestimmungsrecht und auf die

Baskische Nation als Souverän. Ziel sei ein Statut freier Assoziation unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität.

Darüber hinaus dauert die politische Polarisierung zwischen Vertretern des spanischen Traditionalismus und der konservativsten spanisch-zentralistischen Kräfte (vor allem die Partido Popular) und den radikalen baskischen Nationalisten der ETA an, die das politische Leben des Landes seit der Transición geprägt hat.

Der baskische Nationalismus hat sich verändert; war er früher eine politische Bewegung, die am Rande stand, ist er heute eine Bewegung, die wie alle politischen Bewegungen unterschiedliche Strömungen und unterschiedliche politische Strategien –konservative, sozialdemokratische, linke und linksextremistische– entwickelt hat. War er am Anfang nur eine schwache und marginale Bewegung der Mittelschichten ist er heute eine Bewegung, die sich auf andere Schichten ausgedehnt hat und die Politik im Baskenland bestimmt. Die Arbeiterbewegung im Baskenland, einst eine der kräftigsten sozialdemokratischen Bewegungen im ganzen Land, ist heute mehrheitlich in beiden nationalistischen Gewerkschaften (LAB und ELA) organisiert; die lokale in der PNV organisierte Bourgeoisie, bleibt nationalistisch.

Doch hat er sich nicht nur diesbezüglich verändert: die Modernisierung von Spanien –vor allem nach Franco– hat dazu beigetragen, den rassistischen ethnozentristischen Diskurs abzuschwächen; in eine ähnliche Richtung wirkt die Europäische Integration und die Einsicht, daß um in den regionalnationalistischen Projekten voranzukommen, die Entwicklung zu einer zivilen Nation, die in der Lage ist, unterschiedliche Kulturen, Herkünfte und Identitäten zu integrieren, notwendig ist. Der Vergleich der nationalistischen Diskurse im Falle des Baskenlands läßt die Differenzen zwischen den alten und neuen Diskursen deutlich werden. Die frühen Nationalisten legten die Nationsangehörigkeit und die Nation durch einen Set von ‚objektiven‘ Kriterien fest: Katholizismus als einzige Religion, Verteidigung der baskischen ‚Rasse‘, Sprache und der alten Traditionen; noch bei der Gründung der ETA spielten auch ‚objektive‘ Elemente wie Sprache und Kultur als Teile einer Ethnie eine wichtige Rolle in der Selbstdefinition der Basken. Im Gegensatz dazu wird in den heutigen Diskursen für die Definition von Zugehörigkeitsmerkmalen mehr auf subjektive bzw. auf ‚voluntaristische‘ Elemente zurückgegriffen; obwohl Kultur und Sprache noch eine Rolle spielen und andauernd erwähnt werden, ist jedoch bei allen wichtigen nationalistischen Organisationen Gemeingut, Baske zu definieren als der/diejenige, der/die im Baskenland lebt und es sein will.

Umfragen zur Identität von 1996 deuten darauf hin, daß ein breiter Sektor sich sowohl als Baske als auch als Spanier (36,30%) einstuft, bzw. mehr als Baske denn als Spanier (29,8%). Nur als Baske oder nur als Spanier fühlen sich im Baskenland 20,7% bzw. 4%. National gesehen hat sich der spanische Nationalismus ‚dualisiert‘. Landesweit dominiert eine duale Identität (sowohl... als auch...), was bedeutet, daß die Nation und die Zugehörigkeit zu ihr weiter ein dynamischer Prozeß bleibt; diese Dualität drückt sich auch im sogenannten Wahldualismus aus: bei den Autonomiewahlen bekommen die regionalen oder nationalistischen Parteien mehr Stimmen als bei den allgemeinen Wahlen und umgekehrt.

Die Definition der Nation sowohl im spanischen wie dem baskischen Nationalismus ist in ständiger Evolution und versucht, auf die internen wie externen politischen Veränderungen Antwort zu geben. Wie jede Identitätsform ist die nationale Identität dynamisch und veränderlich; immer wieder wird diese Definition und ihre Grenzen als nationale Gemeinschaft neuverhandelt und neudefiniert.

## 9. Bibliographie

### Für diese Arbeit verwendete Veröffentlichungen ohne direkten Textbezug:

- Blas Guerrero, Andrés (1995)**, *Nacionalismos y naciones en Europa*, Alianza Editorial, Madrid.
- Bernecker, W. and Maihold, G. (eds) (2007)**, *España: del consenso a la polarización. Cambios en la democracia española*, Iberoamericana/ Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main.
- Bernecker, W. and Dirscherl, K. (eds.) (1998)**, *Spanien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*, Bibliotheca Ibero-Americana / Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main.
- Douglas, William A. (1985)**, *Basque Politics: a case study in ethnic nationalism*, Associated faculty press, inc, Nevada.
- Fontana, Josep (1983)**, *Cambio económico y actitudes políticas en la España del Siglo XIX*, Editorial Ariel, Barcelona.
- Fusi Aizpurúa, J.P. (1990)**, 'Centre and Periphery 1900-1936: national integration and regional nationalisms reconsidered.' in Lannon, F. and Preston, P. (eds.), *Elites and Power in twentieth-century Spain*, Oxford, Clarendon Press, 33-44.
- Fusi, J.P. (2003)**, *La patria lejana. El nacionalismo en el siglo XX*, Madrid, Santillana, Taurus.
- Garmendia, V. (1985)**, 'Carlism and Basque Nationalism', in Douglas, W.A. (ed.), *Basque politics: a case study in ethnic nationalism*, Reno, University of Nevada, 137-153.
- Gellner and Waterbury (1977)**, *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, London.
- Gras, C. (1982)**, *La révolte des régions d'Europe occidentale de 1916 à nos jours*, Paris, Presses Universitaires.
- Heraud, G. (1963)**, *L'Europe des ethnies*, Paris, Presses d'Europe.
- Hetcher, M. (1975)**, *Internal Colonialism, The Celtic Fringe in British National Development, 1536-1966*, London, Routledge and Kegan Paul.
- Hobsbawm, E.J. (1990)**, *Nations and Nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Hobsbawm, E.J.**, *Geschichte des XX. Jahrhunderts*.
- Hroch, M. (1985)**, *Social Preconditions of National revival in Europe. A comparative Analysis of the Social Composition of Patriotic Groups among the Smaller European Nations*, London, New York, Cambridge University Press.
- Linz, J.J. (1985)**, *From Primordialism to Nationalism* in: Tiryakian, Edward/ Rogowski, Ronald (eds.), *New Nationalisms of the Developed West*, Allen & Unwin, Winchester, USA
- Linz, J.J. (1991)**, 'Los nacionalismos en España: una perspectiva comparada.' *Historia y fuente oral (Temas del nacionalismo periférico en España)*, 7, 36, 127-135.
- Perez Garzón, J.S. (1999)**, 'La Nación, sujeto y objeto del estado liberal español', *Leviatán. Revista de hechos e ideas*, Primavera 1999, Nr.75, II Epoca, 61- 81.
- Großes Stil-Lexikon Europa, 1982.

### **Im Text zitierte Literatur:**

- Álvarez Junco, J.** (1995), 'Elites y nacionalismo español', *Política y Sociedad; Revista de la universidad complutense, Facultad de Ciencias Políticas y Sociología*, Nr. 18, Enero-Abril, 93-105.
- Álvarez Junco, J.** (1997), 'El nacionalismo español como mito movilizador. Cuatro guerras.' in Cruz, R. and Perez Ledesma, M. (eds.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid, 35-67.
- Ben-Ami, S.** (1990), 'The crisis of the dynastic élite in the transition from monarchy to republic, 1929-1931', in Lannon, F. and Preston, P. (eds.), *Elites and Power in twentieth century Spain.*, Oxford, Clarendon Press, 71-90.
- Bendix, R.** (1982), *König oder Volk. Machtausübung und Herrschaftsmandat*, Frankfurt/M, Suhrkamp.
- Bernecker, W.** (2001), *Spanische Geschichte. Vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart.*, München, Verlag C.H. Beck.
- Bertrand, M., Cabanel, P. and de Lafargue, B.** (eds.) (2003), *La fabrique des nations. Figures de l'État-Nation dans l'Europe du XIXe siècle.*, Les Éditions de Paris., Paris.
- Blas Guerrero, A.** (1995), *Nacionalismos y naciones en Europa*, Madrid., Alianza Editorial.
- Blas Guerrero, A. and Laborda Martín, J.J.** (1986), 'La construcción del Estado en España', in Hernández, F. and Mercadé, F. (eds.), *Estructuras sociales y cuestión nacional*, Barcelona, 461- 487.
- Braudel, F.** (1975), *El mediterráneo y el mundo mediterráneo en la época de Felipe II* (Primera edición en castellano Edition), México.
- Breuilly, J.** (1990), *Nacionalismo y Estado*, Barcelona, Ediciones Pomares-Corredor, S.A.
- Carr, R.** (1976), 'Militares y Política en España (1840-1923).' *Historia 16*, Año1, Nr.2, 39-44.
- Catalan, J.** (2002), 'La madurez de una economía industrial, 1936-1999', in De la Granja Sainz, J.L. and De Pablo, S.c. (eds.), *Historia del País Vasco y Navarra en el siglo XX*, Madrid, Editorial Biblioteca Nueva, 197-222.
- Chueca, J.** (XXII), 'La Lucha Armada', *Historia 16*, Nr. 27, 44-54.
- Closa, C.** (2002), 'La pluralidad nacional en un mismo Estado y en la Unión Europea', in Requejo, F. (ed.), *Democracia y pluralismo nacional*, Barcelona, Editorial Ariel, 109-129.
- Conversi, D.** (1997), *The Basques, the Catalans and Spain: alternative routes to nationalist mobilisation*, London, Hurst & Company.
- Corcuera Atienza, J.** (2001), *La patria de los vascos. Orígenes, ideología y organización del nacionalismo vasco (1876-1903)*, Madrid, Taurus. Grupo Santillana de Ediciones S.A.
- De la Granja Sainz, J.L.** (1981), 'Autonomías en las constituyentes de 1931', *Sistema, Revista de ciencias sociales, Madrid*, Nr. 40, enero de 1981, 79-101.
- De la Granja Sainz, J.L.** (1995), *El Nacionalismo vasco: un siglo de historia* (Editorial Tecnos Edition), Madrid.
- De la Granja Sainz, J.L.** (2002), 'El nacionalismo vasco', in De la Granja Sainz, J.L. and De Pablo, S.c. (eds.), *Historia del País Vasco y Navarra en el siglo XX.*, Madrid, Editorial Biblioteca Nueva.
- De la Granja Saínz, J.L.** 'Entre el pacto de San Sebastian y el de Santoña', *Historia 16*, Nr. 271, año XXII, 30-43.

- De la Granja Sainz, J.L., Beramendi, J. and Pere, A.** (2003), *La España de los Nacionalismos y las Autonomías*, Madrid, Editorial Síntesis.
- De Pablo Contreras, S., De la Granja Sáinz, J.L. and Mees, L.** (1998), *Documentos para la historia del nacionalismo vasco. De los Fueros a nuestros días*, Barcelona, Editorail Ariel, S.A.
- Diez Medrano, J.** (1999), *Naciones divididas. Clase, política y nacionalismo en el País Vasco y Cataluña*, Madrid.
- Douglas, W.A.** (ed.) (1985), *Basque Politics: a case study in ethnic nationalism*, Associated Faculty Press, Inc./Basque studies Program/ University of Nevada, Reno, Nevada.
- Eisenstadt, S.N. and Roniger, L.** (1984), *Patrons, clients and friends. Interpersonal relations and the structure of trust in society*, Cambridge, Edit Press Syndicate of the University of Cambridge.
- Engels, F.** (1873), 'The Bakuninists at Work. An account of the Spanish revolt in the summer of 1873', *K. Marx, F. Engels, Revolution in Spain*, Lawrence & Wishart, International Publishers, 1939.
- Fox, I.** (1997), *La invención de España. Nacionalismo liberal e identidad nacional*, Madrid, Ediciones Cátedra.
- Fusi, J.P.** (1975), *Política obrera en el País Vasco*, Madrid, Ediciones Turner, S.A.
- Fusi, J.P.** (2000), *España. La evolución de la identidad nacional*, Madrid, Ediciones Temas de hoy.
- Garmendia, V.** (1985), 'Carlism and Basque Nationalism', in Douglas, W.A. (ed.), *Basque politics: a case study in ethnic nationalism*, Reno, University of Nevada, 137-153.
- Gellner and Waterbury** (1977), *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, London.
- Genieys, W.** (1997), *Les Èlites Espagnoles Face à l'État. Changements de régimes politiques et dynamiques centre-périphéries*, Paris, L'Harmattan.
- González Encinar, J.J.** (1982), 'La organización territorial del Estado', in Nohlen, D. and Schultze, R.-O. (eds.), *Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa*, Bochum 1985, Politikwissenschaftliche Paperbacks, 149-177.
- Habermas, J.** (1993), 'Anerkennungskämpfe in demokratischen Rechtsstaat', in Gutmann, A. (ed.), *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main, Fischer Verlag, 147-196.
- Hermet, G.** (1989), *En las fronteras de la democracia*, Mexico, D.F., Fondo de Cultura Económica.
- Herr, R.** (1974), *An historical essay on Modern Spain*, University of California Press.
- Ihijo, A. and Gordana, U.** (eds.) (2005), *When is the Nation? toward an understanding of theories of nationalism*, Routledge, London - New York.
- Jackson, G.** (1978), 'El régimen de Azaña en perspectiva (1931-1933)', in Payne, S.G. (ed.), *Política y sociedad en la España del siglo XX*, Madrid, Akal Editor, 109-133.
- Jáuregui Bereciartu, G.** (1985), *Ideología y estrategia política de ETA. análisis de su evolución entre 1959 y 1968*, Madrid, Ssiglo XXI de España Editores, SA.
- Juaristi, J.** (2000), 'Der baskische Nationalismus im 20. Jahrhundert', *Hispanorama* 87, Februar 2000, 43-58.
- Juliá, S.** (1999), *Un Siglo de España. Política y sociedad.*, Madrid, Barcelona, Marcial Pons, Ediciones de Historia, S.A.

- Keating, M.** (2002), 'Naciones sin Estado. Nacionalismo minoritario en la era global.' in Requejo, F. (ed.), *Democracia y pluralismo nacional*, Barcelona, Editorial Ariel, 49-68.
- Kossok, M.** (1985), *Karl Marx und der spanische Revolutionszyklus des 19. Jahrhunderts*, Berlin, Akademie-Verlag.
- Kymlicka, W.** (2002), 'El nuevo debate sobre los derechos de las minorías', in Requejo, F. (ed.), *Democracia y Pluralismo Nacional*, Barcelona, Editorial Ariel, 25-48.
- Laborde, D.** (ed.) (1998), *La Question Basque*, Éditions L'Harmattan, Paris.
- Legarreta, D.** (1985), 'Basque Refugee Children as Expatriates: Political Catalysts in Europe and America', in Douglas, W.A. (ed.), *Basque Politics: A case Study in Ethnic Nationalism*, Reno, Nevada, Associated Faculty Press, Inc./Basque studies Program/ University of Nevada, 174 - 198.
- Letamendia, F.** (1980), *Breve historia de Euskadi. De la prehistoria a nuestros días*, Barcelona, ERI - Editions Ruedo ibérico.
- Linz, J.J.** (1973), 'Early State-Building and late peripheral nationalism against the State: the case of Spain', in Eisenstadt, S.N. and Rokkan, S. (eds.), *Building states and nations. Analyses by regions*, London, California, Sage Publications, 32- 116.
- Linz, J.J.** (1978), 'Una teoría del régimen autoritario. El caso de España', in Payne, S.G. (ed.), *Política y Sociedad en la España del siglo XX*, Madrid, Akal Editor, 205 - 263.
- Linz, J.J.** (1985), 'From Primordialism to Nationalism', in Tiryakian, E.R., Ronald (ed.), *New Nationalisms of the Developed West*, Winchester, USA, Allen & Unwin.
- Linz, J.J.** (1994), 'Staatsbildung, Nationsbildung und Demokratie.' *Transit: Europäische Revue*, Heft 7, 43-63.
- Llera Ramo, F.J.** (2002), 'La Transición y la autonomía actual', in De la Granja Sainz, J.L. and De Pablo, S.c. (eds.), *Historiadel País Vasco y Navarra en el siglo XX*, Madrid, Editorial Biblioteca Nueva, 117-144.
- Lopez-Amo, A.** (1987), *El poder político y la libertad. La monarquía de la reforma social.*, Madrid, Ediciones Rialp, S.A.
- Marx, K.** (1854), *Revolutionary Spain*, [www.marx.org](http://www.marx.org) eingesehen am 3. April 2005.
- Mees, L.** (2002), 'La Restauración', in De la Granja Sainz, J.L. and De Pablo, S.c. (eds.), *Historia del País Vasco y Navarra en el siglo XX*, Madrid, Biblioteca Nueva, 29-49.
- Mees, L.** (2007), 'El debate sobre nación y Estado en España', in Bernecker, W. and Maihold, G. (eds.), *España: del consenso a la polarización. Cambios en la democracia española.*, Madrid, Frankfurt Main, Iberoamericana, Vervuert Verlag, 297-316.
- Mercadé, F., Hernández, F. and Oltra, B.** (1983), *Once tesis sobre la cuestión nacional en España*, Barcelona, Antrophos, Editorial del Hombre.
- Mina, M.** 'Patria, Religión y Fueros', *Historia 16 Anho XXII*, Nr. 271, 8-17.
- Montero, M.** (1995), *Historia del País Vasco*, San Sebastian, Editorial Txertoa.
- Moreno, L.** (1994), 'XVI World Congress of the International Political Science Association', in IPSA 1994 (ed.), *Ethnoterritorial accommodation and democratic development in Spain*, Berlin, 1-22.

- Nohlen, D. and Hildebrand, A.** (1992), 'Regionalismus und politische Dezentralisierung in Spanien', in Nohlen, D. and Gonzáles Encinar, J.J. (eds.), *Der Staat der Autonomen Gemeinschaften in Spanien*, Leske+Budrich, 9-42.
- Núñez Seixas, X.M.** (2007), 'El nuevo debate territorial en la España actual (2004-2006): Hacia un Estado plurinacional?' in Bernecker, W. and Maihold, G. (eds.), *España: del consenso a la polarización. Cambios en la democracia española*, Madrid, Frankfurt am Main, Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert.
- Payne, S.G.** (1975), *Basque nationalism*, Reno, Nevada.
- Payne, S.G.** (1978), 'La derecha en Italia y España (1910-1943)', in Payne, S.G. (ed.), *Política y sociedad en la España del siglo XX*, Madrid, Akal Editor, 185-203.
- Payne, S.G.** (1987), *El régimen de franco*, Madrid, Alianza.
- Payne, S.G.** (2005), *El colapso de la República*, Madrid, LA Esfera de los Libros.
- Perez Picazo, M.** (1996), *Historia de España del siglo XX*, Barcelona, Grijalbo Mondadori.
- Pérez Royo, J.** (1992), 'Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften', in Nohlen, D. and Gonzáles Encinar, J.J. (eds.), *Der Staat der Autonomen Gemeinschaften in Spanien*, Opladen, Leske+Budrich, 103-124.
- Piqueras Arenas, J.A.** (1992), 'La Revolución democrática (1886-1874). Cuestión social, colonialismo y grupos de presión', *Colección Ediciones de la Revista de Trabajo*, Nr. 37.
- Ploetz, C.** (2005), *Der Große Ploetz. Die Daten-Enzyklopädie der Weltgeschichte*, Frankfurt am Main, Zweitausendeins.
- Preston, P.** (1986), *La destrucción de la democracia en España. Reforma, reacción y revolución en la Segunda República* (Alianza Universidad Edition), Madrid.
- Requejo, F.** (2002), 'Legitimidad democrática y pluralismo nacional', in Requejo, F. (ed.), *Democracia y pluralismo nacional.*, Barcelona, Editorial Ariel, 157-175.
- Rubio Pobes, C.** (1996), *Revolución y tradición. El país Vasco ante la Revolución liberal y la construcción del Estado español, 1808 - 1868*, Madrid, Siglo XXI, España Editores.
- Rubio Pobes, C.** (1997), *Fueros y Constitución: la lucha por el Control del Poder. País Vasco, 1808-1868*, Bilbao, Servicio Editorial Universidad del País Vasco.
- Sanchez Albornoz, C.** (1956), *España: un enigma Histórico*, Buenos Aires, Editorial Suramericana.
- Smith, A.D.** (1979), *Nationalism in the Twentieth Century*, New York, University Press.
- Suarez Cortina, M.** (2000), *El gorro Frigio. Liberalismo, Democracia y Republicanismo en la Restauración*, Madrid, Biblioteca Nueva.
- Sullivan, J.** (1988), *Eta and basque nationalism. The fight for Euskadi 1890-1986*, London, New York, Routledge.
- Taylor, C.** (1993), 'Die Politik der Anerkennung', in Gutmann, A. (ed.), *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main, Fischer Verlag, 13-78.
- Tilly, C.** (1975), 'Reflections on the History of European State-Making', in Tilly, C. (ed.), *The Formation of National States in Western Europe*, New Jersey, Princenton University Press, 3-83.

- Tilly, C.** (2004), *Contention and Democracy in Europe, 1650-2000*, Cambridge, United Kingdom, Cambridge University Press.
- Trotzki, L.** (1976), *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39*, Frankfurt/Main, ISP Verlag.
- Tussel Gómez, X.** (1978), 'Las elecciones del Frente Popular en España 1936', in Payne, S.G. (ed.), *Política y sociedad en la España del siglo XX*, Madrid, 134 - 166.
- Varela Suanzes, J.** (1987), 'La Constitución de Cádiz y el Liberalismo español del Siglo XIX', *Biblioteca Virtual Miguel de Cervantes*,  
[http://www.cervantesvirtual.com/servlet/SirveObras/57905074767367275754491/p0000001.htm#I\\_0\\_](http://www.cervantesvirtual.com/servlet/SirveObras/57905074767367275754491/p0000001.htm#I_0_), eingesehen im Oktober 2007.
- Vicens Vives, J.** (1952), *Aproximación a la historia de España*, Barcelona.
- Von Tangen Page, M.** (1998), *Prisons Peace and Terrorism. Penal policy in the Reduction of Political Violence in Northern Ireland, Italy and the Spanish Basque Country, 1968-97.*, London, Macmillan Press Ltd.
- Waldman, P.** (1991), 'Terrorismus und Nationalismus im Baskenland', in Bernecker, W. and Oehrlein, J. (eds.), *Spanien Heute. Politik -Wirtschaft- Kultur*, Frankfurt/Main, 77-103.
- Wallerstein, I.** (1980), *Le système du monde du XVe siècle à nos jours. II; Capitalisme et économie-monde 1450-1640*, Paris, Flammarion.
- Wallerstein, I.** (1984), *Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, Syndikat.
- Wikipedia** (2007), 'El gobierno de centro-derecha (1933-1936)', *Segunda República Española*,  
[http://es.wikipedia.org/wiki/Segunda\\_Republica\\_Espanola](http://es.wikipedia.org/wiki/Segunda_Republica_Espanola), 22 Juni 2007.

Periodika:

El Mundo

El País

## **10. Anhang**

Anhang 1 Karte des Spaniens der Katholischen Könige

Anhang 2 Karte des Spanischen Imperiums in Europa

Anhang 3 Karte des heutigen Spaniens

Anhang 4 Wahlergebnisse im Baskenland von 1977 bis 2001

Anhang 5 Umfrageergebnisse zur Entwicklung der Identitäten in den Comunidades Autónomas

Anhang 6 Abkürzungen

ANHANG 1  
Karte des Spaniens der Katholischen Könige

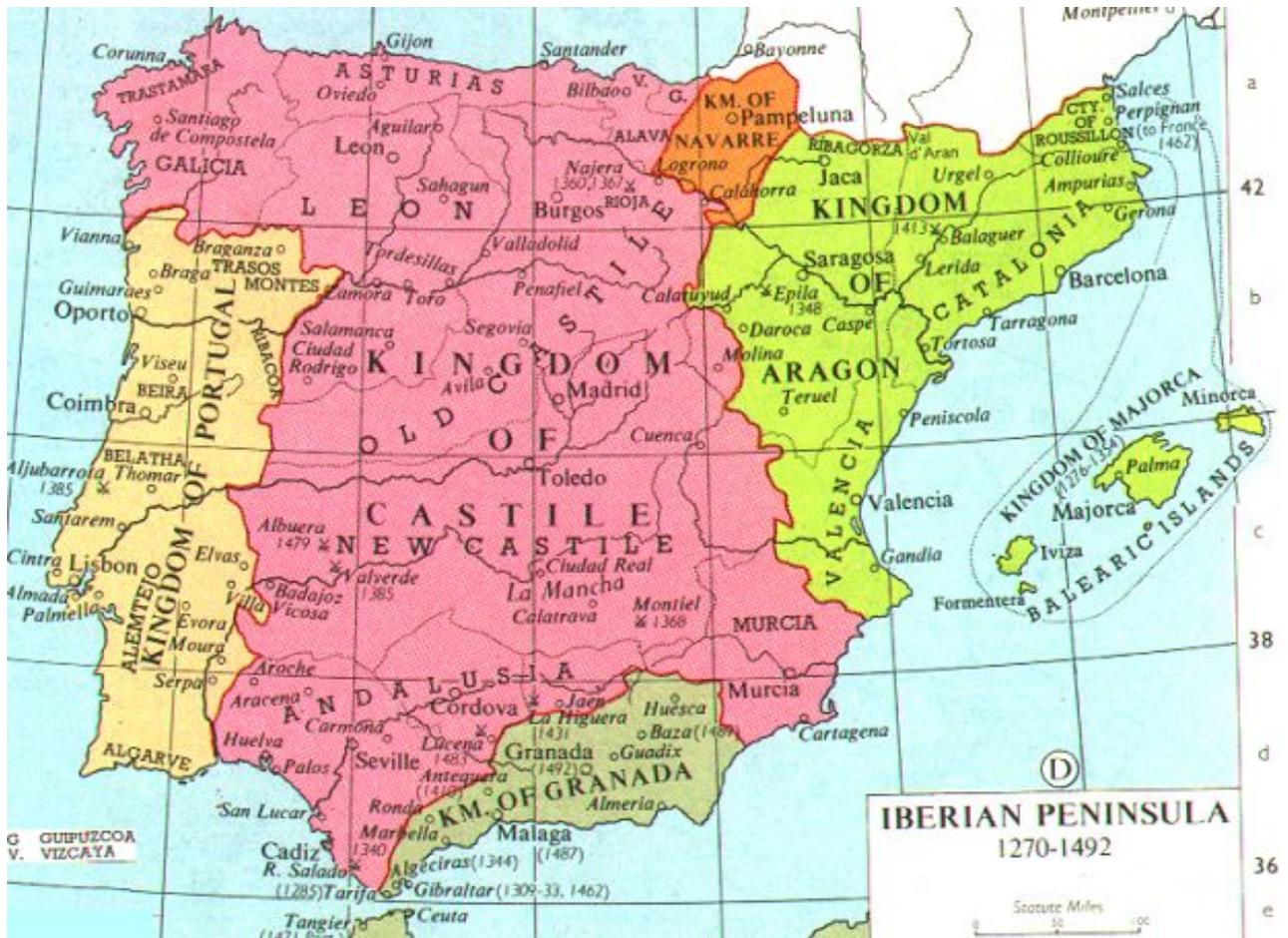


Abbildung 1: <http://www.fordham.edu/halsall/maps/1492spain.jpg>

ANHANG 2  
Karte des Spanischen Imperiums in Europa

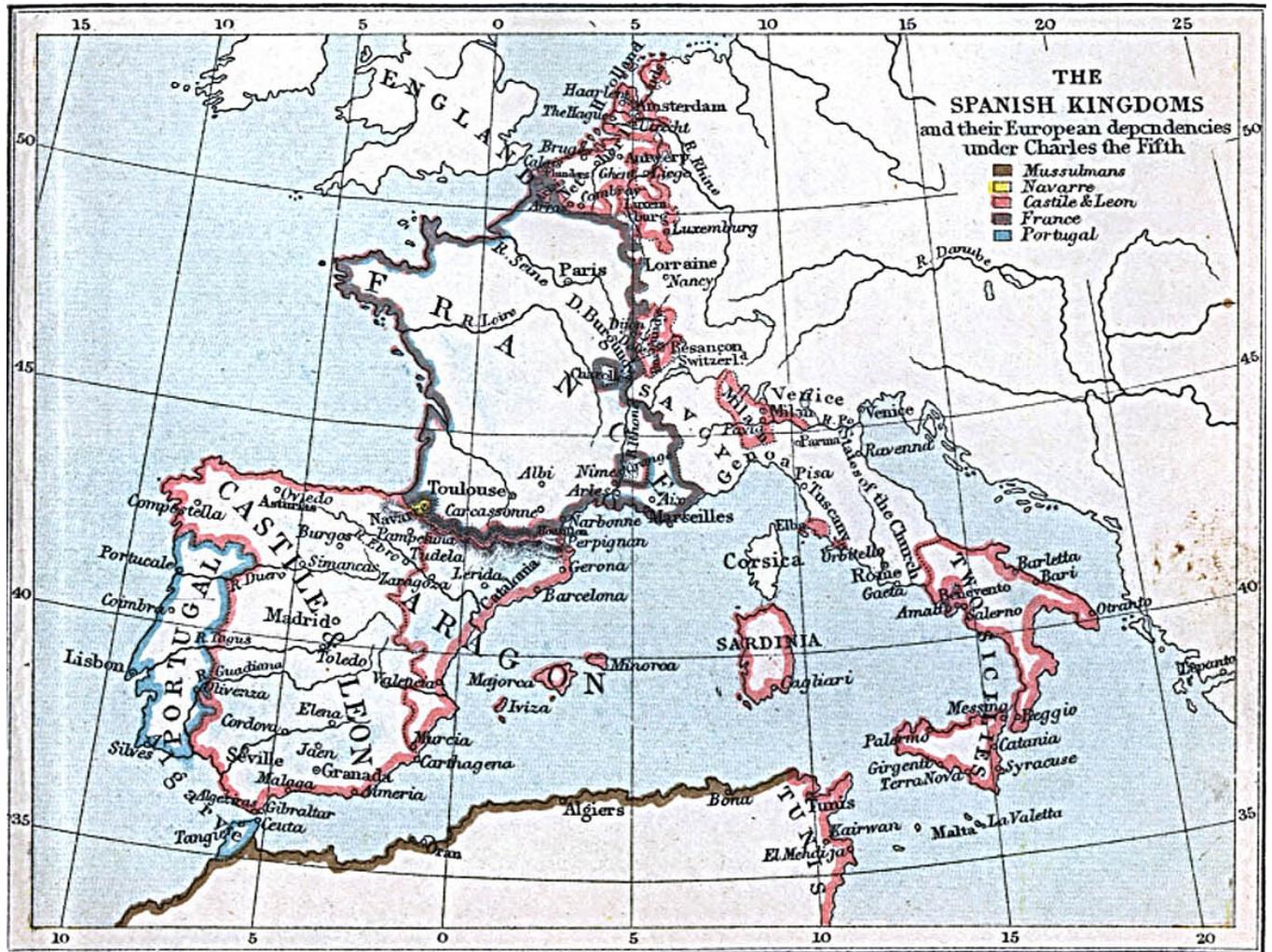


Abbildung 2: [http://www.lib.utexas.edu/maps/historical/spanish\\_kingdoms\\_5th.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/historical/spanish_kingdoms_5th.jpg)

ANHANG 3  
Karte des heutigen Spaniens



Abbildung 3: [http://www.turismoyarte.com/utilidades/mapas/comunidades\\_autonomas.htm](http://www.turismoyarte.com/utilidades/mapas/comunidades_autonomas.htm)

[http://www.turismoyarte.com/utilidades/mapas/comunidades\\_autonomas.htm](http://www.turismoyarte.com/utilidades/mapas/comunidades_autonomas.htm)

ANHANG 4  
Wahlergebnisse im Baskenland von 1977 bis 2001

CUADRO 5.4. Elecciones generales en el País Vasco  
(porcentajes sobre total de votos)

<i>Candidaturas</i>	1977	1979	1982	1986	1989	1993	1996	2000
PNV	28,8	26,6	32,0	28,0	22,7	24,1	25,0	30,4
EA	—	—	—	—	11,1	9,8	8,2	7,6
HB	4,3	15,0	14,8	17,8	16,8	14,6	12,3	—
EE	6,3	8,0	7,7	9,1	8,8	—	—	—
PSE-EE	28,1	19,1	29,4	26,4	21,0	24,5	23,7	23,3
PCE/IU	4,9	4,6	1,8	1,2	3,0	6,3	9,2	5,4
UCD/CDS	17,3	16,9	1,9	5,0	3,4	0,8	—	—
AP/PP	6,4	3,4	11,7	10,5	9,3	14,7	18,3	28,3
UA	—	—	—	—	—	1,4	—	—
<i>Nac. vasco</i>	39,3	50,6	54,5	54,9	59,4	48,5	46,1	38,0

CUADRO 5.5. Elecciones autonómicas en el País Vasco  
(porcentajes sobre total de votos)

<i>Candidaturas</i>	1980	1984	1986	1990	1994	1998	2001
PNV	38,1	42,0	23,6	28,5	29,3	27,6	42,4
EA	—	—	15,8	11,4	10,1	8,6	—
HB/EH	16,5	14,7	17,4	18,3	16,0	17,7	10,1
EE	9,8	8,0	10,8	7,8	—	—	—
PSE-EE	14,2	23,0	22,0	19,9	16,8	17,3	17,8
PCE/IU-EB	4,0	1,4	1,0	1,4	9,0	5,6	5,5
UCD/CDS	8,5	—	3,5	0,7	—	—	—
AP/PP	4,8	9,4	4,8	8,2	14,2	19,8	—
UA	—	—	—	1,4	2,7	1,2	22,9
<i>Nac. vasco</i>	65,2	65,6	67,6	66,0	55,5	53,9	52,5

**Cuadro 5.4.** Allgemeine Wahlen im Baskenland (im Prozent der abgegebenen Stimmen).  
Candidaturas: Kandidaten.

**Cuadro 5.5.** Autonome Wahlen im Baskenland (im Prozent der abgegebenen Stimmen)

**De la Granja Sainz, J.L., Beramendi, J. and Pere, A.** (2003), *La España de los Nacionalismos y las Autonomías*, Madrid, Editorial Síntesis. Seite 249

ANHANG 5  
Umfrageergebnisse zur Entwicklung der Identitäten in den Comunidades Autónomas

CUADRO 5.1. Evolución de identidades por Comunidades Autónomas en porcentajes (C. A.)

Comunidad Autónoma	1979			1985-1986					1996				
	Excl. Esp.	Dual	Excl. C.A.	Excl. Esp.	Más Esp.	Igual	Más C.A.	Excl. C.A.	Excl. Esp.	Más Esp.	Igual	Más C.A.	Excl. C.A.
Cataluña	33,97	52,86	13,16	11,00	19,00	48,00	8,00	11,00	11,90	11,50	36,50	25,70	11,00
País Vasco	19,75	53,25	26,98	10,00	4,00	36,00	28,00	28,00	5,30	4,00	36,30	29,80	20,70
Galicia	—	—	—	5,00	7,00	52,00	27,00	6,00	4,80	7,80	43,70	35,70	7,00
Canarias	25,20	57,74	14,38	13,6	2,10	37,10	16,40	27,90	5,50	2,70	45,60	33,60	10,90
Valencia	46,42	48,00	5,58	17,00	18,00	53,00	9,00	1,00	19,40	14,80	55,50	9,80	1,30
Andalucía	—	—	—	7,00	7,00	63,00	18,00	2,00	5,00	10,10	67,90	12,60	3,20
Aragón	—	—	—	13,00	5,00	66,00	11,00	2,00	8,90	10,10	63,30	17,70	0,00
Madrid	—	—	—	—	—	—	—	—	31,10	20,40	44,00	2,20	0,00
La Rioja	—	—	—	—	—	—	—	—	0,00	5,90	82,40	11,80	0,00

Umfrage 1979: Excl. Esp.(Ausschließlich Spanier ), Dual (Beides ), Excl. C.A.

(Ausschließlich Angehöriger der Autonomen Gemeinschaft ). Más: Eher

Umfrage 1985-1986 und 1996 (fünf Variablen): Excl Esp. ( ), Más Esp. ( ), Excl. C.A. ( ).

**De la Granja Sainz, J.L., Beramendi, J. and Pere, A. (2003), *La España de los Nacionalismos y las Autonomías*, Madrid, Editorial Síntesis. Seite 248**

## ANHANG 6

### ABKÜRZUNGEN

CAV: Comunidad Autónoma Vasca  
CA: Comunidades Autónomas  
PNV: Partido Nacionalista Vasco  
CNV: Compañía Nacionalista Vasca  
EA: Eusko Alkartasuna  
HB: Herri Batasuna  
LAB: Langile Abertzaleen Batzordeak  
ELA-STV: Euskadiko Langilleen Alkartasuna –Solidaridad de los Trabajadores Vascos  
ANV: Acción Nacionalista Vasca  
MNV: Movimiento Nacionalista Vasco  
IU: Izquierda Unida  
KAS: Coordinadora Aberzale Socialista  
ETA: Euzkadi Ta Azkatasuna  
ETApm (politische-militär)  
ETAm (militär)  
CiU: Convergencia i Unió  
BNG: Bloque Nacionalista Galego Galizien  
ERC: Esquerra Republicana de Catalunya  
PSOE: Partido Socialista Obrero Español  
PSE: Partido Socialista de Euskadi  
UGT: Unión General de los Trabajadores  
ANV: Acción Nacionalista Vasca  
STV: Solidaridad de Trabajadores Vascos  
CEDA: Confederación Española de Derechas Autónomas  
CNT: Confederación Nacional del Trabajo  
POUM: Partido Obrero Unificado Marxista  
PCE: Partido Comunista de España  
UCD: Unión de Centro Democrático  
LOAPA: Ley Orgánica Armonizadora del Proceso Autonómico  
AP: Alianza Popular  
PP: Partido Popular  
CC: Coalición Canaria  
GAL: Grupos Antiterroristas de Liberación  
EU : Europäische Union